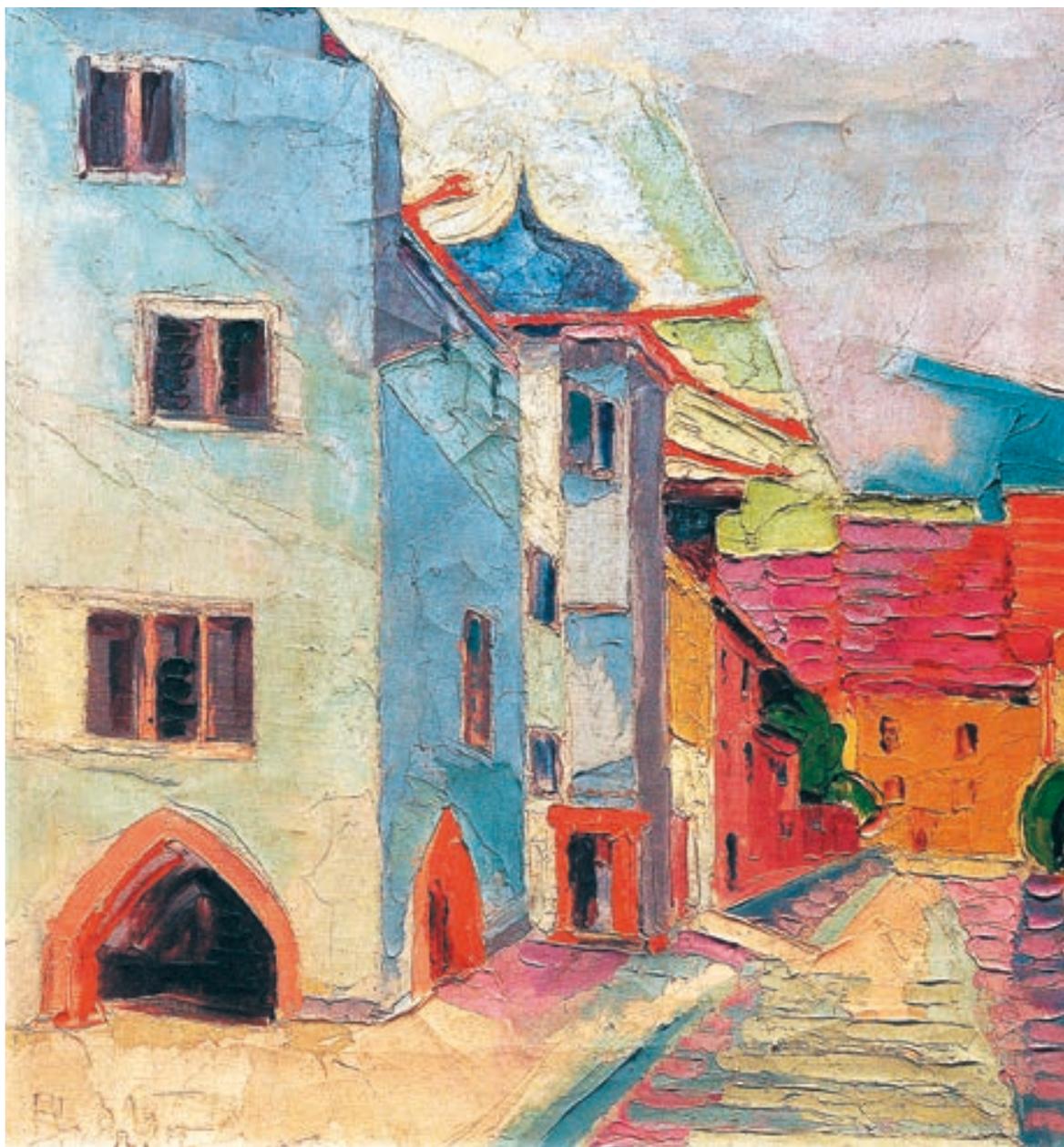


# VILLINGEN IM WANDEL DER ZEIT

Geschichts- und Heimatverein Villingen – Jahrgang 41 / 2018





Billingen.



D 4



# Jahresheft 41 / 2018

**Beiträge**  
zu Kultur, Geschichte und Gegenwart

## **Herausgeber:**

Geschichts- und Heimatverein Villingen e.V.

## **Vorstand:**

Werner Echle, 1. Vorsitzender  
Andreas Flöß, 2. Vorsitzender  
Hasko Froese, Schatzmeister  
Helga Echle, Schriftführerin

## **Beirat:**

Roland Brauner, Dr. Hans-Georg Enzenroß,  
Eberhard Härle, Elvira Hellebrand, Clemens Joos,  
Dr. Helmut Kury, Kurt Müller, Günter Rath,  
Hermann Schuhbauer, Ute Schulze, Gunter  
Schwarz, Michael Tocha, Prof. Edgar Tritschler,  
Karl-Heinz Weißer, Claudia Wildi

## **Geschäftsstelle:**

Geschichts- und Heimatverein e.V.  
Kanzleigasse 30, 78050 VS-Villingen  
Telefon (0 77 21) 40 70 999  
info@ghv-villingen.de, www.ghv-villingen.de

## **Bankverbindungen:**

Sparkasse Schwarzwald-Baar  
IBAN: DE26 6945 0065 0000 0054 64

Volksbank eG Schwarzwald Baar Hegau  
IBAN: DE49 6949 0000 0000 1315 04  
IBAN: DE05 6949 0000 0000 1315 20

Heftpreis: 15,- Euro; zu beziehen über den örtlichen Buchhandel. (1 Jahresheft für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten)

© Geschichts- und Heimatverein e.V., 2018

## **Redaktion:**

Marcus Ditsch, Dr. Hans-Georg Enzenroß,  
Günter Rath, Ute Schulze, Prof. Edgar Tritschler.

## **Verantwortlich für Text und Abbildungen:**

Für die Inhalte der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Die Bilder wurden von den Autoren der einzelnen Artikel zur Verfügung gestellt. Wir danken für die Abdruckerlaubnis.

Die Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Sie wurden in der von den Autoren überlassenen Fassung unverändert übernommen. Jede nicht genehmigte Vervielfältigung ist unstatthaft. Nachdruckgenehmigungen sind beim Vorstand einzuholen.

## **Layout / Grafische Gestaltung:**

Marcus Ditsch.

## **Repos, Satz und Druck:**

Druckerei Leute GmbH, VS-Villingen,  
Tel 07721/8456-0, info@druckerei-leute.de

## **Zum Titelbild:**

Das Titelbild stammt von dem Villingener Künstler Paul Hirt (1898–1951) und zeigt die Rathausgasse in Villingen. Es war in der Ausstellung der Sammlung Heinzmann in Villingen zu sehen. Im Katalog zur Ausstellung „Beruf: Künstler. Arbeits- und Lebensverhältnisse Villingener Maler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, der 1998 vom damals kuratierenden Geschichts- und Heimatverein Villingen herausgegeben wurde, wird Paul Hirt und seine Arbeit näher gewürdigt. Das Gemälde selbst wird im Beitrag von Michael Hütt im Innern dieses Heftes besprochen.

Bild: Jochen Hahne.

# Inhalt

Impressum .....	3	<i>Rupert Kubon und Kurt Müller</i> Zum Gedenken an die Ermordung des polnischen Zwangsarbeiters Marian Lewicki vor 75 Jahren, am 5. März 1942 .....	57
Vorwort.....	7	<i>Karl Dietrich Bracher †</i> Der 20. Juli 1944 – Erinnerung und Auftrag. Rede von Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher vom 19. Juli 1994, gehalten beim Festakt des Landes Baden-Württemberg im Neuen Schloß in Stutt- gart zur 50. Wiederkehr des 20. Juli 1944.....	59
<i>Michael Buhlmann</i> Villingen in spätstaufischer Zeit. Das sog. Reichssteuerverzeichnis von 1241 .....	8	<i>Anita Auer</i> Vom Ticken Villingen-Schwenningens. Rückblick auf eine ungewöhnliche Ausstellung im Jubiläumsjahr 2017 .....	67
<i>Edith Boewe-Koob</i> Verborgene Schätze aus dem 14. Jahrhundert ....	15	<i>Peter Graßmann</i> Der wilde Mann vom Germanswald.....	72
<i>Kurt Müller</i> Die biblische Botschaft der Fenster im Villingener Münster .....	22	<i>Michael Hütt</i> Der Beitrag Villingens zur Kunst der Moderne. Ein Ausstellungszyklus zur Sammlung Heinz- mann präsentiert Werke aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts .....	75
<i>Wolfgang Rüter-Ebel</i> Die evangelische Gemeinde in Villingen zu Beginn der 1930er Jahre, insbesondere die Renovierung der Kirche 1934 .....	30	<i>Volker G. Scheer</i> Nach mehr als 80 Jahren endlich bekannt: Die Schöpferin der schönen Plastiken im Villingener Stadtpark .....	82
<i>Michael Tocha</i> An der Schwelle zur Universität: der philosophische Kurs in Villingen.....	34	<i>Ute Schulze</i> Die Metalltuchfabrik Brachert und die Uhr vom Niederem Tor.....	85
<i>Michael Tocha</i> Rückblick auf das Benediktinergymnasium: das Treffen der Ehemaligen 1840 .....	37		
<i>Erwin Teufel</i> Widerstand .....	39		
<i>Thomas Schnabel</i> Eugen Bolz 1881 – 1945. Württembergischer Minister, Staatspräsident und Widerstandskämpfer .....	44		

<i>Annemarie Conradt-Mach</i>	<i>Olaf Hergesell</i>
Strukturwandel und Arbeitslosigkeit..... 87	Geschichte der nephrologischen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis..... 131
<i>Wolfgang Bräun</i>	<i>Hans-Joachim Schleusener</i>
Von Bruderschaften in Villingen: Das Antoniter-Huus in der Rietstraße ..... 103	Das Rechtswesen in Villingen-Schwenningen im Licht einiger Reformen ..... 134
<i>Hans Georg Enzenroß</i>	<i>Edgar H. Tritschler</i>
Das Antoniusfeuer. Die Geschichte einer vergesse- nen Krankheit..... 106	Der Villingener Werkhof. Eine traditionsreiche handwerklich-technische Serviceeinrichtung der Stadt ..... 138
<i>Wolfgang Bräun</i>	<i>Edgar H. Tritschler</i>
Als im Villingener Westen noch gefischt wurde: Vom Damm und dem Neuen Weiher. am Sachsenwäldle. Ober-Forstdirektor Rodenwaldt dachte 1976 noch an Wasser-Erholung am Stadtrand..... 113	Von der Lohntüte zum Online-Banking. Über die Einführung der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung in Villingen ..... 144
<i>Wolfgang Bräun</i>	<i>Claudia Hoffmann / Christina Nack †</i>
„Die Neustädter Straß’ ”: Wo einst die Fuhrleute nach Freiburg zogen. Ein letzter Grenzstein vor dem Sachsenwäldle . 115	Jörg Iwer – Ein Musiker mit vielen Facetten verabschiedet sich..... 150
<i>Johannes Kaiser</i>	<i>Andreas Flöß</i>
St. Ursula in Villingen: Die Vergangenheit des Klosters und die Zukunft der Schule..... 117	Rekonstruktion Niederes Tor..... 154
<i>Werner Preiser</i>	<i>Helga Echle</i>
Bahnhofstraße 8 – Das Preiser Haus ..... 125	Jahresrückblick 2017 ..... 158
<i>Andreas Flöß</i>	<i>Redaktion</i>
Die Bahnhofstraße 8 in Villingen..... 128	Vorgesehenes Jahresprogramm 2018 ..... 165
	Autorenverzeichnis..... 167



# Vorwort

Liebe Mitglieder und Freunde des Geschichts- und Heimatvereins Villingen, liebe Leserinnen und Leser,

das Jubiläumsjahr 2017 mit der Feier zur 1200-jährigen Ersterwähnung von Schwenningen, Villingen und Tannheim und dem Lutherjahr zu 500 Jahre Reformation geht nach vielen Veranstaltungen zu Ende.

Ein Schwerpunkt dieser Veranstaltungen war die Erinnerung an die Zeit des Dritten Reiches in unserer nun gemeinsamen Stadt, so die Übergabe des Buches „Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen Band II, der Weg in die Moderne“ am 6. Oktober 2017 im Schwenninger Rathaus und die Tagung „Kommunen im Nationalsozialismus“ veranstaltet vom Stadtarchiv am 13./14. Oktober.

Ein Höhepunkt im Jahresablauf unseres Vereins ist auch dieses Jahr die Übergabe des Jahresheftes 2018 „Villingen im Wandel der Zeit“. Zum 41. Mal verteilen wir diese Broschüre an die Mitglieder und bieten sie der Öffentlichkeit an. Ich freue mich, dass es auch dieses Jahr gelungen ist, eine sehr interessante Vielfalt an Beiträgen zur Geschichte unserer Heimat vorlegen zu können.

Als Beitrag zu dem obigen Themenkreis haben wir drei überregionale Beiträge namhafter Autoren über den Widerstand im Dritten Reich in unser Jahresheft aufgenommen. Die übrigen Artikel beschäftigen sich wie immer mit der Geschichte oder dem Erscheinungsbild unserer Stadt, sowie mit Veranstaltungen des Museums, die stets einen Besuch lohnen. Den Kunstaussstellungen Villingener Maler aus der Sammlung Heinzmann ist ebenfalls ein Beitrag gewidmet. Aus diesen Bildern haben wir ein Werk des Villingener Malers Paul Hirt (1898–1951) als Titelbild ausgewählt.

Einen Blick auf die Vereinsgeschichte vermittelt der Rückblick unserer Schriftführerin über die Veranstaltungen des vergangenen Jahres.

Schön finde ich, dass viele Vereinsmitglieder –sowohl Wissenschaftler als auch Hobbyforscher– durch ihre Beiträge für den Erfolg und die Strahlkraft des Jahresheftes über unseren Verein hinaus gesorgt haben.

Der Verein setzt mit diesem Heft seinen Weg erfolgreich fort, geschichtliche Ereignisse zu erforschen, weiter zu vermitteln und das Interesse an der historischen Entwicklung Villingens zu fördern.

Ich sage allen ein herzliches Dankeschön, die zum Erfolg dieses Jahresheftes beigetragen haben. Danke an die Autorinnen und Autoren, an die Sponsoren, an Herrn Ditsch von der Druckerei Leute und an die langjährigen Verantwortlichen des Redaktionsteams, den Ehrenvorsitzenden Günter Rath und das Beiratsmitglied Dr. Hans Georg Enzenroß, außer denen seit einigen Monaten unsere Beiratsmitglieder Ute Schulze und Prof. Edgar Tritschler in diesem Team mitarbeiten.

Mit dem Jahresheft überreichen wir Ihnen auch das Jahresprogramm für 2018.

Wie gewohnt bieten wir neben den beliebten Eintages- und Mehrtagesexkursionen auch Vorträge, Führungen und Besichtigungen an, die hoffentlich Ihr Interesse wecken. Ich wünsche allen viel Freude beim Lesen unseres Jahresheftes und bei der Teilnahme an unseren Veranstaltungen 2018.

Meinen Dank an meine Vorstandskollegin und -kollegen, an die Mitglieder des Beirats, an alle Helfer und Unterstützer des Vereins sowie an alle Mitglieder verbinde ich mit den Wünschen für ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg im Jahr 2018.

Ihr



Werner Echle  
Erster Vorsitzender

# Villingen in spätstaufischer Zeit

Michael Buhlmann

## Das sog. Reichssteuerverzeichnis von 1241

### I. Stauferzeitliches Villingen

Mit dem Tod Herzog Bertholds V. (1186–1218) endeten über zweihundert Jahre Zähringerherrschaft über Villingen, eingeleitet mit der Villingen Markturkunde Kaiser Ottos III. (983–1002) vom 29. Mai 999, ausklingend mit der Entwicklung Villingens zur hochmittelalterlichen Stadt unter ebendiesem Berthold als *fundator ville Vilingen*. Nicht jedoch die mit den Zähringern verwandten Herzöge von Teck oder die Grafen von Urach setzten sich in Villingen fest, sondern es waren die staufischen Könige und Kaiser, die Villingen – wohl für mehrere Jahrzehnte – zu einer „Königsstadt“ machten, Ansprüche ihrer politischen Gegner auszugrenzen versuchten und damit das ehemalige Konkurrenzverhältnis zwischen Staufern und Zähringern im (oberen) Neckarraum zu ihren Gunsten entschieden. Jedenfalls sind staufische Aktivitäten in Villingen für die Zeit um 1220, um 1240 und für die 1240er Jahre bezeugt. Zwei Diplome des staufischen Herrschers Friedrichs II. (1212–1250) für das Zisterzienserklöster Tennenbach belegen den Einfluss, die Stadtherrschaft des Königs „in unserem... Ort Villingen“ (1218/19). Eine Schiedsurkunde für das Zisterzienserklöster Salem (1225) informiert erstmals über die innere Verfassung der Stadt: Es erscheinen die „Bürger Villingens“ (*cives*), der Ort wird als „Stadt“ (*civitas*) bezeichnet, die Zeugenliste der Urkunde nennt einige Villingen Bürger, Angehörige der Oberschicht, nennt „jene 24, durch die die Stadt regiert wird“, nennt aber auch den Stadtschultheißen Konrad (den Älteren?) und den (ehemaligen) „Verwalter“ Konrad von Winterstetten und damit die beiden Pole der städtischen Verfassungsentwicklung: die Bürger der Stadt – die Bürgergemeinde, vertreten durch die Vierundzwanzig als Gerichts- und Ratsorgan und dessen Mitglieder, die sich zweifelsohne aus der wirtschaftlich poten-

ten Oberschicht (der Kaufleute und Fernhändler?) rekrutierten, und der Stadtherr, der vertreten wird durch den Schultheißen bzw. den „Verwalter“ (*procurator*).

Die Ausformung der Villingen Bürgergemeinde (*universitas*) ging in den nachfolgenden Jahrzehnten weiter. Zum Jahr 1244 ist ein Villingen Stadtsiegel bezeugt. Das spitzovale Siegel zeigt im Siegelbild einen Reichsadler und hat als Umschrift: „† S[iegel] der Bürger in Villingen“. Das Stadtsiegel von 1253 ist ein Schildsiegel; die Stadtsiegel des 13. Jahrhunderts sind Ausdruck der selbstständigen Bürgergemeinde, die sich in spätstaufischer Zeit herausbilden konnte. Eher unwahrscheinlich ist, ob zeitweise (in den 1230er Jahren?) Villingen unter der Herrschaft der Uracher Grafen stand. Graf Egeno V. von Urach (1230–1236/37) hatte eine Einigung mit König Heinrich (VII., 1220–1235) (1224) und Kaiser Friedrich II. (1226) erreicht, der die Anerkennung der Uracher Vogtei über St. Peter im Schwarzwald, das ehemalige zähringische Hausklöster, folgte (1226).

In den 1240er Jahren verfügte der staufische König Konrad IV. (1237–1254) offensichtlich über die Villingen Stadtherrschaft. In einem in Villingen ausgestellten Diplom, das auf einen 5. September wohl 1239 oder 1240 datiert, befiehlt der Herrscher u.a. dem Villingen Schultheißen, das Klöster Salem, dessen Leute und dessen Besitz zu schützen. Das gleich zu behandelnde Reichssteuerverzeichnis führt Villingen als Königsstadt auf (1241). Auch wenn die Absetzung Kaiser Friedrichs II. durch Papst Innozenz IV. (1243–1254) auf dem Konzil zu Lyon (1245) in Deutschland und die Wahl der Gegenkönige Heinrich Raspe (1246–1247) und Wilhelm von Holland (1247–1256) eine politische Erosion zu Ungunsten der Staufer bewirkte, blieben die Königsstädte im Allgemeinen auf der Seite der staufischen Herr-

scher. Das galt ebenfalls für Villingen, dessen Bürger der Papst in einem Schreiben vom 26. Januar 1249 als „Anhänger Friedrichs II.“ bezeichnete. Spätestens mit dem Tod König Konrads IV. (1254) erlosch aber die staufische Stadtherrschaft über den Baarort. In der Folgezeit konnten sich hier die Grafen von Fürstenberg durchsetzen; Villingen verlor seine Stellung als Königsstadt.

## II. Reichsgut, Regalien, Reichssteuerverzeichnis

Reichsgut waren die Besitzungen (und Rechte) des fränkisch-ostfränkisch-deutschen Königs, die er zum Zweck der Herrschaftsausübung einsetzen konnte. Daneben verfügte der Herrscher auch über das Hausgut, also über Besitz der Adelsfamilie, der er selbst angehörte. Da eine Abgrenzung von Reichsgut und Hausgut auch im Mittelalter schwierig war, vermengten sich im Verlauf der Jahrhunderte des frühen und hohen Mittelalters immer wieder diese für den König nutzbaren Besitzgruppen. Auch veränderten sich im Laufe der Zeit die Besitzgrundlagen des Königtums geografisch; das Reichs- bzw. Hausgut der karolingischen Herrscher lag im austrasisch-lothringischen Raum der spätmerowingisch-karolingischen Epoche, das der ottonischen Könige im sächsisch-thüringischen Gebiet des 10. und 11. Jahrhunderts, das der salischen und staufischen Könige und Kaiser im Mittelrheingebiet, in Südwestdeutschland oder im Elsass des hohen Mittelalters. Dabei traten immer wieder „Königslandschaften“ in Erscheinung, d.h. Räume und Gebiete mit verdichtetem Reichsbesitz, die damit dem Königtum besondere machtpolitische Einwirkungsmöglichkeiten boten.

Zusammen mit dem Besitz verfügte der König auch über weitreichende Rechte, die wir Regalien (*regalia*, *iura regalia*) nennen. Diese Regalien haben sich rechtlich erst im Verlauf des Mittelalters ausgebildet, u.a. während des Investiturstreits (1075–1122; Temporalien) und unter Einwirkung des römischen Rechts (12./13. Jahrhundert), und betrafen Einrichtung und Betrieb von Münzstätten, Märkten, Zöllen, das Forstregal und den Wildbann, den Bergbau oder das Spolienrecht, um nur einige der Königsrechte aufzuzählen. Regalien konnten verliehen, eingeschränkt oder abgetre-

ten werden, was z.B. Kaiser Friedrich II. in zwei Reichsgesetzen, der *Confoederatio cum principibus ecclesiasticis* („Vereinbarung mit den geistlichen Fürsten“, 1220) und dem *Statutum in favorem principum* („Gesetz zu Gunsten der Fürsten, 1232), getan hat. Das Reichskirchengut war nach dem Wormser Konkordat (1122), das den Investiturstreit beendete, der Temporalienbesitz der Reichskirchen. Das Reichskirchengut machte zusammen mit dem Reichslehngut und dem unmittelbar vom Herrscher nutzbaren Krongut das Reichsgut aus. Das Reichslehngut war das an königliche Vasallen, Dienstleute und Getreue verliehene Reichsgut; es wurde im Zuge des Eindringens des Lehnswesens in die Verfassung des deutschen Reiches (11./12. Jahrhundert) ebenfalls auf eine (neue) rechtliche Grundlage gestellt.

Für die Zeit der ottonisch-salischen Reichskirche im Rahmen des entstehenden deutschen Reiches (10./11. Jahrhundert) ist von einer intensiven Inanspruchnahme der Bistümer und Reichsabteien auszugehen. Allgemein übertrugen die Herrscher damals Besitz und Rechte an die Reichskirchen und erwarteten im Gegenzug die Mithilfe der Kirchen im Zuge des Königsdienstes (*servitium regis*). Dieser Umverteilung von Besitz und Rechten entsprachen die größeren Einwirkungsmöglichkeiten des Königs bei der Besetzung (Investitur) der wichtigsten Positionen innerhalb der Reichskirche. Im Gegenzug dazu hatten Bistümer und Klöster Abgaben und Dienste für Königtum und Reich zu erbringen. Das *servitium regis* umfasste im Wesentlichen: Gebetsgedenken für Herrscher und Herrscherfamilie, Abgaben und Dienste für die Verpflegung des Königs (Königsgastung) und für das Heerwesen, Beteiligung an königlichen Hoftagen und an Heerzügen.

Das Reichs- und Königsgut der Stauferzeit und seine Organisation waren eine Folge von Investiturstreit und Territorialisierung. Die Servitialabgaben der Reichskirchen an den König hatten die verfassungsgeschichtlichen Umbrüche an der Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert überlebt. Im 12. Jahrhundert werden Servitialzahlungen der Reichsklöster an die deutschen Herrscher erkennbar. Neben den Bistümern und Klöstern trug

natürlich das Krongut der hochmittelalterlichen deutschen Könige einen beträchtlichen Teil zur Versorgung von König und Königshof bei. Leider sind wir im Allgemeinen darüber schlecht unterrichtet. Aus der Stauferzeit ist immerhin eine Reihe von Güterverzeichnissen überliefert, die Einblick geben in Verwaltung und Leistungen des Reichsguts. Es handelt sich hierbei um das Tafelgüterverzeichnis (ca. 1150 oder später), das Lehnbuch des staufischen Ministerialen Werner II. von Bolanden (ca. 1200), das Urbar der Reichsmarschälle von Pappenheim (13. Jahrhundert, 1. Hälfte), ein Verzeichnis von Rechten und Einnahmen des Reichs im Amt (*officium*) Pfullendorf (ca. 1220), das Reichssteuerverzeichnis (1241), die Abrechnung des Amtmanns Gerhard von Sinzig (1242) sowie die Goslarer Vogteigeldlehnrulle (1244).

Das Reichssteuerverzeichnis der *precarie civitatum et villarum* („Bitte an Städte und Orte“) ist damit eines der wenigen mittelalterlichen Dokumente, die Auskunft geben über die Organisation von Königsterritorium und Reichsgut in spätstauferischer Zeit. Veranlagt wurden durch König Konrad IV. Städte, Verwaltungsbereiche, Grundherrschaften, Judengemeinden, wahrscheinlich mit jährlicher Regelmäßigkeit und auf der Grundlage der staufischen Prokurationen als regionalen Verwaltungseinheiten im Königsterritorium. Von einer allgemeinen Besteuerung kann also nicht die Rede sein; die „Reichsteuer“ bezog sich als Bede (*exactio, petitio*) nur auf die Personen, Institutionen und Städte, die auf Grund des ihnen zustehenden Königsschutzes und der königlichen Vogtei zu einer finanziellen Gegenleistung verpflichtet waren. Die Liste enthält Steuernachlässe und -befreiungen; Zahlungsanweisungen geben Einblick in die „Buchführung“ der königlichen Steuerverwaltung.

Das Reichssteuerverzeichnis fußt auf den Städten der staufischen Könige, wie sie sich gerade um die Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert auf Reichsgut, aber auch auf staufischem Hausgut (Allodialgut) entwickelt haben. Die in Geld wohl regelmäßig (jährlich) erhobenen Steuern kamen der Reichs- und Hausgutverwaltung vor Ort zugute, etwa für den Bau von Stadtmau-

ern, aber auch überregional dem deutschen König selbst, etwa wenn von den „Ausgaben des Königs“ wohl im Zusammenhang mit dem Königshof und der Königsgastung die Rede ist. Die Abrechnung des Sinziger Amtmanns Gerhard spricht diesbezüglich eine deutliche Sprache. Die verzeichneten „Städte und Orte“ der Reichssteuerverzeichnis stehen für das Reichs- und Hausgut, für Grundherrschaften, Reichskirchengut, Kirchenvogteien u.a., d.h. für die Vielzahl von Rechten und Einwirkungsmöglichkeiten, die das staufische Königtum um die Mitte des 13. Jahrhunderts in Deutschland (noch) besaß. Dabei werden Schwerpunkte königlichen Einflusses etwa in Schwaben, Franken und entlang des Rheins sichtbar; in Norddeutschland war das staufische Königtum kaum vertreten.

Das Reichssteuerverzeichnis ist nach staufischen Prokurationen geordnet. Prokurationen sind zusammengefasste Reichsgutkomplexe und königliche Amtsbezirke unter der Leitung eines Prokurator. In spät- und nachstauferischer Zeit sollten sich aus manchen Prokurationen Landvogteien entwickeln, für die staufische Zeit sind Prokurationen schon für die Zeit Kaiser Friedrichs I. (1152–1190) bezeugt.

Das Verzeichnis führt zudem – getrennt von den anderen Einnahmen – die Steuern von Judengemeinden auf, Ausfluss des königlichen Judenschutzes und eines sich in staufischer Zeit ausbildenden Judenregals. Dass die Judensteuern gesondert ausgewiesen wurden, erklärt sich aus den unterschiedlichen Arten der Steuererhebung; die Judengemeinden wurden als Ganzes besteuert, die Voraussetzungen für die Erhebung der sonstigen Steuern lagen im Bereich der königlichen Grundherrschaft. Die prekäre „Randlage“ der jüdischen Minderheit im deutschen Reich zwischen Duldung, Vertreibung und Tötung (Judengemeinden, Pogrome) hatte in die „Kammerknechtschaft“ der Juden im Rahmen des Judenschutzes als Schutzherrschaft des Königs geführt; die Juden waren keine Rechts-subjekte mehr, sondern Rechtsobjekte, über die auch finanziell verfügt werden konnte.

Die Reichsteuerliste erwähnt dann noch mit dem (Reichs-) Schenken und dem Truchsess zwei Amtsträger des königlichen Hofes. Mit dem Schenken

ist Konrad von Winterstetten gemeint, der spätestens seit 1220 in Diensten Kaiser Friedrichs II. stand, der namentlich ungenannte Truchsess ist wahrscheinlich Konrad von Schmiedelfeld, der im Umfeld König Konrads IV. nachzuweisen ist.

### III. Villingen im Reichssteuerverzeichnis

Konrad von Winterstetten ist uns in der Salemer Urkunde von 1225 schon als „Verwalter“ Villingens begegnet. Konrad stand in staufischen Diensten und übte am Hof des staufischen Königs Heinrich (VII.) das Hofamt des Schenken aus. Er bestimmte Erziehung und Politik des erst 1228 mündig gewordenen Königs mit, neben einigen staufertreuen Bischöfen, Geistlichen, Adligen und (Reichs-) Ministerialen. Konrad stammte aus der oberschwäbischen Adelsfamilie der Tanne-Waldburg (bei Ravensburg) und nannte sich ab 1214 nach der bei Biberach gelegenen Burg Winterstetten. Das Verhältnis der Tanne zu den Staufern war eng, auf der Waldburg sollen zwischen 1220 und 1225 die Reichskleinodien aufbewahrt worden sein, Konrad tritt seit 1220 im (Reichs-) Schenkenamt in Erscheinung, später war er *Suevie procurator et prefectus Suevie* („Verwalter und Vorsteher Schwabens“) und verwaltete zeitweise, wahrscheinlich um oder kurz nach 1220, im königlichen Auftrag den Ort Villingen, wo er am 2. April 1225 anlässlich seines Schiedsspruchs zwischen der Zisterzienserabtei Salem und der Stadt Villingen anwesend war. 1238 konnte Konrad zusammen mit Gottfried und Heinrich von Hohenlohe ein Ritterheer nach Italien führen, das mit Hilfe einer Sondersteuer der Königsstädte finanziert wurde. Inwieweit Villingen an dieser Abgabe beteiligt war, entzieht sich aber unserer Kenntnis. Um 1240 gründete der Reichsschenk ein Nonnenkloster in Baidt (nördlich Weingarten), um 1242/43 ist Konrad wahrscheinlich verstorben.

Als „Verwalter und Vorsteher Schwabens“ leitete Konrad die staufische Prokuration in Schwaben, der mit Sicherheit Villingen und andere schwäbische Königsstädte angehörten. Vielleicht nennt das oben genannte Schreiben König Konrads IV. von 1239/40 einige dieser Königsstädte, wenn sich der Herrscher an die Schultheißen von „Villin-

gen, Rottweil, Schaffhausen, Esslingen, Ulm und Überlingen“ wendet. Diese Orte stehen auch im Reichssteuerverzeichnis auf benachbarten Positionen und zum Teil in derselben Reihenfolge: Esslingen, Ulm, Villingen, Rottweil, Schaffhausen, Esslingen (Judengemeinde), Ulm (Judengemeinde), und Überlingen (Judengemeinde). In Umrissen wird damit die schwäbische Prokuration als Teil des Territoriums der staufischen Könige im Südwesten Deutschlands erkennbar.

Aufgereiht im Reichssteuerverzeichnis unter den Königsstädten des deutschen Südwestens, zahlte Villingen einen Betrag von 42 Mark „für die Ausgaben des Königs“, Ausgaben, die – wie erwähnt – direkt für den Herrscher und seinen Hof bestimmt waren. Die Stadt rangierte – wohl auch auf Grund einer niedrigeren Einwohnerzahl – mit ihrer Steuerleistung betragsmäßig eher im unteren Drittel der staufischen Königsstädte, wenn wir aus der Liste z.B. Biberach (70 Mark), Bopfingen (50 Mark, Judengemeinde: [2 Mark]), Buchhorn (10 Mark), Esslingen (120 bzw. 152 Mark, Judengemeinde: 30 Mark), Giengen (25 Mark), Lindau (100 Mark), Pfullendorf (30 Mark), Rottweil (60 bzw. 40 Mark), Überlingen (50 bzw. 82 ½ Mark, Judengemeinde: 2 Mark), Ulm (80 Mark, Judengemeinde: 6 Mark) und Wangen (10 Mark) vergleichend heranziehen. Eine Judengemeinde hat es in Villingen im hohen Mittelalter nicht gegeben. Die Stadt lag, was den (Fern-) Handel anbetraf, eher im Abseits, die wichtigeren Handelsstrecken von Nord nach Süd verliefen entlang des Rheins. Immerhin war aber Villingen so wichtig, dass sich König Konrad IV. hier Anfang September 1239 oder 1240 aufhielt.

### IV. Zusammenfassung

Das sog. Reichssteuerverzeichnis von 1241 listet Villingen unter die staufischen Königsstädte Schwabens auf und verweist somit darauf, dass der Baarort damals unter der Stadtherrschaft der Stauferherrscher Friedrich II., Heinrich (VII.) und Konrad IV. gestanden hat und Teil der schwäbischen Prokuration im staufischen Königsterritorium gewesen ist. U.a. die Entwicklung der Villingener Bürgergemeinde machte in staufischer

Zeit große Fortschritte (Rat der Vierundzwanzig, Stadtsiegel, Stadtschultheiß). Königsstadt und Bürgergemeinde unterlagen Schutz und Förderung des Stadtherrn; die Villingener Bürger hatten umgekehrt

eine Steuer (Bitte, Bede) an den Stadtherrn und König zu entrichten. Dass diese nicht allzu hoch ausfiel, zeigt die geringere wirtschaftliche Potenz Villingens im Vergleich mit anderen (schwäbischen) Königsstädten an. Die Steuer ist mithin ein Maß für den Stand der Villingener Stadtentwicklung um die Mitte des 13. Jahrhunderts.



Abb. 1: Reichssteuerverzeichnis von 1241.

### Reichssteuerverzeichnis von 1241

(Text der Übersetzung):

- „Hier beginnen die Steuern der Städte und Dörfer.“
- Von Frankfurt 250 Mark.
  - Ebenso von Gelnhausen 200 Mark.
  - Ebenso von Wetzlar 170 Mark.
  - Ebenso von Friedberg 120 Mark, von denen die [eine] Hälfte dem Herrn Kaiser und die [andere] Hälfte für den Mauerbau bereit steht.
  - Ebenso von Wiesbaden 60 Mark; jene stehen für den Mauerbau zur Verfügung.
  - Ebenso von Seligenstadt 120 Mark; jene stehen für den Mauerbau zur Verfügung.
  - Ebenso die Juden der Wetterau 150 Mark.
  - Ebenso von Oppenheim 120 Mark; die Juden ebendort 15 Mark.
  - Ebenso von Nierstein 10 Mark.
  - Ebenso von den zwei Dörfern (Ober-, Unter-) Ingelheim 70 Mark, von denen der Bruder Sebastian das Hofwerk vollenden muss.
  - Ebenso ist (Ober-) Wesel befreit für vier Jahre, weil es die Vogtei abgekauft hat für 300 Mark; die Juden ebendort 20 Mark.
  - Ebenso von Boppard 130 Mark; die Juden ebendort 25 Mark.
  - Ebenso von Sinzig 70 Mark; die Juden ebendort 25 Mark, von denen sie vier Mark zahlen für die Ausgaben des Herrn von Schmiedelfeld.
  - Ebenso von Düren 40 Mark, deren [eine] Hälfte dem Kaiser und deren [andere] Hälfte dem Mauerbau zur Verfügung steht; die Juden ebendort 10 Mark.
  - Ebenso die Juden in Aachen 15 Mark.
  - Ebenso von (Kaisers-) Werth 20 Mark; die Juden ebendort 20 Mark.
  - Ebenso von Duisburg 50 Mark; die Juden ebendort 15 Mark.
  - Ebenso von Nimwegen 40 Mark.
  - Ebenso von den vier Höfen bei Dortmund 25 Mark;

die Juden ebendort 15 Mark.  
 Ebenso die Bürger von Dortmund (300) 100 Mark kölnisch.  
 Ebenso die Juden in Worms 130 Mark.  
 Ebenso die Juden in Speyer an Hart[mut] 80 Mark.  
 (Ebenso die Juden in (Kaisers-) Lautern.)  
 Ebenso vom Amt in (Kaisers-) Lautern 120 Mark.  
 Ebenso von der Vogtei in Weißenburg 80 Mark.  
 Ebenso von Hagenau 200 Mark.  
 Ebenso vom Amt in Trifels 150 Mark.  
 Ebenso von Erstein 40 Mark.  
 Ebenso von Hochfelden (20) 15 Mark.  
 Ebenso von Brumath 15 Mark.  
 Ebenso von Geudertheim 6 Mark.  
 Ebenso von Kronenberg 150 Mark.  
 Ebenso von (Ober-) Ehnheim 150 Mark.  
 Ebenso von Schlettstadt 150 Mark.  
 Ebenso von Colmar 160 Mark.  
 Ebenso von Mühlhausen 80 Mark.  
 Ebenso von Kaisersberg und Gregoriental 70 Mark.  
 Ebenso von Basel 200 Mark.  
 Ebenso von Rheinfeldern 40 Mark.  
 Ebenso von Neuenburg 100 Mark.  
 Ebenso von Breisach 100 Mark.  
 Ebenso von Mahlberg (15) 10 Mark.  
 Ebenso von Ortenberg 20 Mark.  
 Ebenso von Haslach 40 Mark.  
 Ebenso von Offenburg 60 Mark; davon geht die [eine] Hälfte an den Kaiser und die [andere] Hälfte für den Mauerbau.  
 Ebenso die Juden von Straßburg 200 Mark.  
 Ebenso die Juden von Basel 40 Mark.  
 Ebenso die Juden von Hagenau 15 Mark.  
 Heilbronn ist befreit wegen der Stadtmauer.  
 Ebenso von Weinsberg 60 Mark.  
 Ebenso von Wimpfen 40 Mark.  
 Ebenso von Mosbach 25 Mark.  
 Ebenso von Schefflenz 15 Mark; davon empfängt der Vogt fünf [Mark].  
 Ebenso von Odenheim 6 Mark; davon empfängt der Abt 3 [Mark].  
 Ebenso von Ebersbach 20 Mark für die Stadtmauer.  
 Ebenso von (Neckar-) Gemünd 20 Mark, und diese stehen für den Mauerbau zur Verfügung.  
 Ebenso von Heidelberg 100 Pfund Heller für die Stadtmauer.

Ebenso ist Waibstadt abgebrannt.  
 Ebenso von Weil (der Stadt) 100 Pfund Heller für die Stadtmauer.  
 Ebenso von (Schwäbisch) Hall (200) 170 Mark.  
 Ebenso von Rothenburg 90 Mark; (die Juden ebendort 10 Mark.)  
 Ebenso die Juden von (Schwäbisch) Hall 8 Mark.  
 Ebenso von Dinkelsbühl 40 Mark.  
 Ebenso von Feuchtwangen 20 Mark.  
 Ebenso Aufkirchen nichts, weil es abgebrannt ist.  
 Ebenso von Weißenburg 40 Mark.  
 Ebenso von (Schwäbisch) Gmünd 160 Mark; die Juden ebendort 12 Mark.  
 Ebenso Augsburg nichts, weil es abgebrannt ist. Und die Juden ebendort nichts, weil sie abgebrannt sind.  
 (Ebenso von Schongau.)  
 Ebenso (von (Donau-) Wörth) die Bürger von Nördlingen (200) 100 Mark für eine vorgefallene Unregelmäßigkeit.  
 Ebenso von (Donau-) Wörth von denen, die nicht abgebrannt sind, 120 Mark; (und die, die abgebrannt sind, sind davon befreit).  
 Ebenso wird von Harburg nichts gegeben, weil es abgebrannt ist.  
 Ebenso von Bopfingen 50 Mark.  
 Ebenso von Giengen (30) 25 Mark.  
 Ebenso von Lauingen (90) 80 Mark.  
 Ebenso von Staufen [bei Dillingen] 10 Mark.  
 Ebenso von Essingen [Esslingen] 5 Mark.  
 Ebenso von Esslingen 120 Mark; und sie zahlen für die Ausgaben des Herrn König 152 Mark.  
 Die Bürger von Ulm 80 Mark.  
 Ebenso die Bürger von Biberach 70 Mark.  
 Ebenso die Bürger von Schongau 30 Mark.  
 Die Bürger von (Kauf-) Beuren 90 Mark.  
 Die Bürger von Memmingen 70 Mark.  
 Die Bürger von Altdorf und Ravensburg 50 Mark.  
 Ebenso die Bürger von Pfullendorf für die Ausgaben des Herrn König 30 Mark.  
 Ebenso von Wangen 10 Mark.  
 Ebenso von Buchhorn 10 Mark.  
 Ebenso von Lindau 100 Mark.  
 Ebenso ist Konstanz frei für ein Jahr wegen des Brandes; es zahlt für gewöhnlich 60 Mark, die [eine] Hälfte an den Kaiser und die [andere] Hälfte an den Bischof.

*Ebenso von Überlingen (110) 50 Mark; und sie zahlen für die Ausgaben des Herrn König (52) 82 ½ Mark.*

*Ebenso von der Vogtei in Kempten 50 Mark, die gegeben werden an den Marschall Heinrich von Altmannshofen für ein Reitpferd und Streitrosse, die bei ihm gekauft wurden.*

*Ebenso von der Vogtei des heiligen Gallus [St. Gallen] 100 Mark.*

*(Ebenso von Rottweil 90 [Mark]).*

*Ebenso von Villingen für die Ausgaben des Königs 42 Mark.*

*Ebenso von Rottweil (60) (40) 60 Mark und für seinen Mauerbau 40 Mark.*

*Ebenso zahlt Schaffhausen für die Ausgaben des Königs 227 Mark.*

*Ebenso (von Zürich haben sie neulich dem Herrn Schenk [Konrad von Winterstetten] [Geld] gesandt). Zürich gibt jetzt nichts, weil sie neulich 150 Mark gegeben haben, die sie dem Herrn Schenk [Konrad von Winterstetten] auf Befehl des Königs gesandt haben.*

*Ebenso die Juden von Esslingen 30 Mark.*

*Ebenso die Juden von Ulm 6 Mark.*

*Ebenso die Juden von Konstanz 20 Mark.*

*Ebenso die Juden von (Donau-) Wörth und von Bopfingen 2 Mark.*

*Ebenso die Juden von Überlingen 2 Mark.*

*Ebenso die Juden von Lindau 2 Mark.*

*Ebenso die Bürger von Bern 40 Mark.*

*Dies sind in Kölner Pfennigen 1488 Mark.*

*Dem Schenken [Konrad von Winterstetten] müssen noch gegeben werden 234 ½ Mark und dem Truchsess*

*[Konrad von Schmiedelfeld?] (165) 150 Mark und dem Notar W[alter] 7 ½ Mark.”*

#### **Anmerkungen:**

#### **Quellen und Literatur:**

Brühl, C., Fodrum, gistum und servitium regis. Studien zu den wirtschaftlichen Grundlagen des Königtums im Frankenreich und in den fränkischen Nachfolgestaaten Deutschland, Frankreich und Italien vom 6. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, 2 Bde., Tl.1: Text; Tl.2: Register und Karten (= KHA 14), Köln-Graz 1968, S.215f; Buhlmann, M., Die frühe schriftliche Überlieferung zum Ort Villingen (9.–13. Jahrhundert), in: GHV XXVIII (2005), S.71–81; Buhlmann, M., Stadt, Königtum und Reich – Villingen im 13. Jahrhundert, in: GHV XXX (2007), S.24–32; Buhlmann, M., Villingen im Reichssteuerverzeichnis von 1241 (= VA 87), Essen 2016; Constitutiones et acta publica imperatorum et regum inde ab a. MCCLXXXIII usque ad a. MCCXCVIII (1273–1298), hg. v. J. Schwalm (= MGH. Constitutiones et acta publica imperatorum et regum, Bd. 3), 1904–1906, Ndr Hannover 1980, S.1–5; EdG = Enzyklopädie deutscher Geschichte; FSGA A = Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Reihe A: Mittelalter; GHV = Villingen im Wandel der Zeit. Geschichts- und Heimatverein Villingen; KHA = Kölner Historische Abhandlungen; Kirchner, G., Die Steuerliste von 1241. Ein Beitrag zur Entstehung des staufischen Königsterritoriums, in: ZRG GA 70 (1953), S.64–104; Maulhardt, H., Zotz, T. (Hg.), Villingen 999–1218. Aspekte seiner Stadtwerdung und Geschichte bis zum Ende der Zähringerzeit im überregionalen Vergleich (= VAI 70), Waldkirch 2003; Metz, W., Staufische Güterverzeichnisse. Untersuchungen zur Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte des 12. und 13. Jahrhunderts, Berlin 1964, S.98–115; MGH = Monumenta Germaniae Historica; VA = Vertex Alemanniae. Schriftenreihe zur südwestdeutschen Geschichte; Toch, M., Die Juden im mittelalterlichen Reich (= EdG 44), München 1998; VAI = Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts Freiburg; Weinrich, L. (Hg.), Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250 (= FSGA A 32), Darmstadt 1977, S.510–519, Nr.127; ZRG GA = Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung.

Bei der Auflösung des Lehrinstituts St. Ursula im Jahr 2015 wurden unter anderem auch hochinteressante Fragmente gefunden. Es sind Blätter ehemaliger liturgischer Handschriften, die hauptsächlich zu Brevieren<sup>1</sup> gehörten, und die im 14. Jahrhundert auf Pergament in einer gotischen Textura geschrieben wurden. Wie die späteren Eintragungen der Konventschreiberinnen des Villingener Klarissenklosters zeigen, waren die Fragmente als Einbände von Rechnungsbüchern der Klarissen vorgesehen. Dazu wurden die Handschriften aufgelöst, nachdem sie obsolet geworden waren, um als Einzel – oder auch Doppelblätter für Einbände der Rechnungsbücher benutzt zu werden. Obwohl es einen Handel mit abgelösten Fragmenten gab, wäre es möglich, dass die kompletten Handschriften im Villingener Kloster benutzt wurden. Heute sind die als Einbände vorgesehenen Fragmente von größerer Bedeutung als der geplante Inhalt. Da die Einbindung unterblieb, kamen die Fragmente in das kleine Klostermuseum, wo sie einige Jahrhunderte keinerlei Beachtung mehr fanden.

Das Besondere an diesen liturgischen Fragmenten ist, dass zwischen den fortlaufenden lateinischen Texten sogenannte **Einsprengsel** eingetragen wurden, die Angaben zu dem Ablauf der jeweiligen Stundengebete in **mittelhochdeutsch** anzeigten. Diese Einsprengsel sind keine Nachträge, sondern gehören zur Anlage der Handschrift. Diese besondere Form der Aufzeichnungen wurde in Frauenklöstern, oder für diese geschrieben<sup>2</sup> und gehören in diesem Fall zu einem franziskanischen Frauenorden (Klarissen).

Von den gefundenen Fragmenten werden drei der interessantesten handschriftlichen Blätter abgebildet und erläutert. Da die Fragmente keine Signatur besitzen, wurden zum besseren Verständnis vorläufig Signaturen vergeben.

## Fragment aus dem Klarissenkloster zu Villingen (A.B. Fr.1)

„Anno 1607 das 17 bmoch Appollonia Mosferin angefangen den 6 augusti gehertt zuo verechnen den 6 Augusti Anno 1608.“

(Apollonia Moser war von 1591 – 1612 Äbtissin des Villingener Klarissenklosters).

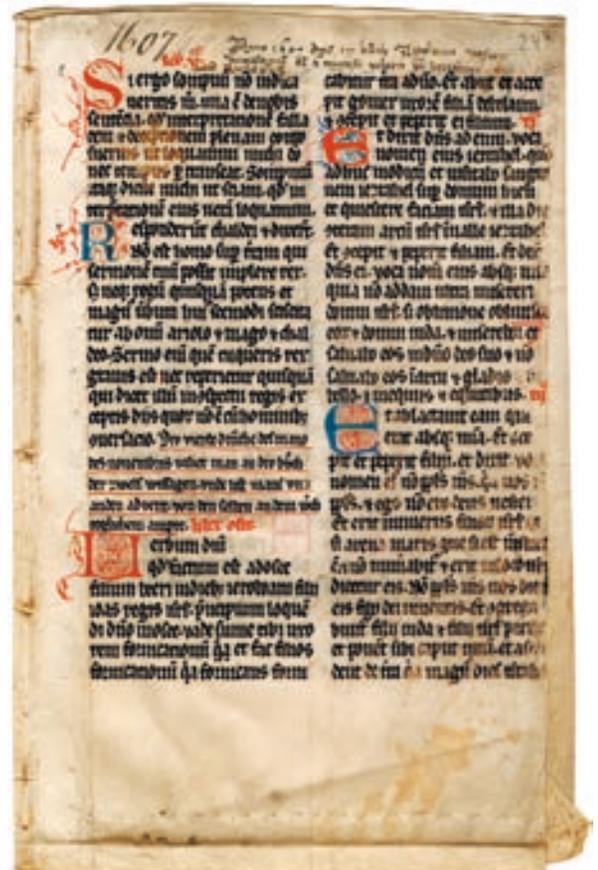


Abb. 1: Fr. 1, folio 1r, ganze Seite.

Das Fragment besteht aus einem Pergament-Doppelblatt und beinhaltet Lektionen aus den Büchern der Propheten Daniel, Osea, Joel und

Amos. Die Lektionen wurden ab dem 3. Sonntag im November gelesen. Auch in den späteren Brevariieren stehen diese Texte<sup>3</sup>.



Abb. 2: Fr. 1, folio 1r, linke Spalte.

Nach der zweiten Lektion wurde ein Einsprengsel eingefügt.

...*Div vierde divoche Des manodes novembris vabert man an div buoch der zwels wissagen. Vnde list mans vnz an den advent von den selben an dem woe'chteiglichem ampte.*"

„Die vierte Woche des Monats November beginnt man mit dem Buch der 12 Weissagungen (12 Propheten), die man bis zum Advent liest. Davon auch beim wöchentlichen Amt.“

Das zweite Fragmentblatt bildet keine Fortsetzung des ersten Blattes. Auch hat eine andere Hand den Text geschrieben, der fragmentarisch ohne Angabe mit einem Vers beginnt. Es folgen die Laudes-Antiphonen des Offiziums von Trinitatis.

Das Dreifaltigkeitsfest wurde erst 1334 in den römischen Kalender durch Papst Johannes XXII aufgenommen. Es gab bereits Ende des 8. Jahrhunderts Votivmessen zu Ehren der Dreifaltigkeit, die aber noch kein offizielles Fest bedeuteten<sup>4</sup>. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Verehrung der Dreifaltigkeit als Fest um die erste Jahrtausendende von dem Benediktinerorden eingeführt<sup>5</sup>.

Es erstaunt, dass bereits in den frühen Antiphonarien das Fest Trinitatis in den Offizien aufgenommen wurde. Die auf dem Fragment aufgezeichneten Laudes-Antiphonen sind teilweise, auch in der Reihenfolge, identisch mit den untersuchten Quellen<sup>6</sup>, die hauptsächlich zu dem „Cursus Monasticus“ gehören.

(In Festo Sanctissimae Trinitatis)

Ad Laudes

- A = O beata et benedicta et gloriosa trinitas...  
(H, R, D, S)
- A Tibi laus tibi gloria tibi graciaram...  
(E, M, F, L)
- A O beata et benedicta et gloriosa trinitas...  
(H, R, D, S)
- V Tibi laus tibi gloria tibi graciaram...  
(E, M, F, L)
- A O uera summa sempiterna trinitas...  
(H, R, D, S)
- V Miserere, miserere, miserere nobis...  
(E, M,)

A Te iure laudant te adorant te glorificant...  
(H, R, D, S)  
V Tibi laus tibi gloria tibi graciaram...  
(E, M)

**Ad Benedictus**

A Benedicta sit sancta trinitas... (H)

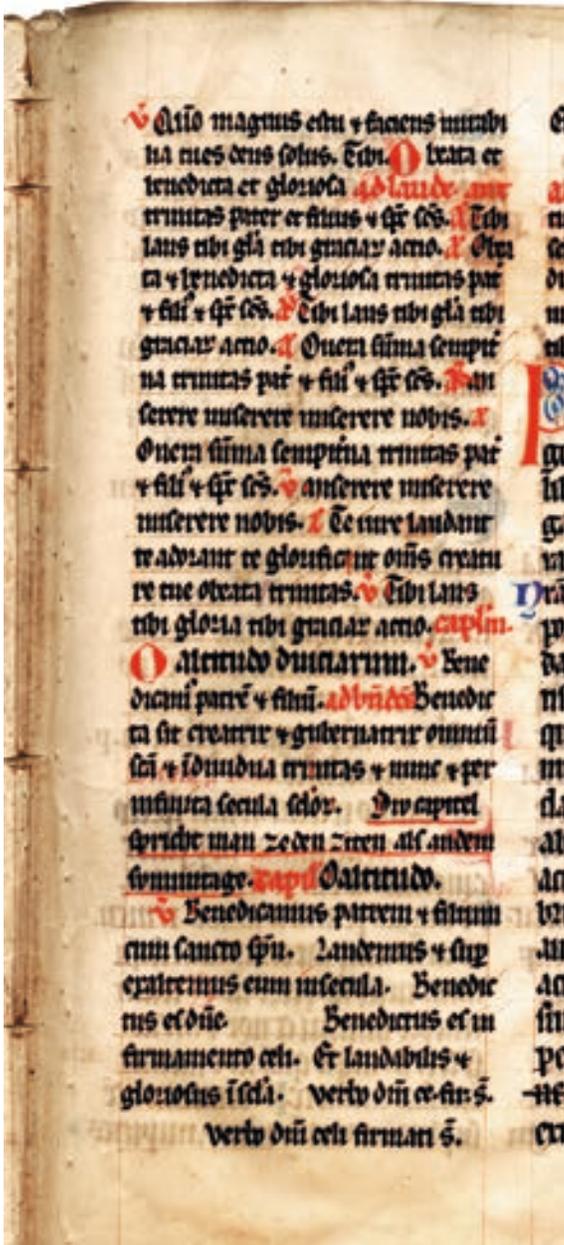


Abb. 3: Fr. 1, folio 2r, linke Spalte.

„Div capitel spricht man ze den ziten als andem  
svnnintage.“

„Die Kapitel werden zu den Stundengebeten, wie am  
Sonntag gebetet“

Einige Hymnen, Gesänge und Gebete, die sich  
alle auf Trinitatis beziehen, bilden den Abschluss  
des Fragments.

**Fragment aus dem Klarissenkloster (A.B Fr. 2)**

Auf dem Pergament – Doppelblatt des Brevier –  
wurde auf der Rückseite in Gegenrichtung folgen-  
der Eintrag handschriftlich aufgezeichnet.

„Anno 1609 das 19 buoch Appolonia Mosserin  
angefangen den 6 augusti gehört zuo verechne de(n)  
6 augusti 1610“

(Apollonia Moser war von 1591-1612 Äbtissin  
des Villinger Klarissenklosters).



Abb. 4: Fr. 2, folio 1r, ganze Seite.

Dieses Fragment ist Teil eines ehemaligen Breviers, zu dem einige der gefundenen Fragmente gehörten. Der Inhalt des Pergament-Doppelblattes besteht aus Texten, die dem ersten Buch der Machabäer entnommen wurden. Zu Beginn, auf folio 1, steht eine fragmentarische Lectio aus dem Buch Esther (Hesther)<sup>7</sup>. Die Texte der nachfolgenden Lektionen und Gesänge gehören zum

1. Buch der Machabäer<sup>8</sup>, Aus den Büchern der Propheten und auch der Machabäer wurden die Texte hauptsächlich in mittelalterlichen und spätmittelalterlichen Handschriften aufgezeichnet, ebenfalls sind die Texte in den Brevieren des 17. und 20. Jahrhunderts<sup>9</sup> zu finden.

Nach der Lectio aus dem Buch Esther wurde das erste Einsprengsel aufgezeichnet.

„Merke singet man die vor gescriben Ystorie an dem ffynften sonnentage daz da gebriestet daz er vollet man von der Ystorie Adonay domine. An dem ersten samztage kalendns octobris.“

„Merke: Singt man die vorgeschriebenen Gesänge (Responsorien un Antiphonen) am fünften Sonntag, falls sie nicht vollständig sind, singt man das Responsorium „Adonay Domine“ an dem ersten Samstag in den Kalenden des Oktobers.“

Nach einer Antiphon zum Magnifikat folgt das nächste Einsprengsel.

„In dem ersten sonnentage octobris singet man disiv nvtatoria Venite exultemus Preocupemus Suoch div Invitatoria bi den andern nah dem xwelftentage an dem man div singet man hie nah ein andr vnz an den. advent also daz man d' lengeste wirt singet ob es not ist. Ymnus Primo dierum o(mnium) Hinahet vahet man an div Buoch machabeorum. daz erste leset nwn durch zwo wochen. daz and' bmoche machabeoram durch die anderen zwo.“

„An dem ersten Oktobersonntag singt man die Invitatorien „Venite exultemus“ und „Preoccupemus“. Benutze die Invitatorien an den zwölf Tagen, die man nacheinander bis zum Advent singt. Das längste wird, wenn nötig, zweimal gesungen. Es folgt der Hymnus des ersten Tages. Anschließend beginnt man mit den Büchern der Machabäer. Das erste Buch wird innerhalb von zwei Wochen gelesen, das andere Buch (das zweite) die beiden letzten Wochen.“

Die folgenden Texte wurden den Büchern der Machabäer entnommen, aufgeteilt in Lektionen, Responsorien und Antiphonen. Bei den angegebenen Gesängen zeigt sich im Vergleich mit den

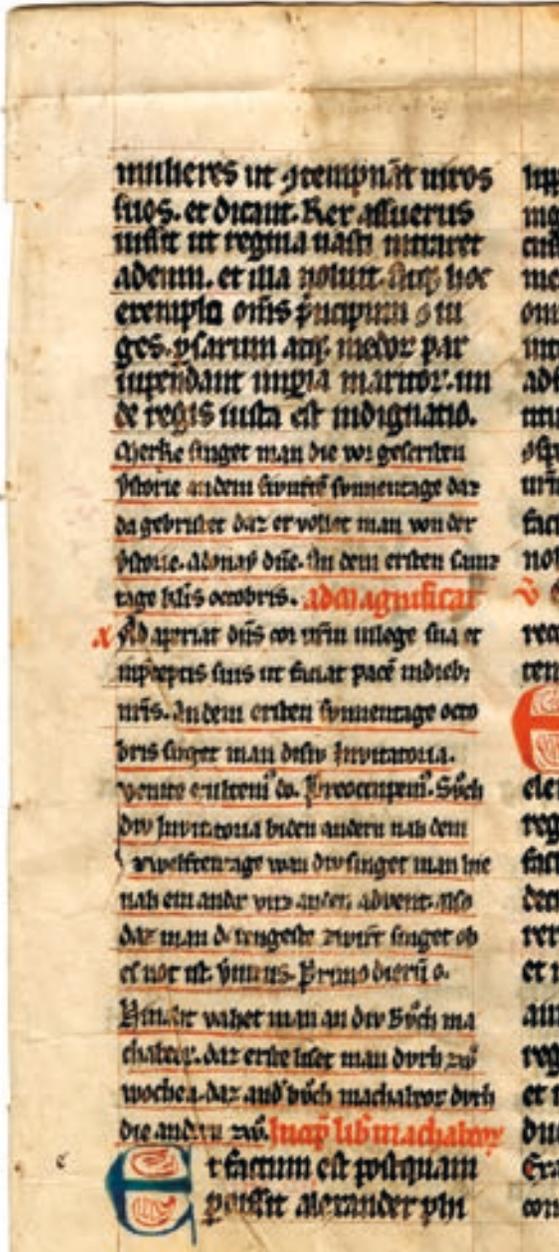


Abb. 5: Frag. 2, folio 1r, linke Spalte.

Quellen des CAO und anderen Quellen eine eventuelle Beziehung zu der Handschrift aus Ivrea (E).

*(Alle 13 Responsorien des Fragments sind ebenfalls in E, von den 11 Antiphonen sind 8 in der selben Handschrift aus Ivrea. Die 13 Responsorien des Fragments sind auch identisch mit den Angaben in den Handschriften von St Gallen (H) und Rheinau (R), wie auch in Benevent (L). Von den 11 Antiphonen des Fragments ist nur jeweils 1 Antiphon in St. Gallen (H) und Benevent (L) vorhanden).*

Vor dem letzten Einsprengsel wurde noch der Hymnus „Aeterne rerum“ gesungen.

Die Eintragungen auf dem Fragment enden nach den elf angegebenen Antiphonen und den zwei Lektionen, deren Texte dem ersten Buch der Machabäer für die folgenden Wochentage entnommen wurde.

### Fragment aus dem Klarissenkloster (A.B. Fr. 3)

Über den eigentlichen Text des Fragmentes wurden von der Konventschreiberin des Villingener Klarissenklosters die Angaben für den Einband eines vorgesehenen Rechnungsbuches eingetragen.

*Anno 1615 Jar das dritt Buoch maria Cleopha Duocherin Angefangen den 6 Augusti gehert zuo verechnen den 6 August Anno 1616.*

(Maria Cleopha Durcher war von 1612–1624 Äbtissin des Klarissenklosters zu Villingen).

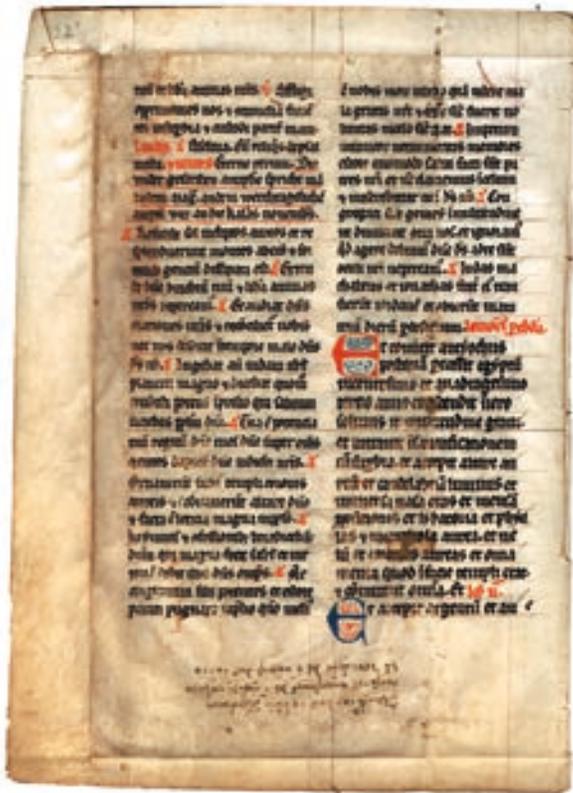


Abb. 6: Fr. 2, folio 2r, ganze Seite.

„Die vnder geschribene antiphone spricht man zedem Mag. an dem werchtagelichen ampte vnz an die kaldàs nonembris.“

„Die anschließenden Antiphonen singt man zum Magnifikat im Amt an den Wochentagen in den Kalenden des Novembers.“



Abb. 7: Fr. 3, folio 1r, ganze Seite.

Dieses Fragment, das ebenfalls Teil eines Breviers ist, besitzt neun Lektionen, drei Responsorien und

sieben Antiphone, deren Texte aus dem Buch Job entnommen wurden. Die Lektionen wurden nach den aufgezeichneten Antiphonen gelesen. In einigen der verglichenen Quellen wurden die

Texte Jobs „In Kalendris Septembris“ und „In Kalendris Octobris“ eingesetzt. Auf dem Fragment wurde für die Leseordnung keine Angabe gemacht. Fest steht, dass die Texte Jobs im Herbst gelesen wurden. Nach den drei Responsorien steht ein Einsprengsel.

„Die vndern gescribene antiphe siget man ze dem Mag. durch zwo wochin.“

„Die anschließenden Antiphonen werden zum Magnifikat innerhalb zwei Wochen gesungen.“

Der Text auf folio „1r“ beginnt mit dem fragmentarischen Vers eines Responsoriums. Es folgen drei Responsorien mit Versen und sieben Antiphonen. Beim Vergleich mit den Quellen aus CAO und anderen Handschriften, konnte festgestellt werden, dass die drei Responsorien, in Ivrea (E), und von den sieben Antiphonen des Fragments sechs in der Handschrift aus Ivrea vorhanden sind. In den Handschriften von St. Gallen (H) und Rheinau (R) sind die Responsorien ebenfalls mit den Eintragungen auf dem Fragment identisch, während bei den Antiphonen nur drei mit den Angaben des Fragments übereinstimmen.

#### Zusammenfassung:

Die untersuchten Pergamentfragmente gehören zu Brevieren des 14. Jahrhunderts, die in gotischer Textura geschrieben wurden. Die Schrift wurde von geübten Händen ausgeführt, sie ist gut lesbar und ihr Erscheinungsbild homogen. Die Texte der ehemaligen Handschriften wurden in zwei Spalten geschrieben, und die Initialen über zwei bis sieben Zeilen dekorativ in rot und blau gezeichnet und oft mit der anderen Farbe (rot mit blau, blau mit rot) ausgeschmückt. Von großer Bedeutung sind die Einsprengsel, die meistens rot unterstrichen wurden, und in den liturgischen Handschriften einiger Frauenklöster als Anlage, die zum liturgischen Ablauf der Stundengebete gehören, eingesetzt wurden.

Die wichtigsten Übereinstimmungen mit den Quellen des CAO:

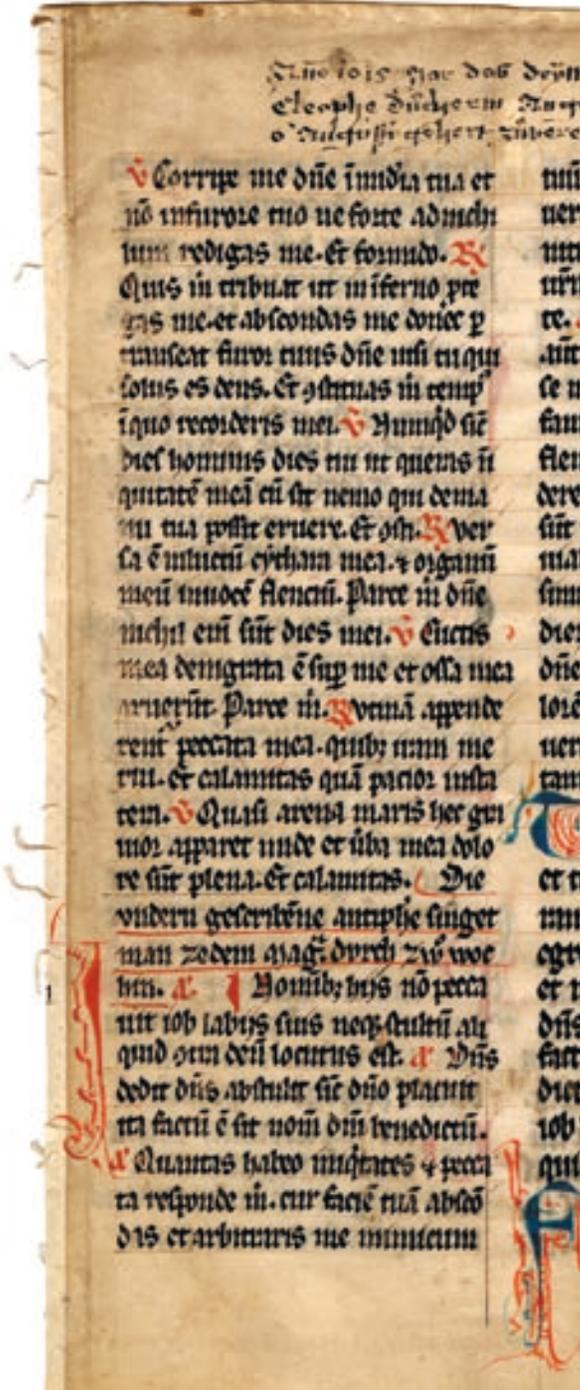


Abb. 8: Fr. 3, folio 1r, linke Spalte.

**Fragment 2** von 13 Responsorien im Fragment, davon 13 Responsorien in Ivrea (E), St. Gallen (H), Rheinau (R) und Benevent(L).

Von 11 Antiphonen des Fragments davon 8 Antiphonen in Ivrea (E), 1 A. in St. Gallen (H), Rheinau (R) und Benevent (L).

**Fragment 3** von 3 Responsorien des Fragments ebenfalls 3 in Ivrea, St. Gallen und Rheinau und 2 R. in Benevent(L). von 7 Antiphonen des Fragments, davon 6 in Ivrea (E), 3 in St. Gallen (H), Rheinau (R) und 2 in Benevent (L).

Es wäre durchaus möglich, dass die kompletten Handschriften im Klarissenkloster Villingen in den Offizien benutzt wurden. Denn als Ursula Haider mit ihren Mitschwestern aus Valduna im Vorarlberg nach Villingen kam, um die dortige Sammlung im Jahr 1480 in ein Klarissenkloster umzuwandeln, waren für Messfeier und Stundengebete liturgische Bücher notwendig. Dadurch wäre es denkbar, dass Ursula Haider die Handschriften aus Valduna mitbrachte um gleich bei ihrer Ankunft in Villingen mit ihren Mitschwestern die vorgeschriebenen Offizien feiern zu können, denn in der Villinger Sammlung am Bickentor befanden sich keine Handschriften für den strengen Klarissenorden. (Der Klarissenorden ist der zweite franziskanische Orden, mit der Regel der hl. Clara von Assisi). Falls diese Hypothese

stimmen könnte, müsste noch erforscht werden, woher die liturgischen Bücher nach Valduna kamen.

Nicht nur für Villingen, sondern allgemein für die Liturgiewissenschaft sind diese Fragmente mit den Einsprengseln von großer Wichtigkeit, und es ist eine besondere Fügung, dass diese Fragmente gefunden wurden.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Brevier = Sammlung der Gebete und Gesänge der täglichen Stundengebete der Ordensgemeinschaften und Welt-geistliche der kath. Kirche.

<sup>2</sup> Herrn Prof. Dr. Felix Heinzer, der wertvolle Anregungen gab, sei herzlich gedankt.

<sup>3</sup> Breviarium Romanum, Pars Autumnalis, Antverpiae M. DC. XCVIII. Breviarium Romanum, Pars Autumnalis, Ratisbonae et Romae MCMXV.

<sup>4</sup> Dürig, Walter: Dreifaltigkeitsfest (VII), Bd. 3, Herder-Verlag Freiburg, 1959, Sp. 562.

<sup>5</sup> Beritz, Karl-Heinrich: Das Kirchenjahr, H.Beck-Verlag München, 1994, S. 142.

<sup>6</sup> E = Ivrea (Ivree, Chapitre 106, 11. Jh.). M = Monza (Monza Chapitre c. 12.75, 11. Jh.). H = Hartker (St. Gallen, 390–391, 10./11.Jh.). R = Rheinau (Zürich, Zentralbibliothek, Rh. 28, 13. Jh.). D = Saint Denis (Paris, Bibl. Nat. lat. 17296, 12. Jh.) F = Saint- Maur les Fossès, (Paris, Bibl. Nat. lat. 84, 12. Jh.). S = Silos (London, Brit. Museum, add. 30850, 11. Jh.). L = Saint Loup de Bénevént, Chapitre V. 21, 12. Jh).

<sup>7</sup> Die Texte von Esther wurden im September gelesen.

<sup>8</sup> Die Texte des 1. Buches der Machabäer wurden ab dem ersten Sonntag im Oktober, die Texte des zweiten Buches ab 4. Oktobersonntag eingesetzt.

<sup>9</sup> Siehe Endnote <sup>3</sup>.

#### Quelle:

A. B Klosterarchiv St. Clara / St. Ursula

# Die biblische Botschaft der Fenster im Villinger Münster

Kurt Müller

Bei der letzten Renovation des Münsters 1978–1982 stellte man sich auch der Aufgabe, eine Neugestaltung aller Kirchenfenster im Hauptschiff zu wagen. Der Kölner Künstler Elmar Hillebrand wurde mit der Arbeit betraut. Sein Thema lautete: die Machttaten Jesu und seiner Jünger.

Die Grundfläche aller Fenster bekam eine annubarocker Formensprache orientierte gleichmäßige Gestaltung. In jedem Fenster erzählt ein Medaillon eine biblische Begebenheit zum Thema. Die Bilderreihe auf den Fenstern schildert nun eine Fülle biblischer Begebenheiten, und sie stellt eine Einladung für die Besucher dar, bei einem meditativen Gang entlang der Fenster, sich zahlreiche biblische Themen bewusst zu machen.

Wir beginnen den Rundgang auf der Südseite hinten:



Abb. 1: Der Prophet Elia auf der Flucht, 1 Kg 19,1.

*„Der Engel Jahwes rührte ihn an und sprach: Steh auf, iss, denn sonst ist der Weg zu weit für dich. Da stand er auf, aß und trank und wanderte in der Kraft jener Speise 40 Tage und 40 Nächte bis zum Gottesberg, dem Horeb“.*

Wer aus der Hektik oder der Hast des Alltags heraus ins Münster tritt, fühlt sich vielleicht durch dieses Bild eingeladen, eine geistliche Pause einzulegen und durch die Begegnung mit Gottes Wort neue Kraft für den Lebensweg und die Aufgaben des Alltags zu finden. Iss und trink, sonst ist der Weg zu weit für dich, ist eine gute Einladung zu einer meditativen Pause entlang der Münsterfenster.



Abb. 2: Die Berufung der ersten Jünger, Mk 3, 16.

„Er sah Simon und Andreas, den Bruder des Simon, die Netze auswerfen. Sie waren nämlich Fischer. Da sprach Jesus zu ihnen: Kommt mir nach. Ich will euch zu Menschenfischern machen. Sofort verließen sie ihre Netze und folgten ihm nach.“

Eine Einladung zur Nachfolge prägt das öffentliche Wirken Jesu von Anfang an. Nicht das neugierige Beobachten seines Wirkens, nicht die kritische Auseinandersetzung seiner Botschaft ist die Erwartung Jesu an einen Menschen. Er erwartet den Aufbruch zur Nachfolge und in seiner Nähe das immer tiefer Vertrautwerden mit dem Sinn und dem Heilswert seiner messianischen Sendung.

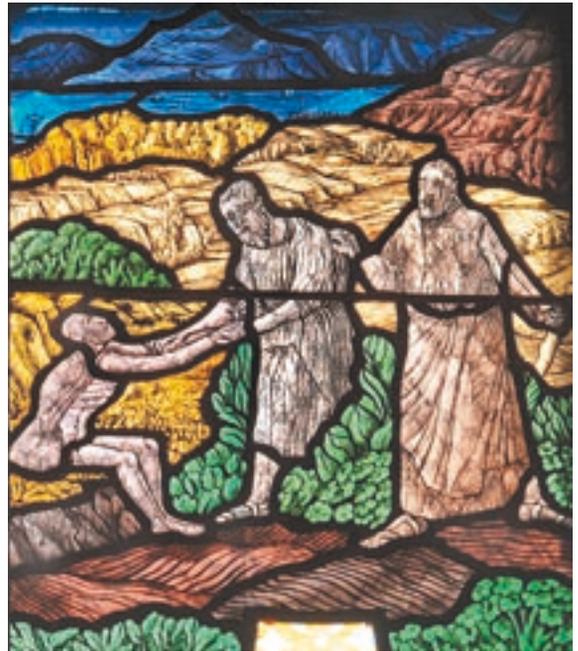


Abb. 4: Die Heilung des Gelähmten, Apg 3,1.

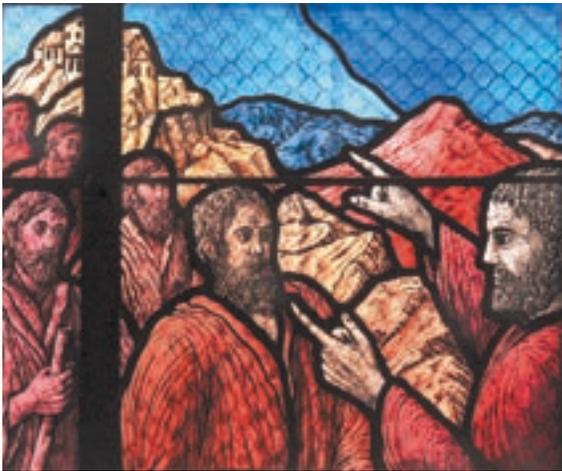


Abb. 3: Petrus der Fels, Mt 16,18.

„Und ich sage dir: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen. Ich will dir die Schlüssel des Himmelreiches geben.“

Die Einladung zur Nachfolge ist adressiert an viele Menschen. Aus Zuhörern werden Sympathisanten, Jünger, Apostel und eine große Zahl von Menschen. Von Anfang hat Jesus eine geordnete Struktur seiner Gemeinde beabsichtigt. Er hat Verantwortung übertragen, Ämter eingesetzt und dem Petrus das Felsenamt übertragen.

Petrus sprach: „Silber und Gold besitze ich nicht. Was ich aber habe, das gebe ich dir: Im Namen Jesu Christi des Nazoräers wandle! Und er fasste ihn bei der Hand und richtete ihn auf. Sogleich wurden seine Füße und Gelenke fest. Er sprang auf und konnte gehen.“

Petrus und Johannes machen die Erfahrung, dass sie nicht nur viel Aufmerksamkeit erleben bei der Verkündigung der Botschaft Jesu. Sie erfahren, dass ihnen in der Nachfolge Jesu auch viel Kraft und Mut geschenkt wird, ja dass sie sogar an der Wunderkraft Jesu teilnehmen dürfen. „In Gottes Namen“ sagen wir selber auch oft und wir dürfen darauf vertrauen, dass sich darin auch für uns eine Kraftquelle erschließt.



Abb. 5: Der Sünderin wird vergeben, Lk 7,36.

„Sie trat weinend von rückwärts an die Füße Jesu heran und begann mit ihren Tränen seine Füße zu benetzen und trocknete sie mit den Haaren ihres Hauptes, küsste seine Füße und salbte sie mit dem Salböl.“

Eine dramatische Szene. Im Haus eines vornehmen Pharisäers, der Jesu Verhalten genauer beobachten wollte, hat eine in der Stadt bekannte Sünderin mit dieser provozierenden Geste Jesu und den Pharisäer herausgefordert. Der stolz auf seine Rechtgläubigkeit vertrauende Pharisäer wird belehrt: Ihre vielen Sünden sind vergeben, darum hat sie viel geliebt, wem aber wenig vergeben wird, liebt wenig. Zur Frau sagt Jesus: Dein Glaube hat dich gerettet, geh hin in Frieden.



Abb. 6: Petrus schreitet übers Wasser, Mt 14,22.

„Sogleich streckte Jesus die Hand aus, ergriff ihn und sprach zu ihm: Du Kleingläubiger, warum hast du gezweifelt.“

Nach der wunderbaren Brotvermehrung verließ Jesus die Jünger und das Volk und stieg auf einen Berg um zu beten. Die Jünger wies er an, das Boot zu besteigen und voraus zu fahren trotz starkem Wind und Wellengang. Mitten auf dem See meinten die Jünger ein Gespenst zu sehen, weil Jesus auf den Wellen schreitend ihnen erschien. Er rief dem Petrus zu: Komm! Der stieg aus dem Boot und schritt auf Jesus zu. Aber in Angst begann er zu sinken, da fasste ihn Jesus rettend an der Hand. Die Einladung: Komm kann uns Menschen in vielerlei Weise zur Nachfolge Jesu einladen. Wir dürfen vertrauen, dass seine Hand uns nicht loslässt, wenn wir beherzt seiner Einladung folgen.

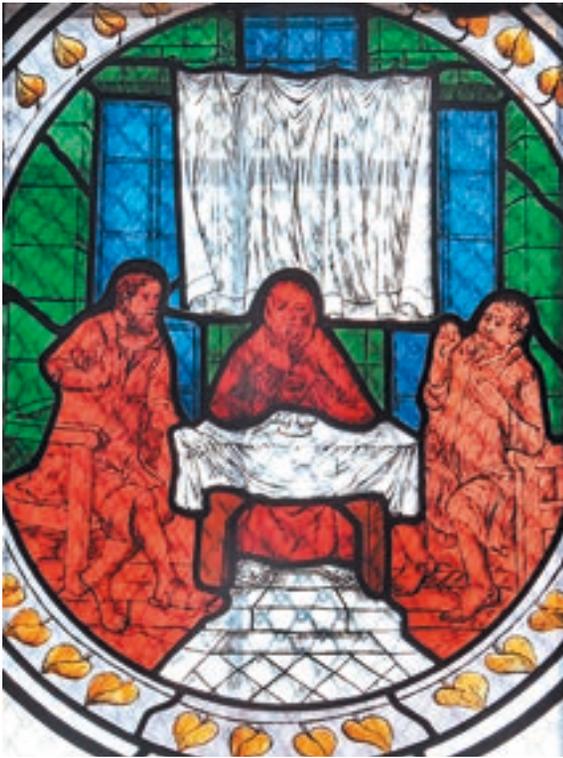


Abb. 7: Die Ostergeschichte von Emmaus, Lk 24,13.

„Sie sprachen zueinander: Brannte nicht unser Herz in uns, als er auf dem Weg mit uns redete und die Schrift aufschloss?“

Diese einprägsame Ostergeschichte wird auf dem Fenster erzählt, das sich ganz nah am Altar befindet. Dort wo die Menschen das eucharistische Brot empfangen ist allen zu wünschen, dass ihnen die Frucht der Feier, die österliche Gewissheit geschenkt wird: Er ist wahrhaft auferstanden und uns wie den Seinen erschienen.



Abb. 8: Die Verklärung auf dem Berg Tabor, Mt 17,1.

„Herr es ist gut, dass wir hier sind. Willst du, so will ich hier drei Hütten bauen, dir eine, und Mose und Elia eine.“

Dieses Bild von der Verklärung Jesu und des Erscheinens von Mose und Elia ist gut geplant in der Mitte des Münsters in der Nähe des Altars. Hüttenbauen heißt so viel wie: Hier ist es gut, hier wollen wir bleiben, sicher und daheim sein. Im Münster sitzen oder knien, das bedeutet für viel Gläubige: sicher und daheim sein, gern und oft dahin zurück zu kommen. Daher schätzen und lieben viele Menschen ihre Pfarrkirche, in der sie getauft, getraut und in der sie sonntags beim Gottesdienst ihren Lieblingsplatz aufsuchen.

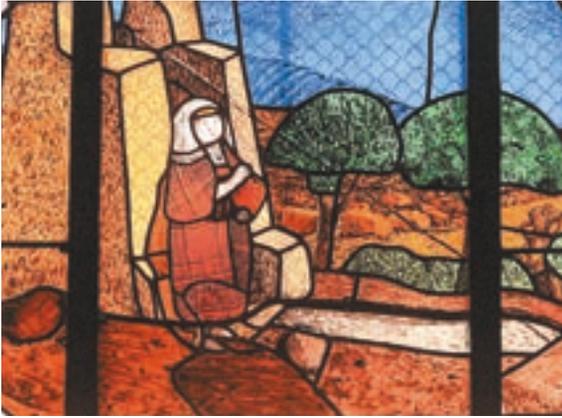


Abb. 9: Die Frau am Jakobsbrunnen, Jh 4,5.

„Jeder, der von diesem Wasser trinkt wird wieder Durst bekommen. Wer aber von dem Wasser trinkt, das ich ihm geben werde, wird in Ewigkeit nicht mehr dürsten, sondern das Wasser, das ich geben werde, wird in ihm zu einer Quelle von Wasser werden, das ins ewige Leben sprudelt.“

Der Samariterin öffnet Jesus die Augen, dass sie ihren fragwürdigen Lebenswandel erkennt, und er beschenkt sie mit dem Wasser des Lebens, also mit Wort und Sakrament des Messias. Unser Gottesdienst soll eine solche Gelegenheit sein, bei der wir neue Klarheit über unser Leben finden und bei der wir beschenkt werden mit Wort und Sakrament des Messias.



Abb. 10: Paulus in Athen, Apg 17,16.

„Als sie von der Auferstehung der Toten hörten, spotteten einige, andere sagten: Darüber wollen wir dich ein anderes Mal hören.“

Paulus, der jüdische Gesetzeskenner und Prediger, wagt den Auftritt in Athen, der Hochburg antiker Philosophie und Weisheit. Das Bild zeigt die Akropolis mit den stolzen antiken Heiligtümern. Im Vordergrund sehen wir Männer, die aussehen wie Sokrates oder einer der Philosophen. Paulus scheut sich nicht und hat keine Angst, vor den Großen seiner Zeit zu predigen. Jeder Christ braucht keine Angst zu haben vor der Weisheit und Lehre der Menschen heute. Jesus sagt: Wer sich zu mir bekennt zu dem werde ich mich bekennen vor meinem Vater.



Abb. 11: Die Heilung des blinden Bartimäus, Mk 10,46.

„Jesus wandte sich ihm zu und sprach: Was willst du, das ich dir tun soll? Der Blinde antwortete: Rabuni, dass ich wieder sehen kann. Da sprach Jesus zu ihm: Geh, dein Glaube hat dir Heilung gebracht. Und sogleich sah er wieder und folgte Jesus nach.“

Es gibt die leidvolle Erfahrung der leiblichen Blindheit. Es gibt auch, was die Wahrheit des Glaubens und die Wirklichkeit Gottes angeht, eine oft nicht leidvoll sondern keck und mutig vorgetragene Blindheit des Herzens und der Seele. Wer gegen die Blindheit des Herzens angeht, der ist ein Gottsucher und am rechten Platz bei der nachdenklichen Betrachtung der Bilder in unserem Münster.



Abb. 12: Die Auferweckung des Lazarus, Jh 11.

„Und nach diesen Worten rief er mit lauter Stimme: Lazarus komm heraus! Da kam der Tote heraus, Füße und Hände in Binden gewickelt, und sein Gesicht war mit einem Schweißstuch umbunden. Jesus sagte zu ihnen: Bindet ihn los und lasst ihn gehen.“

Wo es ernst ist, da geht es um Leben und Tod und darum geht es auf diesem Bild von der Erweckung des Lazarus, also ist hier der ernste Schwerpunkt der Bilderreihe auf den Fenstern. Der Stein ist schon vom Grab weggenommen, man sieht den toten Lazarus. Jesus steht im Kreis seiner Apostel, über ihm eine fahle Sonne und in der Mitte des Bildes trauernd die Schwester des Lazarus. Sie steht für alle Menschen, die um einen teuren Angehörigen trauern. Sie bezeugt in alle Trauer hinein: Jesus lebt und alle die an ihn glauben werden in Ewigkeit nicht sterben.



Abb. 13: Die Steinigung des Stephanus, Apg 7,55.

„Siehe ich sehe den Himmel offen und den Menschensohn zur Rechten Gottes stehen. Er rief: Herr Jesus nimm meinen Geist auf, Herr rechne ihnen diese Sünde nicht an.“

In letzter Konsequenz führt das Zeugnis für Jesus zum Martyrium. Wir sehen rechts im Bild von einem blauen Agitator aufgehetzt eine johlende Menge. Stephanus ist schon getroffen auf die Knie gesunken. Einer hebt einen großen Stein wuchtig über seinen Kopf, es regiert die nackte Gewalt. Die Rohheit und Härte ist scheinbar stärker als der Zeuge, aber in Wahrheit steht der Himmel offen für den Martyrer, das zeigt auch das Wolkenbild über der Szene.

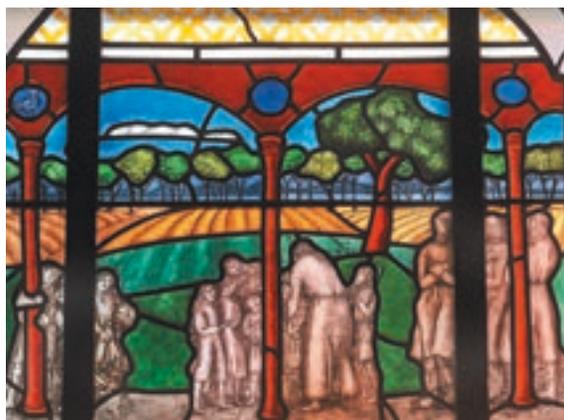


Abb. 14: Jesus segnet die Kinder, Mk 10,13.

„Lasst die Kinder zu mir kommen, wehret ihnen nicht, denn für solche ist das Reich Gottes.“

Im Zusammenhang mit Kindern wird heute vornehmlich von Betreuungsplätzen, Bildungseinrichtungen und Zukunftschancen gesprochen. Die Notwendigkeit, in der Pfarrkirche eigens klein gestaltete Kinderbänke für den Gottesdienst vorzuhalten, ist nirgendwo mehr notwendig. Das Bild zeigt deutlich: Die Mütter stehen in einer Gruppe beieinander und unterhalten sich. Die Kinder drängen sich ganz selbstverständlich zu Jesus hin. Kinder haben eine natürliche Offenheit für Beziehung und Freundschaft, eben auch für Beziehung und Freundschaft mit Jesus. Das sollten wir fördern und nicht behindern.



Abb. 15: Gespräch mit Nikodemus, Jh 3,1.

„Wahrlich, wahrlich ich sage dir, wer nicht aus Wasser und Geist geboren wird, kann nicht in das Reich Gottes eingehen.“

Man muss dieses Bild am besten in einer Abendstunde betrachten, dann offenbart es etwas von seinem Zauber. Die Frau in der hellen Mitte gehört zur Herberge, sie ist nicht wichtig. Unter dem reichen Weinlaub begegnet Nikodemus von links kommend Jesus, der fast verborgen unter den Zweigen sitzt. Es gibt nirgendwo im Johannes Evangelium ein längeres Gespräch, das mit einem einzelnen Gottsucher geführt worden wäre als diese nächtliche Unterhaltung mit Nikodemus. Das hat zu einer tiefen Wirkung geführt. Später, als Jesus gekreuzigt und begraben wurde, kam diese Nikodemus mit einer Mischung von Myrrhe und Aloe etwa 100 Pfund um Jesus einzubalsamieren.



Abb. 16: Der Prophet Jona Mt, 12,38.

„Wie Jona drei Tage und drei Nächte im Bauch des Seeungeheuers war, so wird der Menschensohn drei Tage und drei Nächte im Herzen der Erde sein.“

Das mit reichlich Legenden ausgestattete Büchlein des Propheten Jona wird im Matthäus Evangelium verwendet. Drei Tage im Bauch des Seeungeheuers stehen für drei Tage Jesu im Schoss der Erde. Dann aber, und das gilt jetzt für alle Gräber, wird der Schoss der Erde sich öffnen. Die Auferstehung Jesu und aller die an ihn glauben, das ist das Schlussbild unserer Reihe durchs Villingener Münster.

Bildnachweis:  
Bilder Jochen Hahne

# Die evangelische Gemeinde in Villingen zu Beginn der 1930er Jahre, insbesondere die Renovierung der Kirche 1934

Wolfgang Rüter-Ebel

Anfang der 30er Jahre hatte die noch recht junge evangelische Gemeinde in Villingen gut 3.000 Gemeindemitglieder. Pfarrer war seit vielen Jahren Adolf Barner. Seit 1896 war er in der vier Jahre zuvor gegründeten Kirchengemeinde Villingen. Im Jahre 1902 wurde die Pfarrstelle errichtet und somit unabhängig von der Kirchengemeinde Mönchweiler. Er begleitete die Gemeinde durch ruhige Zeiten des Wachstums, sowie durch die Umbrüche zu Zeiten des Weltkrieges und der anschließenden Neuorganisation in der Weimarer Republik. Adolf Barner war zeitweise auch (Hornberger) Dekan, Landessynodaler und Kirchenrat.

1926 war es von Villingen aus zur Bildung einer ersten Diasporagemeinde gekommen: Bad Dür rheim mit umliegenden Dörfern im Brigachtal wurde abgetrennt und bekam einen eigenen Pfarrer.

Nachdem Adolf Barner in seinen ersten Jahren noch im „alten Mesnerhaus“ an der Kirche gewohnt hatte, war dann das „neue“ Pfarrhaus am Benediktinerring gebaut worden, das er fortan mit seiner Familie bewohnte. (1978 – mit dem Ruhestand von Pfarrer Guggolz – wurde es verkauft.)

Seit 1923/24 wurde der ehemalige Chorraum der Kirche, nachdem eine Zwischendecke eingezogen worden war, als Gemeindesaal zur Gemeindegemeinschaft verwendet. Ein weiteres Gemeindehaus stand damals nicht zur Verfügung.

Schon in den 20er Jahren gab es Pläne zu einer grundlegenden Renovierung der Kirche. Doch wurden diese zunächst wegen des Projekts „Kinderschule“ zurückgestellt. 1927/28 kaufte die Kirchengemeinde ein Grundstück in der Wehrstraße, auf dem dann der erste evangelische Kindergarten eingerichtet wurde. Im Juli 1929 war dieser eröffnet worden. Die Kinder wurden von Kinderschwestern aus Nonnenweier betreut, die nebenan im Schwesternhaus an der Mönchweiler-

straße wohnten. (Nach dem Krieg im Jahre 1947 wurde am Schwedendamm ein zweiter evangelischer Kindergarten eröffnet.)

Zu Beginn der 30er Jahre verfügte die evangelische Kirchengemeinde also neben der Kirche und dem alten Mesnerhaus (samt Garten) in der Gerberstraße über das Pfarrhaus im Benediktinerring und über das Grundstück samt Gebäuden an der Wehrstraße. Die Kirche dürfte in keinem guten Zustand gewesen sein – schon 1911 war ein größerer Betrag zur Renovierung bereitgestellt worden, 1913 hatte man die Orgelempore vergrößert. Finanzielle Probleme gab es dann 1923 mit der Inflation. Doch nachdem der Ankauf des Grundstücks in der Wehrstraße bewältigt war, ging es an die längst fällige Renovierung der Kirche. Diese fiel in die ersten Jahre des Nationalsozialismus 1933 und 1934.

Im Dezember 1933 datiert ein Brief der Kirchengemeinde mit dem Antrag auf behördliche Genehmigung. Darin heißt es: *„Der Evang. Kirchengemeinderat hat (...) den Beschluss gefasst, (...) das Innere unserer Kirche zu erneuern. Es sind folgende Arbeiten geplant: Erneuerung der schadhaften Emportreppe, der Emporbrüstung, des Fussbodens im Mittelgang, Wandbrüstungstäfer, neue Bestuhlung, Innenputz und Anstricherneuerung, Kamin einbau und Einbau einer Zentralheizungsanlage.“*

Unter dem Stichwort „Volksmision“ fanden zu jener Zeit monatliche Vortragsabende statt. So etwa im Januar 1934 über „nationale Erziehung“, im Februar über „modernes Schicksalsforschen und christliche Vorsehung“ und im März wurde über die Frage gesprochen: *„Brauchen wir als Christen noch das Alte Testament.“*

Im Sommer 1934 sollte die neu renovierte Kirche dann eingeweiht werden, genauer gesagt am Sonntag, dem 15. Juli. Man dachte daran, „dieselbe ganz einfach und schlicht durch einen Festgot-

tesdienst am Sonntagmorgen und eine geistliche Abendmusik zu begehen.“ Als Festprediger nahm man Kontakt mit Pfarrer Bähr auf, der 1886 der erste selbständige Vikar in Villingen gewesen war. Und Pfarrer und Kirchenrat Adolf Barner fragte in Karlsruhe an, ob nicht der Landesbischof selbst zur Feier kommen würde.

Der Landesbischof sagte zunächst zu, war dann aber kurzfristig doch verhindert. Dabei hatte man schon ein Begrüßungsgedicht verfasst:

*„Willkommen! jauchzt vom Turme  
Ein jeder Glockenschlag.  
Herr Bischof, mit Dank und Freude  
Begrüssen wir Sie heute  
An unserem Fest- und Weihetag.  
(...)“*

Auch auf andere geladene Gäste musste man verzichten: So etwa auf den Direktor des städtischen Verkehrsamtes und der Kurverwaltung, der sich mit deutschem Gruß wegen Veranstaltungen des Schwarzkragentreffens entschuldigen ließ, und ebenso auf die Vertreter der katholischen Gemeinden, nämlich der „Erzbischöflichen Pfarrkuratie St. Fidelis“ und des „Münsterpfarramtes“.

Ein besonderer Höhepunkt sollte die Fertigstellung der beiden glasbemalten Fenster im Kirchenschiff sein. Diese waren nicht in der ursprünglichen Bauplanung enthalten gewesen (siehe oben) – dies lässt möglicherweise darauf schließen, dass sich dahinter eine großzügige Spende verbirgt.

Das „Evangelische Stadtpfarramt Villingen“ bedankt sich Ende Juni 1934 beim Künstler Vollmer, Offenburg: *„Nun erst, nachdem ich bei voller Beleuchtung die beiden glasbemalten Fenster „Der gekreuzigte Christus“ zum Andenken an die Gefallenen der Gemeinde und „die Himmelfahrt Christi“ gesehen habe, kann ich Sie auch zugleich im Namen der Gemeinde von ganzen Herzen zu dieser in jeder Hinsicht wohl gelungenen Arbeit beglückwünschen und Ihnen herzlich danken. Sie haben da etwas geschaffen, etwas so Kraftvolles und Farbenprächtiges, zugleich Herz und Gemüt Erhebendes, das Ihnen als Künstler Ehre macht und der Gemeinde jeden Sonntag ein immer neuer Quell der Freude sein wird. Es wird eben dies Werk, das seinen Meister*

*lobt, Sie allen denen empfehlen, die es zu Gesicht bekommen. Besonders danken wir Ihnen und Ihren Mitarbeitern aber auch dafür, dass Sie mit Anspannung aller Ihrer Kräfte an dem Werk so gearbeitet haben, dass es zur bestimmten Zeit fertig wurde. Mit der Fertigstellung Ihrer Bilder kam auch die Zusage des Herrn Landesbischof D. Kühlewein, dass er unserer Feier am 15. Juli beiwohnen wird, wozu ich auch Sie nochmals herzlich einlade.*

*Mit deutschem Gruß“*

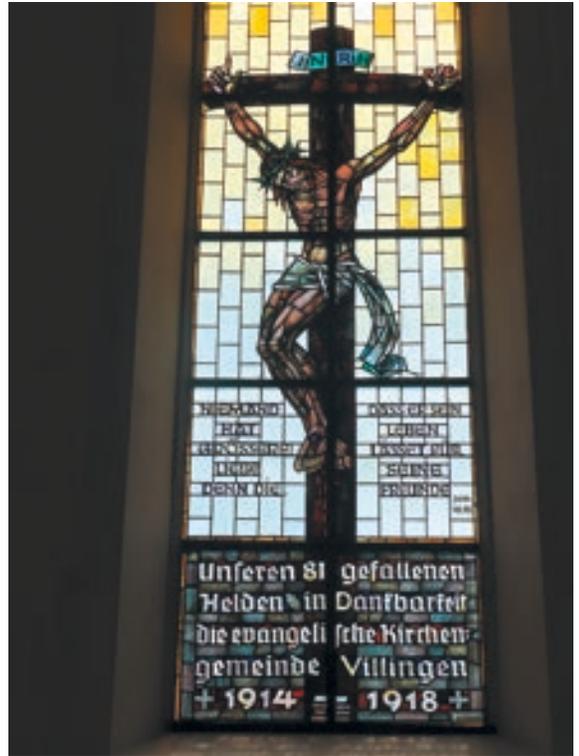


Abb. 1: Kriegsgedächtnisfenster.

Der Festgottesdienst fand dann an jenem Sonntag um 9 Uhr statt. Außer dem Landesbischof hatte kurzfristig auch Pfarrer in Ruhe Karl Bähr absagen müssen. Nach der Begrüßungsansprache von Dekan Barner und dem Weiheakt von Dekanstellvertreter Pfarrer Eisinger aus Triberg ergriff der junge Vikar Konrad Barner, der eben aus Villingen stammte, zur Predigt das Wort. Im Bericht heißt es: *„Der Festgottesdienst erhielt durch 2 herrliche Chöre des Kirchenchors unter der Leitung von Herrn Direktor Essig seine besondere Weihe.“*

Die Festpredigt des jungen Herrn Barner ist überliefert und liegt sogar in gedruckter Form vor. Insgesamt liest sie sich durchaus fromm. Viel ist davon die Rede, dass Christus für die neue Kirche neue Menschen braucht. Nicht alle Zwischentöne sind nach 80 Jahren mehr gut herauszuhören, doch an einer Stelle wird er sehr deutlich:

„Wie war's denn in der Urgemeinde?“ fragt er. „Mit dem Kommen des Heiligen Geistes ging mit den Jüngern eine große Veränderung vor sich. Sie wurden neue, andere, geheiligte Menschen. – So ist's heute noch. Wo ein Menschenherz sich völlig für den Herrn Jesus öffnet und ER mit seinem Heiligen Geist einziehen kann, da gibt's Revolution, da findet ein Thronwechsel statt, da gibt's etwas Neues, anderes, Geheiligtetes.“

Was eine Revolution ist, wisst ihr. Wir haben ja in unserem geliebten Vaterland erst eine solche erlebt und stehen noch unter dem Eindruck der gewaltigen Tat. Unser Führer, Adolf Hitler, wurde uns dazu von unserem Gott gesandt, und wer bisher es noch nicht erfasst hatte, dass er ein besonders Begnadeter, unter einem besonderen göttlichen Schutz Stehender ist, dem hat hoffentlich der 30. Juni die Augen darüber geöffnet. Adolf Hitler mit seinen treuen, ihm völlig ergebenen, von heißer Liebe zu ihm entbrannten Männern durften das große Werk der völkischen Erneuerung schaffen.“

Im Weiteren spricht Konrad Barner davon, dass Gott noch Größeres schenken will, nämlich eine innere, geistliche Erneuerung. Diese Hitler-Passage scheint ihm so eine Art Gleichnis gewesen zu sein.

Zum Verständnis: was war am 30. Juni 1934 gewesen, also zwei Wochen vor der Einweihung der Kirche hier? Der so genannte „Röhm-Putsch“. Unter diesem Namen war die Aktion von der nationalsozialistischen Propaganda veröffentlicht worden. In Wirklichkeit war es eine geplante Säuberungsaktion gegenüber der Hitler zu mächtig gewordenen SA. Die Hitler-Anhänger hatten ein Blutbad angerichtet, einige Dutzend Vertreter der gegnerischen Gruppe wurden umgebracht, dabei eben Ernst Röhm, weitere Führungsmitglieder der SA, und auch Kurt von Schleicher. Er war der Vorgänger von Adolf Hitler im Amt des Reichskanzlers gewesen.

Lokale Zeitungen berichteten von der Einweihungsfeier: *„Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs-Programms der Reichsregierung hat die hiesige evangel. Kirchengemeinde ihre Kirche dieser durchgreifenden Instandsetzung und Verbesserung unterzogen. Ausgehend von der Sicherung und Erhaltung der schönen Stuckdecke, über die Erneuerung des hundertfältig geflickten Wandputzes, der vom Zahn der Zeit stark mitgenommenen Bodenbeläge, Ersatz der hellen Verglasung durch dämpfendes Kathedralglas, durch Einbau neuen Wandtäfers und neuer Bestuhlung, Umbau der Beleuchtung für indirektes Licht, Verlegung der Kanzel an einen akustisch besseren und für die Raumordnung wertvolleren Platz, durch Erstellung eines würdigen, schlichten Altars, überragt vom einfachen Kreuz, Ersatz der unhaltbaren Ofenheizung durch eine saubere und wirtschaftlichere Dampfheizung, alles mit wohlhabgewogenen Farben würdig und feinsinnig abgetönt und durch Einbau von zwei vorzüglich gelungenen Glasgemälden: Kreuzigung und Auferstehung, ersteres als Kriegsgedächtnisfenster mit entsprechender Inschrift, ist jetzt ein Gotteshaus entstanden, das dem berechtigten Wunsch der Gemeindeglieder nach endlicher würdigerer Gestaltung des Kircheninnerns voll und ganz Rechnung trägt. – Wenn jetzt noch der anschließende Gemeindesaal in Farbe und Ausführung glücklich mit dem Hauptraum zusammengestimmt wird, dürfte der Gesamteindruck noch vollkommener, vorzüglicher werden.“*

Ganz anders beurteilte man 1983, als die Kirche wiederum renoviert wurde, die Gestaltung von 1934: *„Beherrscht (...) war das Innere von einer 1934 geschaffenen, unproportioniert wirkenden, neugotischen Ausstattung, zu der neben Altar, Kanzel und Bänken auch eine sehr dominierende Lambris gehörte. Weiterhin ungünstig auf den Raumeindruck wirkt die 1913 vergrößerte Orgelempore. Die Erhaltung der als störend empfundenen Ausstattung von 1934 stand nicht zur Diskussion, wenngleich man im Hinblick auf die Finanzsituation das Gestühl zunächst im Raum belassen muß: Die Wiedergewinnung des Barockraumes war das erklärte Ziel!“*

Auch die Gestaltung der beiden Glasgemälde von 1934 „Kreuz und Auferstehung“ sorgte später immer wieder für Diskussionen in der Kirchengemeinde.

meinde. Dies hat seinen Grund in der Beschriftung des einen Fensters als „Kriegsgedächtnisfenster“. So ist unter dem Kreuz mit dem sterbenden Jesus zum einen der Vers aus dem Johannesevangelium zu lesen: *„Niemand hat größere Liebe denn die, dass er sein Leben lässt für seine Freunde. (Joh 15, 13)“*, und daneben ist zum anderen notiert: *„Unseren 81 gefallenen Helden in Dankbarkeit die evangelische Kirchengemeinde Villingen – 1914–1918“*.

Konnte man dieses nationale Gedenken 1934 offenbar ohne Probleme, ja eher sogar mit Begeisterung, in einer evangelischen Kirche anbringen, so entwickelte sich nach dem 2. Weltkrieg nach und nach eine andere Haltung zu solchem Heldengedenken. Wichtige Schritte dabei dürften die deutsch-französische Freundschaft gewesen sein, dann auch in den 80er Jahren die Friedensbewegung. Man lernte, dass dieser Bibelvers zum einen auch auf Kriegsgräbern in England und Frankreich zu lesen ist, und dass die dortigen Familien mit gleichen Gedanken an ihre im Krieg umgekommenen Kinder dachten. Zum anderen lernte man, den Gebrauch dieses Jesus-Verses aus dem Evangelium in solchen Zusammenhängen als Missbrauch zu sehen.

Wie lässt sich dieses Verhalten zu Beginn der Nazi-Diktatur einordnen? Nun, grundsätzlich galt den meisten Christen in der evangelischen Kirche die sogenannte nationalsozialistische Revolution nach innen als „Reinmachen“, nach außen als Rettung vor dem marxistischen Bolschewismus, wurde also mehr oder weniger lebhaft begrüßt. Der von Hitler in den Boden getretenen Demokratie hat kaum jemand in der Kirche eine Träne nachgeweint.

Auch in Baden gab es damals Kirchenparteien. Die stärkste Partei in der Badischen Unionskirche zurzeit der Weimarer Republik war die „Kirchlich-Positive Vereinigung“ (KPV). Sie wurzelte in den Erweckungsbewegungen des 19. Jahrhunderts und war der Treue zur Bekenntnistradition verpflichtet. Diese Partei wurde geschickt in ein neues Bündnis „Kirchliche Vereinigung für positives Christentum und evangelisches Volkstum“ hineingenommen, und mit der Hitlerschen Bewegung konnte man den verhassten kirchlichen Liberalismus mit dem

parlamentarisch-demokratischen System gleich mit abschaffen. (Unser Vikar Konrad Barner im vorderen Teil dieses Aufsatzes dürfte ein treffendes Beispiel dieser Frömmigkeit sein.)

Die Liberalen waren nämlich die zweitstärkste Partei. Die „Kirchlich-Liberale Vereinigung“ (KLV) war dem Kulturprotestantismus verpflichtet. Sie hatte ein unrühmliches Ende, als sie im Frühjahr 1933 mit dem Strom schwamm, sich auflöste und den Deutschen Christen anschloss. – Die dritte, deutlich kleinere, Kraft war in Baden der Bund Religiöser Sozialisten (BRS), die eine Versöhnung von Kirche und proletarischer Arbeiterschaft anstrebten. Der BRS war dabei ausdrücklich internationalistisch und pazifistisch.

Als im Jahre 2012 die Johanneskirche erneut renoviert wurde, ließ der Ältestenkreis eine kommentierende Tafel am „Heldenfenster“ anbringen. Darauf ist zu lesen:

*„Kirchengebäude sind immer auch Zeugen der Zeitgeschichte. Unterschiedliche Zeiten hinterlassen auch ihre jeweiligen Spuren – auch die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts. Diese beiden Fenster – oben und gegenüber – wurden 1934 gestiftet und eingebaut.*

*1992 hat der Ältestenkreis der Johannesgemeinde dazu einen kommentierenden Text verfasst. Darin heißt es: „Jesus Christus spricht: Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden das Erdreich besitzen (Matthäus-Evangelium 5, 5). Deshalb sagen wir: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Wir gedenken der Toten vergangener und gegenwärtiger Kriege. Den Lebenden zum Nachdenken.“*

Villingen 2012 – Der Ältestenkreis der Johannesgemeinde“

#### Anmerkungen:

##### Quellen:

„Ich habe lieb die Stätte deines Hauses“ – Festschrift zur Renovierung der Johanneskirche, 1983

„Ich habe lieb die Stätte, da deine Ehre wohnt“ – Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Evangelischen Kirchengemeinde Villingen, 1. Teil – Beiträge zur Geschichte der Kirchengemeinde, 1992

Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Villingen, xx  
Georg Gottfried Gerner-Wolfhard, Kleine Geschichte des Protestantismus in Baden, Karlsruhe 2013

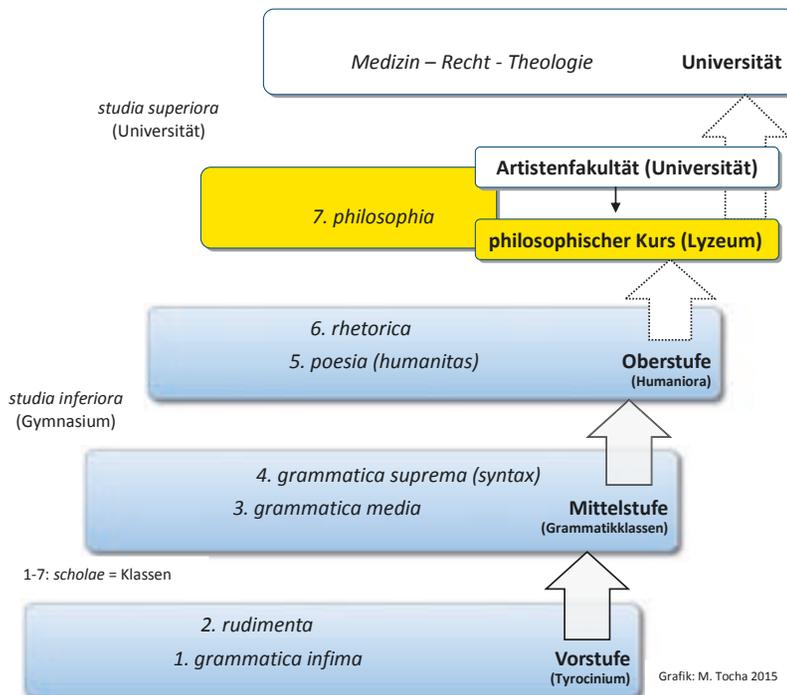


## An der Schwelle zur Universität: der philosophische Kurs in Villingen

Michael Tocha

Wer im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit an einer Universität studieren wollte, hatte die Wahl zwischen drei Fakultäten: Medizin, Jura und Theologie. Zuvor musste jeder Student die philosophische oder Artistenfakultät durchlaufen. Die Bezeichnung rührt her von den sieben „freien Künsten“ (lat. *artes liberales*). Sie bestanden in Antike und Mittelalter aus der Dreiergruppe (*trivium*) der elementaren Fächer Grammatik (d.h. Latein), Rhetorik und Dialektik und der Vierergruppe (*quadrivium*) der höheren „philosophischen“ Fächer Arithmetik, Geometrie, Musik

und Astronomie. Im Humanismus verschoben sich die Inhalte, zu den höheren Fächern gehörten jetzt Logik, Dialektik, Mathematik, Physik, Metaphysik und Ethik. Bemerkenswert ist, dass Philosophie nicht nur das Spezialfach war, das wir heute darunter verstehen, sondern Denkmethode, Sprach- und Debattierfähigkeit sowie Mathematik und Naturwissenschaften einschloss. In dieser Bandbreite lieferte sie das unverzichtbare intellektuelle Rüstzeug für jeden akademisch Gebildeten (man sieht, dass die „Kompetenzorientierung“ der heutigen Pädagogik keineswegs neu ist).



Die elementarerer Grundlagen für einen Besuch der Universität wurden an Lateinschulen gelegt. Wie der Name aussagt, erwarb der Schüler hier die nötigen Kenntnisse der Bildungssprache Latein, die teilweise bis über das 18. Jahrhunderts hinaus an Schulen, Universitäten und in gelehrten Veröffentlichungen in Gebrauch war. Seit dem 16. Jahrhundert nun ist zu beobachten, dass nicht nur die obere Grammatik, Rhetorik und Poesie, sondern auch der vorbereitende Unterricht in den philosophischen Wissenschaften von der Universität zunehmend auf die Schule übergingen. Die alte Artistenfakultät verschmolz allmählich mit der Lateinschule, so entstand das Gymnasium.<sup>1</sup> Dabei bildete sich eine durchaus unterschiedliche Gymnasiallandschaft heraus. Die meisten Schulen hatten die sprachlich-literarischen Fächer in ihren Lehrplan aufgenommen, aber zunehmend mehr boten im Rahmen eines „philosophischen Kurses“ auch Naturwissenschaften, Philosophie und die Anfangsgründe der Theologie an. Solche Schulen hießen später „Lyzeum“. Indem sowohl Universität wie Lyzeum den philosophischen Kurs anboten, wurde dieser zu dem Bereich, in dem sich die beiden Bildungseinrichtungen überschneiden.

Auch in Villingen sind solche Entwicklungen festzustellen. Schon 1669 hatte der Stadtpfarrer Dr. Mötz in seinem Plädoyer für die Schule der Benediktiner die ganze Bandbreite des gymnasialen Unterrichts aufgezählt, nämlich Unterricht „in Latinitet alß auch in der Music“, aber auch die „Sibente Schuel und Philosophia“.<sup>2</sup> Vor allem die letztere Nennung ist in unserem Zusammenhang bemerkenswert - „Schuel“ (Schule, *schola*) bedeutet nämlich Klasse, und die siebente ist diejenige, die nach Abschluss der sprachlichen und musischen Schulfächer in die „philosophia“, also die Stoffe der Artistenfakultät, einführt. Sie gehörte für Mötz offensichtlich zum Programm einer vollständigen höheren Schule. Allerdings dürfte zu diesem frühen Zeitpunkt in Villingen noch kein Bildungsangebot dieser Art bestanden haben. Dazu kam es erst 1711: Nachdem der Bürgermeister und der Rat der Stadt zwei Jahren lang unter dem Druck der Bürger und der Zünfte beratschlagt hatten, trugen sie den Benediktinern die Einrichtung eines

philosophischen Kurses an ihrem Gymnasium an. Abt Michael Glückherr musste jedoch ablehnen, weil er nicht genügend gebildete Lehrkräfte in seinem Kloster fand. Daraufhin wandte sich die Stadt an die Franziskaner; diese trauten sich den philosophischen Kurs zu. Beide Seiten schlossen einen Vertrag, wonach ein qualifizierter Pater mit der Lehre beauftragt werden sollte; in einzelnen Monaten sollten öffentliche Disputationen stattfinden, zu denen auch die Kapuziner und Benediktiner und andere Gebildete aus der Stadt einzuladen seien.<sup>3</sup> Dabei mussten vorformulierte, manchmal sogar im Druck vorgelegte Thesen in lateinischer Sprache von den Schülern erläutert und verteidigt werden.<sup>4</sup> Hier wird deutlich, dass die Disputationen Veranstaltungen mit hohem Prestige waren: Kloster und Schule konnten nach außen demonstrieren, welches Niveau bei ihnen herrschte und zu welchen Leistungen sie fähig waren. So brachten sie einen Hauch der weiten akademischen Welt in das meist ja bescheidene Geistesleben der kleinen Stadt.

Die Blamage, dass sie den philosophischen Kurs den Franziskanern hatten überlassen müssen, konnten die Benediktiner ab der Jahrhundertmitte wieder wettmachen. 1749 wurde der Bau ihres Gymnasiums samt Theatersaal vollendet und damit dessen Geltungsanspruch in der Konkurrenz mit den Franziskanern auch im Stadtbild unübersehbar. Der Ton zwischen den beiden Orden und ihren Schulen wurde dadurch noch gereizter, als er ohnehin schon war. Die Benediktiner öffneten sich neuen (wenn auch nicht unbedingt modernen) Inhalten, z.B. setzten sie Griechisch und Hebräisch auf ihren Lehrplan. Auch kann man bei ihnen eine allmähliche Umorientierung weg von mittelalterlichen und jesuitischen Denkweisen hin zu aufgeklärten Ansätzen beobachten.<sup>5</sup> Daher hatten sie die besseren Karten, als die österreichische Regierung 1773/4 mit ihren Reformabsichten Ernst machte und die beiden Gymnasien zusammenlegte. Auch der philosophische Kurs ging nun an die Benediktiner über, ab 1777 hieß ihre Schule offiziell „Lyzeum“. Davon wurden in Vorderösterreich insgesamt vier eingerichtet, neben Villingen noch in Konstanz, Feldkirch und

Ehingen. Die österreichischen Schulbehörden verfolgten mit diesen Maßnahmen den Plan, den Zugang zum eigentlichen Universitätsstudium zu dezentralisieren und zu vereinfachen; ein Ziel war, „den Aeltern die Kosten zu ersparen, daß sie ihre Söhne nicht gleich nach geendeten untern Schulen auf die Universität nach Freyburg schicken müssen.“<sup>6</sup>

So durchliefen nun bis 1806 jährlich rund ein Dutzend Schüler – sie waren zwischen 15 und 17 Jahre alt - das „Philosophiestudium“ an der Villingener Benediktinerschule. Es umfasste mit Logik, Ethik und Metaphysik die Philosophie im engeren Sinne, darüber hinaus aber auch Mathematik, Physik und Naturgeschichte, Weltgeschichte und Urkundenlehre sowie Kameralwissenschaft, eine praxisorientierte Mischung aus juristischem, geografischem und wirtschaftskundlichem Einführungsunterricht, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Staates.<sup>7</sup> Die Schule hatte Schülerverzeichnisse und Berichte über die Lehrinhalte an die Universität Freiburg zu schicken, die den Lehrbetrieb in staatlichem Auftrag kontrollierte.<sup>8</sup> Um zum Fachstudium an den drei klassischen Fakultäten zugelassen zu werden, mussten die Schüler vor Freiburger Professoren eine umfassende Abschlussprüfung, das „Rigorosum“, ablegen – eine Vorform des wenige Jahrzehnte später eingeführten Abiturs.

1806 wurden Kloster und Lyzeum der Benediktiner aufgehoben, der Schulbetrieb lief nach wenigen Jahren aus. Rund ein Jahrhundert lang war es nun nicht mehr möglich, in Villingen die Berechtigung zum Studium an einer Universität zu erwerben.

#### Anmerkungen:

\* „Die Philosophie ist die Mutter der schönen Künste“ (Cicero), Eingangssatz des Franziskaner-Thesenblatts von 1756, vgl. Anm. 4

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Paulsen: Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Anfang des Mittelalters bis zur Gegenwart, Bd. I, Berlin u. Leipzig 1919, S. 344

<sup>2</sup> SAVS OO10

<sup>3</sup> *Protocollum Venerabilis conventus FF. Min. S. Francisci Conventus Villingae conceptum Anno 1696*, Leopold-Sophien-Bibliothek Überlingen, Ms. CXVI, S. 50 f. Der Verfasser dankt Herrn Johann Dietrich Pechmann, Mönchweiler, für Bereitstellung und Übersetzung dieser Quelle.

<sup>4</sup> Das Franziskanermuseum besitzt ein gedrucktes Thesenblatt der Benediktiner von 1695, vgl. Zersägt. Ein Krimi um barocke Theaterkulissen. Katalog zur Ausstellung Franziskanermuseum Villingen-Schwenningen 30. November 2013 bis 23. Februar 2014, Villingen-Schwenningen 2013, S. 124, sowie ein Thesenblatt der Franziskaner von 1750, vgl. ebd., S. 119. Die Staatliche Bibliothek Regensburg bewahrt eine in Rottweil gedruckte Zusammenstellung von Thesen aus der universalen Philosophie auf, die 1756 in einer großen Disputation in Villingen von vier Ordensangehörigen verteidigt wurden (als Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek unter [http://reader.digitalisat.de/fs1/object/display/bsb11301991\\_00001.html](http://reader.digitalisat.de/fs1/object/display/bsb11301991_00001.html), Aufruf 30. 1. 2017). Den beiden Franziskanerdokumenten liegt das philosophische System des mittelalterlichen Scholastikers Johannes Duns Scotus (1266-1308) zugrunde, der sogar noch im Zeitalter der Aufklärung die Leitfigur franziskanischer Geistigkeit darstellte.

<sup>5</sup> Vgl. Michael Tocha: Grundkurs in katholischer Aufklärung: Andreas Benedikt Feilmoser, seine Lehrer und die Bildungswelt der Benediktiner in Villingen, in: FDA 136, 2016, S. 133–157

<sup>6</sup> Franz Quarthal: Die Behördenorganisation Vorderösterreichs von 1753 bis 1805 und die Beamten in Verwaltung, Justiz und Unterrichtswesen (= Veröffentlichung des Alemannischen Instituts Freiburg 43), Bühl 1977, S. 182 Nr. 97, zit. nach Karl-Heinz Braun: „Wo die Fackel der Aufklärung leuchtet!“ Zu Freiburger Traditionen, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 2010, [http://www.goerresgesellschaft.de/fileadmin/user\\_upload/Ordner\\_mit\\_Dateien\\_von\\_alter\\_Seite/archiv/Jahresbericht\\_2010\\_\\_\\_Internet\\_4\\_.pdf](http://www.goerresgesellschaft.de/fileadmin/user_upload/Ordner_mit_Dateien_von_alter_Seite/archiv/Jahresbericht_2010___Internet_4_.pdf) (Aufruf 21. 6. 2017), S. 25

<sup>7</sup> Vgl. Peter Stachel: Das österreichische Bildungssystem zwischen 1749 und 1918, <http://www.kakanierevisited.at/beitr/fallstudie/PStachel2.pdf> (Aufruf 21. 6. 2017), S. 3 f.

<sup>8</sup> Vgl. GLAK 100, 726-728; Universitätsarchiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Bestand A 77, bearb. v. Dieter Speck, Freiburg 2000, S. 18, <https://www.uniarchiv.uni-freiburg.de/bestaende/Pertinenzprinzip/altbestaende/Gymnasien/a0077> (Aufruf 18. 7. 2017).

## Rückblick auf das Benediktinergymnasium: das Treffen der Ehemaligen 1840

Michael Tocha

Der Anstoß kam Jahrzehnte später, und aus der Ferne: Im Februar 1840 schlug der königlich württembergische Regierungsregistrator Zacharias Huber in Reutlingen seinem früheren Villingener Mitschüler, dem Oberamtspfleger Frueth in Oberndorf, „eine Zusammenkunft der noch lebenden ehemaligen Benediktiner-Studenten“ vor.<sup>1</sup> Dieser gewann den Villingener Münsterchor-dirigenten Fidelis Dürr dafür, die Vorbereitungen in die Hand zu nehmen. Aufschlussreich für die Kommunikationswege des 19. Jahrhunderts ist, wie Dürr den Plan bekannt machte: Er setzte Einladungen in die „Karlsruher Zeitung“ und den „Schwäbischen Merkur“ sowie das „Villingener Wochenblatt“, das zusätzlich von den Villingener Handelsleuten Lukas und Benedikt Ummenhofer und dem Offenburger Amtsrevisor Killy in ihrem Bekanntenkreis verbreitet wurde. Ausdrücklich eingeladen wurde Franz Sales Wocheler, der Dekan von Überlingen, der einzige noch lebende frühere Mönch von St. Georgen und Professor am Klostersgymnasium.

So kamen am 11. Juni 1840, dem Tag des Villingener Stadtpatrons Barnabas, 65 Herren in Villingen zusammen, „Greise mit grauen Haaren und Männer noch in vollster Kraft.“ Für alle lag die Schulzeit bei den Benediktinern schon mindestens 25, für manche bis zu 50 Jahre zurück. Senior war Dr. Thaddäus Handtmann, zu österreichischer Zeit Amtmann in Villingen. Wocheler (62) hatte nicht anreisen können, vermutlich aus gesundheitlichen Gründen. Von den Gästen waren 40 ehemalige Benediktinerschüler, die übrigen städtische Hono-

rationen einschließlich des Bürgermeisters Wittum. Obgleich die anwesenden Benediktinerschüler nur eine Zufallsauswahl darstellen, zeigen sie doch, auf welche Berufe und Stellungen im Leben das Gymnasium vorbereitet hatte. Die größte Gruppe hatte kommunale und staatliche Ämter und Verwaltungsposten inne, fast ebenso viele waren Geistliche, viele aber auch Händler, Handwerker und Gastwirte.

Das Festprogramm begann um 9 Uhr mit einem feierlichen Hochamt in der Benediktinerkirche. Ihr Zustand war beklagenswert, aber Dürr hatte erreicht, dass ihm die städtischen Werkleute zugewiesen wurden, „um den Tempel zu reinigen und herzurichten.“ Am Portal wurde die bezeichnende Inschrift „Sic transit gloria mundi“, so vergeht der Ruhm der Welt, angebracht. Viele der Gäste sangen im Chor mit, so wie sie das schon als Schüler getan hatten. Nach dem Hochamt besichtigte man das Schulgebäude. Um 12 Uhr ging es dann zu einem „Männer-Gastmahl“ in den Postsaal, wo der Wirt und Postmeister Kammerer „durch gute und prompte Bedienung“ das Seine dazu beitrug, dass Rührung und Wehmut der Rückblicke übergangen in heitere Studentenlieder und donnernd-jubelnde Toasts auf die alte Schule und die Stadt Villingen.

Nach dem Treffen ließ Dürr in Villingen ein „Gedenkbüchlein“ drucken. Die Verklärung der alten Zeiten spricht darin fast aus jeder Zeile. Mit Stolz denkt man an grammatische Wettkämpfe, mit frommem Sinn an die morgendlichen Gottesdienste, man sieht sich im Kreis mit einem Lehrer im Schatten der Linden an der Lorettokapelle

sitzen. Das gegenwärtige Zeitalter hingegen sei barbarisch; was wertvoll war, wurde „hinweggefegt vom Sturmwind der Revolution von Westen“ her. Dass die Kirche in Ruinen, die Mönchszellen verödet, die Bücher verschleudert sind, löst Trauer aus. „Kein harmonisches Geläute ertönte von dem herrlichen Thurme. Vergeblich wurde Silbermanns Orgel auf dem Chore gesucht. Längst waren ihre Töne verklungen.“ Geblieben aber sind Verehrung und Dankbarkeit für die Lehrer, die den Schülern Schätze an Weisheit und Religion hinterlassen hätten. Denn diese empfangen damit das Rüstzeug, ihre jeweilige Stellung im Leben zu meistern, aber auch eine Hoffnung über die Vergänglichkeit hinaus. Zacharias Huber, der Initiator des Treffens, lässt zum Abschied anstoßen auf ein „Wiedersehen

in lichten Himmelshöhen“ und leitet daraus den Rat ab, heiter auf der Bahn des Lebens zu wandeln, „denn arm ist der, den unsere Erde / nimmermehr erfreuen kann.“ Diese Worte deuten an, dass die „Georgier“, wie die Texte sie nennen, nicht nur Wissenschaft und Bildung hochhielten, sondern auch zuversichtliche Lebensbejahung vermittelten. Von solchen Verdiensten konnte man im Villingen des Jahres 1840 vielleicht wirklich nur noch träumen.

**Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Alle Zitate aus Fidelis Dürr: Gedenkbüchlein oder Congress der alten Benediktiner-Studenten zu Villingen am Barnabastage den 11. Juni 1840, Villingen 1840, passim. Das Schriftband über diesem Text ist aus dem Titelblatt kollagiert.

*Mit diesem Beitrag endet die Serie der  
„Nachrichten aus dem Gymnasium  
der Benediktiner zu Villingen“*



Der Ehrenvorsitzende des Geschichts- und Heimatvereins hat mich gebeten, meine Ansprache aus Anlass der 50. Wiederkehr des 20. Juli 1944 am 19. Juli 1994 im Neuen Schloss in Stuttgart im Rahmen eines Festaktes für die Ausgabe 2018 des Jahreshftes zur Verfügung zu stellen. Ich komme dieser Bitte gerne nach.



Abb. 1: Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Am 20. Juli 1994 jährt sich zum 50. Mal das Attentat Graf Stauffenbergs auf Hitler vom 20. Juli 1944. Es scheiterte ebenso wie alle anderen Attentatspläne zwischen 1935 und 1945.

Über den Unternehmungen der Widerstandskämpfer lag eine ungeheure Tragik. Attentate kamen nicht zur Ausführung, weil die Täter, wie

der Stuttgarter jüdische Student Helmut Hirsch, im Dezember 1936 vorzeitig verhaftet wurden. Oder, weil die Anschläge ihr Ziel verfehlten wie im Fall des Bürgerbräukeller-Attentats des Schreinergegesellen Johann Georg Elser. Oder, weil militärische und zivile Widerstandsgruppen durch außenpolitische Scheinerfolge wie das Münchener Abkommen desavouiert wurden.

Die Folgen des Scheiterns waren entsetzlich. Die militärischen Anführer, Oberst Graf Stauffenberg und General Beck wurden noch in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli im Hof des Oberkommandos des Heeres in der Berliner Bendler-Straße erschossen. Viele führende Persönlichkeiten aus dem Widerstand wurden in den darauf folgenden Monaten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sie fehlten beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates nach dem Kriege. Viele ihrer Angehörigen wurden in Sippenhaft genommen oder wurden von ihren Kindern gewaltsam getrennt. Viele landeten im KZ und wurden erst bei Kriegsende von den Amerikanern befreit. An die 7.000 Frauen und Männer wurden in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem 20. Juli in den Folgemonaten verhaftet. Der Unrechtsstaat und seine Mordjustiz ließen noch einmal ihre ganze Grausamkeit und Wut spüren. Später und bis in unsere Tage hinein wurde und wird immer wieder gefragt: Hatte das Attentat zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch einen Sinn?

Die militärische Lage war verzweifelt: im Westen, im Osten, im Süden rückten die Kriegsgegner näher. Spätestens seit dem 6. Juni, der erfolgreichen Landung der Alliierten in der Normandie, war die totale Niederlage nicht mehr abwendbar. Die Alliierten wollten, wie Churchill es formulierte, „den Sieg um jeden Preis“. Etwas anderes als die totale Kapitulation kam für sie nicht mehr in Betracht. „Der bedingungslosen Kapi-

*tulation setzten Stauffenberg und seine Freunde den bedingungslosen Entschluss zum Handeln entgegen.”* So formuliert Joachim Fest.

In den Widerstandsgruppen selbst gab es über die Frage nach dem Sinn eines Attentats ein hartes Ringen, aber keine einhellige Meinung. Die Kreisauer waren, anders als die Gruppe um Goerdeler, in dieser Frage gespalten. Das Attentat war nicht ihr Weg, und doch waren sie bereit, das eigene Leben in die Waagschale zu werfen. Ihre Gesinnung ähnelte der von Sophie Scholl: *„Es fallen so viele Menschen für dieses Regime, es ist an der Zeit, dass jemand dagegen fällt.”*

Henning von Treskow gab die Antwort. *„... Das Attentat muss erfolgen, ... es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat.”*

General Beck, der 1938 den Kriegstreiber Hitler nicht bremsen konnte, sagte es nicht weniger deutlich: *„Es geht nur noch darum, dass aus dem Kreis des deutschen Volkes selbst die Handlung gegen das verbrecherische System erfolgt. Die Konsequenzen müssen nach allem, was geschehen ist und was versäumt wurde, von Deutschland getragen werden.”*

Das war die moralische Seite. Das Attentat sollte aller Welt zeigen, dass das Gewissen in Deutschland nicht abgestorben war. Die Attentäter wollten vor der eigenen Bevölkerung die Quelle aller nationalsozialistischen Verbrechen bloßlegen. *„Den Totalitätsanspruch des (nationalsozialistischen) Staates gegenüber dem Bürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen.”* So hatte es Peter Graf York von Wartenburg formuliert. Sie wollten das Bewusstsein für Recht und Unrecht wieder herstellen. Dafür und für die eigenen wie für die Versäumnisse der anderen waren sie bereit, mit ihrem Leben einzustehen.

Über dem moralischen Motiv darf die politische Wirkung nicht übersehen werden. Erst durch das Attentat vom 20. Juli wurde der Welt klar, dass es Widerstand in Deutschland gab.

Ich möchte eine ganz persönliche Erfahrung auf die Frage nach dem Sinn des Attentats zu jenem

Zeitpunkt anfügen. Als Bürgermeister der Stadt Spaichingen habe ich in den 60-iger Jahren ein Gefallenendenkmal errichten lassen. Wir haben die Namen der Toten des Krieges und der Gewalt auf eine Mauer gemeißelt. Tausend Opfer in einer kleinen Stadt. Oft habe ich vor dieser Mauer gestanden. Die Hälfte der Toten stammen aus der Zeit nach dem Juli 1944. Hätte die Hälfte der Toten des Zweiten Weltkrieges noch gerettet werden können?

Die Männer des 20. Juli waren nicht der Widerstand. Sie waren dessen politisch-militärische Spitze. Der Widerstand speiste sich aus vielerlei Quellen. Es wurde leider kein Strom daraus, der das System hätte wegspülen können. Aber er entwickelte individuell oder in kleinen Gruppen organisiert eine beachtliche Kraft. Von all dem drang bis zuletzt wenig nach außen.

Dieses Schweigen oder das absichtliche Nichtzur-Kennntnis-Nehmen war mit dem Attentat vom 20. Juli endlich durchbrochen. Das Attentat vom 20. Juli wurde zum unbestreitbaren Zeichen dafür, *„dass es in Deutschland Leute gab, die bereit waren, Hitler zu bekämpfen und ihr Leben dafür einzusetzen”* (so Freya von Moltke in einer Rückschau vierzig Jahre später).

Was unter der nationalsozialistischen Herrschaft im Namen Hitlers von Deutschen Millionen Menschen in Deutschland und in Europa an Leid und Tod zugefügt wurde, lastet auf Dauer auf unserem Volk. Und wir müssen uns der geschichtlichen Wahrheit nicht nur stellen, wir müssen sie selbst erinnern und Lehren daraus ziehen, damit nicht jede Generation ihre eigenen blutigen Erfahrungen machen muss.

Was unter der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland an Widerstand geleistet wurde, in einer Zeit, in der jede Regung von Widerstand tödlich war, gehört zum Besten unserer Geschichte. Weil auch das erinnert werden muss und als Beispiel den kommenden Generationen vermittelt werden muss, deshalb diese Gedenkstunde heute.

Der Widerstand hatte nationale Bedeutung und Zielsetzung. Und deshalb verbietet sich jede Begrenzung auf ein Bundesland. Dass aber die Nationalsozialisten in freien Wahlen in weiten

Teilen unseres Landes Baden-Württemberg und bis in den März 1933 hinein keine Mehrheiten bekamen, ehrt die Generation unserer Eltern und Großeltern noch heute. Dass kleine und große Zeichen des Widerstandes bis zum Opfer des eigenen Lebens im deutschen Südwesten geleistet wurden, darf nicht vergessen werden, weil es das Fundament ist, auf dem unser freiheitlicher Rechtsstaat in Baden-Württemberg und in Deutschland steht.

Deshalb fördert das Land die „Karlsruher Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“, die in diesen Tagen zum 20. Juli in Baden und Württemberg bemerkenswerte Porträts herausgegeben hat. Deshalb geht eine Ausstellung des Hauses der Geschichte ins ganze Land und vor allem auch in solche Städte, in denen der Widerstand an Beispielen aufrechter Mitbürger konkret aufgezeigt werden kann. Deshalb habe ich diesen Staatsakt angeregt und den Stuttgarter Karl Dietrich Bracher als Redner gewonnen, den führenden Mann der Totalitarismusforschung und einen der großen Lehrer und Festiger der Demokratie im Nachkriegsdeutschland.

Wir gedenken heute der Frauen und Männer des Widerstands, der Bürger und der Soldaten, die nach dem Attentat des 20. Juli ihr Leben lassen mussten. Wir gedenken ihrer Angehörigen, ihrer Frauen, ihrer Kinder, ihrer Eltern und Geschwister, die der Willkür der Schergen ausgeliefert waren und die ihr schweres Schicksal mit bewundernswerter Tapferkeit getragen haben. Wir gedenken all derer, die sich dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat nicht beugten und dafür Verfolgung und KZ auf sich nahmen. Wir gedenken der vielen Namenlosen, die verfolgte jüdische Mitbürger bei sich versteckt hielten, obwohl sie dabei ihre eigene Freiheit und ihr Leben riskiert haben. Wir gedenken all derer, die als politische Gegner des Nationalsozialismus das Land verlassen mussten, die ihren Beruf verloren oder in Lagern landeten. Wir gedenken der Geschwister Scholl, ihrer Tat und ihres Opfers.

Mit großem Respekt nenne ich heute auch das Haus Bosch, Robert Bosch und Hans Walz und

mehrere Vorstandsmitglieder. Das Haus Bosch war eine Anlaufstelle, ja eine Schaltstelle des Widerstands über Jahre hinweg. Im Gegensatz zu vielen Negativbeispielen aus der deutschen Wirtschaft gereicht diese Haltung des Hauses Bosch unserem Land und seiner Wirtschaft zur Ehre.

Wir verneigen uns vor dem Mann, der diese Tat wagte und durchführte, der sein Gewissen über sein Leben stellte. Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Er gehört zu den großen Söhnen unseres Landes.

Wir gedenken insbesondere der Männer hier aus dem Südwesten, die wegen des 20. Juli von den Nazis umgebracht wurden, des württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz, des Karlsruher Rechtsanwalts Reinhold Frank, des großen, im Elsaß geborenen und in Südbaden aufgewachsenen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers Julius Leber. Ich nenne den Kopf des Widerstands Karl Friedrich Goerdeler, der viele Verbindungen in unser Land hatte.

Mit jedem, den man nennt, tut man Hunderten Unrecht, deren Mut, Gesinnung und Gewissen, deren Tat und Opfer genauso beispielhaft war, wie das der hier zu Recht mit Namen genannten.

Aus der beachtlichen Zahl der Ungenannten und zum Teil Unbekannten möchte ich einen – stellvertretend für alle herausgreifen, auf den ich selbst erst vor wenigen Tagen gestoßen bin, den Bauernknecht Richard Reitsamer. Ihn nenne ich auch deshalb, weil 1933 viele sogenannte kleine Leute weiter blickten als viele Akademiker. Richard Reitsamer wurde 1903 in Freiburg geboren. Er arbeitete als Knecht auf einem Bauernhof im Schwarzwald und während des Krieges auf dem Trenkwaldhof bei Meran. Dreimal widersetzte er sich dem Gestellungsbefehl. Als Begründung sagte er vor dem Gericht: *„Mit dem Frieden ist alles zu gewinnen, mit dem Krieg ist alles zu verlieren. Als gläubiger Christ kämpfe ich nicht für Hitler.“* Er wurde zum Tode verurteilt und am 11. Juli 1944 in Bozen hingerichtet. Sein Grab auf dem Bozener Friedhof ist inzwischen aufgelöst. Niemand hat ihm ein Denkmal gesetzt, aber wir sollten ihm heute für alle Gleichgesinnten ein Denkmal setzen.

Der Blick auf den 20. Juli 1944 und die Frauen und Männer, die ihr Leben gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft riskierten, erspart uns aber auch 50 Jahre später nicht die Frage: Wie konnten die Nazis überhaupt an die Macht kommen? Wie konnten sie so viel Macht über Deutschland gewinnen, dass die Deutschen ihre Freiheit erst in der Katastrophe der totalen Niederlage wiedergewinnen konnten?

Die Frage schwelt wie eine offene Wunde. Sie gehört für immer zu unserer Geschichte. Aber auch der 20. Juli gehört zu unserer Geschichte und ist ein kleiner Lichtstrahl in der Finsternis dieser schrecklichen Zeit. Eine Lehre des Dritten Reichs ist – und darauf hat Professor Bracher immer wieder hingewiesen – Wehret den Anfängen!

Im Ansatz muss totalitärer Gesinnung widerstanden werden. Wenn Radikale durch Revolution oder Wahl die Macht haben, ist es zu spät. Ist ein diktatorisches Regime erst mal etabliert und mit allen Machtmitteln des Terrors ausgestattet, bedarf es eines Volkes von Helden, um es wieder loszuwerden. Heldenvölker aber gibt es in Geschichten, nicht in der Geschichte.

Nein, bei der Frage, wie konnte das alles kommen, müssen wir früher ansetzen – bei der Weimarer Republik und bei den frühen Erfolgen der Hitlerherrschaft. Dass der Spuk bald vorüber sein würde, glaubte damals mancher, erwarteten viele, die keine Parteigänger waren.

Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz war eine Illusion mit katastrophaler Wirkung. Die Sozialdemokraten widersetzten sich, sie büßten es neben den Kommunisten als erste. Bei anderen herrschte die Meinung vor: Mit Hitler könnte man sich auf der Grundlage national-konservativen Denkens und obrigkeitstaatlicher Ordnungsmuster arrangieren.

Im Kirchenvolk grummelte es 1933/34: mutige Pfarrer beider Konfessionen warnten früh und mahnten, aber die Kirchenleitungen suchten damals noch die Sicherung des binnenkirchlichen Lebens.

Und die Nürnberger Rassengesetze von 1935? Sie blieben ohne kollektive öffentliche Antwort aus

der Bevölkerung. So war es auch nach der Reichsprogromnacht – obwohl beides Stufen auf dem Weg zum Holocaust waren. Es war wohl so, wie es Heinz Maier-Leibnitz in einem Rückblick einmal formuliert hat: Ein jedes Milieu lebte „in einer Welt für sich“. Gegen Übergriffe wehrte man sich nur, wenn die eigene Welt betroffen war. Es fehlte der Blick für das Ganze, auf den jeweils anderen. Es fehlte insbesondere der Blick für Menschenrechtsverletzungen bei politischen oder ideologischen Gegnern.

Uns Nachgeborenen steht es nicht zu, über die damals Handelnden und Betroffenen zu urteilen, uns steht es nicht zu, die Menschen von damals posthum eines Besseren zu belehren. Uns fehlt die Gleichzeitigkeit der Erfahrung. Aber wir kennen die Erfahrungen, die sie damals erst noch machen mussten. Wir haben die Verpflichtung und Chance, die richtigen Folgen aus den Erfahrungen der Erlebnisgeneration für unsere eigene Zukunft zu ziehen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies ist der Kern unserer Freiheit“, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Abschiedsrede als Bundespräsident. Daraus ergibt sich als wichtigste Folgerung: Wo zur Gewalt gegriffen wird, in Wort oder Tat, wo Nationalismus am Werk ist, wo Fremde bedroht werden, wo andere Überzeugungen nicht geachtet werden, muss jeder einzelne Widerstand leisten. Wegsehen ist nicht gestattet, Einmischen ist gefordert. Zivilcourage ist keine heroische Haltung einzelner sondern Bürgerpflicht für jeden.

Der badische Pfarrer Max Josef Metzger, der 1944 wegen seiner radikal-pazifistischen Haltung von der Gestapo verhaftet wurde, hat noch in der Todeszelle (6.2.1944) gedichtet:

*„Ich muss gesteh'n, ich hab sie nie gelernt,  
die Kunst, das Krumme krumm zu lassen!  
Ich konnt' im ganzen Leben nicht erfassen,  
dass man bei Notstand höflich sich entfernt ...“*

Nein, auch wir dürfen uns nicht bei Notstand höflich entfernen. Was heute von uns gefordert wird, ist zumutbar. Uns droht heute

keine Todesstrafe, sondern höchstens der Streit mit Uneinsichtigen. Das sollten uns die Menschenrechte, die Freiheit, der Friede, der Rechtsstaat wert sein.

Und eine zweite Folgerung: Jeder Bürger muss wissen, wem er zuarbeitet, wenn er sich rechts- oder linksextremistischen Parteien anvertraut. Vordemokratische Verhaltensmuster und schlichte Feindbilder sind keine Lösung für schwierige Probleme. Versagten wir heute als Bürger und Demokraten, gäbe es für uns keine mildernden Umstände mehr. Wir kennen ja die Erfahrungen,

die die Menschen damals gemacht haben. Das Lernen aus der Geschichte beginnt mit dem Eingestehen der eigenen Verführbarkeit, der eigenen Bequemlichkeit oder Ahnungslosigkeit.

Gedenkstunden wie die heutige können ein Beitrag zu solchem Lernen sein.

**Anmerkungen:**

**Bildunterschriften:**

Abb. 1: Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

# Eugen Bolz 1881 – 1945

Württembergischer Minister, Staatspräsident und Widerstandskämpfer

Thomas Schnabel

Eugen Bolz<sup>1</sup> war ein gläubiger Katholik und überzeugter Parlamentarier. Bereits im Januar 1912 wurde er mit gerade einmal 31 Jahren in den Reichstag gewählt. Ende desselben Jahres schickten ihn die Zentrumswähler als ihren Vertreter auch in den Halbmondsaal, den württembergischen Landtag in Stuttgart. Allerdings konnte er zunächst keine große parlamentarische Aktivität entwickeln, da bereits am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach.



Abb. 1: Eugen Bolz (1881–1945) Denkmal in seiner Geburtsstadt Rottenburg a.N. (Ausschnitt).

Bolz stand allem Militärischen eher kritisch gegenüber. Vom 30. März 1915 bis zum 25. Mai 1916 war er als Leutnant im Oberelsass stationiert und hatte an Stellungskämpfen teilgenommen.

Danach war er in Brüssel und in Berlin bei der Reichsentschädigungskommission und im Reichstag beschäftigt. Er erhielt mehrere Orden. Dem Krieg stand er sehr ablehnend gegenüber. In seinem Kriegstagebuch schrieb er schon zu Beginn: „*Ich halte auch den jetzigen Krieg für den größten Wahnsinn der Geschichte. Drum hab ich mich auch nie angestrengt. Ich mache meinen Dienst und tu meine Pflicht. Ich melde mich nirgends, ich lasse mich kommandieren; das waren meine offen ausgesprochenen Grundsätze.*“<sup>2</sup>

Das Ende des Krieges begrüßte er und die politischen Veränderungen im Gefolge der Niederlage schienen ihm eine logische Fortsetzung der bereits im Königreich eingeleiteten demokratischen Reformen. So wies Eugen Bolz in den Verfassungsberatungen Anfang 1919 in Stuttgart darauf hin, dass es auch ohne die Revolution zu weiteren Fortschritten bei den politischen Freiheiten gekommen wäre. Allerdings hätten erst der Druck von unten und die Gefahr einer Revolution die bestehenden Hindernisse beseitigt. Deshalb stelle man sich, trotz der überstürzten Umstände auf den Boden dieser neuen Freiheiten, „*die dem Verfassungsentwurf zugrunde gelegt sind. Wir sehen darin nur eine naturgemäße Entwicklung, die über kurz oder lang doch hätte eintreten müssen. So wie aus dem Absolutismus sich allmählich die konstitutionelle Monarchie entwickelt hat, so mußte auch die konstitutionelle Monarchie schließlich zur Demokratie führen, sobald sich das Volk dazu reif fühlte, selbst die Regierung in die Hand zu nehmen.*“<sup>3</sup> Die Demokratie war kein Fremdkörper im Südwesten, sondern ein politisches System, das von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wurde.

Gleichzeitig wandte sich Bolz vehement gegen alle revolutionären Bewegungen. So erklärte er am 1. Februar 1919 „*die Schaffung einer Verfassung und die Wiederherstellung der Ordnung*“ zu den

vordringlichsten Aufgaben der Landesversammlung<sup>4</sup>. Ordnung war für ihn ein zentrales Motiv seiner politischen Arbeit, die unter allen Umständen aufrecht zu erhalten war. So äußerte er sich im April 1919 sehr drastisch gegenüber allen Generalstreikbestrebungen. *„Ich glaube, wahnsinnigen Fanatikern gegenüber gibt es kein anderes Mittel, als die Anwendung der Gewalt, weil sie mit anderen Mitteln nicht zu belehren sind.“*<sup>5</sup> Deshalb stand Bolz auch allen nicht demokratisch legitimierten Organen sehr kritisch gegenüber, wie z.B. den Räteorganen – spätestens nach der Verabschiedung der Verfassung. *„Für Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte als politische Organe ist kein Boden mehr. Politische Vorrechte einzelner Berufsgruppen sind mit der Verfassung unvereinbar...“*<sup>6</sup>

Die grundlegenden politischen Ansichten und Einschätzungen von Eugen Bolz werden schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik deutlich, und in wesentlichen Teilen bestimmten sie auch seine Einschätzungen am Ende der Weimarer Republik. Entgegen der regelmäßigen Vorwürfe von Kommunisten und Sozialdemokraten, auf dem rechten Auge blind zu sein und die Gefahr durch die Nationalsozialisten zu unterschätzen, positionierte sich Bolz 1923 eindeutig. *„Die national-sozialistische Bewegung, die Hitlersche Bewegung schätze ich vom Standpunkt der Sicherheit des Staates aus genau so ein wie die kommunistische, weil die nationalsozialistische Bewegung der Hitlerschen Richtung in allererster Linie das Ziel hat, ohne Parlament, ohne Partei, ohne Benützung der verfassungsmäßigen Mittel durch eine eigene militärische Organisation die Gewalt im Innern an sich zu reißen.“*<sup>7</sup> Die Klarheit dieser Aussage führte sogar zu einem Zwischenruf des kommunistischen Abgeordneten, wonach sich Bolz damit vor den Nationalsozialisten blamiert habe.

Kritisiert wurde von Bolz also in erster Linie der gewaltsame Versuch der Nationalsozialisten *„ohne Benützung verfassungsmäßiger Mittel“* an die Macht zu kommen. Diese Konzentration auf den gewaltsamen Umsturz erschwerte es Bolz dann zu Beginn der dreißiger Jahre, die Bedrohung der Weimarer Republik durch die nach Hitlers Legalitätseid beim sogenannten Ulmer Reichswehrprozess 1930

eingeschlagenen Weg der NSDAP an die Macht als ebenso gefährlich einzuschätzen wie die weiterhin revolutionär auftretenden Kommunisten.

Auch bei den heftigen Turbulenzen des Jahres 1923 hatte Bolz schon *„ein viel zu großes Vertrauen“* *„zu dem württembergischen Volk und seiner Vernunft,... als daß ich glauben möchte, es würde sich durch ein paar Aufwiegler zu so etwas (einen Bürgerkrieg, T. S.) verleiten lassen.“*<sup>8</sup> In diesem Jahr hatte er mit seiner Einschätzung völlig recht.

1923 legte er auch seinen grundlegende politische Position offen, als er sich vor die im Landtag angegriffenen Beamten seines Ministeriums und die Polizei stellte, *„weil ich glaube, daß unsere württembergische Politik auf dem rechten Wege ist und auf eine schiefe Bahn käme, wenn sie nach einseitigen parteipolitischen Richtungen sich einstellen würde. Diese mittlere Linie haben wir zum Nutzen unseres Volkes eingehalten und ich bin dafür, daß sie eingehalten wird, und eine andere Politik treibe ich nicht, solange ich Minister des Innern bin.“*<sup>9</sup> An diese Maxime hielt er sich bis an das erzwungene Ende seiner Amtszeit im März 1933.

Obwohl Bolz den Schwerpunkt seiner Aktivitäten in Stuttgart sah, nahm er seine Aufgabe als Reichstagsabgeordneter des Zentrums in Berlin sehr ernst. Dies zeigt sich auch an der regen Teilnahme an den Sitzungen seiner Fraktion. Am 27. September 1921 wollte ihn die Zentrumsfraktion sogar zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Bolz lehnte *„aus persönlichen und dienstlichen Gründen“* ab.<sup>10</sup> Dabei nahm er schon früh und sehr dezidiert Stellung. Ein wichtiges Thema für ihn waren immer die Finanzen, die in der Weimarer Republik, angesichts der vielfältigen, die Demokratie ständig in Frage stellenden Krisen, eine noch größere Rolle spielten als in sogenannten normalen Zeiten, die die Bundesrepublik doch bisher überwiegend erleben durfte.

Deshalb holte er Ende Juli 1920 in der Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums zu einem Rundumschlag über die Finanzwirtschaft des Reiches aus, die das finanzpolitische Selbstverständnis von Eugen Bolz während der gesamten 14 Jahre der Weimarer Republik widerspiegelten. *„Er weist auf die trübe Finanzlage hin, die durch*

*immer neue Bewilligungen für alle möglichen Dinge noch verschärft werde. Er betont die Notwendigkeit weitgehendster Einschränkung der Neuausgaben, der Bewilligung neuer Stellen und die Ablehnung neuer Einstufungen der Beamten. Er bemängelt die Genehmigung des neuen Lohntarifs und zeigt, daß infolge der Vorgänge im Hauptausschuß für Beamtenbesoldung und andere Zwecke noch ungeheure Summen angefordert werden dürften. Er kritisierte die Unklarheit des Notetats, die Schaffung immer neuer Beamtenstellen u.a. Er wendet sich gegen erhöhte Anrechnung der Kriegszeit für die Pensionen, das Wachsen des Umfangs der verschiedenen Ämter durch Errichtung immer neuer Zweige, was er ausführlich am Reichsamt des Innern nachweist. Er wendet sich gegen die Besetzung des Hauptausschusses bei Beratung von Beamtenfragen durch Vertreter der Organisationen, wodurch nur der Korruption Vorschub geleistet werde. Er verlangt, daß das Reich keine neuen Aufgaben übernimmt und bereits übernommene Aufgaben abbaut oder einschränkt. Er klagt Parlament und Regierung an, in der Finanzfrage nicht scharf genug eingegriffen zu haben.*<sup>11</sup>

Neun Monate später am 23. April 1923 erklärte Eugen Bolz in der Fraktionssitzung in Berlin: *„Wir sind schon bankrott, innere Finanzen können auch durch bestgehendes Wirtschaftsleben nicht mehr saniert werden, wir müssen Bankrott offiziell erklären, um Eindruck auf das Ausland zu machen, Entente macht uns doch bankrott.*<sup>12</sup> So sehr damit auch Außenpolitik gemacht werden sollte, so sehr zeigt dies auch den finanzpolitischen Realitätssinn von Eugen Bolz, auch wenn der faktische Bankrott des Reichs dann erst im Herbst 1923 erklärt wurde.

Eugen Bolz trug in Württemberg ganz wesentlich dazu bei, dass in den zwanziger Jahren eine rigide Sparpolitik betrieben wurde, die dazu führte, dass es im Land die geringste Pro-Kopf-Verschuldung unter allen Ländern im Deutschen Reich gab. Diese Finanzpolitik ermöglichte es der württembergischen Regierung dann in der Weltwirtschaftskrise die Staatsschulden dramatisch zu erhöhen, um die Stauerausfälle zu kompensieren und Notstandsarbeiten wie z.B. den Neckarkanal zwischen Heilbronn und Stuttgart zu finanzie-

ren. An der finanzpolitischen Seriosität des Landes änderte dies nichts. Noch Ende 1932 konnte Württemberg als einziges deutsches Land große Auslandskredite aufnehmen. Allerdings wagte die württembergische Regierung kein großes staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, da Bolz zu sehr die Brüningische Deflationspolitik unterstützte.

Bolz machte in Württemberg sehr schnell Karriere. Bereits im Oktober 1919, noch nicht einmal 39 Jahre alt, wurde er Justizminister. Im Juni 1923 übernahm er das Innenressort, das er bis 1933 innehatte. Von 1928 bis 1933 amtierte er zusätzlich noch als Staatspräsident. Zunächst arbeitete er in einer Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Linksliberalen, später in einer bürgerlichen Minderheitsregierung und nach den Landtagswahlen vom Mai 1924 in einer Mitte-Rechts-Koalition aus DNVP, Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund und Zentrum. Obwohl Staatspräsident Bazille in weiten Kreisen der Republik als Reaktionär betrachtet und seine Schulpolitik als äußerst rückständig eingeschätzt wurde, funktionierte die Zusammenarbeit.

Für Eugen Bolz gehörte diese Offenheit nach (fast) allen Richtungen zu den zentralen Aufgaben des Zentrums. So forderte er am 12. Mai 1925 in einer Diskussion der Reichstagsfraktion für seine Partei die Freiheit, *„nach links oder rechts zu gehen, wenn die Verhältnisse dazu zwingen.*<sup>13</sup>

Bei der Landtagswahl vom Mai 1928 hatte die Regierungskoalition ihre Mehrheit verloren. Eine Weimarer Koalition aus SPD, Liberalen und Zentrum wäre rechnerisch möglich gewesen. Obwohl die SPD in Württemberg nicht besonders weit links stand, lehnte das Zentrum dessen Regierungsbeteiligung ab. Das Hauptmotiv für diese Entscheidung erläuterte Eugen Bolz in einem Gespräch mit Theodor Heuss. *„Das Zentrum müsse, wozu es in all den Jahren nie gekommen wäre, diesmal partei egoistisch denken. Wenn es den Bauernbund in die Opposition entlasse, so sei die Gefahr einer Erschütterung der Zentrumsposition vor allem im ländlich bäuerlichen Oberland verstärkt*<sup>14</sup>

Da sich beide liberalen Parteien weigerten, den deutschnationalen Kultminister Bazille mitzutra-

gen, DNVP und Bauernbund aber nicht bereit waren, ihn fallen zu lassen, konnte sich keine parlamentarische, mehrheitsfähige Koalition bilden. Allerdings übernahm Bolz von Bazille den Posten des Staatspräsidenten zusätzlich zum Innenministerium und regierte mit wechselnden Mehrheiten im Landtag.

Er sah darin kein Problem, vielmehr ein Kennzeichen des parlamentarischen Systems von Weimar, da es auf allen Ebenen immer wieder ausgesprochene Minderheitsregierungen oder Regierungen mit einer sehr umstrittenen Mehrheit gegeben habe. In der Bundesrepublik gab es zwar nach der letzten Bundestagswahl von 2013 vereinzelt ähnliche Vorschläge, aber diese fanden keine Zustimmung, weder bei der Parteien, noch in den Medien oder der Bevölkerung.

Allerdings war das damalige mit dem heutigen Staatsministerium nicht vergleichbar. So arbeiteten zwischen 1928 und 1932 gerade einmal sechs Beamte des höheren Dienstes im Staatsministerium. Allein deshalb wäre es schon personell nicht in der Lage gewesen, eine selbständige, gegen die Fachressorts gerichtete Politik zu betreiben. Seine wichtigste Aufgabe bestand, seit 1926 im Gesetz über das Staatsministerium und die Ministerien geregelt, *„in der Wahrnehmung der württembergischen Reichsratsvertretung. Alle seitens der Reichsregierung mit Bezug auf Reichsgesetzgebung und Reichsverwaltung an die Landesregierung gerichteten Schreiben gingen an das Staatsministerium und wurden dort gesichtet und auf ihre politische Bedeutung geprüft.“*<sup>15</sup>

Im April 1929 erläuterte Bolz in einer Landtagsdebatte sein Verständnis der Arbeit für die Republik, da seiner Regierung immer wieder vorgeworfen wurde, dass ihr eine klare und richtige Einstellung fehle. Demgegenüber erklärte Bolz: *„Die beste Empfehlung der Republik ist, wenn nicht allzuviel von ihr geredet wird und man sich bemüht durch sachliche Arbeit, die Republik dem Volke nahe zu bringen, ohne große Worte zu machen.“*<sup>16</sup> Diese Aussage hatte aber auch damit zu tun, dass in der Regierung Befürworter der Republik, wie das Zentrum, mit Gegnern der Republik, wie den Deutschnationalen und dem Bauernbund zusam-

menarbeiteten.

Allerdings war ihm eine funktionierende Verwaltung ein Herzensanliegen. Darauf wies er immer wieder hin. Nicht ohne Stolz erklärte er im Landtag, *„daß die Verwaltung in Württemberg eine durchaus geordnete und fortschrittliche ist. Man kann auf dem Gebiet unserer Verwaltungstätigkeit in dem letzten Jahrzehnt einiges finden, das nach einer positiven Leistung aussieht und das in manchem auch vorbildlich genannt werden kann.“*<sup>17</sup>

Dazu trug ganz wesentlich bei, dass die Minister der Regierung allesamt Beamte waren. Sie glichen sich, wie Waldemar Besson ausführte, *„nach Vorbildung und Amtsauffassung viel zu sehr, als daß Mehrheitsentscheidungen oder gar das Überstimmen des zuständigen Ministers ihrem Arbeitsstil entsprechen hätte. Tunlichst vermied man überhaupt politische oder grundsätzliche Erörterungen. Durch die Jahre hin ähnelten die Sitzungen des Staatsministeriums weit mehr den Besprechungen von Kanzleidirektoren“*<sup>18</sup> als den Debatten von Parteipolitikern. So funktionierte die Regierung auch in den sich nach 1929 verschärfenden politischen Auseinandersetzungen reibungslos und auch der Eintritt des ersten Nichtbeamten, des Rechtsanwalts Reinhold Maier als Wirtschaftsminister 1930 änderte daran kaum etwas.

Vermutlich verstand Bolz eine Regierung als eine Art „Oberverwaltung“, die fern allen Parteihaders gute Verwaltungsarbeit leisten sollte. Der SPD-Abgeordnete Kurt Schumacher, nach 1945 Bundesvorsitzender der Sozialdemokraten und Gegenspieler von Konrad Adenauer, beschrieb dies in einer Landtagsdebatte sehr treffend. *„Die württ. Regierung möchte am liebsten ganz ungestört von jeder politischen Kritik regieren. Man hat seit Jahren beobachten können, wie sie sich bemüht hat, bei jeder größeren politischen Gelegenheit eine rechtzeitige Stellungnahme des Landtags zu vermeiden. Sie möchte sich am liebsten als eine Art Verwaltungsgemeinschaft auf tun... Sie möchte die Grundlinien ihrer Tätigkeit nicht der politischen Kritik aussetzen, was sicher sehr bequem, aber auch sehr kurzfristig ist. Ich behaupte, daß alle Kritik am parlamentarischen System, wie sie von den extremen Feinden des parlamentarischen Systems vorgebracht wird, dem Parla-*

mentarismus nicht so sehr schadet, wie diese Art der württ. Regierung, die dem Parlamente die Freiheit der politischen Stellungnahme nimmt, es ohnmächtig gegenüber der Regierung macht, und es so in der Öffentlichkeit herabsetzt.“<sup>19</sup> Mit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Staatskrise ab 1929/30 sollte sich diese Tendenz noch deutlich verstärken.

Auch heute noch heiß umstrittenen Thema stand Bolz sehr skeptisch gegenüber. Er unterstützte die Position des Reichsrates, der 1929 Einbürgerungen im großen Stil mit Rücksicht auf die eigene Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und des Bevölkerungsüberschusses ablehnte. Außerdem müsse man gegen Einbürgerungsgesuche aus dem Osten noch einen schärferen Maßstab anlegen, „wegen des Unterschieds des Kulturkreises zwischen dem Osten und uns“ Besonders irritierte Bolz die relativ hohe Zahl von sogenannten Ostjuden aus dem ehemals österreichischen Galizien. „Ich stehe der Judenfrage völlig objektiv und wohlwollend gegenüber, aber das darf ich doch aussprechen, daß der Zuwachs, z.B. gerade von Ostjuden, für uns nicht so willkommen ist.“<sup>20</sup>

Anfang Januar 1930 gelang es Bolz schließlich, die beiden liberalen Parteien zum Regierungseintritt zu bewegen, sodass seine Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode im April 1932 über seine solide Mehrheit verfügte. Anfang 1930 plädierte Bolz auch öffentlich für einen Zusammenschluß von Baden und Württemberg, für den das württembergische im Unterschied zum badischen Zentrum schon nach dem 1. Weltkrieg eingetreten war. Allerdings forderte er ein langsames Zusammenwachsen. Die Lust und Liebe der Bevölkerung solle nicht durch zwangsweise gesetzliche Gleichmacherei gestört werden. „Im übrigen ist die Geschichte Badens und Württembergs im letzten Jahrhundert eine ziemlich gleichartige. In beiden Ländern hat sich ein starkes Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit entwickelt. Sollte das in einem vereinigten Baden und Württemberg nicht auch möglich sein?“<sup>21</sup> Zu den von Bolz gewünschten Verhandlungen kam es allerdings erst nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Die letzten Regierungsjahre von Eugen Bolz waren von der Weltwirtschaftskrise und ihren poli-

tischen Folgen überlagert. Die tiefste Ursache sah er im Krieg mit seinen enormen Verlusten. „Wenn wir uns vorstellen..., wie viele Milliarden allein der Krieg verschlungen hat und wie wir durch den unglücklichen Ausgang des Krieges unser Auslandsvermögen bis auf den letzten Pfennig verloren haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir in der Nachkriegszeit beim Ausland pumpen mußten und wenn unsere heutige Wirtschaft zu einem guten Teil auf Auslandsgeld angewiesen ist, das uns mit seiner Zinslast genau so drückt, wie die Tributlasten aus dem verlorenen Krieg. Nicht vergessen darf man, daß eine weitere Ursache der heutigen wirtschaftlichen Not die gewaltsame Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker durch den Krieg und die lange Verhinderung einer vernünftigen wirtschaftlichen Verbindung in der Nachkriegszeit ist.“<sup>22</sup>

Während man dieser Einschätzung auch heute noch weitgehend zustimmen kann, stehen wir heute seinen wirtschaftlichen Rezepten eher skeptisch gegenüber. Bolz wollte, auch wenn er ursprünglich eine andere Position vertreten hatte, durch rigoroses Sparen auch bei den Löhnen, billiger produzieren, um damit die Erzeugnisse besser verkaufen zu können. Die Kaufkrafttheorie, nach der die Menschen mehr verdienen müssen, um auch mehr einkaufen zu können, lehnte er in dieser Situation ab. Diese rigide Sparpolitik führte zu einer immer größeren Verelendung der Bevölkerung und damit zu einer politischen Radikalisierung.

Allerdings glaubte Bolz an die nüchterne Urteilskraft seiner Landsleute. Dem NSDAP-Abgeordneten und späteren Ministerpräsidenten zwischen 1933 und 1945 Christian Mergenthaler hielt er in einer heftigen Debatte entgegen: „... , ich habe den Glauben an den gesunden Sinn unseres Volkes und namentlich unseres Schwabenvolkes, daß es sich nicht allzulange nur verhetzen und mit Phrasen abpeisen läßt, sondern daß es, wie es den Schwaben eben liegt, sich fragt, was soll dabei herauskommen, warst du richtig beraten. Ich bin überzeugt, daß es dann wieder den Weg zurückfindet zu dem „Brei“ in der Mitte, der nötig ist, um unser deutsches Volk zur Gesundung zu führen.“<sup>23</sup>

Die Hoffnung in die Vernunft der Schwaben

trog ihn nicht völlig. Bei den Reichstagswahlen vom September 1930 schnitt die NSDAP in Württemberg mit unter 10% reichsweit am schlechtesten ab und auch in den folgenden Jahren verlief der Aufschwung sehr viel langsamer als in den meisten anderen Teilen des Reiches. Maßgeblichen Anteil daran hatte neben den stabilen politischen Verhältnissen auf Landes- und Gemeindeebene, vor allem die weniger dramatisch verlaufende Wirtschaftskrise und die relativ geordneten Finanzen im Land. Allerdings führte letzteres dazu, dass Württemberg Millionen aus den Sozialversicherungen an das Reich abführen musste und von dort weit unterdurchschnittliche Zuschüsse erhielt. Dieses Phänomen kennen wir ja bis heute als Länderfinanzausgleich, in den der Südwesten als einziges Land seit Gründung der Bundesrepublik ununterbrochen einbezahlt hat.

Die Landtagswahlen vom April 1932 hatten jedoch auch in Württemberg deutliche Gewinne für die Nationalsozialisten gebracht, sodass die Regierung keine Mehrheit mehr hatte. Die Pläne mit der NSDAP eine evangelisch betonte oder „katholiken-reine“ Regierung zu bilden, scheiterten in kürzester Zeit. Aber auch nach der Einbindung des Zentrums zeigte sich schnell, dass die Nationalsozialisten nicht in der Lage waren, ein konkretes Regierungsprogramm vorzulegen. Am 23. Mai scheiterten die Regierungsverhandlungen an den Forderungen der NSDAP, die für sich das Staatsministerium und das Innenministerium und damit die staatlichen Machtmittel beanspruchte, was sowohl vom Zentrum als auch von den Demokraten kategorisch abgelehnt wurde. Die NSDAP brach daraufhin die Verhandlungen ab.<sup>24</sup>

Um die NSDAP von der Macht fernzuhalten, änderte eine Mehrheit von Bauernbund bis zur SPD die Geschäftsordnung des Landtags. Danach war nun die absolute Mehrheit der Stimmen für die Wahl des Staatspräsidenten vonnöten. Somit blieb die alte Regierung Bolz weiterhin geschäftsführend im Amt. Da sie schon seit 1931 weitgehend mit Notverordnungen regierte, also ohne Zustimmung des Landtags, änderte sich am Regierungshandeln kaum etwas. Bolz betonte deshalb auch Ende Juni 1932 im Landtag, dass es sich um eine „verfas-

sungsmäßige Regierung mit allen Rechten und Pflichten einer Regierung“ handelt, „wie sie in der Verfassung niedergelegt sind und zwar ohne jede Einschränkung“ Er verwies außerdem noch auf die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931, die bis zum Ende der Weimarer Republik galt. Danach hatte die Regierung, ohne auf die Zustimmung des Landtags angewiesen zu sein, „*die besondere Vollmacht und die besondere Pflicht..., in allen finanziellen Fragen das zu tun, was notwendig ist zur Instandhaltung der finanziellen Ordnung.*“<sup>25</sup>

Damit war das Königsrecht des Landtags, nämlich die Zuständigkeit für die Finanzen praktisch aufgehoben. Allerdings waren fast alle Parteien nicht mehr bereit, weitere Einsparungen vor dem Wahlvolk zu vertreten. Das galt selbstverständlich für die radikalen Parteien links und rechts, aber auch für die meisten anderen Parteien. Eugen Bolz erklärte dies auch im Landtag ganz offen, als es im Herbst 1932 um weitere Kürzungen bei den Personalausgaben und die Einführung einer Schlachtsteuer ging. Er regierte aufgrund der Notverordnung, um die württembergischen Finanzen, „*die bisher in Ordnung waren, nicht verludern zu lassen.*“ „... *in der klaren Erkenntnis, keine Zustimmung beim Volke zu finden und keine Zustimmung beim Landtag zu finden*“ habe sich die Regierung zu diesem Schritt entschlossen.<sup>26</sup>

Zur Zusammenarbeit mit dem Landtag war er nur dann bereit, wenn sich die Parteien aufrufen würden und nicht nur nach agitatorischen Gesichtspunkten reden und Anträge stellen, sondern wirklich aufs große Ganze sehen würden. „*Wenn das die Parteien tun, dann, glaube ich, ist die Möglichkeit zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und der Regierung geboten, wie wir sie wünschen, und zwar zu einer Zusammenarbeit, die dem ganzen Land frommt und am Ende vom Lande anerkannt wird, wenn es uns gelingt, die Finanzen in Ordnung zu halten.*“<sup>27</sup>

Ob Bolz an eine solche Möglichkeit glaubte, muss angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stuttgarter Landtag bezweifelt werden. An der Richtigkeit seiner Politik hatte er keine Zweifel. Es gelang ihm zwar, die württembergischen Finanzen

in reichsweit einmaliger Form in Ordnung zu halten, aber die Veränderungen auf Reichsebene Ende Januar 1933 verhinderten, dass seine Regierung von dieser Leistung noch profitierte.

Immer wieder wird die Haltung von Eugen Bolz zum Nationalsozialismus vor 1933 kritisiert. Noch in jüngeren Veröffentlichungen zur Polizei in Württemberg während der Weimarer Republik wird ihm eine gewisse Blindheit auf dem rechten Auge oder bestenfalls Naivität vorgeworfen.<sup>28</sup>

Bolz war zweifellos ein national eingestellter Politiker, was damals allerdings der Regelfall bis weit in das linke Parteienspektrum war. Schon 1923 hielt er eine nationale Bewegung im Volke für absolut notwendig – gerade angesichts der Bedrohungen von außen. Allerdings sollte die nationale Frage weder zu parteipolitischen Zwecken missbraucht noch in revolutionärer Weise verwirklicht werden. *„Wenn die nationale Frage zu einer Parteifrage wird“*, so Bolz vor dem Stuttgarter Landtag am 15. Dezember 1923, *„so liegt darin die Gefahr, dass andere, die andere parteipolitische Anschauungen haben, dadurch abgestoßen, naturgemäß in eine Gegnerschaft kommen, und dass dann die nationale Bewegung als solche zum Kampfobjekt zwischen verschiedenen parteipolitisch eingestellten Gruppen führt.“*<sup>29</sup>

Er forderte immer wieder das Zusammenhalten des deutschen Volkes und seiner Parteien. Nach seinem Verständnis waren Parteien in Krisenzeiten, sowohl zu Beginn der zwanziger als auch zu Beginn der dreißiger Jahre *”in erster Linie dazu berufen, das Volk aufzuklären und zu führen, und sie hätten in erster Linie die Verpflichtung, die auseinanderstrebenden Volksmassen zusammenzuführen zur Erkenntnis des einen Notwendigen. Diese Aufgabe wird jedoch von vielen verkannt. Anstatt zu einigen, werden die Parteigegensätze in den Vordergrund geschoben, und das Volk wird auseinandergetrieben.“*<sup>30</sup>

Gegen alle revolutionären Veränderungen gingen Bolz und seine württembergische Polizei konsequent vor. Dies galt auch für die Nationalsozialisten. Im Vorfeld des Hitlerputsches vom 9. November 1923 ließ Bolz die im Land befindlichen Funktionäre der NSDAP in Schutzhaft nehmen

und die Parteibüros von der Polizei besetzen. Noch energischer ging er gegen alle kommunistischen Umtriebe vor. So warfen ihm KPD-Abgeordnete immer wieder ein systematisches Spitzelsystem vor, das von Bolz allerdings bestritten wurde, da dafür z.B. 1924 jährlich nur 25.000 Reichsmark zur Verfügung stünden.<sup>31</sup>

Der Innenminister räumte allerdings ein, dass es für die Polizei ungleich schwerer sei, *„die verbotenen Wege bei den Organisationen der Rechten aufzudecken“*, obwohl auch dort gesetzwidrige Zwecke verfolgt werden würden. Demgegenüber sei *„die ganze Betätigung der Kommunisten, nach dem Inhalt der Erlasse der kommunistischen Zentrale,... darauf eingestellt, ihre Organisation und ihre Funktionäre für jederzeitiges Losschlagen vorzubereiten.“* *„Was die Geheimhaltung unerlaubter Ziele betrifft, (ist) man auf der rechten Seite etwas vorsichtiger..., als auf der linken.“* Diese Auffassung teilte im übrigen auch der sozialdemokratische Parteivorsitzende Wilhelm Keil in derselben Landtagssitzung im Oktober 1924 in einem Zwischenruf.<sup>32</sup>

Durch die heftigen politischen Auseinandersetzungen während des Beginns und am Ende seiner Amtszeit als Innenminister wird Eugen Bolz vor allem als Polizeiminister wahrgenommen, dessen Einstellungen zu den rechten und linken Extremisten im Vordergrund stehen. Dabei war er der Minister mit den weitgehendsten Aufgaben, da es daneben nur noch das Kultministerium, das Finanz- und das Justizministerium gab. Das Wirtschaftsministerium war zwar auch vorgesehen, wurde aber nicht immer mit einem Minister besetzt, wie z.B. zwischen 1924 und 1930.<sup>33</sup>

Die Aufgaben des Innenministeriums umfassten auch die Aufgaben des heutigen Verkehrs- und Sozialministeriums. Bolz war also für den Wohnungsbau ebenso zuständig wie für das Verkehrswesen, die Elektrizitätsversorgung und den für Württemberg so wichtigen Ausbau des Neckarkanals. Manche Debatten sind durchaus heute noch aktuell, wie am 2. Februar 1928, als sich Innenminister Bolz zur Frage von Radfahrwegen äußerte. Es ging um einen Antrag, beim Neubau und der Erweiterung von Staatsstraßen überall *„ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse Radfahrwege anzulegen“*

Bolz sah „die Schwierigkeiten für die Radfahrer bei dem starken Autoverkehr“, glaubte aber, dass solche Radfahrwege „in erster Linie in der Umgebung von größeren Städten in Frage“ kommen würden. Eine allgemeine Vorschrift zur Anlegung von Radfahrwegen bei Neu- und Ausbau von Staatsstraßen lehnte er allerdings ab, da dies so enorme Mittel verschlingen würde, „dass wir bei den sonstigen großen Aufwendungen, die wir haben einen etwaigen Beschluss nicht durchführen könnten.“<sup>34</sup>

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 und der zunehmenden Radikalisierung der Bevölkerung, trat die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beim gleichzeitigen Versuch, die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen, in den Mittelpunkt aller politischen Bemühungen von Eugen Bolz.

Auch jetzt musste er sich im Landtag immer wieder mit Vorwürfen auseinander setzen, dass die Polizei auf dem rechten Auge blind sei und vor allem linke Unruhestifter konsequent verfolge. Zwar räumte Bolz den Beamten politische Meinungsfreiheit ein, drohte aber z.B. im Februar 1931 gleichzeitig unmißverständlich mit Konsequenzen, „wenn ich Leute in der Polizei herausfinde, die sich radikal betätigen“ „Wenn mir solche Fälle bekannt werden, werde ich den betreffenden Beamten heraussetzen ohne Rücksicht auf seine Stellung“ Gleichzeitig war er sich der Stabilität des württembergischen politischen Systems sicher. „Ich glaube, wir haben in Württemberg nichts zu fürchten. Wir haben die Kraft auch bei politischen Verwicklungen Herr zu bleiben und wir haben den Willen dazu, die ganze staatliche Macht einzusetzen, wenn es nötig ist... Ich habe die Überzeugung, daß weder die kommunistische Bewegung uns über den Haufen rennen wird, noch die nationalsozialistische. Auch letztere Bewegung wird von selbst wieder abflauen, wenn die Leute lang genug ihre Sprüche dem Volk vordoziert haben.“<sup>35</sup>

Die Hoffnung von Eugen Bolz vom Februar 1931 bewahrheitete sich allerdings nur teilweise. Die nationalsozialistische Bewegung flaute nicht ab, sondern wuchs immer stärker an. Auch wenn Württemberg von besonders heftigen Ausein-

dersetzungen und bewaffneten Kämpfen auf der Straße weitgehend verschont blieb, plädierte Bolz immer wieder vehement für einen starken Staat und ein Verbot aller parteipolitischen Kampfverbände von rechts und links. Im Juni 1932 erklärte er vor dem Landtag in Stuttgart. „Ich habe mich seit Jahren immer auf den Standpunkt gestellt, in allen Konferenzen der Innenminister in Berlin, daß das Uniformtragen und die Verbände eine schwere Gefahr für den inneren Frieden sind. Ich habe seit Jahren unablässig den Standpunkt vertreten, daß man alle diese Verbände ohne Unterschiede der Richtung von rechts bis links verbieten sollte.“<sup>36</sup>

Diese Position hatte Eugen Bolz schon unmittelbar nach dem gescheiterten Kapp-Putsch in einer Rede in der Nationalversammlung vertreten. „Der Schutz der Verfassung verlangt auch die Bestrafung des Verfassungsbruchs. Mit den straflosen Revolutionen und mit den Amnestien muß endlich Schluß gemacht werden... Um eine politische Beruhigung unseres Volkes zu erreichen, verlangen wir, daß energischer als bisher gegen die politische Verhetzung unseres Volkes vorgegangen wird.“<sup>37</sup> Leider konnte er sich mit seiner richtigen Einschätzung weder 1920 noch 1932 durchsetzen. Die politische Verhetzung nahm immer mehr zu und die regelmäßigen Amnestien führten die Verurteilungen für politische Verbrechen ad absurdum.

Mit dem Sturz von Heinrich Brüning in Berlin und der Ernennung von Franz von Papen begann das Ende der Weimarer Republik. Papen löste den Reichstag auf, hob das SA-Verbot auf und setzte die geschäftsführende, SPD-geführte Regierung in Preußen sowie nahezu alle demokratischen Polizeipräsidenten ab. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 errang nicht nur die NSDAP mit über 37% der Stimmen ihren größten Triumph bei freien Wahlen, sondern es ergab sich auch eine parlamentarische Mehrheit aus NSDAP und Zentrum. Da die von Hindenburg gestützte Regierung von Papen sowohl von der NSDAP als auch vom Zentrum abgelehnt wurde, kam es Ende August zu Koalitionsverhandlungen in Berlin, an denen auch Eugen Bolz teilnahm, die allerdings durch die erneute Reichstagsauflösung schnell gegenstandslos wurden. Bei den Besprechungen hatte Bolz von

Hitler, wie er seiner Frau schrieb, einen besseren Eindruck, als er bislang vermutet hatte. „Seine Ausführungen waren konsequent und klar und die Auffassungen decken sich im allgemeinen weitgehend mit den Unseren.“<sup>38</sup> Als das Zentrum auch noch einem Mißtrauensantrag der KPD gegen die Regierung Papen zustimmte, kam das Weltbild vieler Zentrumswähler ins Wanken, wie sich auch bei den darauffolgenden Wahlen zeigen sollte.

In den letzten noch verbleibenden Monaten bis zur Kanzlerschaft Hitlers behielt Bolz seinen Kurs bei und bekämpfte in den Reichstagswahlen vom 6. November 1932, aber auch noch am 5. März 1933 die Nationalsozialisten mit Nachdruck. So lehnte er im Dezember 1932 eine Übertragung einer Rede von Gregor Strasser, dem zweiten Mann hinter Hitler in der NSDAP, im Stuttgarter Rundfunk ab – allerdings mit dem Hinweis auf die Überparteilichkeit des gesamten Nachrichten- und Vortragsdienstes.<sup>39</sup>

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 zu der keinerlei Notwendigkeit bestanden hatte, nutzten die Nationalsozialisten ihre Chance und übernahmen innerhalb weniger Monate die komplette Macht in Deutschland. In Württemberg fand die Machtübergabe an die Nationalsozialisten sogar unter parlamentarischen Rahmenbedingungen statt. Der neue nationalsozialistische Ministerpräsident und NSDAP-Gauleiter Wilhelm Murr wurde vom Landtag in sein Amt gewählt. Im übrigen Reich wurden in fast allen Ländern von Berlin aus Reichskommissare eingesetzt.

Bolz engagierte sich aber weiterhin in der Reichspolitik. So verlangte er in der Fraktionssitzung in Berlin am 20. März 1933 „eine Aussprache über die parteipolitische Auswirkung des Wahlkampfes“<sup>40</sup> Wenige Tage später, am 24. März forderte er eine Erklärung in der Presse über die Haltung des Zentrums zum neuen Staat. „Die Wähler wollen Klarheit über unsere Einstellung zur veränderten Lage.“<sup>41</sup> Bei den internen Diskussionen über die Haltung des Zentrums zu dem von Hitler geforderten Ermächtigungsgesetz sprach sich Bolz gegen eine Zustimmung aus, beugte sich aber der Fraktionsmehrheit und stimmte dann am 27. März

1933 ebenfalls für das Ermächtigungsgesetz, der formalen Basis für die nationalsozialistische Politik der nächsten Wochen und Monate.

Am 31. März wurden die Landtage aufgelöst und entsprechend der Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März neu gebildet – unter Ausschluss der Kommunisten. So hatten Nationalsozialisten, Bauernbund und Deutschnationale eine sichere Mehrheit auch in Stuttgart. Bolz war auf Platz eins der Zentrumsliste in den Landtag geschickt worden. Nach der Annahme eines württembergischen Ermächtigungsgesetzes am 8. Juni 1933 kam das von Berlin aus angeordnete Ende des Länderparlamentarismus. Bis 1945 sollte im Südwesten kein Parlament mehr tagen.

Eugen Bolz hatte bereits Anfang Juni sein Landtagsmandat niedergelegt, um sich ausschließlich seinem Reichstagsmandat zu widmen. Ob er sich noch Illusionen über eine weitere politische Tätigkeit machte, ist unklar. Auf einem Parteitag der Christlich-Sozialen Schwesterpartei in Österreich am 5. Mai 1933 in Salzburg war er der einzige Vertreter des deutschen Zentrums. Er weigerte sich, etwas über die Verhältnisse in Deutschland zu sagen. Allerdings drängte er seine Parteifreunde, aus den Erfahrungen in Deutschland zu lernen. „Ich möchte nur wünschen, daß Sie die nötige Energie und Entschlußkraft aufbringen, um rechtzeitig die nötigen Reformen durchzuführen. Wenn Ihre Tagung von einem solchen Mut und von einer solchen Entschlußkraft getragen ist, dann wird die Christlichsoziale Partei in Österreich auch in Zukunft herrschen.“<sup>42</sup> Einige Wochen danach nahmen die Nationalsozialisten diese Aussage zum Anlass, um Eugen Bolz am 18. Juni in Stuttgart ins Hotel Silber, dem Sitz der politischen Polizei vorzuladen und nach kurzem Verhör unter unwürdigen Umständen auf den Hohenasperg zu transportieren und dort zu inhaftieren. Als er am 12. Juli 1933 wieder entlassen wurde, gab es in Deutschland keine politischen Parteien mehr. Eugen Bolz zog sich unfreiwillig ins Privatleben zurück.

Auch wenn Eugen Bolz nach relativ kurzer Zeit wieder aus der Haft freikam, hörten die Schikanen nicht auf. Obwohl er 14 Jahre württembergischer Minister und über 20 Jahre Reichs- und Landtags-

abgeordneter gewesen war, wurde er mit der Pension eines Amtsrichters abgespeist – der Position, die er vor seinem Eintritt in die Politik innegehabt hatte.

Besonders betroffen machte ihn aber auch die Reaktion vieler Volksgenossinnen und Volksgenossen, die ihn bis 1933 sehr hofiert hatten, nun aber die Straßenseite wechselten, wenn sie seiner gewahr wurden, um ihn nicht in aller Öffentlichkeit grüßen zu müssen. Nur wenige politische Freunde, aber auch ehemalige politische Gegner wie der spätere Bundespräsident Theodor Heuss oder Reinhold Maier, der frühere Wirtschaftsminister und spätere Ministerpräsident von Württemberg-Baden und Baden-Württemberg trafen sich weiterhin mit ihm.<sup>43</sup> Auch der württembergische Polizeipräsident Rudolf Klaiber, der von 1923 bis 1938 amtierte, scheint den Kontakt mit ihm auch nach 1933 nicht gemieden zu haben.<sup>44</sup>

Nach 1933 hat sich Eugen Bolz wohlweislich kaum noch schriftlich geäußert, abgesehen von einer programmatischen Schrift von 1934 *„Katholische Aktion und Politik“*<sup>45</sup> Dabei hat er einige grundlegende Positionen aufgestellt, die auch heute noch von Bedeutung sind. So beschäftigt er sich mit den Schranken der Staatsgewalt, die vor allem durch das natürliche und göttliche Gesetz definiert sind. Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Die zweite Schranke sah Bolz im Gemeinwohl. *„Bei offensichtlichem u(nd) dauerndem Mißbrauch der Staatsgewalt besteht ein Notwehrrecht des Volkes.“*<sup>46</sup> Auch das Völkerrecht gehört aus seiner Sicht zu den bindenden Schranken jedes Staates; ebenso wie *„die natürliche Rechts- und Freiheits-sphäre der menschlichen Persönlichkeit“*<sup>47</sup>

Für uns sind dies Selbstverständlichkeiten, aber 1934 waren sie weitgehend abgeschafft. Der Staat war für ihn niemals absolutes Ziel und absoluter Maßstab.<sup>48</sup> Er sieht das nationalsozialistische Deutschland schon zu diesem Zeitpunkt im Gegensatz zur katholischen Lehre. *„Unchristlich ist auch der totale Staat, der sich das Recht anmaßt, den einzelnen Menschen ganz in allen seinen Beziehungen und Betätigungen zu erfassen.“*<sup>49</sup>

Allerdings gibt es auch Formulierungen, die uns heute fremd sind. So fehlt ein klares Bekenntnis zur Demokratie, vielmehr sei der Katholik

*„nicht gebunden an irgend eine Regierungsform, an eine besondere gesellschaftliche Ordnung, an irgend eine besondere politische Richtung, an (...) irgend einen Versuch im gesellschaftlichen u(nd) bürgerlichen Leben der Völker“*<sup>50</sup> Ebenfalls irritierend ist in unserer Zeit die Vorstellung, dass der Einzelne nur schwer entscheiden kann, welche Parteianschauungen in Einklang mit christlicher Lehre und Sitte sind. *„Darum nimmt es der Katholik dankbar an, wenn die Kirche selbst die Gewissen aufruft, leitet und dem Einzelnen die Unterscheidungsmerkmale zur eigenen Gewissensentscheidung gibt.“*<sup>51</sup>

Über diese Schrift von 1934 hinaus, wissen wir wenig über seine konkreten Vorstellungen unter dem Nationalsozialismus. Seine wahren Gedanken und Überlegungen konnte er nicht mehr niederschreiben. 1936 schrieb er einmal *„Ich denke viel ans Leben und ans Sterben“*<sup>52</sup> und zum Jahreswechsel 1937/8 berichtete er seiner Frau, dass ihm ausgelassene Freude zur Begrüßung eines neuen Jahres schon immer fremd gewesen sei, *„um wie viel mehr heute, wo alles unsicher ist und dunkle Schicksale drohen“*<sup>53</sup> Auch die großen Erfolge der deutschen Wehrmacht in den ersten beiden Kriegsjahren blendeten ihn nicht.

Im März 1942 kam es zu ersten eingehenden Gesprächen zwischen Goerdeler, dem Kopf des zivilen Widerstandes gegen Hitler, der von Robert Bosch finanziert wurde, und Eugen Bolz in Stuttgart. Von da an war er dem Widerstand verbunden, ohne in die konkreten Planungen eingebunden zu sein. 1944 erklärte sich Bolz bereit, in einem Kabinett Goerdeler, nach einem geglückten Attentat gegen Hitler, das Kultusministerium zu übernehmen, nachdem er ursprünglich für das Innenministerium vorgesehen gewesen war.<sup>54</sup>

Nach dem Scheitern des Aufstandes gegen Hitler am 20. Juli 1944 geriet auch Eugen Bolz schnell ins Visier der Gestapo und wurde am 12. August 1944 aufgrund einer Denunziation verhaftet. Nach schweren Folterungen fand seine Verhandlung vor dem Volksgerichtshof unter Leitung von Roland Freisler am 21. Dezember 1944 statt.<sup>55</sup>

Noch vor dem Volksgerichtshof unter seinem berüchtigten Vorsitzenden Roland Freisler bekannte sich Eugen Bolz in seiner, zusammen

mit anderen Angeklagten nur siebenstündigen Verhandlung dazu, „daß er kein Nationalsozialist sei“ „Er vermisse“, wie es im Urteil hieß, „bei uns“, also den Nationalsozialisten, „die individuelle Freiheit!“<sup>56</sup> Nach einem Bericht über den Prozeß, der Hitler vorgelegt wurde, hieß es sogar: „Er gab offen zu, daß er Gegner des Nationalsozialismus ist.“ Bolz rechnete ab 1942 mit einem Zusammenbruch des Regimes und arbeitete deshalb, wie er in seinem Gerichtsverfahren einräumte, aktiv daran mit, ein danach drohendes Vakuum oder einen Sieg des Bolschewismus in Deutschland zu vermeiden. Dafür traf er sich mehrfach mit weiteren Verschworenen des Widerstandes aus allen politischen Lagern, vor allem aber mit ehemaligen Politikern aus dem katholischen Zentrum. Das kennzeichnete Freisler in seiner zynischen Art mit den Worten „die Fraktion sammelte sich wieder.“<sup>57</sup>

In der Urteilsbegründung seines im wörtlichsten Sinne kurzen Prozesses hieß es in der verqueren Sprache der Nationalsozialisten: „Er erkennt eben nicht das Gesetz unseres nationalsozialistischen Volkslebens an, das uns jetzt gebietet, alle, restlos alle Kraft darauf zu verwenden, zu siegen; kein Quentchen Kraft auf anderes, wie etwa die Beseitigung einer Gefahr nach unserer Niederlage, also nach unserem Tode, zu verwenden;... BOLZ hat also an dem hochverräterischen Treiben GOERDELEERS aktiven Anteil gehabt (...). Er wußte natürlich auch, daß solche Gedankengänge und Pläne, solch zersetzender Defätismus, umgewandelt in Verrat, gerade das ist, was unsere Feinde sich bei uns wünschen. Er habe sich also mit zum Knecht unserer Kriegsfeinde gemacht (...). Dadurch ist er für immer ehrlos geworden. Er mußte um unserer Selbstachtung, um unseres Sieges, um der Sicherheit der kämpfenden Front und Heimat willen dafür mit dem Tode bestraft werden.“<sup>58</sup>

Eugen Bolz reichte ebenso wie seine Frau noch ein Gnadengesuch ein, machte sich aber nur geringe Hoffnungen, zumal auch der von Frau Bolz angesprochene päpstliche Nuntius in Berlin Cesare Orsenigo kein Verständnis für das Verhalten von Bolz aufbrachte. Auf die nahende Befreiung setzte er keine Hoffnung. Einem optimistischen Mitgefangenen erklärte er „Sie schlagen uns vorher den Kopf herunter.“<sup>59</sup>

Die Nationalsozialisten hatten den Krieg zwar schon längst verloren, aber sie rissen nicht nur Millionen von Soldaten noch völlig sinnlos in den Tod – allein zwischen Januar und Mai 1945 starben noch etwa 1,4 Millionen deutsche Soldaten und Hunderttausende von Zivilisten, Kriegsgefangene und KZ-Insassen – sondern exekutierten bis wenige Stunden vor dem jeweiligen alliierten Einmarsch noch politische Gegner. Am 23. Januar 1945 um 15.43 wurde Eugen Bolz in Plötzensee enthauptet. Am selben Tag starben u.a. Graf Moltke, der Kopf des Kreisauer Kreises und der Karlsruher Rechtsanwalt und ehemalige Zentrumsmann Reinhold Frank aus Karlsruhe, den Eugen Bolz für den Widerstand gewonnen hatte. Die Leiche von Eugen Bolz wurde verbrannt und seine Asche wohl in alle Winde zerstreut. So versuchten die Nationalsozialisten die Erinnerung an ihn zu tilgen.<sup>60</sup>

Eugen Bolz war der bedeutendste württembergische Politiker der Weimarer Republik, vermutlich sogar der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er trug über 14 Jahre maßgeblich dazu bei, dass die politische Lage in Württemberg deutlich stabiler war als im übrigen Reich, die Finanzen vergleichsweise geordnet, die Verwaltung einen hervorragenden Ruf hatte, die Weltwirtschaftskrise das Land nicht so hart traf, wie das übrige Reich und die NSDAP immer unter ihren Reichsergebnissen blieb, auch noch am 5. März 1933.

Warum war Württemberg diese „Insel im Krisenmeer“? Neben der vergleichsweise guten wirtschaftlichen und finanziellen Lage war das staatliche Gewaltmonopol im Lande nie ernsthaft in Frage gestellt. Norbert Elias sieht in „der strukturellen Schwäche ihres Gewaltmonopols und der zielbewußten Nutzung dieser Schwäche zur Zerstörung des parlamentarisch-republikanischen Regimes durch bürgerliche Organisationen“ den wesentlichen Grund für das Scheitern der Weimarer Republik.<sup>61</sup>

Als Justiz- und vor allem als Innenminister hat Eugen Bolz dieses Gewaltmonopol mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigt – nach rechts und nach links. Bereits in der Nationalversammlung formulierte Eugen Bolz nach dem gescheiterten Kapp-Putsch am 29. März 1920 sein Grundanliegen, das seine Politik bis 1933

bestimmte. „An uns liegt es, mit wachsamem Auge zu sorgen, daß die Möglichkeit zu neuen Umsturzversuchen von rechts und von links im Keime erstickt wird. Schutz der Verfassung nach rechts und links muß die Parole der neuen Regierung sein, muß aber auch die Parole des Volksteils sein, der Ruhe, Ordnung und Recht will.“<sup>62</sup>

Eine der schönsten und kürzesten Würdigungen zu Eugen Bolz stammt von Reinhold Maier, dem politischen Kontrahenten und Kabinettskollegen von 1930 bis 1933 mit dem sich Bolz nach 1933 immer wieder traf. Maier schrieb Mitte Februar 1945, als er von der Hinrichtung von Eugen Bolz erfuhr, in sein Tagebuch: „Eine Persönlichkeit, die wir vermissen werden.“<sup>63</sup> In diesem Sinne hat Reinhold Maier in seinem Porträt, das jeder Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg für das Staatsministerium in der Villa Reitzenstein von sich malen ließ und lässt, Eugen Bolz in einer besonderen Form geehrt. In seinem Bild ist im Hintergrund ein Bild von Eugen Bolz zu sehen, seinem letzten demokratischen Vorgänger im Amt.<sup>64</sup> Vielleicht sollten auch wir heute an eine Persönlichkeit wie Eugen Bolz etwas mehr erinnern.

#### Anmerkungen zu Eugen Bolz-Aufsatz in Villingen

<sup>1</sup> Vgl. dazu allgemein Max Miller, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951; Joachim Sailer, Eugen Bolz und die Krise des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, Tübingen 1994; Raberg, Eugen Bolz zwischen Pflicht und Widerstand, Leinfelden-Echterdingen 2009; Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959; Joachim Köhler (Hrsg.), Christentum und Politik. Dokumente des Widerstands zum 40. Jahrestag der Hinrichtung des Zentrums politiklers und Staatspräsidenten Eugen Bolz am 23. Januar 1945, Sigmaringen 1985.

<sup>2</sup> Zit. nach Fastnacht der Hölle. Der Erste Weltkrieg und die Sinne. Katalog zur Grossen Landesausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2014, S. 18.

<sup>3</sup> Württembergische Verfassungsgebende Landesversammlung, 9. Sitzung vom 1. Februar 1919, S. 195.

<sup>4</sup> Ebd., S. 203.

<sup>5</sup> Württembergische Verfassungsgebende Landesversammlung, 14. Sitzung vom 14. April 1919, S. 304.

<sup>6</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 35. Sitzung vom 12. Juni 1919, S. 767.

<sup>7</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 197. Sitzung vom 19. Juli 1923, S. 4846.

<sup>8</sup> Ebd., S. 4845.

<sup>9</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 198. Sitzung vom 20. Juli 1923, S. 4882.

<sup>10</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearbeitet von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981, S. 233.

<sup>11</sup> Ebd., S. 45/6.

<sup>12</sup> Ebd., S. 45/6.

<sup>13</sup> Ebd., S. 172.

<sup>14</sup> Zit. nach Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986, S. 48.

<sup>15</sup> Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 42.

<sup>16</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 39. Sitzung vom 18. April 1929, S. 843.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Besson (wie Anm. 15), S. 42.

<sup>19</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 79. Sitzung vom 6. März 1930, S. 1947.

<sup>20</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 39. Sitzung vom 18. April 1929, S. 843/4.

<sup>21</sup> Zit. nach Thomas Schnabel, Badens Mitgift. Der Beitrag Badens zum Südweststaat, in: 50 Jahre Baden-Württemberg. Badens Mitgift. Reden zum Landesjubiläum. Festakt am 12. April 2002 in Freiburg; Freiburg 2002, S. 37.

<sup>22</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 120. Sitzung vom 25. Februar 1931, S. 3006.

<sup>23</sup> Ebd., S. 3011.

<sup>24</sup> Schnabel (wie Anm. 14), S. 123/4.

<sup>25</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 12. Sitzung vom 28. Juni 1932, S. 198.

<sup>26</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 17. Sitzung vom 11. Oktober 1932, S. 360.

<sup>27</sup> Ebd., S. 361.

<sup>28</sup> Ingrid Bauz, Sigrid Brüggemann, Roland Maier (Hrsg.), Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2013, S. 32.

<sup>29</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 209. Sitzung vom 15. Dezember 1923, S. 5140.

<sup>30</sup> Ebd., S. 5139.

<sup>31</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 13. Sitzung vom 23. Oktober 1924, S. 275.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Regierungsblatt für Württemberg Nr. 36 vom 12. November 1926, S. 239 – 242.

<sup>34</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 190. Sitzung vom 2. Februar 1928, S. 4841.

<sup>35</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 120. Sitzung vom 25. Februar 1931, S. 3010.

<sup>36</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 12. Sitzung vom 28. Juni 1932, S. 199.

<sup>37</sup> Eduard Heilfron, Hrsg., Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1920 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, 9. Band, Berlin o.J. (1920), S. 263

<sup>38</sup> Schnabel (wie Anm. 14), S. 134.

<sup>39</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 25. Sitzung vom 1. Dezember 1932, S. 584/5.

<sup>40</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands

- der Deutschen Zentrumspartei 1926 – 1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 623.
- <sup>41</sup> Ebd., S. 632.
- <sup>42</sup> Zit. nach Schwäbischer Merkur Nr. 106 vom 7. Mai 1933, S. 2.
- <sup>43</sup> Persönliche Auskunft von Mechthild Rupf-Bolz, der einzigen Tochter von Eugen Bolz gegenüber dem Verfasser.
- <sup>44</sup> So die Aussage im Entnazifizierungsverfahren von Rudolf Klaiber, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902-20, Bü 95410.
- <sup>45</sup> Neu ediert in: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ Eugen Bolz 1881 bis 1945, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ubstadt-Weiher 2017.
- <sup>46</sup> Ebd., S. 155.
- <sup>47</sup> Ebd., S. 156.
- <sup>48</sup> Ebd., S. 159.
- <sup>49</sup> Ebd., S. 157.
- <sup>50</sup> Ebd., S. 179.
- <sup>51</sup> Ebd., S. 181
- <sup>52</sup> M. Müller (wie Anm.1), S. 472.
- <sup>53</sup> Ebd., S. 474.
- <sup>54</sup> Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 – 1945, München 1999, S. 473/4.
- <sup>55</sup> M. Müller (wie Anm. 1), S. 511.
- <sup>56</sup> Hans-Adolf Jacobsen, Hrsg., Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Band 2, Stuttgart 1989, S. 687.
- <sup>57</sup> Ebd., S. 684/5.
- <sup>58</sup> Ebd., S. 689.
- <sup>59</sup> M. Müller (wie. Anm. 1), S. 513.
- <sup>60</sup> Ebd. S. 517.
- <sup>61</sup> Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Michael Schröter, Frankfurt 1989, S. 294.
- <sup>62</sup> Heilfron (wie Anm. 37), S. 263.
- <sup>63</sup> Reinhold Maier, Ende und Wende. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen 1944 – 1946, Wuppertal 2004, S. 150.
- <sup>64</sup> Vgl. dazu Thomas Borgmann, Die Villa Reitzenstein. Macht und Mythos, Tübingen 2016, S. 148.

# Zum Gedenken an die Ermordung des polnischen Zwangsarbeiters Marian Lewicki vor 75 Jahren, am 5. März 1942

*Vor 75 Jahren wurde hier in Villingen im Tannhörnle der polnische Zwangsarbeiter Marian Lewicki an einer Eiche erhängt. Er war von einem Gericht zum Tode verurteilt worden, nachdem er und eine junge deutsche Frau wegen einer Liebesbeziehung denunziert worden waren. Zu einer Stunde des Gedenkens versammelten sich am 5. März 2017 zahlreiche Bürger unserer Stadt um das Sühnekreuz ( Abb. 1). Oberbürgermeister Rupert Kubon gedachte in einer Ansprache des furchtbaren Ereignisses, Altdekan Pfarrer Kurt Müller sprach abschliessend ein Gebet.*



Abb. 1: Sühnekreuz am Villingener Tannhörnle, März 2017.

## **Rupert Kubon:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Marian Lewicki wurde 1918 in Borzykowo, das damals zur preußischen Provinz Posen gehörte, geboren. Beim Angriff Deutschlands auf Polen Anfang 1939 meldete er sich als 21-jähriger freiwillig zum Militärdienst und wurde bereits am 22. September 1939 von der deutschen Wehrmacht in Warschau gefangen genommen. Er war groß und kräftig und hatte vom Vater das Handwerk des Schmieds gelernt. Diese Qualifikation war in Deutschland gefragt, wo viele Männer zum Militär eingezogen worden waren und ein

akuter Arbeitskräftemangel herrschte. Im Sommer 1940 befand sich Marian im Villingener Kriegsgefangenenlager und Ende November 1940 taucht Marian in den Quellen als polnischer ziviler Zwangsarbeiter in Villingen auf, der in der Oberen Straße 19 wohnte und ein Zimmer im Hinterhaus hatte. Er musste bei der Firma Görlacher in der Oberen Straße 16 arbeiten, nicht weit von seinem Wohnhaus entfernt. Marian war nicht der einzige Ausländer, der als Kriegsgefangener, Zwangsverschleppter und Arbeiter damals in Villingen tätig war. Am Ende des 2. Weltkrieges lebten 2.384 Ausländer in Villingen, das waren rund 15 Prozent der Bevölkerung, darunter befanden sich 236 Polen. Marian und seine Schicksalsgenossen hielten mit ihrer Arbeit die deutsche Wirtschaft und vor allem die Produktion von Waffen für den Krieg in den Villingener Betrieben aufrecht. In der Oberen Straße 19 befand sich das Hutmachergeschäft Anton Schweiner, in dem auch die 19 Jahre alte Modistin Lina Hildegard Springmann arbeitete. Sie wohnte ganz in der Nähe in der Bärengasse 8. Ihre Wege kreuzten sich zwangsläufig aufgrund der Nähe ihres Wohn- und Arbeitsplatzes, und eines Tages verliebten sie sich. Eine solche Beziehung war unter den damaligen Rassegesetzen der Nationalsozialisten verboten. Einem polnischen „Ostarbeiter“ drohte die Todesstrafe und einer Deutschen mindestens eine Zuchthausstrafe. Das in Villingen erscheinende „Schwarzwälder Tagblatt“ schrieb im Januar 1941 über die ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen: „Besonders haben wir die sogenannten Zivilpersonen im Auge, die durch ein aufgenähtes P (= Pole) an jedem Kleidungsstück kenntlich gemacht worden sind. Die nationale Würde verbietet uns hier jede Annäherung, die über das Maß hinausgeht, das der Fertigstellung der Arbeit dient ‚Feind bleibt Feind! Volksgenosse! Behandelt

die Kriegsgefangenen mit völliger Mißachtung". Die Liebesbeziehung fiel, je länger sie anhielt, Menschen auf, mit denen die beiden täglich zu tun hatten. Eine Person aus dem Umfeld zeigte das Verhältnis den örtlichen Nationalsozialisten an. Dadurch wurde eine erbarmungslose Bürokratie in Gang gesetzt, deren Treibstoff der nationalsozialistische Rassenwahn war. Am 9. September 1941 wurde das Liebespaar verhaftet. Es war der letzte Tag, an dem sie sich sahen. Das Mädchen kam wenige Tage später nach Konstanz ins Gefängnis und anschließend am 5. Februar 1942 in das Konzentrationslager Ravensbrück, wurde jedoch später wieder entlassen. Marian wurde nach einem verbrecherischen Verfahren der Staatsanwaltschaft Konstanz zum Tode verurteilt. Am 5. März 1942, vor genau 75 Jahren, wurde er an einem Ast der Eiche, vor der wir stehen, mit dem Strang hingerichtet. Die Nationalsozialisten pflegten wie auch in diesem Fall bei solchen Hinrichtungen andere Zwangsarbeiter als Zuschauer zum Zwecke der „Abschreckung“ zur Teilnahme zu verpflichten.

Am 16. März 1988, 46 Jahre nach dem aus heutiger Sicht unfassbaren Geschehen, und von heute aus gesehen vor 29 Jahren, setzten Vertreter des Vorstandes des Geschichts- und Heimatvereins Villingen am Ort der Hinrichtung, unter der Eiche das Sühnekreuz aus Buntsandstein zum Gedenken an den wegen seiner Liebe zu einer Villingerin ermordeten Marian. Pfarrer Kurt Müller, der anschließend sprechen wird, hat damals mit einem Landsmann des Hingerichteten, Pater Roman, das Kreuz geweiht. Villingener Schülerinnen und Schüler begleiteten die Zeremonie und sangen ein Friedenslied.

Sehr geehrte Angehörige von Marian Lewicki und Lina Hildegard Springmann, meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere heutige Gedenkveranstaltung soll ein Zeichen sein, dass alle in der schrecklichen Zeit des Nationalsozialismus in unsrer Stadt Verfolgten und Ermordeten nicht vergessen sind. Wir möchten

verdeutlichen, dass das heutige Villingen-Schwenningen auch zu dem dunkelsten Kapitel seiner Geschichte steht und es im Sinne einer humanen Gestaltung unserer Zukunft nutzt.

Rassismus und Intoleranz sind, wie wir immer wieder schmerzlich erfahren, auch heute Realität. Selbst durch Rassenhass motivierte Mordserien sind heutzutage, viele Jahre nach dem Untergang des Dritten Reiches, möglich. Lassen wir nicht nach, Rassismus und Intoleranz anzuzeigen, an die dadurch bedingten Verbrechen zu erinnern und alle nur möglichen Aktivitäten zu entfalten, um diesen Bestrebungen Einhalt zu gebieten.

#### **Pfarrer Kurt Müller:**

*Nach dem Musikstück „Das Lied von der Liebe“ sprach Altdekan Pfarrer Kurt Müller ein Gebet:*  
„Allmächtiger Gott!

Du bist der Schöpfer der Welt, der Lenker der Geschichte und der Weltenrichter in Gerechtigkeit und Güte. Wir empfehlen Deiner Vätergüte Marian Lewicki und alle, die damals und heute an ihn denken, um ihn trauern. Seine Suche nach ein bisschen Menschlichkeit und Liebe hat ihn damals das Leben gekostet. Lass ihn nun leben bei Dir!

Wir Heutige haben keine Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter bei uns, aber wir hören in der Stadt viele Sprachen, wir begegnen Männern, Frauen, Jugendlichen und Kindern aus vielen Ländern. Sie suchen bei uns Sicherheit, eine neue Chance zum Leben und eine gute Zukunft.

Gib uns die Größe des Herzens, menschliche Offenheit, Würde und Toleranz, dass das Zusammenleben mit gegenseitigem Respekt und Mitmenschlichkeit gelingen kann. Dieses steinerne Kreuz am Weg soll an Marian Lewicki erinnern und uns bewusst machen, dass wir Menschen alle Dir Gott gehören, und dass wir alle auf dem Weg sind, Dir am Ende zu begegnen, denn Dein ist die Macht und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.“

# Der 20. Juli 1944 – Erinnerung und Auftrag Karl Dietrich Bracher

Rede von Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher vom 19. Juli 1994, gehalten beim Festakt des Landes Baden-Württemberg im Neuen Schloß in Stuttgart zur 50. Wiederkehr des 20. Juli 1944.

Als am 6. Juni des 50. Jahrestages der alliierten Landung in Frankreich gedacht wurde, Auftakt zur Befreiung Europas vom Joch der Hitler-Diktatur, war Deutschland, der damalige Unterdrücker Europas, noch einmal mit der schlimmsten Zeit und schwersten Last seiner Geschichte konfrontiert. Doch es bleibt auch daran zu erinnern, dass zu derselben Zeit eine deutsche Widerstandsbewegung ihren letzten verzweifelten Versuch unternahm, die totalitäre Diktatur Hitlers zu stürzen und den Krieg zu beenden. Tragisch gescheitert am 20. Juli 1944, hat dieser mutige Versuch deutscher Selbstbefreiung dann doch dazu beigetragen, dass der Mehrheit der Deutschen nach 1945 die Teilnahme am Aufbau eines freien geeinten Europa ermöglicht worden ist.

Die Ereignisse um den 20. Juli 1944 stehen für die Leidensgeschichte eines deutschen Widerstands, über dem das Urteil des „Zu spät“ und „Vergeblich“, ja auch der infame Vorwurf des „Verrats“ hängt.

Aber das Scheitern auch der letzten verzweifelten Aktion, durch die der Diktator gestürzt und der Krieg beendet werden sollte, kann nicht das endgültige Verdikt der Geschichte sein. Die wahrhaft historische Bedeutung des 20. Juli liegt vielmehr darin, dass er die Existenz einer politischen und moralischen Opposition inmitten der Diktatur dokumentiert, die von 1933 bis 1945 die Masse der Deutschen irreführte und einen Großteil Europas beherrschte.

Das Wort Henning von Tresckows an Stauffenberg vor seinem Freitod am Tage danach macht diese moralische Bedeutung des 20. Juli deutlich: „Denn es kommt nicht auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

An der historischen Würdigung dieser Tat entscheidet sich unsere Stellung nicht nur zur Erscheinung des Nationalsozialismus, sondern zur neueren deutschen Geschichte überhaupt. Die Opposition gegen das Hitler-Regime und ihr Scheitern bleibt auch unter den so veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein Thema von unmittelbarer Aktualität, auch für das wiedervereinigte Deutschland, das nach den Einseitigkeiten kommunistischer Geschichtsideologie solcher historischer Orientierungsmarken besonders dringend bedarf.

Gleichzeitig stellt sich freilich mit aller Schärfe die Frage nach der Möglichkeit rechtzeitiger Abwehr der immer aufs neue drohenden Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat. Der für ganz Europa so verhängnisvolle Einbruch des NS-Regimes war 1933 so bestürzend schnell und scheinbar unwiderstehlich geschehen, weil ihm nicht rechtzeitig klar und wirkungsvoll genug begegnet worden war, zuerst in Deutschland, und dann auch in der Appeasement-Politik des Auslands. Dafür gab es viele Gründe.

Es war ein Grundproblem von 1933 für die Weimarer Politiker und Parteien, dass allzu viele in der Beurteilung schwankten, wie weit sie die Nationalsozialisten durch Kollaboration steuern könnten und wann entschiedene Oppositionen unausweichlich war – wobei jedoch zu wenig daran gedacht wurde, ob diese dann überhaupt noch möglich sei.

Die Illusionen der Gewerkschaften, der Attentismus der SPD-Führung, die Selbstaufgabe der bürgerlichen Parteien, die unsichere Haltung des Militärs wie der Kirchen zum demokratischen Staat, und schließlich die Radikalität der Kommunisten gegenüber der SPD, die sie als „Sozialfaschismus“ diffamierten, solche schlimmen Fehleinschätzungen trugen auf je verschiedene

Weise zu dem Verhängnis von 1933 bei. Damit wurde der Augenblick verpasst, da noch von den alten Machtpositionen aus gegen die drohende Diktatur hätte operiert werden können.

Allzu lang glaubte man, Hitler werde bald abwirtschaften, und es gelte nur eine kurze Periode der Unterdrückung zu überstehen. Und doch zeugten die Zehntausende politischer Verfolgter und Gefangener in den KZ, die sogleich errichtet wurden, schon seit 1933 auch von der Standfestigkeit jener Deutschen, die sich früh gegen den Nationalsozialismus gewandt hatten. Zu den alten politischen Gegnern aus der Linken und der Mitte kamen bald auch enttäuschte Konservative, Einzelgänger aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft, verstärkte sich Opposition aus den Kirchen; schließlich rückten 1938 und wieder seit 1941 Militärs in den Mittelpunkt oppositioneller Planungen und Aktionen.

Den entscheidenden Antrieb zur Durchbrechung des lähmenden und berauschenden Bannes, der sich über das gesamte Leben Deutschlands gelegt hatte, bildete wesentlich das verstörte Gewissen, das durch die Anschauung des gequälten Mitmenschen, der Verfolgung und des Terrors wach wurde. Es war die individuelle moralische Entscheidung, die über die Grenzen kollektiver Befangenheit hinweg Menschen verschiedenster Herkunft vom Mitmachen zum Widerstehen führte. Die Wendung mochte zuerst im persönlichen Bereich geschehen, angesichts der unmittelbar drängenden Aufgabe einer Hilfe für Entrechtete und Verfolgte. Ein nächster Schritt war der Kontakt mit Gleichgesinnten und die Aufklärung über das wirkliche Geschehen hinter den Propagandaklischees einer gleichgeschalteten Publizistik. Noch riskanter und nur von wenigen gewagt war endlich der Schritt zur politischen Konspiration, zur Organisation und Planung aktiver Opposition, zur Verbindung mit anderen Personen und Gruppierungen des Widerstands.

Doch die persönliche Entscheidung musste in furchtbarer Einsamkeit inmitten der Massensuggestion des Regimes getroffen werden. Sie bedeutet die ständige Belastung durch Misstrauen und Schweigen, die Gefährdung von Familie und

Freunden, die Isolierung von der großen Mehrheit des eigenen Volkes.

Ein solcher „Aufstand des Gewissens“, um das Wort von Annedore Leber zu zitieren, konnte sich nicht wie später die außerdeutschen Widerstandsbewegungen im besetzten Europa vom stolzen Bewusstsein nationaler Verpflichtung tragen lassen, stand vielmehr gegen den verführerisch missbrauchten Patriotismus im eigenen Land.

In den von Annedore Leber, Willi Brandt und mir herausgegebenen Bänden „Das Gewissen steht auf“ (1954) und „Das Gewissen entscheidet“ (1957) ist schon früh an exemplarischen Lebensbildern ermordeter Widerstandskämpfer aller politischen Richtungen dokumentiert worden, welche große politische und soziale Spannweite im Verlauf der Geschichte seit 1933 der tatsächliche Widerstand gegen Hitler gewonnen hat. Der kommunistische Alleinspruch auf den allzu pauschal sogenannten „Antifaschismus“ bedeutet ebenso eine ideologische Anmaßung, wie der nationalsozialistische Anspruch auf den sogenannten „Antikommunismus“.

Sofern man den Nationalsozialismus nach Allerweltsgebrauch überhaupt unter den Faschismusbegriff fassen will, so verkennt man jedenfalls die moralisch-politische Dimension, wenn man den Widerstand nur als „antifaschistischen“ und nicht vor allem als einen antitotalitären versteht, der gegen rechts- wie linksdiktatorisches Unrecht gerichtet ist. Man denke an das selbstkritische Wort von George Orwell von 1944, Intellektuelle machten zu leicht den Fehler oder erlügen dem Irrtum, dass sie „antifaschistisch sein wollten, ohne antitotalitär zu sein“.

Vielmehr gilt hier: wer vom Faschismus redet, soll vom Totalitarismus nicht schweigen.

Nach seiner endgültigen Institutionalisierung war das Hitler-Regime ohne Beteiligung der bewaffneten Macht nicht mehr zu stürzen. Das rechtfertigt gewiß nicht eine Überbetonung des militärischen Widerstands, der in der ersten Hälfte des sogenannten „Dritten Reiches“ überhaupt fehlte und auch seit 1938 nur im Zusammenhang mit den zivilpolitischen Kräften der Opposition

gesehen werden kann. Und auch die These, nur aus den Kirchen sei eine größere Volksbewegung gegen den Nationalsozialismus hervorgegangen, geht ebenso über die Realität hinaus wie die Gegenbehauptung von einer kommunistischen Massenbewegung gegen Hitler. Kirchliche Opposition – höchst bedeutsam, doch vielfach schillernd – war gewiss ein Politikum, sie stieß aber nur in Einzelvertretern wie Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp oder Domprobst Lichtenberg über die Verteidigung eigener Positionen und Interessen hinaus zum politischen Widerstand selbst vor. Andererseits übersieht die beliebte Kritik an den Plänen der Liberalkonservativen um Carl Goerdeler oder an den Staatsentwürfen des Kreisauer Kreises um Moltke, dass ein Volksaufstand in keiner Phase des „Dritten Reiches“ möglich erschien, ein Umsturz von oben jedoch, wie er seit 1938 immer wieder geplant und zuletzt 1944 versucht wurde, partielle Kontakte mit Militär und Staatsapparat voraussetzte. Das warf freilich große moralische und politische Probleme auf.

Von einer einheitlichen Widerstandsbewegung kann zu keinem Zeitpunkt gesprochen werden. Doch war das Ausmaß innerdeutscher Opposition schon in der Vorkriegsperiode viel größer als die gelenkten Einheitsbekundungen nach außen erkennen ließen. Aus den geheimen Überwachungsakten der Gestapo ergibt sich ein durchaus anderes Bild.

Es war allerdings ein großer Schritt vom Nichtmitmachen, das unter totalitären Bedingungen schon ein Politikum darstellt, über das Nichtgehören bis zum aktiven Widerstehen. Tatsache bleibt, dass dieses zuerst von denen ausging, die den Terror des NS-Regimes „am frühesten und am stärksten zu spüren bekamen und von ihm zugleich als gefährlichste Gegner betrachtet wurden, nämlich von den Organisationen der Arbeiterbewegung“ (H. J. Reichardt). Weit verstreut und oft namenlos geschah die konspirative Aktivität linker Widerstandsgruppen unter totalitären Verhältnissen im Dunkel der Illegalität und Anonymität. Quellenmäßig schwer zu fassen, sind ihre Zeugnisse oft weniger aufschlussreich als die Dokumente

und Planungen bürgerlicher und konservativer Opposition. Zahllose Prozesse zumal der Anfangsjahre spiegeln zwar die Breite dieses „lautlosen Aufstandes“ wider, wie es Günter Weisenborn genannt hat, geben aber oft ein verzerrendes Bild, gemäß der Feindvorstellung nationalsozialistischer Rechtspolitik, und in vielen Fällen verlief die Verfolgung überhaupt jenseits der Justiz im Bereich des SS- und KZ-Staates.

Andererseits bleibt die Beurteilung des kommunistischen Widerstands bis heute ja ambivalent, da er im Namen einer anderen totalitären Ideologie und angesichts der gleichzeitigen brutalen Realität der Sowjetdiktatur geschah. Wie heute der Opfer aller totalitären Regime zu gedenken ist, so gewiss auch derer des innerdeutschen Widerstands von Kommunisten – doch nur, soweit es sich um die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und nicht um die künftigen Unterdrücker von Recht und Freiheit in Ostdeutschland und Osteuropa handelt. Diese kommunistischen „Gewalthaber“ wurden dann ja zu Verrätern an der Sache des Widerstands gegen Hitler, dem Kampf für Recht und Freiheit. Ich finde, das ist bei der heutigen Diskussion zu beachten.

Bürgerlicher Widerstand entfaltete sich vor allem an drei Stellen: im partiellen Widerstehen der Kirchen gegen die ideologische Gleichschaltung; in den wachsenden Bedenken liberaler wie konservativer Kreise gegen die brutale Wirklichkeit der NS-Herrschaft; und 3. schließlich in jener Kritik desillusionierter Militärs am Risiko- und Kriegskurs Hitlers, die in der Krisensituation des Sommers 1938 zum ersten Mal wirksam wurde und in den Kriegsjahren bis 1944 zu mehreren Putschversuchen geführt hat.

Kirchliche Opposition war aber, wie gesagt, nicht schon politischer Widerstand im strengeren Wortsinne, sofern sie nicht gegen die nationalsozialistische „Obrigkeit“, sondern nur auf Wahrung von Lehrfreiheit und Autonomie gerichtet war. Hier sind die Fronten im Laufe der Zeit vielfach verwischt, sind mannigfache Kompromisse und Konzessionen an das NS-Regime gemacht worden, selbst im Bereich der sog. „Bekennenden Kirche“ wie auch im etwas weniger anfälligen Katholizismus. Es zeigte sich

nicht zuletzt an der zwiespältigen Haltung in der Judenfrage. Die Kritik am sog. „Arierparagraphen“ hinderte kaum die Fortdauer eines traditionellen Antisemitismus; dem Einspruch gegen die mörderische Euthanasiepolitik von 1939/40 folgte kein entsprechender Protest der Kirchen gegen die zunehmend unmenschliche Judenpolitik bis hin zum Holocaust. Ohne hörbaren christlichen Einspruch brannten die Synagogen schon 1938. Die Gegenwirkung blieb damals auf Einzelaktionen, wie den mutigen Attentatsversuch des Schreiners Georg Elser (1939) oder bemerkenswerte Hilfsmaßnahmen für Verfolgte beschränkt. Kirchliche Erklärungen von allgemeinem Gewicht sind selten gewagt worden. Ausnahmen waren die sog. „Widerstandssynode“ von Barmen (1934), einzelne Denkschriften, Kanzelabkündigungen, Hirtenbriefe, die Enzyklika „Von brennender Sorge“ (1937), sowie endlich die Erklärung der Preussischen Bekenntnissynode vom Oktober 1943 in Breslau, die offen dem NS-Staat das Recht zu seiner Vernichtungspolitik bestritt und wörtlich sagte: „Begriffe wie *ausmerzen*, *licinidieren* und *unwertes Leben* kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer fremden Rasse angehören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit gegeben ist“. Das gilt auch für „das Leben des Volkes Israel“ und für die Berufung auf einen Befehl: „Wir können uns nicht von Vorgesetzten die Verantwortung vor Gott abnehmen lassen“.

Aber nur einzelne haben schon frühzeitig die verhängnisvolle Entwicklung so klar erkannt wie der Theologe Dietrich Bonhoeffer, der bereits Anfang Juli 1939 seinen Verzicht auf ein Angebot in den USA und seine Rückkehr nach Deutschland in einem Brief an den großen amerikanischen Religionsphilosophen Reinhold Niebuhr folgendermaßen begründete: „Die Christen Deutschlands stehen vor der fürchterlichen Alternative, entweder in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die christliche Zivilisation weiterleben kann, oder in den Sieg einzuwilligen und dabei unsere Zivilisation zu zerstören. Ich weiß, welche dieser Alternativen ich zu wählen

habe; aber ich kann diese Wahl nicht treffen während ich mich in Sicherheit befinde“. Nach den Jahren im Widerstand schrieb Bonhoeffer dann 1943 aus der Gefängniszelle in Berlin an den Freund Eberhard Bethge: „Du musst wissen, dass ich noch keinen Augenblick meine Rückkehr 1939 bereut habe noch irgendetwas von dem, was dann folgte. Das geschah in voller Klarheit und mit bestem Gewissen. Ich will nichts von dem, was sich seit damals ereignet hat, aus meinem Leben streichen... Und dass ich jetzt sitze..., rechne ich auch zu dem Teilnehmen an dem Schicksal Deutschlands, zu dem ich entschlossen war“.

Auch bei vielen späteren Verschwörern des 20. Juli haben die christlichen Motive neben humanistischen Ideen, liberalen oder sozialistischen Demokratiedanken und schließlich einer wachsenden Kritik an der barbarischen Judenverfolgung eine sehr wesentliche Rolle gespielt.

Bis zuletzt haben die Machthaber in der tatsächlichen oder potentiellen Resistenz der Kirchen, denen ja nominell noch über 90 Prozent der Bevölkerung angehörten, ein gravierendes Hindernis erblickt. Diese nach einem siegreichen Kriegsende definitiv zu beseitigen, gehörte zu den wichtigsten Zielen des Regimes.

Je geringer in der totalitären Diktatur die Möglichkeiten einer oppositionellen Volksbewegung waren, desto eher gewannen antitotalitäre Impulse aus dem keineswegs demokratisch geprägten Umkreis des Beamtentums und Militärs an Bedeutung. Bezeichnend dafür war die rastlose Aktivität, die Carl Goerdeler, der Leipziger Oberbürgermeister, zumal nach seinem demonstrativen Rücktritt aus Protest gegen die Beseitigung des Leipziger Mendelssohn-Denkmal 1936, als führender Kopf ziviler Oppositionsbestrebungen im Staats- und Verwaltungsapparat entfaltete, wo er wichtige Verbindungen knüpfte und Denkschriften entwarf; Goerdeler verstärkte bereits in den verhängnisvollen Vorkriegsjahren von 1937 bis 1939 die Kontakte mit britischen Wirtschaftskreisen nahe dem Foreign Office und warnte sie vor den Auswirkungen der Appeasement-Politik und einem kommenden Krieg Hitlers, „weil er mit großer Wahrscheinlichkeit die Zerstörung unserer

Zivilisation bedeuten würde. Wenn die Welt davor bewahrt werden soll, müssen die westlichen Demokratien wie nie zuvor mit größter Geschwindigkeit, Entschlossenheit und Festigkeit zusammenarbeiten.“

Und schließlich hat sich angesichts der zunehmenden Kriegsdrohungen Hitlers im Sommer 1938 eine erste deutsche Militäropposition um Generalstabschef Ludwig Beck geschart, die mit den Widerstandsplänen der anderen politischen Lager in Kontakt stand. Von SPD- und Gewerkschaftsführern bis in die höhere Beamtenschaft und in die halbzivilen Geheimdienste der Wehrmacht reichten die Verbindungen der Verschwörer, die im Augenblick des erwarteten militärpolitischen Konflikts um die Sudetenfrage die Änderung des Regimes erzwingen wollten. Ihr Zentrum gewann die aktive Konspiration in einem Kreis, der sich in der Abteilung „Abwehr“ im Oberkommando der Wehrmacht bildete. Hier war die Einsicht in die wirkliche Lage am schärfsten, und hier wirkten als treibende Kräfte der damalige Oberst Hans Oster und im weiteren dann der ehemalige Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi. Kern der Planungen war die Verhaftung Hitlers, und zwar im Augenblick seines Befehls zum Kriegsbeginn und der dann erwarteten Kriegserklärung der Westmächte. Man rechnete damit, dass dies die Bevölkerung in Schrecken versetzen und dem Unternehmen einen breiteren Rückhalt geben würde.

Wenn der verbrecherische Katastrophenkurs Hitlers so offenbar wurde, würde eine Gehorsamsverweigerung trotz Obrigkeit- und Führerglaube nicht mehr als Sabotage oder Verrat am Vaterland gelten können.

Vor allem zwei schlimme Erfahrungen vom November 1918 suchten die Verschwörer von 1938 zu vermeiden: Einen möglichen Bürgerkrieg, dessen Ausgang angesichts der nationalsozialistischen Parteimacht ungewiss war, und eine Dolchstoßlegende, die eine künftige Neuordnung mit der Behauptung vergiften konnte, dass Armee und Opposition Hitler trotz seiner so großen nationalen Erfolge in den Rücken gefallen seien. Wie begründet diese Überlegungen waren, hat 6 Jahre später die so wirkungsvolle Diffamierung der

Aktion vom 20. Juli bewiesen, deren Gelingen doch nur einem längst verlorenen Krieg ein Ende gesetzt und vielen Millionen Menschen das Leben gerettet hätte.

Aber freilich: Hitlers viel bewunderter Erfolg auf der Münchener Konferenz vom 29. September 1938 mit dem Zurückweichen der Alliierten als Folge der verhängnisvollen Beschwichtigungspolitik, hat damals allen Staatsstreichplänen der Opposition den Boden entzogen. In den nächsten drei Jahren eilte der totalitäre Diktator von Erfolg zu Erfolg; sein gewaltiges Prestige machte eine Gegenaktion fast aussichtslos.

Der Krieg stellte die Opposition vor durchaus veränderten Bedingungen. Einerseits wurde es immer schwerer, Nationalsozialismus und Deutschland voneinander zu trennen: Der Appell an den Patriotismus wirkte stärker als die Bedenken gegen das Regime. Dazu kamen die im Krieg gesteigerte Reglementierung und allseitige Überwachung des Lebens. Andererseits verlangte der Krieg aber auch ein größeres Maß an Improvisation und Pragmatismus. So konnten nun zivile Gegner des Regimes in militärische Stellungen eingezogen werden, was in Einzelfällen auch für die Opposition nutzbar zu machen war; so unter dem Schirm von Admiral Canaris und Oberst Oster auch für Dohnanyis Schwager Dietrich Bonhoeffer.

In der Situation von 1939/40, vor der Ausweitung des Krieges, suchte diese Gruppe Kontakte mit den Alliierten zu stützen, hat Oster selbst auch einen letzten Beweis für die Ehrlichkeit der Opposition erbringen wollen, indem er die deutschen Termine für den Angriff sowohl auf Skandinavien wie auf Frankreich nach Holland gelangen ließ.

Dieser Versuch, der wie alle ausländischen Kontakte von Kritikern bis heute als „Landesverrat“ diffamiert und von einigen sogar zum Vorwand einer neuen Dolchstoßlegende gemacht worden ist – zeitweise leider auch in der Bundeswehr –, war Ausdruck der unbedingten Gegnerschaft Osters gegen das Regime und Zeichen seines Willens, alles für die Beendigung des Krieges und den Umsturz einzusetzen.

Die Überschreitung der Grenze zum Landesverrat, unter einer totalitären Diktatur ohne-

hin verwischt, rechtfertigte sich vor allem aus der Einsicht, dass Hitler im Begriff war, fünf neutrale Länder zu überfallen, denen er ausdrücklich ihre Unversehrtheit garantiert hatte: die Benelux-Staaten, Dänemark und Norwegen. Osters Tat war also politisch wie moralisch begründet: Nur zu gut war er über die bedenkenlosen Vorbereitungen der nationalsozialistischen Aggression unterrichtet. War nicht auch bei diesem ungewöhnlichen Schritt das Recht auf der Seite dessen, der mit allen verfügbaren Mitteln den Vertragsbruch und die Zerstörung des Rechts bekämpfte? Denn Landesverrat und Eidbruch können in einem Unrechtsstaat, der selbst seine Verpflichtungen gegenüber den eigenen Bürgern wie gegen die anderen Staaten bricht, nicht mehr gelten.

Osters Tat war aber auch der ganz konkrete und verzweifelte Versuch, das seit Kriegsbeginn erschütterte Ansehen des deutschen Widerstands im Ausland zu retten. Er ist gescheitert, weil die Warnungen bei den Westmächten nicht ernst genommen wurden und die militärische Effizienz der deutschen Operationen in unerwartet kurzer Zeit zum völligen Sieg im Westen führte.

Dieser erneute Triumph Hitlers im Triumph über Frankreich 1940, für allzu viele Deutsche Genugtuung für 1918, bezeichnete zugleich die tiefe Niederlage der Opposition. Nun begann ihre schwerste Prüfungszeit, sich im Rausch der siegreichen Diktatur zu behaupten. Die bisherigen Kontakte mit dem Westen und die Hoffnungen auf ein rasches Kriegsende und inneren Umsturz waren zerstört. Isoliert und ohne Aussicht, die Bevölkerung zu gewinnen, war der Opposition fast nur noch die moralische und rechtliche Position geblieben, war äußeren Erfolgserwägungen der Boden entzogen. Umso bemerkenswerter ist aber das Maß an Kontinuität und Wagemut, mit dem Widerstand über die Kriegsjahre erhalten und ausgebaut wurde.

Diese Tatsache steht klar den bis heute fortwährenden Behauptungen entgegen, nur die Angst vor der Niederlage und zuletzt eine Art Torchlusspanik habe den Widerstand in Deutschland angetrieben. Das traf gewiss nicht für jene zu, die in der Zeit der größten Erfolge des sog. „Dritten

Reiches“ die Last des lebensgefährlichen Kampfes gegen ein scheinbar unüberwindliches Regime trugen. Noch dringender als vor dem Krieg war nach dem Scheitern aller bisherigen Versuche, das Regime zu ändern, ein grundlegendes Umdenken geboten, und das erfolgte in diesen Jahren besonders mit den Arbeiten und Diskussionen des sog. „Kreisauer Kreises“ um den Grafen Moltke, mit den Hauptforderungen: Bruch mit dem Nationalismus, Fortschritt zu einem europäischen Internationalismus, in dem die französische Hegemonie von Versailles wie der alte und neue deutsche Hegemonialismus überwunden werden, und deutsch-französische wie deutsch-polnische Verständigung anstelle einer Durchsetzung umstrittener Gebietsansprüche.

Diese Gedanken brachten besonders Sozialdemokraten wie Leber, Haubach und Reichwein ein. Lebers grundlegende Forderung an künftige Außenpolitik war seit je gewesen, dass die Prinzipien wirtschaftlicher Zusammenarbeit und demokratischer Innenpolitik auch die zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen sollten. Und Moltke und seine Freunde sprachen nun, und zwar in bewusster Distanz zu national- und machtsstaatlichen Denktraditionen, von einer Europäisierung des Denkens und von einer Wandlung des Staatsbegriffes, der nicht länger Selbstzweck sein dürfe.

Der zukunftsweisende Gedanke an übernationale, föderalistische Lösungen entzündete sich vor allem an der Problematik der ostdeutsch-osteuropäischen Nationalitätenpolitik: Moltke selbst hatte sich früh mit Minderheitenfragen beschäftigt, und das war der gemeinsame Grund, auf dem die Zusammenarbeit mit internationalistischen Denkformen, etwa der Sozialisten, möglich sein würde. In mancher Hinsicht ist Moltke noch weitergegangen, bis zu dem utopisch erscheinenden Gedanken an eine Auflösung Deutschlands und Europas in kleinere Selbstverwaltungskörper. Ein solcher Radikalföderalismus, der die Souveränität einem europäischen Gesamtstaat vorbehielt, bedeutete einen revolutionären Bruch mit den Denkgewohnheiten des 19. und 20. Jahrhunderts, die ja den Kampf gegen den „Partikularismus“ und für den

nationalen Einheitsstaat zum höchsten Gesetz erhoben hatten.

Freilich: Das eigentliche Problem blieb der Umsturz selbst: Die Beseitigung des Regimes, Beendigung des Krieges, Wiederherstellung von Recht und Freiheit. Das war auch die konsequente Position eines Dietrich Bonhoeffer, der schon 1942 im Handeln des Widerstands einen „Akt der Buße“ sah und wie Leber und Moltke die bedingungslose Kapitulation für unvermeidbar hielt. In diesem Sinne ging Moltke über die Vorstellungen anderer Kreisauer hinaus und erachtete Ende 1943 „eine unbezweifelbare militärische Niederlage und Besetzung Deutschlands aus moralischen und politischen Gründen für absolut notwendig“.

Diese Einsicht bestimmte auch die Aufrufe, mit denen 1942/43 die Studenten des Widerstandskreises „Weiße Rose“ in Flugblättern das politische Versagen der deutschen Bildungsschicht anprangerten und „zur Abrechnung mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei“ aufforderten; eine solche Ablehnung, die sie mit dem Leben bezahlten, blieb einsam und verfemt, auch an den meisten Stätten der Wissenschaft.

Vor allem die nationalsozialistische Kriegsführung, ihre grausame Verfolgungs-, Besatzungs- und Judenpolitik, hat nun aber eine Anzahl jüngerer Offiziere veranlasst, sich entschiedener als die traditionsgehemmten Generale den seit 1940 stagnierenden Widerstandsgruppen anzuschließen. In dieser neuen Phase der Umsturzbewegung wurde Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der brillante Generalstäbler, allmählich zum schärfsten Gegner Hitlers, unterstützt von seinem älteren Bruder Berthold, der als Völkerrechtler wie Moltke das Ausmaß der nationalsozialistischen Untaten überblickte.

Über den Bereich der militärischen und konservativen Fronde hinaus suchte Stauffenberg zugleich auch die Verbindung mit der aktiven Linken, vor allem mit Julius Leber. Im Unterschied zu theologischen, bürokratischen und militärischen Legalisten und Obrigkeitssideologen bejahte er unter Berufung auf ältere Traditionen des Widerstandsrechts entschieden das Recht zum Tyrannenmord und zum Eidbruch gegen

willkürliche Unrechtsherrschaft, nahm den Vorwurf des Verrats bewusst auf sich. Jakob Kaiser sagte er (Stauffenberg): „Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muss geschehen, denn dieser Mann (Hitler) ist das Böse an sich.“

Als Julius Leber dann bei einem von Spitzeln überwachten Kontakt mit Kommunisten am 5. Juli 1944 verhaftet wurde, ließ Stauffenberg Annedore Leber die Botschaft übermitteln: Wir sind uns unserer Pflicht bewusst (17. Juli 1944), und er hat nun die Opposition nach mehreren vergeblichen Attentatsversuchen durch seinen persönlichen Einsatz doch noch zur weithin sichtbaren Tat geführt.

Die dramatischen Ereignisse um das Attentat und das tragische Scheitern des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 sind oft geschildert, auch im Film dargestellt worden. Die sofort einsetzende brutale Verfolgungs- und Hinrichtungswelle gegen alle Widerstandsgruppen und Mitwisser erreichte bald ein solches Ausmaß, dass die weitere Kriegsführung gefährdet erschien. Fast lückenlos erfasste die Sonderkommission der SS die Verdächtigen und führte sie unerbittlich ihrem Schicksal zu.

Die Prozesse und sofortigen Hinrichtungen wurden in Filmen festgehalten, die sich Hitler in kampfhaftem Selbstbestätigungsgefühl vorführen ließ; er verfolgte jedes Detail der täglichen Vernichtungsbefehle des Volksgerichtspräsidenten Freisler „unseres Wyschinskij“, wie Hitler im Blick auf die Moskauer Schauprozesse von 1937/38 sagte.

Die totalitären Bewegungen berühren sich.

Im Hinblick auf befürchtete Missstimmungen geschah freilich die weitere Ermordung zahlloser Verfolgter in diesen Endmonaten des Krieges ebenso unter Ausschluss der Öffentlichkeit wie die furchtbare Gefängnis- und Lagerhaft, in der Hunderttausende Tag für Tag auf den Tod warteten, und die Ermordung alter politischer Gegner, darunter auch des letzten demokratischen Staatspräsidenten Württembergs, Eugen Bolz.

Noch in den letzten Wochen und Tagen des Krieges sind viele dieser Eingekerkerten von SS-Kommandos nachts hinausgetrieben und durch Genickschuss getötet, erhängt und in Massen-

gräbern verscharrt worden. Viele namhafte Gefangene versuchte das Regime noch in seinen eigenen Zusammenbruch hineinzureißen. Es ließ in der Nacht zum 9. April 1945 im KZ Flossenbürg Canaris, Oster, Dietrich Bonhoeffer und andere durch die Gefängnisse und Lager Geschleppte erhängen.

Und unmittelbar im Angesicht der Befreiung wurden in der Nacht zum 23. April zum Tode Verurteilte aus dem Gefängnis Lehrter Straße in Berlin-Moabit unter Vorspiegelung der Verlegung von einem SS-Kommando in einem benachbarten Parkgelände durch Genickschuss ermordet (darunter Albrecht Haushofer, Friedrich Justus Perels, Hans John, Klaus Bonhoeffer und sein Schwager Rüdiger Schleicher). Kaum einer der Hauptbeteiligten des Umsturzversuches und nur wenige der Mitwisser haben das Gemetzel überlebt, mit dem das NS-Regime von der Bühne der Weltgeschichte abtrat.

Die volle Verantwortung des Nationalsozialismus für die endgültige Katastrophe konnte nicht durch eine neue Dolchstoßlegende verschleiert werden, wie sie Hitler und Himmler dem 20. Juli ja anzuhängen versuchten – und rechtsextreme Publizisten es bis heute tun.

In Wahrheit hätte ein Gelingen des Umsturzes noch vielen Millionen Menschen das Leben gerettet und riesige Zerstörungen in Europa und Deutschland verhindert. Im Endstadium des Krieges kostete die Verschleppung und Ermordung der Verfolgten sowie Hitlers „totaler Einsatz aller

deutschen Menschen“ die schwersten Verluste des ganzen Krieges überhaupt. Das ist also neben der moralischen zugleich die durchaus realistische Rechtfertigung der Tat vom 20. Juli auch zu dieser späten Stunde. Die Deutschen des Widerstands, die sich damals dem Sog der Verführung, des Opportunismus, der unkritischen Begeisterung für Macht und Erfolg entzogen haben, die schließlich angefochten und einsam Verfolgung und Tod auf sich nahmen, sie handelten als die wahren deutschen Patrioten und als verantwortliche Europäer zugleich, wenn sie sich in den europäischen Kampf gegen Hitler und den Totalitarismus, gegen die Zerstörer des Abendlandes, einreihen.

Es war die Grunderfahrung des deutschen Widerstandes, dass Staat und Nation nicht länger absolut gesetzt werden sollten, dass überstaatliche Werte und eine menschenwürdige Form des politischen Prozesses ebenso wichtige Bezugspunkte für die Loyalität des Staatsbürgers sind, dass es um ein waches Verfassungsverständnis im freiheitlich rechtsstaatlichen Sinne und um einen unverbrüderlichen antitotalitären Konsens der Demokraten gehen muss.

Wir danken dem europäischen wie dem deutschen Widerstand auch heute nach 50 Jahren am besten, wenn wir den Geist der wehrhaften Demokratie bewahren und gegen jede Form des politischen Extremismus schützen, indem wir den Wert der Menschenrechte und der europäischen Einigung über alle alten und neuen Versuchungen des Nationalismus stellen.

# Vom Ticken Villingen-Schwenningens

Anita Auer

## Rückblick auf eine ungewöhnliche Ausstellung im Jubiläumsjahr 2017

Die erstmals 2017 gefeierte urkundliche Ersterwähnung von Schwenningen, Villingen und Tannheim (so nicht die alphabetische, sondern Reihenfolge im Urkundentext) stellte nicht nur manchen Bürger und manche Bürgerin, sondern auch das Franziskanermuseum vor eine Herausforderung: Was feiern wir da eigentlich und warum?

Der Urkundentext wurde erstmals 1645 abgedruckt, allerdings in einem nicht öffentlich zugänglichen Werk des Klosters St. Gallen<sup>1</sup>, dann erst wieder 1737. Die Daten, die für Villingen bekanntlich geschichtlich relevant(er) waren, sind 999 – Markt, Münz- und Zollrecht – und das legendäre Stadtgründungsdatum 1119. Schwenningen feierte 2007 100 Jahre Stadterhebung. Wen kümmerte die zufällige Erwähnung dreier Orte in einer Urkunde Ludwigs des Frommen, wäre nicht 1972 der Zusammenschluss dieser und weiterer Orte zur Stadt Villingen-Schwenningen erfolgt? Möchte man da nicht eine Rückverlängerung der Tradition dieses noch recht jungen Städtegebildes in „dunkle Vorzeit“ vermuten? So ging das Franziskanermuseum, bzw. der wissenschaftliche Beirat der geplanten Ausstellung, auf die Suche nach der gesamtstädtischen Identität: Gibt es eine solche? Worin könnte sie bestehen? Naturräumlich-Geographisches, Klimatisches, Dialektales, Mentalitäts- und Kulturgeschichtliches wurden genauer unter die Lupe genommen.

Nun gibt es seit je Menschen, die wissen wollen, dass, „was nicht zusammengehört“, nie hätte verbunden werden sollen. Vor allem „Außenstehenden“ scheint sonnenklar, dass die beiden großen Stadtteile so verschieden sind (badisch – württembergisch, katholisch – protestantisch, Beamten – Arbeiter, und dann noch die Europäische Wasserscheide dazwischen), dass das „Experiment“ Städtezusammenschluss von

Vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Damit ignorieren sie, dass sich die meisten BürgerInnen in einer Befragung 1972 für den Städtezusammenschluss entschieden hatten, und heute eigentlich niemand, der hier lebt, ernsthaft eine Wiederauflösung von Villingen-Schwenningen in Erwägung zieht.

Im Vorfeld der Ausstellung führte die Kulturwissenschaftlerin Sabine Dietzig-Schicht, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat, gemeinsam mit Ehrenamtlichen des Freundeskreises Städtische Museen in Villingen-Schwenningen e.V. eine Straßenumfrage durch. Sie und die übrigen Ausstellungsmacher wollten wissen, wie die Menschen hier ticken, wie sie sich fühlen,

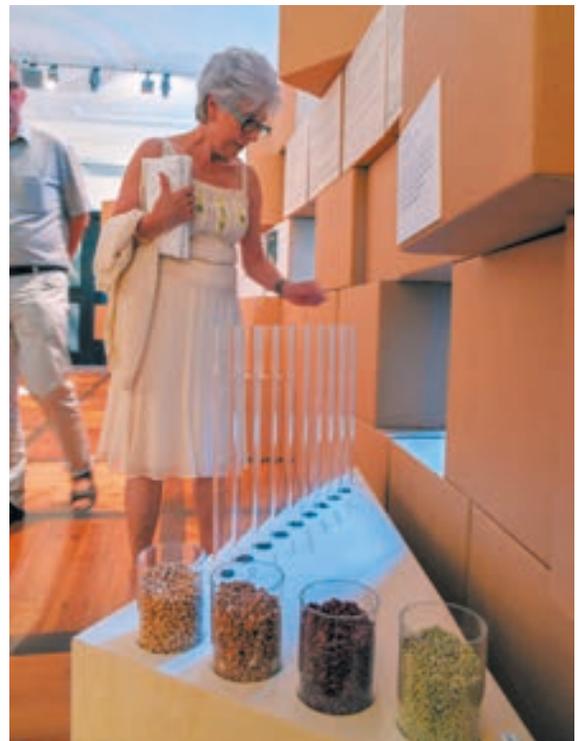


Abb. 1: Eine Besucherin beantwortet Fragen zu ihrer Herkunft und Identität.

als Villinger, Schwenninger, Tannheimer, VS-ler oder etwas ganz Anderes. Die Informanten waren zunächst verblüfft, – vielleicht auch darüber, dass ihnen niemand verordnete, wie sie sich zu fühlen hätten (wie es in früheren Jahrhunderten der Fall war), und es kamen interessante Antworten. In der Ausstellung wurde die Befragung, die nicht repräsentativ war, mit den Ausstellungsbesuchern fortgeführt (Abb. 1).

Die Ausstellung stellte natürlich die Urkunde ins Zentrum. Eine zeitgenössische Abschrift aus dem 9. Jahrhundert zeigte nicht nur, dass dieses Rechtsdokument für die Mönche von Sankt Gallen enorm wichtig war. Es wurde insgesamt fünf Mal kopiert, um nicht verloren zu gehen. Die schönste Abschrift (Abb. 2) – in einem



Abb. 2: Stiftsarchivar Peter Erhart erläutert den Eröffnungsgästen die Urkunde aus karolingischer Zeit.

Zustand, der wie „gestern geschrieben“ wirkte, ohne Beschädigungen, Verunreinigungen oder schlimme Knicke – kam als Leihgabe nach Villingen. Ludwig der Fromme, Sohn Kaiser Karls des Großen, regelte darin, dass die Einkünfte bestimmter Mansen (Hofgüter) nicht mehr den Grafen Alemanniens, sondern dem Kloster St. Gallen unter Abt Gozbert zukommen solle. Darüber hinaus verdeutlicht die Urkunde dem heutigen Betrachter, wie fern ihm diese karolingische Zeit ist: Der Text wurde lateinisch abgefasst, eine tote Sprache, die heute der Normalbürger weder lesen noch übersetzen kann, und die schöne Schrift ist kaum zu entziffern.

Weitere Exponate aus karolingischer Zeit sollten die Urkunde in den zeitgenössischen Kontext einbetten. Aus dieser „dunklen“ Epoche sind

uns zwar viele Urkunden, aber wenige andere Objekte überliefert. Eine hochkarätige Auswahl von archäologischen Funden aus ganz Baden-Württemberg füllte diese Lücke. Die nächsten Fundorte von Relikten aus dem 9. Jahrhundert sind Hüfingen (Kreuzfibel) und Rottweil (Gewandnadel). Die Nische, in der diese Kostbarkeiten präsentiert wurden, war daher modisch schwarz gestrichen. Der Setzkasten für die Exponate wies als Zeichen für die spärliche Überlieferung große Lücken auf.

Weitere Highlights der Ausstellung waren neben den karolingischen Exponaten die originalen Grabbeigaben der „Dame von Schwenningen“ sowie Fürstenbergkelch und Scheibekreuz (Abb. 3) aus dem Münsterschatz. Über die Aus-



Abb. 3: Eröffnungsbesucher vor der Vitrine mit dem Fürstenbergkelch.

grabungen „Auf der Lehr“ und den sensationellen Fund eines reich begabten Frauengrabes des 6. Jahrhunderts nach Christus berichtete das Jahresheft des Geschichts- und Heimatvereins bereits 1984/85<sup>2</sup>. Zufällig prangt auf dem Titel jenes Heftes auch der Fürstenbergkelch, den die damaligen Stadtherren Heinrich und Agnes von Fürstenberg im 13. Jahrhundert an das Münster stifteten. D.h. die Preziosen waren schon einmal vereinigt, wenn auch nur auf dem Papier. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass diese besonderen Objekte Identität stiften und die Bürger stolz machen auf ihre eigene Geschichte, egal, wie lange sie zurückliegt.

Das Thema „Bürgerstolz“ scheint in der Ausstellung ebenfalls bei beiden großen Stadtteilen auf, wird jedoch auf interessante Weise hinterfragt.



Abb. 4: Die Kartonwand strukturierte die Ausstellung.

Die Ausstellung strukturierte eine elliptisch gebaute Kartonwand (Abb. 4). Obwohl die Assoziation nahelag, sollte sie nicht die Stadtmauer von Villingen symbolisieren, sondern die Konstruiertheit von Identitäten und Geschichte, also eine „Identitäts- und Geschichts-Baustelle“ darstellen. Daher war die Kartonwand an einigen Stellen aufgebrochen, unfertig. Bausteine waren herausgenommen. So entstand für die Ausstellungsdidaktik die Möglichkeit unterschiedlicher Textebenen. Auf der Wand waren die erläuternden Texte grün, vor der Kartonwand auf den herausgenommenen Fragmenten rot. Auf der Wand standen die abweichenden Erzählweisen, auf den Fragmenten vor der Wand die allgemeine Interpretation, die ins kollektive Gedächtnis übernommen wurde. Am Beispiel Villingens hießen die Überschriften „Stolze alte Stadt“ (rot) und „Das Provinzstädtchen?“ (grün) oder „Wehrhafte Stadt“ und „Wehrlose Stadt“. Das Verfahren wurde an weiteren zentralen Themen (Stadtheld Romäus...) fortgeführt und durchdekliniert, so dass für den Leser/die Leserin ein spannender Dialog von Sichtweisen entstand. Der Besucher/die Besucherin wurde auf die wichtigen Fragen der Ausstellung gestoßen: Ist nicht jede Identität konstruiert? Von wem und zu welchem Zweck? Ist nicht auch Geschichte ein Konstrukt? Können geschichtliche Ereignisse nicht aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden? Das Gegenüber von sanktionierter Sicht (die auch in den Geschichtsbüchern steht) und Gegen-Narrativ war auch der aktuellen Diskussion über

„fake news?“ und „alternative Fakten“ geschuldet. Der Ausstellungsbesucher sollte sich eine eigene Meinung bilden. Dafür erhielten Interessierte am Eingang einen Leitfaden zum Ausstellungsbesuch, die „10 Gebote zum Umgang mit Geschichte(n)“.

Im Inneren der Ellipse (Abb. 5) wurde die



Abb. 5: Eine Besucherin beschäftigt sich mit den Begegnungen zwischen Villingen und Schwenningen.

Geschichte von Villingen und Schwenningen chronologisch von 817 bis heute in bedeutsamen Begegnungen erzählt. Zunächst waren es häufig kriegerische Auseinandersetzungen, Plünderungen nach Belagerungen und Brandschatzungen, die zum Teil bis heute Wunden hinterlassen haben, dann vorsichtige Begegnungen und Annäherungen der Nachbarn (auch zur Fastnacht), bis zur ersten Idee einer Städtefusion in den 1920er Jahren und der Umsetzung 1972 mit dem Städtevereinigungsvertrag. Verglichen mit der Urkunde von 817 ist dieser ein nüchternes 8-seitiges Papier, das vor allem die Gleichberechtigung der Orte betont und die Absicht, die Identitäten der Teilorte zu wahren und zu pflegen. Im Ohr hat der Betrachter dabei immer das unterschiedliche Ticken der beiden großen Stadtteile. Zwei Metronome, versteckt in der Kartonwand, waren in unterschiedlichem Rhythmus getaktet, der aber durchaus auch mal Gleichklang erzeugte.

Fragen der Ausstellung wurden im Begleitprogramm aufgegriffen. Der erste Vortrag des Germanisten und Namensforschers Konrad Kunze beschäftigte sich mit den ortstüblichen Familiennamen. Im 9. Jahrhundert reichten die Vornamen noch aus, um die wenigen Menschen zu identi-

fizieren, die hier siedelten: Liubolt (Schwenningen), Wito und Heimo (Villingen) und Tuato (Tannheim). Für Schwenningen und für Villingen sind bestimmte Namen typisch geworden. In Schwenningen ist eine Besonderheit, dass die Häufigkeit gleichlautender Familiennamen dazu führte, Zusätze zu vergeben, die den Gemeinden eindeutig benannten.

Ein weiterer Vortrag des Archäobotanikers Manfred Rösch beschäftigte sich mit der frühen Besiedlung des Schwarzwalds. Hintergrund war die Frage, ob sich im Topos „Schwarzwald“ örtliche Identität kristallisierte, denn immerhin heißt die Bahnstation bis heute „Villingen (Schw.)“ und die Stadt in früheren Jahrhunderten Villingen „vor (oder hinter, je nach Sichtweise) dem Wald“.

Ein Erzählcafé, also eine Gesprächsrunde mit Zeitzeugen, beschäftigte sich mit dem Jazz in Villingen und Schwenningen und inwiefern er bis heute Identität stiftet. Der Jazz-Club in Villingen ist einer der ältesten Jazz-Clubs Deutschlands. Er hat heute – wie viele andere Vereine – vor allem „Nachwuchssorgen“. In Schwenningen wurde und wird jedoch auch gegajzt. Eine Schülerband vom Gymnasium am Deutenberg bewies dies praktisch, indem sie das Café musikalisch begleitete. Bekanntlich hatte Fritz Ewald als Schwenninger das Jazz-Festival „VS swingt“ für die Gesamtstadt begründet und jahrelang konzipiert. Ein weiteres Erzählcafé (Abb. 6) griff den Ausstellungstitel „Wie tickt Villingen-Schwenningen?“ auf und spannte den Bogen – wie die Ausstellung selbst – bis in die



Abb. 6: Erzählcafé „Wie tickt Villingen-Schwenningen?“ am 3. August 2017.

Gegenwart. Interessanterweise beriefen sich die „Separatisten“ – die es hüben wie drüben gab – auf eine eigene und wollten auf keinen Fall eine „gesamtsädtische Identität“ übergestülpt bekommen. Der Ton war aber versöhnlich und leise neckend: Mit Humor ließe sich auch eine „Zwangs-Ehe“ besser verkraften, meinten nicht nur Peter Ruge, Cartoonist und Podiumsteilnehmer, sondern auch die VS-Kabarettisten Thomas Moser und Michael Schopfer im Publikum. Große Hoffnung setzte man dennoch in die Jugend und die Zeit, die es „in 100 Jahren“ vielleicht richten würde. Diese Haltung wurde von den „Zugezogenen“ etwas verständnislos zur Kenntnis genommen.

In diese Richtung zielte auch der letzte Raum der Ausstellung (Refektorium): „Spielräume: Wer sind wir? Wer werden wir sein?“. Nachdem der Besucher/die Besucherin während des Erkundens der Ausstellung erkannt hatte, dass geschichtliche Ereignisse („Glockenraub“, Zugehörigkeit zu Baden), Naturräume (Schwarzwald, Schwenninger Moos), Natur- (Hölzlekönig) und Baudenkmale, aber auch starke Persönlichkeiten („Romäus“) Identität stifteten, wurden hier drei Themenbereiche herausgegriffen und auf Zukunftsfähigkeit untersucht: Neue Helden, Kunst und – angesichts der großen Entfernungen der Stadtteile voneinander – Mobilität.



Abb. 7: Vitrine mit Exponaten der „neuen Helden“.

Die Helden wurden in Politik, Sport und „Narretei“ gefunden mit Exponaten wie dem Regenbogenschal von Christa Lörcher (Schwenninger Familie, in Villingen lebend), dem Torhüterhelm

von Matthias Hoppe (aus Aschaffenburg stammender SERC-Spieler, in Schweningen lebend) und dem Skisprunghelm von Martin Schmitt (Tannheim) (Abb. 7). Diese Beispiele und die Geschichte der doppelstädtischen Fastnachtsschneefahrt von Raphael Rabe, einem jungen und überzeugten Doppelstädter, bestätigen die im Erzählcafé geäußerte Hoffnung, dass die Zukunft eine Chance für eine gesamtstädtische Identität böte.

Die Schwierigkeiten, in der Stadt von A nach B zu kommen, waren um die Jahrhundertwende mit der Hoffnung auf Multi-Mobilität beantwortet worden (Postkarten mit Zukunftsvisionen). Sie sind heute hübsch anzusehende Makulatur: keine Seil-, Straßen- oder U-Bahn verbindet die weit auseinanderliegenden Stadtteile, nur eine in großem Bogen durch die „Pampa“ fahrende Eisenbahn (der Bus zum Klinikum ist allerdings eine wirkliche Verbesserung). „Mobilität“ war u.a. Thema der Unternehmensberatungsfirma „Urbanista“ 2016/17, deren Ergebnisse in Auszügen und Schaubildern in der Ausstellung nachzulesen waren. Bestätigt wurde in der Kunst von Mareike Drobny, was im Erzählcafé „Wie tickt VS?“ gefordert wurde: Zuerst müsse einmal der Zentralbereich „zuwachsen“, bevor man von „einer Stadt“ rede. Die Berliner Künstlerin Drobny, die innerhalb des Skulpturenprojekts der Städtischen Galerie zum Stadtjubiläum ihre Arbeit „TEILsein“ umsetzen konnte, stattete Freiwillige (TEILnehmer) mit GPS-Sendern aus, die deren Wege dokumentierten. Diese Spuren gaben – keine große Überraschung – den derzeitigen Stadtplan von VS wider – mit einer großen Leere zwischen den StadtTEILen.

Kunst als Seismograph dessen, was auf uns zukommt, hatte überhaupt das letzte Wort in der Ausstellung: Kunst als Lebensmittel („Heim-

wehtaschentuch“) und Kunst als Reflexions- und Erinnerungsort („Stolpersteine“). Wie im humorvollen Zugang (Cartoons, Kabarett, Witze) weitet sich hier der Horizont, alles wird hinterfragt und alles wird möglich. Der Künstler Francis Picabia sagte: „Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann“. Um dies auch den Besuchern zu ermöglichen, gab es verschiedene Spielstationen, ein VS-Memo-, ein Stadtteil-Ratespiel, Fühl-, Dialekt- und Hörstationen: alles in allem ebenfalls eine runde (oder elliptische?) Sache.

Im Nachgang: neben Auto-Kennzeichen (VS-VI), (badischen) Wappen, (blau-weißen) Fahnen und Veranstaltungsreihen (Südwestmesse, VS swingt, Kulturnacht) können auch Straßennamen Identität anzeigen. Im flott geschriebenen Magazin zur Ausstellung wird dieses Thema – das aktuell wieder Bedeutung gewinnt – unter die spitze Feder genommen, ebenso andere Themen aus dem Umfeld der Ausstellung.

Das Magazin ist für 5,00 € weiterhin erhältlich. Ein neuer Audioguide zur Dauerausstellung der Stadtgeschichte, der die Ergebnisse der Ausstellung verarbeitet, ist in Vorbereitung.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Maulhardt, Heinrich: Die Ersterwähnung von Villingen, Schweningen und Tannheim in ihrer Wirkungsgeschichte, in: 817 – Die urkundliche Ersterwähnung von Villingen und Schweningen. Alemannien und das Reich in der Zeit Kaiser Ludwigs des Frommen, Ostfildern 2016, S. 18.

<sup>2</sup> Huger, Werner: Archäologie auf der Baar: Neue Funde bei den Grabungen auf den alamannischen Friedhöfen von Schweningen am Neckar und Neudingen an der Donau, Jahreshft IX des Geschichts- und Heimatvereins Villingen, S. 14–19.

#### Bildnachweis:

- |     |               |
|-----|---------------|
| 1–5 | Roland Sprich |
| 6   | Kurt Risle    |
| 7   | Roland Sprich |

In Villingens Wäldern hauste einst ein merkwürdiges Geschöpf: ein wilder Mann, der mit den Tieren lebte und vor den Menschen floh. So jedenfalls berichtet es der Basler Humanist Sebastian Münster in seiner Weltbeschreibung „Cosmographia“, die seit der zweiten Ausgabe von 1545 einen Abschnitt zu Villingen enthielt. Der wilde Mann vom Germanswald ist heute relativ unbekannt und hat es in kein modernes Sagenbuch geschafft, doch für Münster war er erzählenswert genug, um einen Gutteil der knappen Ortsbeschreibung einzunehmen. Was hat es mit diesem Wesen auf sich? Wörtlich heißt es bei Münster:

*„Es ist in vergangenen jahren bey diser Statt in S. Germans Wald gewesen ein wilder vnd gantz viehischer Mann/der ist Sommer vnd Winter gantz nackend gelauffen/sich des Grases vnd Wurzlen beholffen/zu Nacht bey dem Viehe auff Thannen-reiß vnd nackend gelegen/hat auß keinem Brunnen sondern auß Mistlachen getruncken. Er hat die Menschen geflohen wie ein wild Thier/ist zu letst an der Pestilentz gestorben.“*



Abb. 1: *Cosmographia*, Abschnitt „Villingen“.

Seit der Ausgabe von 1628 wird der wilde Mann auch bildlich dargestellt. (Abb. 1) Wir sehen ihn mit Blattkrone und -schurz, einem langen Bart und dichter Fellbehaarung am ansonsten nackten Körper. Mit der Linken stützt er sich auf eine riesige Keule, die Rechte ruht an der Hüfte. Von diesen Attributen ist im Text gar nicht die Rede; dort ist seine hervorstechendste Eigenschaft einfach nur, viehisch zu sein, also tierhaft im Verhalten. Die Darstellung musste auch nicht explizit für ihn angefertigt werden, denn man konnte auf den etablierten kulturhistorischen Topos des Wald- oder Wildmenschen zurückgreifen, der in zahllosen Variationen die europäische Imagination des Mittelalters und der Frühneuzeit bevölkert.

Als „außerhalb oder an der Grenze der Zivilisation lebende[s] Wesen“<sup>1</sup>, das zwischen Mensch und Tier eingeordnet wurde, kann der Wildmensch als Vorläufer von populären Kryptiden wie Yeti und Bigfoot gelten – Wesen, die allein durch ihre Existenz die Frage nach den Grundbedingungen des Menschseins aufwerfen. Wie ihre modernen Pendants wurden solche Gestalten vor allem in Gegenden verortet, die als entlegen, gefährlich und unbewohnt galten. In der *Cosmographia* finden sich dem Mann vom Germanswald gleichende Darstellungen in den Abschnitten zu Afrika und Indien, wo man seit der Antike zahlreiche übernatürliche und fremdartige Wesen vermutete. Gestützt auf Berichte von Plinius beschreibt Münster etwa eine Rasse der Ichthyophagen (Fischesser) am Ganges und zeigt dazu einen offenbar nahen Verwandten unseres Wildmannes in Begleitung einer wilden Frau. (Abb. 2) Das Attribut „viehisch“ verleiht Münster auch einem Stamm von Menschenfressern, die es auf der Insel Java geben soll.

Aber auch mitten in Europa ist der Wilde vom Germanswald kein Sonderfall, wie unzählige Beispiele aus Sagen und Märchen zeigen.<sup>2</sup> Vor



Abb. 2: *Cosmographie, Ichthyophagen.*

allein in wald- und gebirgsreichen Gebieten tauchen die Kreaturen auf, deren Verhalten sie als „Negativpol im Dualismus von Wildheit und Zivilisation, Triebhaftigkeit und Affektkontrolle, Laster und Tugend“<sup>3</sup> kennzeichnet. Auch der Villingener Wilde ist in seinem Verhalten das genaue Gegenteil des höfischen Ideals: Er kennt keine Tischmanieren, ist unbekleidet und der Konversation unfähig. Entsprechend lebt er außerhalb der Stadt und damit außerhalb der geordneten, zivilisierten Gesellschaft, am Rande eines der letzten geschlossenen Waldgebiete Mitteleuropas.

Häufig sind die in der europäischen Kulturgeschichte tradierten Wildmänner als Naturgeister oder -dämonen anzusprechen, die sich durch besondere, unmenschliche Kräfte auszeichnen. Im alemannischen Sprachraum kennt man etwa die Fanggen oder Fänggen, die als riesengroß, behaart und mit Fellen oder Baumrinden bekleidet beschrieben werden. Sie sollen nachtschwarze Augen haben, die manchmal zu glühen beginnen und Blitze schleudern. Ein ähnlicher und berühmterer Vertreter der Naturgeister ist die im Siebengebirge beheimatete Sagengestalt Rübezahl. Als vergleichbar, aber einer anderen Erzähltradition zugehörig, kann der „Wolfbach-Rolli“ von Pfaffenweiler gelten, ein katzenähnliches Wesen,

„halb Mensch, halb Tier“, das die Kühe und Ziegen der Bauern verzaubert. Tannheim kennt den „Osemali“, einen Moorgeist, den die Fastnacht als ertümliches Waldwesen imaginiert, und ebenfalls am Rande des Schwarzwaldes haust der „groaß Hoad“ (der große Heide) von Erdmannsweiler, der unschuldige Mädchen verschleppt.<sup>4</sup>

Unserem Wilden vom Germanswald fehlen übernatürliche Eigenschaften ebenso wie Riesenkräfte. Von ihm ging offenbar weder eine Gefahr aus, noch besaß er besondere Fähigkeiten. Im Gegensatz zu vielen Sagenfiguren kennen wir auch sein Ende: Er ist „zuletzt an der Pestilenz gestorben“. Könnte der Erzählung gar eine reale Person zugrunde liegen? Zumindest klingt nichts an diesem Bericht so merkwürdig, dass man ihm jeden Wahrheitsgehalt absprechen müsste. Für mittelalterliche Stadtgesellschaften war es nicht untypisch, dass Geisteskranke, Behinderte oder Aussätzige in die Wildnis verstoßen wurden, wo sie auf sich allein gestellt waren. Gerade den Villingener Arzt Georg Pictorius, von dem Münster den größten Teil seiner Villingen-Beschreibung übernahm, dürften solche Fälle unter medizinischen Aspekten interessiert haben. Eine Quelle für die Erzählung ließ sich jedenfalls bislang nicht entdecken.

Ob ein Zusammenhang mit dem Gasthaus zum Wilden Mann besteht, das sich mindestens seit dem 14. Jahrhundert in der Oberen Straße befand, ist ungewiss. Eine Verbindung herzustellen ist verlockend, kann aber in die Irre führen. Derartige Gasthäuser gibt es viele, und meist spielen sie ohne besonderen Lokalbezug mit der Figur als Sinnbild des Lasterhaften. Aus demselben Grund finden wir wilde Leute auch immer wieder als Fastnachtsfiguren im schwäbisch-alemannischen Raum. Typisch ist in beiden Fällen eine Nähe zum griechischen Weingott Bacchus, wie nicht zuletzt das noch erhaltene Wirtshauschild vom „Wilden Mann“ im Franziskanermuseum zeigt. (Abb. 3)

Die Beschreibung des Wilden vom Germanswald muss in Verbindung mit der Darstellung bei den Zeitgenossen jedenfalls den Eindruck erweckt haben, Villingen liege am Rande der bewohnten Welt, wo Kreaturen hausen, wie man sie eher bei den „Erdrandbewohnern“ vermuten würde.



Abb. 3: Wirtshausschild „Wilden Mann“.

Kein Wunder, dass sich die Erzählung von Münster ausgehend unter den Autoren des 17. Jahr-

hunderts verbreitete und beispielsweise auch im „Rosetum Historiarum“ von Matthäus Hammer unter der Überschrift „Wilder Mann lässt sich bei Villingen blicken“ zwischen allerlei historischen und wundersamen Anekdoten auftaucht. Es mag nicht Wenigen schlüssig erschienen sein, dass hier, am Rande des Schwarzwaldes, an der österreichischen, später badischen Peripherie, wo man sich nie recht gegen den Vorwurf erwehren konnte, Provinz zu sein, so mancher tatsächlich noch wie ein Urmensch hauste.

**Anmerkungen:**

- 1 Enzyklopädie des Märchens, Band 14, Berlin 2014, S. 810, Abschnitt „Wildmenschen“.
- 2 Vgl. Mot. F 567 (Motiv-Index).
- 3 EM 14, S. 810.
- 4 Vgl. Anton Birlinger: Sagen, Märchen und Aberglauben (Volksthümliches aus Schwaben 1), Freiburg 1861, Nr. 398: „Der große Heide“.

**Bildbeschreibung:**

- Abb. 1: Abschnitt „Villingen“, aus: Sebastian Münster: Cosmographia, Basel 1628, Franziskanermuseum.
- Abb. 2: Ichthyophagen, aus: Sebastian Münster: Cosmographie, Basel 1567, Universitätsbibliothek Freiburg.
- Abb. 3: Wirtshausschild „Wilder Mann“, 18. Jahrhundert, Franziskanermuseum, Abteilung Stadtgeschichte, Inv.-Nr. 11812.

# Der Beitrag Villingens zur Kunst der Moderne

Ein Ausstellungszyklus zur Sammlung Heinzmann präsentiert Werke aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Michael Hütt

Ludwig Engler, Richard Ackermann, Waldemar Flaig, Paul Hirt: Richtig berühmt sind sie außerhalb ihrer Wirkungsstätten nicht geworden, doch der Beitrag dieser Villingener Künstler zur Kunst der Moderne kann sich trotzdem sehen lassen. Seit dem Oktober 2016 kann man sich davon in einem Ausstellungszyklus im Alten Rathaus in Villingen überzeugen.

Das auf fünf Jahre angelegte Projekt ist hauptsächlich der Initiative einer Erbgemeinschaft zu verdanken, die den Städtischen Museen dafür über 400 Bilder zur Verfügung stellt. Die alteingesessene Familie Heinzmann pflegte zu vielen der ausgestellten Künstler intensive persönliche Kontakte. Seit Generationen ist es ihr ein Anliegen, die Bilder auch der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die umfangreiche Sammlung ergänzt hervorragend die Bestände des Franziskanermuseums, besonders an Arbeiten von Ludwig Engler und Waldemar Flaig. Mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Leihgeber hat Villingen-Schwenningen ein kleines Kunstkabinett bekommen, das die Ausstellungen im Franziskanermuseum hervorragend ergänzt.

Geboren zwischen 1875 und 1898 waren die Lebensläufe aller vier Maler schwierig. Während Ludwig Engler, Waldemar Flaig und Richard Ackermann zeitlebens an ihren Verwundungen aus dem Ersten Weltkrieg litten, musste Paul Hirt seit seiner Kindheit das Handicap einer Taubheit als Folge einer Hirnhautentzündung meistern.

Alle vier Künstler zeichnet die wache Aufnahme avantgardistischer Kunstströmungen von van Gogh oder Henri Matisse über den Expressionismus bis zum Bauhaus aus. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie umstritten diese Positionen waren und welche tiefe Überzeugung dazugehörte, sich nicht von äußeren Anfeindungen beirren zu lassen, lässt sich ermessen, wie schwierig ihre künstlerischen

Karrieren außerhalb der großen Kunstzentren gewesen sein müssen.

Eine imaginäre kurze Ausstellungsführung zu acht charakteristischen Bildern möchte im folgenden Lust auf einen Besuch vor Ort machen. Anders als in jeder realen Ausstellung sind sie hier rein chronologisch geordnet.

**Ludwig Engler (Villingen 1875 – 1922 Bechtenstein). Allegorie der Überwindung des Krieges. 1918. Gouache auf Pappe. Franziskanermuseum.**

Ludwig Engler ist leider völlig zu Unrecht der am stärksten „unterforschte“ Villingener Künstler



des 20. Jahrhunderts. Ihm blieben für sein Werk im Wesentlichen nur die vier Jahre zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 und seinem frühen, letztlich durch ein kriegsbedingtes Herzleiden verursachten Tod 1922. In aller Regel sind nur kleine, skizzenhaft mit „armen“ Materialien hergestellte Arbeiten von ihm überliefert, bei denen es aufgrund fehlender Zusatzinformationen schwierig zu entscheiden ist, ob die bescheidene Anmutung einem schlichten Mangel an Arbeitsmitteln geschuldet oder doch bewusstes Stilmittel ist.

Ungewöhnlich unter den im Franziskanermuseum aufbewahrten Arbeiten ist eine sehr sorgfältig ausgearbeitete Allegorie. Signaturen und Datierungen sind auf den Bildern Englers selten. Hier dürfte die prominente Platzierung der Jahreszahl „1918“ dem Thema geschuldet sein: ein Putto, der von einem Stahlhelm herabsteigt, sich zu einem Stacheldrahtzaun umwendet und dabei triumphierend bis wütend eine gekrönte Schlange in der Hand hält.

Ein prominentes Vorbild aus der Kunstgeschichte für einen Putto, der über eine Schlange siegt, findet sich auf dem Sockel der Münchner Mariensäule von 1638, die Ludwig Engler seit seiner Studienzeit in München sicher gekannt haben dürfte. Hier wird Psalm 90 (91),<sup>13</sup> verbildlicht: „Du schreitest über Löwen und Nattern, trittst auf Löwen und Drachen.“ Wie der bayerische Kurfürst Maximilian I. die Mariensäule als Motivbild aus Dankbarkeit zur Bewahrung Münchens vor der Zerstörung durch die Schweden im Dreißigjährigen Krieg errichten ließ, so wäre Englers Gouache ein zorniges privates Motivbild auf das Überleben im Krieg, wobei ihm ein weiterer Anklang an Psalm 90 (91),<sup>7</sup> im Hinterkopf gewesen sein könnte: „Fallen auch tausend zu deiner Seite, dir zur Rechten zehnmal tausend, so wird es doch dich nicht treffen.“

**Richard Ackermann (Villingen 1892–1968 Villingen). Paderborn. Um 1918. Ölspachtel auf Leinwand. Privatbesitz.**

Als Kriegsverwundeter in einem Paderborner Lazarett malte Richard Ackermann die Ansicht eines imaginären Paderborn, aus dem jedoch der



charakteristische Domturm deutlich erkennbar herausragt. Die spätromanische Sakralarchitektur verändert Ackermann zu einem gedrungenen, massiv wirkendem Bollwerk, indem er optisch ein Stockwerk kappt, die Ecktürme verkürzt und sie seitlich über die Gebäudekanten hinausragen lässt. So steigert er gegenüber dem Original den Eindruck unverrückbarer Konstanz, während alles darum herum Form und Festigkeit zu verlieren droht. Himmel und Erde, Natur wie Kultur sind in einen Bewegungsstrudel geraten. Die geduckten, verzerrten Häuser und der tektonisch geschichtete Himmel sind dabei ohne die Kenntnis der bereits vor dem Ersten Weltkrieg entstandenen apokalyptischen Stadtlandschaften von Ludwig Meidner nicht denkbar.

Apokalypse und Katholizismus werden hier scharf kontrastiert. Eine politische Deutung des um 1918 gemalten Bildes müsste die Kriegserfahrungen des Künstlers, vielleicht aber auch die Wirren der Revolution zum Ausgangspunkt nehmen, aus denen sich die Sehnsucht nach einer über die alltägliche Welt hinausragenden Kraft speist.

**Ludwig Engler. Papst, Tod und Teufel... Um 1920. Öl auf Karton. Privatbesitz.**

Der merkwürdige Personenauflauf auf Villingens Färberstraße wird auf der Bildrückseite mit folgenden Worten erläutert: „Papst, Tod und Teufel, alles rennt – / und drängt und drückt: was ist nur los? / Ein Mann steht da und staunt versunken den blauen Himmel wie ein Wunder an.“ Am linken



Bildrand sind der Papst mit Tiara, der Tod mit Totenkopf und der seinen Schwanz über dem Arm tragende Teufel recht leicht zu finden. Die weiteren Personen ergeben ein differenziertes Gesellschaftsbild: Zu erkennen sind unter anderem ein junger (Franziskaner?)Mönch, ein Kriegsversehrter mit Beinstumpf und Krücke rechts, neben ihm eine leicht karikierend dargestellte Dame und viele andere. Alle wenden sich dem im Text beschriebenen Mann zu, der im Vordergrund rechts frontal steht, einen Arm in die Hüfte stemmend, seine Linke an den nach oben gerichteten Kopf haltend. Sein farblos beiger Anzug wirkt wie das farbliche Pendant zu seiner entrückten, abwesenden Geste.

Engler gelingt es, eine Dramatik aufzubauen zwischen einer Zentralperson, die gar nicht anwesend ist, mit einem staunenden Himmelsblick als absolutem Nichtereignis und der sensationslüsternden Aufmerksamkeit, die sie damit erntet – und das mit Papst, Tod und Teufel weit über die alltägliche Villingener Bevölkerung hinaus. Jeden weiteren Hinweis auf die Vorgeschichte oder die Folgen dieser Szene enthält uns Engler vor, eine typische Erzählhaltung des eigenwilligen Künstlers, dem es in seinen Bildern offenbar ganz um die Spannung des dargestellten Augenblicks ging.

**Waldemar Flaig (Villingen 1892–1932 Villingen). Abend I. 1920. Öl auf Hartfaser. Franziskanermuseum.**

Kahle dünne Bäume in einer ansonsten vegetationslosen gebirgigen Umgebung bei reduzier-

ter Farbigkeit ergeben einen recht gespenstischen Landschaftseindruck. Das Bild ist „als Symbol für die Einsamkeit und Verlassenheit des Menschen, vielleicht auch für die Verlorenheit von Flaig selbst“<sup>1</sup> gedeutet und stilistisch in die Nähe



zu Ferdinand Hodler oder Egon Schiele gerückt worden. Vergleicht man es mit dessen Aquarellen, die an der Westfront entstanden, und zieht man seinen in Feldpostbriefen freizügig formulierten Hass auf „die ganze Kriegshetzerbande“<sup>2</sup> hinzu, so drängt sich freilich die konkretere Assoziation der übereinander geschichteten Hügelketten mit monumentalisierten Schützengräben auf. Das Bild entstand 1920, ein Jahr nachdem er aus dem Lazarett in Konstanz-Petershausen kommend nach Villingen zurückgekehrt war.

**Richard Ackermann. Mitternächtlicher Spuk am Marktbrunnen. 1924. Öl/Leinwand. Privatbesitz.**

Unzählige Male hat sich Richard Ackermann an der Legende von Romäus Mans, dem Villingener Lokalhelden, der bei ihm immer „Romeius“ heißt, abgearbeitet. Hier lässt er den Riesen anscheinend alkoholisiert zu mitternächtlicher Stunde am Villingener Marktbrunnen mit wild ausgreifenden Gesten randalieren. Sein eigener, durch die Laterne an der Hellebarde der rechten Begleitfigur verursachter flackernder Schatten erscheint ihm dabei

offenbar wie eine Gruppe von Spukgestalten. Dass es lautstark zugeht, belegt die Frau am Fenster rechts oben, die aus Zorn ihren Nachtopf auf den Ruhestörer ausleert.



Während die Bildszene 1924 durchaus humorvoll karikierend wirkt, deutete Ackermann sie in einer motividentischen Lithographie von 1960 anklagend als Ausgangspunkt für Gewalt und Krieg. Sicher ironiefrei „dichtet“ Ackermann hier als Bildunterschrift: „Gesang des Nachts sich nicht gehört, wenn es die Obrigkeit mit Schimpf und Schande stört.“ Am linken Bildrand fügte er das Wort „Nachtfratzen“ an, rechts „Lex mihi Mars“ („Mein Gesetz ist Mars“, eine lateinische Redensart, bei der der Kriegsgott Mars für den Krieg schlechthin steht). Die Figur des Romeius war für ihn nach zwei Weltkriegen zu einer Mahnung geworden: „Ein menschliches Muskelpaket in Übergröße nützt der Gemeinschaft gar nichts für wirksame Erhebung im Sinne eines höheren Niveaus.“<sup>3</sup> Statt der „inkarnierten Frevelfratze“, die „Der Krieg muss riskiert werden“ postuliere, habe Romeius „nunmehr hellichtig und hellhörig geworden – ausgelernt: Es betrifft alle, wenn er durch die Jahrhunderte gleichsam als Volkskörper und Warner in die Gegenwart hineinruft und eintritt für den Sinn des diesseitigen Lebens: Wachse im Dienste zum Menschtum empor.“

Zwischen diesen beiden Polen in der Romäusdeutung Richard Ackermanns darf freilich seine Huldigung an Adolf Hitler im Ehrenbürgerbrief der Stadt Villingen 1935 nicht verschwiegen wer-

den: „Damals wuchs hier an kargem Herde / Der Ries' Romeius Mann zum Kampf / In schwerer Not hat er sein' starken Mut verwendet / Um hoher Güter unbewußten Wert / Im Kampf ums Sein, im Jahre 1933 / Kamst Du bewußt, uns riesengleich / Zum Dienst am Ganzen aufzurufen. / Aus schwerer Drangsal nun ans Licht gezogen / Will unser Einzelschicksal dienen / Dem ganzen großen deutschen Reich / In Dir – Sieg-Heil!“<sup>4</sup>

Ackermanns höchst ambivalente Heldenverehrung, die bis zu einer nachgerade pathologischen Selbstidentifikation mit Romeius ging,<sup>5</sup> ist sicher das befremdlichste Zeugnis einer lebenslangen Auseinandersetzung mit den Gewalterfahrungen der Weltkriege in der Reihe der Villingen Künstler.

**Waldemar Flaig. Tatjana Barbakoff in chinesischem Kostüm. 1927. Öl auf Leinwand. Franziskanermuseum.**

Die Tänzerin Tatjana Barbakoff (Libau / Lettland 1899 – 1944 Auschwitz) erlangte in den 1920er Jahren einige Berühmtheit. Viele Maler porträtierten sie, darunter ihr Lebensgefährte Gert



H. Wollheim, Otto Dix, Christian Rohlfis oder Otto Pankok, so dass die Düsseldorfer Galeristin Johanna Ey sie „scherzhaft als die 'meistdargestellte Frau Deutschlands' der 1920/30er Jahre“<sup>6</sup> titulierte. Die Tochter eines russischen Vaters und einer chinesischen Mutter machte im Deutschland der Weimarer Republik mit Ausdruckstänzen Karriere, bei denen sie aufwändig gestaltete, zum Teil selbst entworfene Kostüme trug und ihre attraktive exotische Ausstrahlung stilisierte.

Dass auch von Waldemar Flaig vier Gemälde mit ihrem Bildnis überliefert sind, belegt Flaigs erfolgreiches Bemühen um Anschluss an die Kunst- und (Links-)Intellektuellenszene in Düsseldorf, wo er sich 1924/25 mit Familie zeitweilig niederließ.<sup>7</sup> Ein reger Briefwechsel zeugt zudem von einer freundschaftlichen Beziehung mit Tatjana Barbakoff.

Zentrales Bildmotiv seines Porträts ist – zuge-spitzt formuliert – weniger die Person als ihr chinesisches Kostüm. Es wird heute im Stadtmuseum Düsseldorf aufbewahrt, wodurch ein Vergleich zwischen Flaigs Darstellung und dem Original möglich ist. Großen Wert hat er auf eine virtuose malerische Umsetzung des aufgestickten zentralen Drachensmotivs und der Blüten gelegt. Auch die breite untere helle Borte mit dem mittleren schuppenartigen Dreieck, das seitlich von gestreiften Zwickeln flankiert wird, übernimmt Flaig recht genau. Kongenial wird im Bild daraus eine Art breiter Sockel für den Oberkörper.

Flaig präsentiert die Tänzerin so im Zustand absoluter Ruhe statt in expressiver Bewegung. Kniend, die Hände vor dem Körper verschränkt und mit geschlossenen Augen wirkt sie eher meditativ in sich gekehrt. Die statuarische Haltung und die kostbare Kleidung lassen auch die Assoziation einer entrückten und verehrten Heiligenfigur zu. Es spricht einiges dafür, dass Flaig damit durchaus der beabsichtigten Wirkung von Barbakoffs Auftritten sehr nahekam. Eine Kritik eines Auftritts von 1930 in Berlin könnte sich fast auf das Bild beziehen: „Tatjana Barbakoff hat einen feinkultivierten Sinn für das Dekorative. Ihre Kostüme allein sind schon in Farbwahl, Schnitt und Linie von auserlesener Schönheit. Auch Maske

und Mimik des Gesichts spielen bei ihr eine große Rolle. Meist sind ihre Schöpfungen näher dem mimischen, gespielten Bild als dem Tanz. Das Malerische herrscht entschieden vor.“<sup>8</sup>

**Paul Hirt (Villingen 1898 – 1951 Villingen). Rathausgasse. 1930. Öl auf Leinwand. Privatbesitz.**

Der Ausstellungsort selbst ist Bildgegenstand in Paul Hirts „Rathausgasse“ von 1930. Zwar nimmt das Alte Rathaus mehr als die Hälfte des Bildes ein, gleichwohl wird es dem perspektivischen Sog der Rathausgasse unterworfen. Die markante Fassade zum Münsterplatz mit dem Treppengiebel



wird stark angeschnitten und bildet nur eine Art Auftakt, der in die Bildmitte gerückte Treppenturm einen optischen Zwischenhalt auf dem Weg hin zu den Häusern der Schulgasse im Bildhintergrund. Die starken Diagonalen werden durch eine Linie im Himmel noch einmal verstärkt. Seine Spannung erhält das Bild dadurch, dass diese stark betonten perspektivischen Fluchtlinien an einer kaum differenzierten belanglosen Hausfassade enden, während auf den an die Seite gerückten Fassaden des Rathauses die gestalterische „Musik“ in Form eines komplexen Spiels aus blauen bis grauen, hellen bis dunklen Farbflächen spielt. Ein weiterer Kontrast entsteht durch die in

kräftigem Rot gehaltenen rahmenden Gewände der Bögen und des Turmportals sowie die im gleichen Rot betonten, weit überlängte dargestellten Wasserspeier.

Die prismatisch angeordneten Farbflächen des Bildes sind zweifellos an Arbeiten des am Bauhaus unterrichtenden Lyonel Feininger geschult, bei dem Paul Hirt in anderen Bildern manchmal ganz direkte Anleihen macht. Hinzu kommt eine für Hirt typische Vorliebe für starke Farben und Konturen.

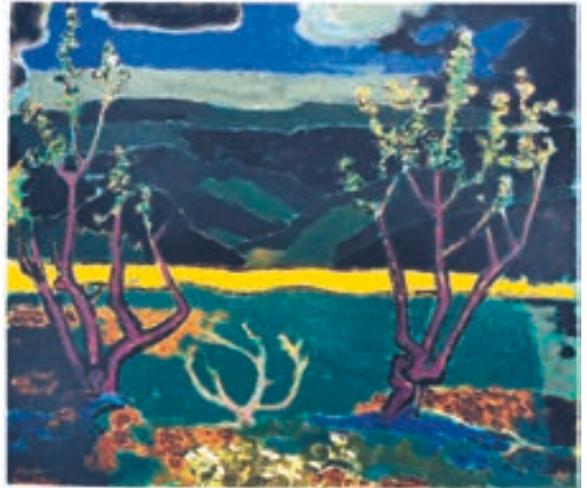
Die so malerisch vollzogene „Modernisierung“ des Alten Rathauses hatte einen Bezugspunkt in der Realität. Zwei Jahre vor Entstehung des Bildes war 1928 die historistische, aus dem Wilhelminismus vor dem Ersten Weltkrieg stammende Fassadenbemalung mit ihren Herrscher- und Wappendarstellungen durch einen einfachen weißen Putz ersetzt worden.<sup>9</sup> Hirt feiert mit seinen Farbspielen auf der Fassade geradezu dieses neue Erscheinungsbild und damit zweifellos den Geist der Moderne nicht nur in der Kunst, sondern auch in der Gesellschaft der Weimarer Republik als demokratischem Nachfolgestaat des im Ersten Weltkrieg untergegangenen Kaiserreichs.

**Paul Hirt. Bei Schramberg. 1942. Öl auf Holzfaser. Privatbesitz.**

„Paul Hirt rezipiert die Positionen der aktuellen europäischen Avantgarde, probiert diese aus, adaptiert sie... - die Moderne der Kunst-Metropolen wird von Paul Hirt in den Schwarzwald gebracht.“<sup>10</sup> Diese Einschätzung aus dem vom Geschichts- und Heimatverein Villingen mit herausgegebenem Katalog „Beruf: Künstler“ gilt nahezu für das gesamte Werk des seit 1930 dauerhaft in Villingen ansässigen Künstlers. Auch die Malweise von Henri Matisse griff er auf: In seinem Bild „Schwarzwald bei Schramberg“ adaptiert er typische Gestaltungsmerkmale dieses Hauptvertreters der klassischen Moderne in den reinen, flächig aufgetragenen Farben, den schwarz konturierten Baumstämmen oder der ornamental wie Arabesken eingesetzten Vegetation.

Doch was als die Charakterisierung eines Malers verstanden werden könnte, der es nie schaffte,

eine wirklich eigenständige Position zu entwickeln, bekommt politische Aussagekraft, wenn man auf das Entstehungsdatum achtet. 1942 gemalt, ist es weit mehr als eine kuriose, in den Schwarzwald verlegte dunklere Variante der Côte d'Azur. Paul Hirt, mit einer Jüdin verheiratet und schon deshalb von der Ortsgruppe Villingen der Nationalsozialistischen Kriegsoferversorgung in einem Boykottaufruf geächtet,<sup>11</sup> huldigt mit Matisse einem französischen Maler, dessen Gemälde etwa im Museum Folkwang in Essen oder im Frankfurter Städel als „Entartete Kunst“ von den Nationalsozialisten beschlagnahmt worden waren. Öffentlich ausstellbar wäre sein Bild zum Entstehungszeitpunkt sicher nicht gewesen. Es muss bei aller Bescheidenheit in der Ausführung vor allem als ein standhaftes Bekenntnis zur europäischen Avantgarde gesehen werden. Dass die Grundstimmung dabei weit dunkler und bedrohlicher ausfällt als bei seinem berühmten Vorbild, dürfte mitten im 2. Weltkrieg nicht nur dem Bildmotiv Schwarzwald geschuldet sein.



Paul Hirt, mit dem insbesondere Gertrud Heinzmann freundschaftlich verbunden war, ist der in der Sammlung Heinzmann am meisten vertretene Künstler. 126 Arbeiten sind verzeichnet, darunter eine Vielzahl während des Nationalsozialismus entstandene. Es ist sicher nicht übertrieben zu sagen, dass die Familie Heinzmann eine wichtige Stütze des künstlerisch und wirtschaftlich bedrängten Malers war.

Wie der kurze „Rundgang“ deutlich gezeigt hat, prägten die Weltkriege und der Nationalsozialismus Leben und Kunst der gegen Ende des 19. Jahrhunderts geborenen Maler in hohem Maß. Deshalb vereint die aktuelle Präsentation der Sammlung, die noch bis zum 4. März 2018 im Alten Rathaus zu sehen ist, Bilder, über denen „Der Schatten des Krieges“ liegt. In der Zusammenschau aus Anlass des Kriegsendes und der Revolution 1918 ergibt sich ein spannungsreiches Gesamtbild von der chauvinistischen Karikatur der Kriegsgegner über Bilder von der Front, Friedenssehnsüchte, eindringliche Nahansichten revolutionärer Aktionen, späte Anklagen bis hin zu geradezu pathologischen Obsessionen.

Auch zeitlich reicht der Bogen weit von 1915 bis 1958. Alle Künstler eint jedoch die tiefe Ernsthaftigkeit ihrer andauernden Beschäftigung mit den persönlich erlebten Gewalterfahrungen. Darin liegt auch nach hundert Jahren noch die eindringlich mahnende Aussagekraft der Bilder.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Keiper, Elke: Das Wesentliche sichtbar machen – oder: Farbe, Licht und blaue Schatten. Die Landschafts- und Porträtmalerei Waldemar Flaigs, in: Ausst.-Kat. Waldemar Flaig. 1892–1932 (Neues Schloss Meersburg, Franziskanermuseum Villingen-Schwenningen), hrsg. v. d. Stadt Villingen-Schwenningen, Villingen-Schwenningen 1992, S. 9.
- <sup>2</sup> Milpacher, Danielle und Frank: Waldemar Flaig, Briefe 1916–1918, Selbstverlag München 2015, o. S.
- <sup>3</sup> Begleittext zur Lithographiemappe „Romäus“, 1960, Franziskanermuseum, Inv.Nr. 13721.

<sup>4</sup> Zit. n.: Merle, Ulla: Arbeit und Lebensverhältnisse Villingener Maler in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, in: Ausst.-Kat. Beruf: Künstler (Benediktinerkirche Villingen-Schwenningen), hrsg. v. d. Stadt Villingen-Schwenningen und dem Geschichts- und Heimatverein Villingen, Villingen-Schwenningen 1998, S. 20, Anm. 39.

<sup>5</sup> Vgl. Auer, Anita: Das Romäusbild in Villingen, in: Villingen und Schwenningen. Geschichte und Kultur, hrsg. v. d. Stadt Villingen-Schwenningen, Villingen-Schwenningen 1998, S. 229.

<sup>6</sup> Reinhardt, Hildegard: „Aus dem Osten wird Rausch und Schönheit zu uns kommen“ – Tatjana Barbakoff als Modell bildender Künstler, in: Ausst.-Kat. Tatjana Barbakoff. Tänzerin und Muse (August Macke Haus Bonn), hg. v. Verein August Macke Haus e.V., Bonn 2002, S. 89.

<sup>7</sup> Zur Biographie Flaigs vgl.: Muhle, Herbert: Waldemar Flaig zum hundertsten Geburtstag. Ein Künstlerleben, in: Ausst.-Kat. Waldemar Flaig (wie Anm. 1), S. 5 – 8.

<sup>8</sup> Fritz Böhme in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin 29.10.1930, zit. n. Goebbels, Günter: Tatjana Barbakoff – Tänzerin zwischen den Welten, in: Ausst.-Kat. Tatjana Barbakoff 2002 (wie Anm. 6), S. 38. Soviel Verehrung in Flaigs Bild liegt, so gegensätzlich verlief Tatjana Barbakoffs weiteres Schicksal, das der 1932 gestorbene Waldemar Flaig nicht mehr miterlebte. Als Jüdin zur Emigration gezwungen, konnte sie in Paris zunächst noch an frühere Erfolge in Deutschland anknüpfen, bevor sie in Gurs interniert wurde. Ihr Mann Gert Wollheim konnte sie dort 1940 freikaufen, bevor er selbst interniert wurde. In Nizza fiel Barbakoff in die Hände der Gestapo und wurde über Drancy nach Auschwitz transportiert, wo sie sofort bei ihrer Ankunft am 6.2.1944 vergast wurde (Angaben nach Goebbels).

<sup>9</sup> Vgl.: Hütt, Michael: Fassadenmalerei am Alten Rathaus. Im Villingener Franziskanermuseum werden zwei wertvolle Entwürfe bewahrt, in: Almanach des Schwarzwald-Baar-Kreises 22(1998), S. 182 – 185.

<sup>10</sup> Merle 1998 (wie Anm. 4), S. 23.

<sup>11</sup> Frdl. Hinweis von Wolfgang Heitner, Villingen-Schwenningen.

#### Bilder:

Jochen Hahne.

# Nach mehr als 80 Jahren endlich bekannt: Die Schöpferin der schönen Plastiken im Villingener Stadtpark

Volker G. Scheer

Am 1. Juli 1934 erhielt die Fayence-Manufaktur Kandern Richard Bampi einen Großauftrag der Stadt Villingen für sieben fast lebensgroße Plastiken. Sie sollten den neu zu schaffenden Kurpark schmücken, der im an das Kneipp-Freibad angrenzenden Gelände im Entstehen war. Im selben Jahr fand Richard Bampi mit Erna Kientz eine aus Freiburg stammende Künstlerin, von deren großem Geschick und Talent er wusste.

Einige der Villingener Plastiken tragen die Signatur "EK", von der in Kandern nicht mehr bekannt war, als dass es das Markenzeichen von Erna Kientz-Vogel, Mitarbeiterin in der Werkstatt des Kanderner Keramikers Richard Bampi, war. Denn lange Zeit stand die falsche Schreibweise des Namens der Künstlerin dem Rechercheerfolg im Wege.

Im zum Standardwerk gewordenen Buch „Richard Bampi – Keramiker der Moderne“ von Maria Schüly findet sich bei den biographischen Daten zu Mitarbeitern von Richard Bampi nur „Erna Kinz-Vogel, Malerin, Plastikerin, um 1912 geboren, zunächst in Berlin, seit 1935 in Kandern, Plastikerin und Malerin in Bampis Werkstatt, während des 2. Weltkrieges gestorben“, aber auch ein Zitat nach Wilhelm Gimbel und Hermann Hakenjos „1934 kam Erna Kinz-Vogel hinzu, die bis 1941 die Werkstatt-Produktion wesentlich mitprägte“.

Sollte die Signatur EK auf Keramiken, Plastiken und Gemälden und drei Fotos bei der Arbeit an keramischen Plastiken alles sein, was von einem Menschen bleibt, fragte ich mich seit mehr als 20 Jahren.

Unter den 1934 von Dr. Paul Wolff & Tritschler auch in Kandern gemachten Fotos für das Archiv der „Reichsbahndirektion Karlsruhe“ zu touristischen Zwecken sind drei, die Mitarbeiter Bampis in dessen Werkstatt zeigen. Dabei ist immer eine hübsche junge Frau, die an einer keramischen Plastik



*Abb. 1: Erna Kientz später Frau Vogel. Im Hintergrund Wilhelm Gimbel, Meister.*

arbeitet. Der im Hintergrund zu sehende Wilhelm Gimbel, seinerzeit Meister bei Bampi, konnte nicht mehr gefragt werden, und ein ihm geschenktes Blumen-Still-Leben im Besitz seiner Tochter zeigt auch nur das bekannte Monogramm EK.

Mit der Signatur EK sind im Kanderner Heimat- und Keramik-Museum nur wenige Stücke, im Augustiner-Museum Freiburg eines. Die sehr fragmentarischen Daten wie „während des Zweiten Weltkrieges verstorben...“ waren Anlass, bei den Krankenhäusern und Standesämtern von Basel bis über Freiburg hinaus zu recherchieren, was ergebnislos blieb. Vermeintliche Spuren über den Familiennamen „Kinz“ bis weit hinein nach Bayern – in Wollbach gab es in den 1930er Jahren



Abb. 2: Erna Kientz: Villingener Narro.

eine Haushälterin dieses Namens, die auch in Wollbach verstarb – brachten nicht weiter. Auch mit Namensträgern Kinz um 1912 in Berlin lebend war nicht weiter zu kommen.

Im Bampi-Buch von Maria Schüly sind neben Gefäßen und kleineren Plastiken ihre größten, bis 110 cm hohen, abgebildet, die im Villingener „Kurpark im Kneippschwimmbad“ noch heute zu sehen sind. Ein ausführlicher Artikel zu Kurpark und seinen Majolika-Figuren von Folkhard Cremer (Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes) aus dem Jahr 2014 im Jahresheft XXXVII des Geschichts- und Heimatverein Villingen e.V. bringt schöne Fotos der Plastiken, zur Künstlerin aber nicht mehr, als von Maria Schüly bekannt.

Ein Aufruf in der Lokalausgabe Weil/Kandertal der Badischen Zeitung vom 30. April 2014 fand keine Resonanz. Ein letzter Versuch im November 2015 beim Suchdienst des DRK in München wurde mit „nicht vermisst gemeldet“ beantwortet. Nun schien also alle Mühe vergebens gewesen zu sein. Einer Eingebung in der Weihnachtszeit 2015 folgend bat ich die Freiburger Stadtreaktion um

etwas Ähnliches wie bei der Weiler Redaktion. Sie reagiert prompt und am 2. Januar 2016 kam ein kleiner Text mit Foto unter der Rubrik „Sonst noch was“. Noch am gleichen Tag meldete sich bei der Stadtreaktion ein Verwandter aus dem Dreisamtal, der die abgebildete Person erkannte, den falsch geschriebenen Namen berichtigen konnte und mir einen Hinweis auf den Sohn der Gesuchten in Freiburg gab, mit dem ich am 7. Januar in Verbindung kam.

Ihr richtiger Name ist Erna Kientz und verheiratet schrieb sie sich Erna Kientz-Vogel (dann EK/V signierend) und - wer hätte das gedacht - verbrachte die längste Zeit ihres leider nur kurzen Lebens in Freiburg. Von hier aus war sie oft in Kandern, fertigte aber teilweise auch Stücke in Freiburg, und in Kandern fertiggestellte kamen in Holzkisten verpackt per Transport nach Freiburg, wo sie bei den Eltern lebte. Der aus Scherzheim (heute Stadtteil von Lichtenau im Ortenaukreis) stammende Vater Friedrich Kientz war Lokführer bei der Deutschen Reichsbahn, hatte in Mülhausen im Elsass seine Frau Laura Luise geb. Kunze kennengelernt und dort ist am 16.02.1907 das einzige Kind Erna Luise geboren. Am 30.08.1919 kam die Familie als Elsass-Flüchtlinge nach Freiburg, wo der Vater meistens als Lokführer auf der Höllentalbahn fuhr. Zunächst wohnte die Familie in der Merzhäuser Straße, und 1933 konnte Friedrich Kientz als Bähnler von der Bahn ein günstiges Grundstück im Birkenweg erwerben und dort



Abb. 3: Erna Kientz: Elefant.



Abb. 4: Erna Kientz: Vase.

ein schönes Einfamilienhaus nahe den Gleisen der von ihm befahrenen Bahnstrecke erbauen.

Erna besuchte zunächst die Schule in Mülhausen, dann in Freiburg, wo sie anschließend auch eine Haushaltungsschule absolvierte. Ihr Zeichenlehrer Greiner in Mülhausen erkannte schon früh ihr künstlerisches Talent. Ob sie in Freiburg eine Lehre oder sonstige Ausbildung machte ist bis heute leider nicht bekannt, doch 1926 verbrachte sie lungenkrank einige Wochen in Davos. Bekannt und nachgewiesen sind von 1930–1933 fünf Semester Studium der Allgemeinen Künste in Berlin an den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst (Vorgängerin der heutigen Universität der Künste) bei ihrem Landsmann, dem Markgräfler Professor Adolf Strübe. Um 1934 kam es zur Verbindung mit Kandern und 1936 heiratete Erna Luise Kientz in Freiburg den Kunstmaler Alfred Vogel von dem sich im Katalog der „Ausstellung der Stadt Freiburg 1934“ vom 15. August bis 1. Oktober die drei Ölbilder Männlicher Kopf, Studienkopf und Landschaft finden.

Wegen der bedrohlichen Grenznähe Freiburgs zu Frankreich ging Erna Vogel mit den beiden Kindern (Peter \*1937, †2017 und Hanna \*1940) zu

Verwandten ihres Mannes nach Trochtelfingen auf der Schwäbischen Alb. Gesundheitlich schwer angeschlagen nach dem Tod des Mannes („wenn sie ihn noch einmal schwerverletzt sehen wollen, so müssen sie schnellstens nach Düsseldorf kommen“, wozu sie aber drei Tage in ungeheizten Zügen unterwegs war, und er bei ihrem Eintreffen dort schon verstorben und begraben war) und hochschwanger kam sie ins Krankenhaus nach Bopfingen, wo sie kurz nach der Geburt der zweiten Tochter (Heidi \*1945) am 5. Februar verstarb. Die beiden großen Kinder konnten im Juli 1945 zu den Großeltern nach Freiburg zurück, das kleine Mädchen blieb noch in Trochtelfingen und wurde später von einem Vetter der Mutter in den USA adoptiert.

Nachdem Verwandtschaft bei Freiburg, Kinder in Freiburg, der Schweiz und den USA ausfindig gemacht waren, konnten bei allen sehr schöne Stücke ihres Schaffens bewundert und sowohl Familienfotos wie Aufnahmen ihrer Werke zusammengetragen werden. Auch für die Kinder war es überraschend, mehr und Unbekanntes von ihrer Mutter zu erfahren, die sie ja so jung verlieren mussten. Beim Besuch in ihrer einstigen Wohnung fanden sich noch fast vergessene Stücke in Form von Plastiken, Vasen und Gipsformen, was wie eine Schatzkammer anmutete. Vielleicht bietet sich einmal die Möglichkeit, mit den vielen schönen von Erna Kientz-Vogel hinterlassenen Stücken eine Ausstellung zu machen.

Der Anregung, ihrer zum 110. Geburtstag zu gedenken, kam die „Badische Zeitung“ Freiburg am Samstag, 11. Februar 2017, nach und brachte eine ganze Seite mit Fotos und dem Text „Verrückte Geschichte – Jahrzehnte suchte ein Freiburger überall Infos zu Erna Kientz-Vogel, die nun 110 Jahre alt würde.“

#### Anmerkungen:

##### Dank an:

Badische Zeitung Redaktion Weil/Kandertal  
 und Stadredaktion Freiburg  
 Herwig Vogel, Stegen-Eschbach  
 Frau Hafner, Stadtarchiv Freiburg  
 Stadt Lichtenau für Stadtteil Scherzheim  
 Dr. Dietmar Schenk, Archiv der Universität der Künste Berlin  
 Peter Vogel, Hanna Sagiv-Vogel und Heidi Ogletree-Vogel

# Die Metalltuchfabrik Brachert und die Uhr vom Niederen Tor

Ute Schulze

Im Jahr 1847 wurde das Niedere Tor abgebrochen und das „Bezirksstrafgericht“ mit angeschlossenem Gefängnis als das erste größere Bauvorhaben, seit die Stadt 1806 an Baden gefallen war, begonnen. Am 15. Dezember 1846 wurde ein Vertrag zwischen dem badischen Justizministerium und der Stadt Villingen über die Bauplatzabtretung nach Abriss des Niederen Tores geschlossen. Am 25. Juli 1847 fand die feierliche Grundsteinlegung statt. Die Arbeiten gerieten dann ins Stocken. Erst 1857 wurde das neue Gebäude vom Amtsgericht bezogen, nachdem der große Saal zwischenzeitlich von der evangelischen Kirchengemeinde alle 14 Tage zu Gottesdienstzwecken genutzt worden war. Am 1. Oktober wurde wiederum mit einer großen Feier der Einzug des Kreisgerichts begrüßt. Was jedoch fehlte war die Uhr des ehemaligen Torturmes, die für die Bewohner der Gegend die Zeit anzeigte.

Bereits 1862 kamen die Bürger der Niederen Straße beim Gemeinderat mit der Bitte ein, die Turmuhr, die sich bis 1847 auf dem Niederen Tor befand, wieder in Betrieb zu nehmen. 48 Personen unterzeichneten die Schrift. Mit Auftrag des Gemeinderats untersuchten Gemeinderat Held und der Uhrmacher Stocker die Uhr und befanden diese für noch brauchbar. Der ursprüngliche Vorschlag sah als Standort das Bezirksstrafgericht (heute Amtsgericht) vor. Dies hätte bauliche Maßnahmen erfordert, da das Dachgeschoss des Gebäudes nicht geeignet war, und ein Turm zum Einbau der Uhr hätte errichtet werden müssen. Der Gemeinderat lehnte wegen der hohen Kosten daher die mehrfach wiederholte Bitte ab.

Durch Privatinitiative des Metalltuchfabrikanten Jakob Bracher kam das Projekt dennoch voran. Seine Firma, die durchschnittlich 25 Mann beschäftigte, stellte hauptsächlich Siebe für die Papierindustrie sowie Filter und Pressenablaufsiebe verschiedener Art sowie Maschinenteile her. Sie

wurde 1845 als Metalltuchfabrik Schlosser & Bracher gegründet.<sup>1</sup> Man reichte bei den Gewerbeausstellungen 1858 in Villingen und 1861 in Karlsruhe Produkte ein, die jeweils mit Silbermedaillen prämiert wurden.

Mit Datum vom 16. Mai 1865 bot Bracher, ein Mitunterzeichner der ersten Petition, an, auf seinem Wohn- und Fabrikgebäude ein Türmchen für die Uhr zu errichten, da das Haus von der Niederen Straße gut sichtbar war. Bracher wollte das Türmchen auf seine Kosten errichten, wenn die Stadt ihm einen Zuschuss von 100 Gulden sowie vier Eichenpfosten zum Bau bewilligen würde. Darüber hinaus wollte Bracher weitere Pflichten übernehmen: Jeder Besitzer des Gebäudes sollte auch künftig die Uhr auf dem Gebäude dulden, die Uhr aufziehen, im Falle eines Brandes die Glocke läuten und das Türmchen auf eigene Kosten in Stand halten. Zur Sicherheit von Uhr und Turm wollte Bracher noch einen Blitzableiter montieren lassen. Auf die Stadt kämen nur Kosten in Höhe von 100 Gulden für eine Glocke zu, die nach Angabe des Glockengießers Grüninger einen Zentner wiegen würde. Daraufhin wurde nun erneut die Uhr auf ihren Zustand überprüft. Am 14. August 1865 wandten sich dann 96 Bürgerinnen und Bürger an den Rat, er möge auf das Angebot Brachers eingehen. Am 24. August 1865 beschloss der Gemeinderat, die Offerte Brachers anzunehmen, und beauftragte den Uhrmacher Georg Fidel Hirt mit der Instandsetzung der Uhr. Der Akte liegt ein Vertragsentwurf zwischen der Stadt und der Firma Bergmann und Bracher bei, der die Vorschläge Brachers aufnahm und eine Frist von 3 Monaten zum Bau des Turms fest schrieb. Die Reparatur der Uhr kostete schließlich 90 Gulden. Am 25. November 1865 teilte Bracher dem Gemeinderat mit, dass der Bau erfolgt sei, aufgrund der Witterung der Anstrich jedoch nicht

erfolgen könnte. Die Uhr war mittlerweile auch aufgestellt und in Gang, jedoch fehlte noch die Glocke. Diesbezüglich gab es wieder eine Eingabe von diesmal elf Bürgern, die der Gemeinderat jedoch ablehnte.<sup>2</sup> Die Stadt blieb Eigentümerin der Uhr.

Das Gebäude, später Großherzog-Karl-Straße 1, selbst war um 1855 errichtet worden. Bis 1878 beherbergte es die Firma Bracher, auf die die Metalltuchfabrik Gustav Höld folgte. Zwischen 1889 und 1898 war hier das Domizil des Druckereibesitzers Karl Görlacher. Anschließend folgte die Uhrenfabrik Lauer & Kuhn. Ab 1912 gehörte das Gebäude der Firma Kurz & Gaiser. Von dieser kaufte die Stadt Villingen-Schwenningen das Objekt und nutzte es als Obdachlosenheim. 1997 erfolgte der Abriss mit samt dem Türmchen. Das Uhrwerk jedoch befindet sich heute im Franziskanermuseum.

**Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Ralf Ketterer: Exposé zur Einrichtung des Franziskanermuseums Villingen-Schwenningen. "Industriegeschichte", unveröff. Typoskript, Villingen-Schwenningen 1995, S. 3.

<sup>2</sup> SAVS Best. 2.2 Nr. 2166.



*Abb. 1: Uhrwerk, Franziskanermuseum Inv.Nr. 12799.*

## 1. Die Uhrenkrise 1973 bis 1975

### a. Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit

Mit der Gründung der Stadt Villingen-Schwenningen kehrte die Arbeitslosigkeit in die Region zurück. Diese Erfahrung war für die Betroffenen bitter.<sup>1</sup>

Die Wirtschaftskrise hatte globale Ursachen. Die Aufgabe der festen Wechselkurse und damit das Sinken des Dollarkurses verursachten eine Verteuerung deutscher Waren im Ausland. In unserer Region betraf dies 1975 vor allem die exportorientierte Uhrenindustrie. Die seit 1973 steigenden Erdölpreise führten außerdem weltweit zu einer Verringerung der Nachfrage, weil die steigenden Energiekosten bezahlt werden mussten. Deutsche Uhren wurden einfach zu teuer. Sie konnten deshalb auch der japanischen Konkurrenz, in Japan wurde mit einem erheblich niedrigeren Lohnniveau produziert als in Deutschland, nicht mehr standhalten.

Durch den Kaiser-Konkurs stieg die Zahl der Arbeitslosen nach der Wirtschaftskrise von 1967 erstmals wieder, die Quote betrug allerdings Ende Juli nur 1,2 Prozent. Im April 1975 gab es im Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen bereits eine Arbeitslosigkeit von 3,8 Prozent, die Entlassungen in der Uhrenindustrie machten sich bemerkbar. Die Kurzarbeit war aber nahezu dreimal so hoch, da die Unternehmen damals noch überzeugt waren, dass die konjunkturelle Lage sich schnell wieder verändern und die Situation des Arbeitsmarktes sich rasch verbessern würde.

Leider traf diese Einschätzung nicht zu. Von 1970 bis 1974/75 hatten sich die Beschäftigten der deutschen Uhrenindustrie bereits um rund 25 Prozent reduziert.<sup>2</sup> In Villingen-Schwenningen mussten die traditionsreichen Uhrenfabriken Kaiser und Mauthe Konkurs anmelden, die Uhren-

fabrik Kienzle entließ zur gleichen Zeit rund 1.000 Beschäftigte.

Vor 1973 war der Rückgang der Arbeitsplätze kaum aufgefallen, weil die betroffenen Arbeitnehmer in andere Betriebe vermittelt wurden.<sup>3</sup> Erst jetzt durch die Wirtschaftskrise konnten diese Personen nicht mehr weiterbeschäftigt werden<sup>4</sup> und wurden arbeitslos. Es musste alles getan werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Arbeitskreis Uhrenindustrie beim Landesarbeitsamt stellte fest, besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit sei die Großuhrenindustrie, die fast ausschließlich in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ansässig war und einen Exportanteil von 70 Prozent hatte.<sup>5</sup>

Im Bereich des Arbeitsamts Villingen-Schwenningen gab es im Januar 1976 eine Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent, besonders hoch war die Quote in Schwenningen. Die Arbeitslosigkeit betraf überproportional die ungelerten und die weiblichen Beschäftigten.<sup>6</sup>

Was für Villingen-Schwenningen fatal war. Der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg war vor allem durch die vielen an- und ungelerten Hilfskräfte entstanden. Dies waren überwiegend Menschen, die gleich nach dem Volksschulabschluss in einen Betrieb eintraten, um Geld zu verdienen. Man konnte in den 60er Jahren auch ohne berufliche Ausbildung schnell relativ viel Geld verdienen. Wenn eine ganze Familie zusammenhielt, war auch die Anschaffung eines PKWs, eines Fernsehgeräts oder einer Ferienreise möglich.

Vor allem die Arbeiterinnen hatten nur selten eine Berufsausbildung. „Das war halt das Allgemeine, bei uns daheim hat der Vater gesagt, die Buben dürfen etwas lernen und ihr (die Mädchen) geht in die Fabrik,“ erklärte eine ehemalige Fabrikarbeiterin.



Abb. 1: Frauenarbeit in der heimischen Industrie (Saba).  
(privat).

In der Folgezeit sollte sich die schlechte Ausbildung der Frauen rächen, sie waren überproportional an der Arbeitslosigkeit beteiligt.

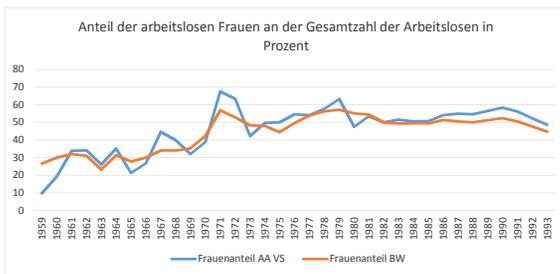


Abb. 2: Anteil der arbeitslosen Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Prozent.

### b. Erste Krisenanalyse und Forderung nach staatlicher Hilfe.

Im August und September 1975, nachdem durch den Kaiser- und den Mauthe-Konkurs sowie die Entlassungswellen bei Kienzle die Lage sich dramatisch zugespitzt hatte, appellierte die Industriegewerkschaft Metall an die Landesregierung, den von Entlassung Betroffenen zu helfen und Strukturmaßnahmen für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wie bei Audi-NSU in Neckarsulm<sup>7</sup> müsse die Landesregierung Hilfen für rückkehrwillige ausländische Arbeitnehmer anbieten.

Die IG Metall sah in der aktuellen Wirtschaftskrise den Beginn einer Strukturkrise der Wirtschaft voraus und forderte eine Koordinierungsstelle für Maßnahmen der Strukturpolitik unter gleichberechtigter Beteiligung der Gewerk-

schaften.<sup>8</sup> Bund und Land sollten Mittel zur Verfügung stellen, damit in der Region neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Vom Bundesarbeitsminister wurde außerdem verlangt, die Kurzarbeiterunterstützung von 18 Monaten auf 24 Monate auszudehnen.

Am 21. Oktober 1975 lud die IG Metall über 100 Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionäre nach Sindelfingen ein, um zusammen mit Wissenschaftlern „nach Rettungsmöglichkeiten“ zur Überwindung der Strukturkrise zu suchen.<sup>9</sup> Der sich abzeichnende Wandel der Technologie, wie die Entwicklung und Anwendung elektronischer Bauteile und der Wegfall mechanischer Bauteile, die Verkleinerung der Geräteteile und das Aufkommen der Kunststoffe verlange eine völlige Änderung der heimischen Industrie. Vor allem brauche es neue Produkte. Die Wirtschaftsstruktur sollte durch Kapitalhilfen von Bund und Ländern verbessert werden „unter Erteilung von Auflagen“ zur „Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.“ Da öffentliche Fördermittel auch von den Beschäftigten erarbeitet worden seien, müssten die Gewerkschaften auch bei der Verteilung dieser Mittel eine Mitsprache haben.<sup>10</sup>

Den Unternehmen wurde vorgeworfen, die Quarztechnologie verschlafen zu haben.<sup>11</sup> Diese hingegen sahen in den Forderungen der IG Metall eine „Investitionslenkung und Unternehmerkontrolle durch die Gewerkschaft“.<sup>12</sup> Außerdem argumentierten sie, die schnelle Umstellung auf Quarzuhren, wie sie die IGM wünsche, würde das „Fertigungsvolumen“ nur noch weiter verringern und die Abhängigkeit von elektronischen Bautei-



Abb. 3: Kienzle Quarzarmbanduhr (Stadtarchiv).

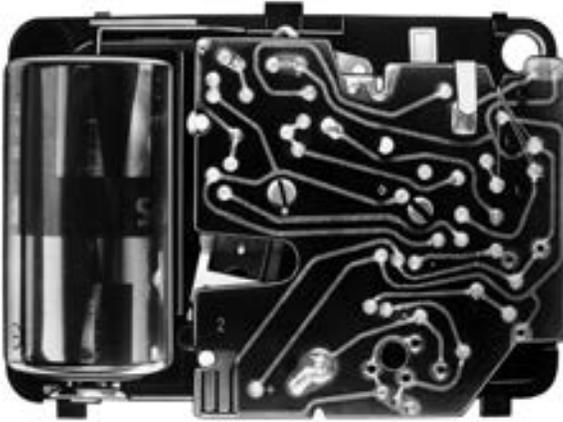


Abb. 4: Das Innenleben einer Quarzuhr (Stadtarchiv).

lezulieferern aus den USA zusätzlich vergrößern. Trotzdem sahen auch die Uhrenhersteller angesichts der prekären Situation seit 1974 die Notwendigkeit zu einer Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, der Fraunhofer-Gesellschaft und den Bauelemente-Herstellern und -Anwendern.<sup>13</sup>

#### c. Erste Unterstützungsmaßnahmen

Das Land nahm den Raum Villingen-Schwenningen in die Regionalförderung auf und unterstützte mit dem Uhreninstitut in Stuttgart Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.<sup>14</sup> Eine Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 1. September 1977 stellte fest: Seit 1974 habe das Land im Schwarzwald-Baar-Kreis 363

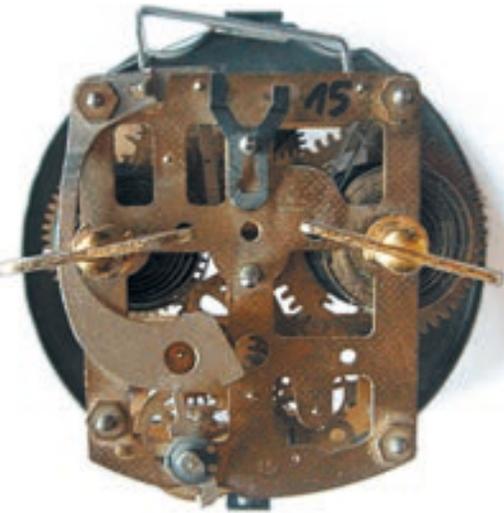


Abb. 5: Das mechanisches Weckerwerk 60er Jahre. (privat).

neue Arbeitsplätze geschaffen und 6.090 Arbeitsplätze gesichert. Über das Mittelstandsprogramm seien durch die Landeskreditbank 188 Darlehen mit einem Wert von insgesamt 28,74 Millionen DM vergeben worden. Dies habe zu Investitionen in Höhe von fast 106 Millionen DM geführt, was 984 neue Arbeitsplätze brachte und 3.357 Arbeitsplätze sicherte. Weiterhin zahlte die Landeskreditbank Darlehen von insgesamt 14 Millionen Mark Liquiditätshilfe an 26 Unternehmen. Damit seien weitere 4.113 Arbeitsplätze gesichert worden. Den Gemeinden des Kreises habe man zwischen 1971 und 1976 Finanzhilfen zur Erschließung von Industriegelände in Höhe von 2,416 Millionen DM gewährt. Neun Gemeinden des Kreises hätten Zuschüsse zu Infrastrukturprojekten in Höhe von 24.108.000 Mark erhalten. Grundsätzlich sei man dem Grundsatz Hilfe zur Selbsthilfe gefolgt.<sup>15</sup>

Überall begann man nun nach den Ursachen der Krise zu forschen. Eine Befragung des Landesarbeitsamts von 60 Unternehmen der Uhrenindustrie<sup>16</sup> ergab, dass 1976 die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen immer noch konventionelle mechanische Uhren produzierte.

Die Struktur der Arbeitskräfte stellte sich folgendermaßen dar: 53 Prozent der Beschäftigten in den befragten Betrieben waren Männer und 47 Prozent Frauen. 72 Prozent der beschäftigten Frauen arbeiteten als Ungelernte, überwiegend im Akkordlohn.

Nur drei Prozent der weiblichen Arbeiter waren Facharbeiterinnen, bei den Männern hatten dagegen 82 Prozent eine Berufsausbildung. Selbst bei den männlichen Gastarbeitern hatten 25 Prozent einen Beruf erlernt. Bedenklich war, dass die befragten Betriebe ihre Ausbildungsplätze in den Krisenjahren wegen der hohen Kosten verringert hatten, die Uhrenkrise vermehrt auch Auswirkungen auf dem Lehrstellenmarkt hatte.

Schon früh begann das Arbeitsamt deshalb in Zusammenarbeit mit der Ausbildungslehrwerkstatt der Fa. Winkler mit Weiterqualifizierungsmaßnahmen im Arbeitsamtsbezirk. 1970 wurde bei Winkler mit der Umschulung „vom Landwirt zum Mechaniker“ begonnen. Ab 1972 gab es berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen „vom Angelernten zum Facharbeiter“, seit 1975

Grundausbildungslehrgänge „von der Jugendarbeitslosigkeit zur Beschäftigung“.<sup>17</sup>

Ende der 70er Jahre kamen die geburtenstarken Jahrgänge aus der Schule.<sup>18</sup> Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stieg deshalb zwischen 1975 und 1979 um 87 Prozent. Das Angebot hingegen ging zwischen 1974 und 1977 um 54 Prozent zurück.<sup>19</sup> 1981 waren über 10 Prozent aller Arbeitslosen jünger als 20 Jahre.<sup>20</sup>

Etwa sieben Prozent aller Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren hatten keinen Ausbildungsplatz, 66 Prozent der betroffenen Jugendlichen waren Mädchen und 15 Prozent Ausländer. 47 Prozent hatten keinen Hauptschulabschluss.<sup>21</sup>

Über berufsvorbereitende Lehrgänge bei den Firmen Winkler KG und SABA AG versuchten der Landkreis und das Arbeitsamt<sup>22</sup> die Jugendarbeitslosigkeit von sieben Prozent auf zwei bis drei Prozent zu senken.<sup>23</sup> Zwischen 1975 und 1980 nahmen 427 Jugendliche des Kreises an solchen Lehrgängen teil.<sup>24</sup> Problemgruppen unter den Schulabgängern konnten nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden. Man befürchtete, dass diese in kriminelle bzw. in Drogenmilieus abgleiten könnten.<sup>25</sup> Über besondere Betreuungsmaßnahmen des Arbeitsamts und der sozialen Betreuungsstelle des Landkreises sowie dem Verein für Jugendhilfe im Schwarzwald-Baar-Kreis wurde der Einstieg in die Arbeitswelt auch für diese Jugendlichen verbessert.<sup>26</sup>

## 2. Konjunkturelle Erholung von 1976 bis 1979

### a. Zunehmender Leistungsdruck in den Betrieben

Zwischen 1976 und 1979 erholte sich die Wirtschaft wieder. Im Juli 1977 lag die Arbeitslosenquote im Schwarzwald-Baar-Kreis bei 2,2 Prozent und damit bereits unter dem Landesdurchschnitt von 2,6 Prozent. Die Struktur der Wirtschaft hatte sich aber trotz der Turbulenzen wenig verändert. Das produzierende Gewerbe lag 1974 bei 66,4 Prozent, Handel und Verkehr bei 9,9 Prozent, die übrigen Dienstleistungen bei 21,0 Prozent. Die Landwirtschaft hatte einen Anteil von 2,6 Prozent.<sup>27</sup> 85,3 Prozent der Industriebetriebe gehörten zur Eisen- und Metallbranche.

Das Klima in den Betrieben hatte sich trotz wirtschaftlicher Erholungsphase erheblich verschlechtert. Das Vertrauen vieler Arbeitnehmer in ihre wirtschaftliche Zukunft war massiv erschüttert. Eine Umfrage unter dem IG Metall-Mitgliedern im Frühjahr 1979, die in 11 Betrieben durchgeführt wurde, ergab, bei 64 Prozent der Befragten habe der Leistungsdruck in den letzten Jahren zugenommen, 28 Prozent empfanden ihren Arbeitstag als sehr belastend, 60 Prozent erklärten, sie hätten keine Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei ihren Arbeitsabläufen, 42 Prozent glaubten, dass ihr Arbeitsplatz unsicher sei, 34 Prozent befürchteten Nachteile, wenn der Arzt sie krank schrieb.<sup>28</sup>

Ein ehemaliger Facharbeiter erinnert sich: *„1975 habe ich geheiratet, 1975 hab ich dann einen neuen Job bekommen in der Firma, Der Job der [fraß] mich fast auf. Der Arzt meinte, suchen sie sich einen anderen Job. – Hab ich gesagt, ich hab ein Kind, ich hab gebaut, so einfach ist das nicht. Der Arzt: Sie müssen zurückdrehen. Mit Medikamenten habe ich es dann geschafft.“*

Die Betriebe suchten ihre Kosten zu verringern durch effizienzsteigernde Umorganisationen, Abbau von Arbeitsplätzen und durch Reduzierung der Lohnkosten. Mit einem Tarifvertrag zur Einkommenssicherung der Arbeiter und Angestellten reagierte die IG Metall auf diese Entwicklung.<sup>29</sup> Weitere Arbeitszeitverkürzungen sollten nach gewerkschaftlichen Überlegungen neue Arbeitsplätze schaffen.

Während der Tarifverhandlungen im Februar 1978, bei denen die südbadischen Unternehmer sich im Gegensatz zu den südwürttembergischen anfangs den Forderungen der IG Metall verweigerten, kam es in der Alu-Gießerei zu einer dreißigminütigen Arbeitsniederlegung.<sup>30</sup> Im März 1978 gab es Warnstreiks bei Kienzle Apparate, bei der SABA, in der Alu-Gießerei, bei Binder-Magnete, bei Burger-Spritzguß, bei Winkler und den Elektro-Isolierwerken. Bei Kienzle Apparate machten die Streikenden mit Transparenten und Sprechchören auf sich aufmerksam: *„Abgruppierung ist gemein – Besitzstandssicherung muß sein.“*<sup>31</sup>

Am 1. 5. 1978 trat der „Tarifvertrag zum Schutz

der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung bei Abgruppierung“ in Kraft. 1979 wurde ein Stufenplan für die Verlängerung der Urlaubstage auf 30 Tage ausgehandelt.<sup>32</sup>

Obwohl viele Menschen der Region in den 70er Jahren um ihre Arbeitsplätze zittern mussten, in manchen Familien die Einkommen der Ehefrauen wegfielen, zeigte gerade die alljährliche Südwest-Messe, die Konsumentenshow der Region, dass die Konsumgesellschaft sich in der Region durchgesetzt hatte. Die Besucherzahlen der Südwest-Messe blieben hoch, vielleicht hatte man jetzt sogar mehr Zeit, sich dem Ausbau seines Häusles zu widmen. Renner waren Reise-Buchungen, Caravans, Geschirrspüler, Tiefkühltruhen und Mikrowellengeräte.<sup>33</sup> Die Freizeit hatte zugenommen, wurde wichtiger als die Arbeit und der Preisverfall, vor allem bei Geräten der Unterhaltungselektronik, ermöglichten es vielen bei dieser Entwicklung mitzuhalten.<sup>34</sup>

## b. Ursachenforschung

Zur Analyse der Wirtschaftskrise wurden zwei Studien ausgeschrieben: eine Studie über die „Technologie und Markttendenzen in der Uhrenindustrie“ (Mackintosh-Studie) und eine sozialwissenschaftliche Begleitstudie „Auswirkungen der Technologie-Entwicklung auf Arbeitsplätze und Unternehmen in der deutschen Uhrenindustrie“ (Töpfer-Studie).<sup>35</sup>

Die Mackintosh-Studie betonte die im Vergleich zu den ausländischen Wettbewerbern hohen Personalkosten der Uhrenindustrie. Im internationalen Wettbewerb wirkten sich vor allem die weltweit höchsten Lohnnebenkosten der Bundesrepublik aus.<sup>36</sup> Im bundesdeutschen Vergleich seien die Löhne der Uhrenindustrie zwar niedrig, gerade aber bei den niedrigen Löhnen hätten sich die seit den 50er Jahren von Gewerkschaften erstrittenen Lohnerhöhungen erheblich stärker ausgewirkt als bei den hohen.<sup>37</sup>

Eine Umstellung auf elektronische Uhren könne eine Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht bringen, schließlich hätten die elektronischen Uhren eine wesentlich geringere Fertigungstiefe. Um den aktuellen Beschäftigungsstand

zu halten, müsste die Uhrenindustrie dann wesentlich höhere Umsätze erreichen.<sup>38</sup>

Die Studie schlug eine Verlagerung der Produktion der Uhrenindustrie in Billiglohnländer vor.<sup>39</sup> Dadurch könnte der durch die Umstellung auf Quarzuhren veraltete Maschinenpark weiter verwertet werden, es könnten Absatzmöglichkeiten ausgeweitet und Zölle umgangen werden. Ein solches Vorgehen sei aber nur finanzstarken Unternehmen möglich.<sup>40</sup> In Deutschland selbst Quarze herzustellen, mache keinen Sinn mehr, weil die amerikanischen und japanischen Hersteller die Märkte bereits mit ihren Überkapazitäten überschwemmen.<sup>41</sup> Die deutsche Uhrenindustrie jedenfalls war nach Ansicht der Experten nicht in der Lage, Bauelemente und Batterien „selbst zu entwickeln“.

Die Autoren urteilten, *„die große Stärke der deutschen Uhrenindustrie [werde] auch in der absehbaren Zukunft auf dem Gebiet der mechanischen Technik liegen. Als bedeutend könnte sich das Knowhow in der Entwicklung kostensparender Mechanismen in Metall – aber auch in Kunststofftechnologie erweisen.“*<sup>42</sup> Da mit den Uhren auf Dauer in einem Hochlohnland kein Geld mehr zu verdienen sei, sollte die Industrie auf sinnvolle Diversifikationsprodukte aus dem Bereich der Feinwerktechnik umstellen.<sup>43</sup>

Die Produkte müssten vor allem höherwertig sein, Massenproduktion habe in Deutschland keine Zukunft mehr.<sup>44</sup> Die Autoren der Mackintosh-Studie waren überzeugt: *„Wenn die deutschen Uhrenhersteller... den weltweiten Herausforderungen des Wettbewerbs gewachsen sein wollen, müssen sie bereit sein, die historisch gewachsenen Strukturen der deutschen Uhrenindustrie in Frage zu stellen und sie den neuen Anforderungen anzupassen.“*<sup>45</sup>

Die Töpfer-Studie<sup>46</sup> stellte fest, dass eine Umstellung auf die neue Quarztechnologie die Anzahl der Arbeitsplätze weiter drastisch verringern werde. Trotzdem müsse die deutsche Uhrenindustrie auf diese Technologie umstellen, wenn sie nicht ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren wolle.

An der Uhrenkrise Mitte der 70er Jahre sei die Quarzuhr nur in ganz geringem Umfang schuld

gewesen, in Zukunft würden die neuen Technologien die Arbeitsplätze aber rapide verringern.

Die bevorstehende Einführung der Halbleitertechnik würde aber nicht nur die Arbeitsplätze der Uhrenindustrie bedrohen, sondern auf Dauer sämtliche Industriebereiche betreffen mit nicht überschaubaren weiteren negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.<sup>47</sup>

Für den Fertigungsbereich rechnete die Töpfer-Studie mit einem starken Rückgang der Arbeitsplätze. Von den 60 Teilen der mechanischen Uhr blieben bei einer Quarzuhr mit Analoganzeige noch 40 Teile übrig, 29 mechanische und 11 elektronische. Eine Quarzuhr mit elektronischer Anzeige habe gerade noch 9 Teile, nur drei davon mechanisch.<sup>48</sup>

Die Halbleitertechnik würde aber nicht nur das Produkt Uhr selbst, sondern auch durch neue Fertigungsprozesse die weitere Automatisierung rasant verändern.

Anteile der Funktionsbereiche an der Gesamtbeschäftigung 1978 in Prozent

Bereich	Kleinuhrn	andere Großuhrn	Wecker	techn. Uhren
Marketing	7,4	6,3	2,5	8,3
Technik	4,2	4,9	2,1	8,8
Produktion	81,4	85,7	91,6	82,7
Service	7	3,1	3,8	0,2

Abb. 6: Funktionsbereiche der Uhrenindustrie 1978.

1978 machte die Produktion in den Betrieben der deutschen Uhrenindustrie noch zwischen 80 und 90 Prozent aus. Im Bereich Marketing waren nur zwischen 2,5 und 8 Prozent des Personals beschäftigt, im Bereich Technik zwischen zwei und acht Prozent und im Service zwischen 0,2 und 7 Prozent.

Kritisiert wurden von der Töpferstudie die autonomen Organisationsstrukturen der Klein- und Mittelbetriebe, in denen der Chef in der Regel alles entscheide.<sup>49</sup>

Die Unternehmen bräuchten jetzt, so die Meinung der Autoren, spezialisiertes Wissen, was in den vorhandenen Betriebsstrukturen nicht zur Verfügung stehe. Über Beratung durch externe Stellen und durch staatliche finanzielle Unterstützung<sup>50</sup> sollten diese massiven Defizite ausgeglichen werden.

Für die nahe Zukunft sah Töpfer bis 1985 bei konstantem Absatz einen Verlust an Arbeitsplätzen

zwischen 20 und 50 Prozent voraus. Dies würde ganz besonders den Fertigungsbereich der Großuhrenindustrie betreffen, der immer noch sehr personalintensiv sei.<sup>51</sup> Zunehmen würden in Zukunft in den Unternehmen „die dem Produktionsbereich vor- und nachgelagerten Bereiche“, was erheblich mehr qualifiziertes Personal im technischen und kaufmännischen Management erfordern würde.<sup>52</sup> Die Überwindung der Krise war nur möglich durch mehr qualifiziertes und besser ausgebildetes Personal.

Die wenigsten Beschäftigten der Uhrenindustrie waren sich 1978 bewusst, wie sehr ihre Arbeitsplätze durch die neue Mikroprozessortechnik bedroht waren.<sup>53</sup> 66 Prozent hofften auf eine wirksame Hilfe durch den Staat. In dieser Hinsicht waren sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich, beide warteten auf Hilfe durch den Staat.<sup>54</sup>

### 3. Die Zweite Ölkrise 1980 bis 1983

#### a. Rückgang der Einwohnerzahlen und Einbruch bei den Beschäftigten

Ein zweiter Ölpreisschock machte sich ab 1980 auf dem einheimischen Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Arbeitslosenquote stieg wieder an, jetzt von 2,1 Prozent im Jahr 1980 auf 7,6 Prozent im Jahr 1983.<sup>55</sup> Sie blieb bis 1991 auf relativ hohem Niveau und sank in der ganzen Zeit nie unter 3,9 Prozent.

Der Schwarzwald-Baar-Kreis verlor von 1974 bis 1985 rund 13.000 Einwohner. In Villingen-Schwenningen betrug der Einwohnerverlust zwischen 1973 und 1987 6.233 Personen oder rund 7,5 Prozent der Bevölkerung.<sup>56</sup> Zwischen 1980 und 1987 verließen 2.700 Personen, darunter 1.600 Ausländer die Stadt.<sup>57</sup>

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen fiel 1983 unter das Niveau von 1977 und blieb hinter der baden-württembergischen Entwicklung zurück.<sup>58</sup>

Vor allem junge Menschen zogen weg, weil sie in der Region keine Perspektive mehr sahen, dagegen nahm die Zahl der Rentner und Pensionäre zu.

Wer nicht weg zog, nahm manchmal lange Fahrten zum Arbeitsplatz in Kauf. So sind für 1992 „über 700 Bewohner aus dem Schwarzwald-

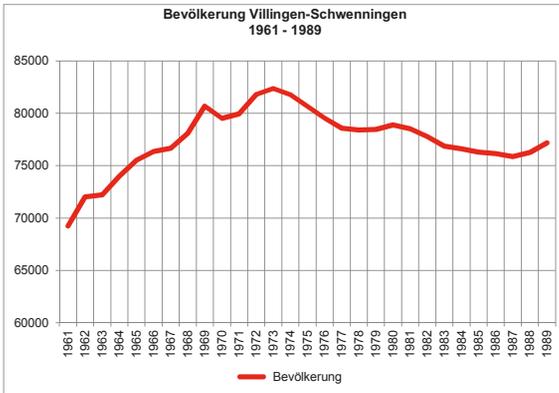


Abb. 7: Bevölkerungsrückgang.

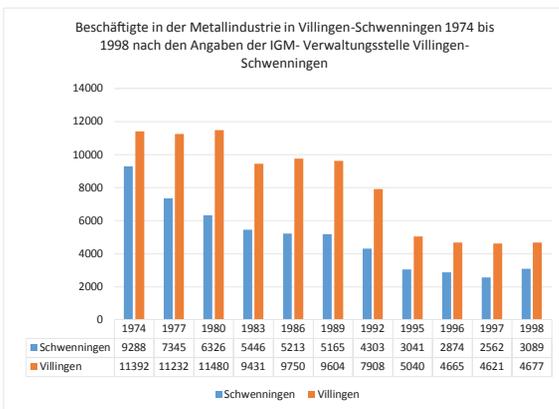


Abb. 8: Beschäftigungsrückgang in der Metallindustrie.

Baar-Kreis" nachgewiesen, die „ihren Arbeitsplatz in Stuttgart und der Region mittlerer Neckar" hatten.<sup>59</sup> Die Wirtschaftskraft der Region „verharnte" bei 90% des Landesdurchschnitts. Die Beschäftigtenzahlen stagnierten, die Summe der Löhne und Gehälter von 1980 wurde erst 1985 wieder erreicht, die Gesamtumsätze von 1980 erst wieder 1988.<sup>60</sup> Die niedrigen Einkommen waren auch die Ursache dafür, dass gerade Höherqualifizierte abwanderten.<sup>61</sup> Die Region hatte ein „Image des wirtschaftlichen Rückstands entwickelt." Besonders betroffen war die Stadt Villingen-Schwenningen, weil hier Wirtschaftsbereiche stark waren, wie Feinmechanik, Uhrenindustrie und Unterhaltungselektronik, die mit den Auswirkungen des Strukturwandels kämpfen mussten.<sup>62</sup> Auffallend war im Vergleich zum übrigen Baden-Württemberg auch der niedrige Anteil an Facharbeitern.

#### 4. Phase der konjunkturellen Erholung 1984 bis 1990

##### a. Veränderung der Wirtschaftsbereiche und Förderung von Bildung und Innovationen

Ab 1983 stieg die Zahl der sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigten bis 1992 im Schwarzwald-Baar-Kreis um rund 13 Prozent von 74.079 auf 83.897.63. Diese Zunahme der Beschäftigten wurde begleitet von einer Verschiebung zwischen den Wirtschaftssektoren. Das produzierende Gewerbe war 1992 mit einem Anteil von 54 Prozent im Arbeitsamtsbezirk immer noch sehr stark.

Die Arbeitsplätze in der Uhrenindustrie nahmen von 1983 bis 1993 um weiter 30,6 Prozent ab. In der Kunststoffverarbeitung verdoppelten sich hingegen die Arbeitsplätze.

Die meisten Beschäftigten mit über 14.813 Personen bzw. einem Anteil von 32,4 Prozent am produzierenden Gewerbe arbeiteten 1992 im Bereich EDV-Anlagen, Büromaschinen und Elektrotechnik.<sup>64</sup> Hier stagnierte aber die Produktion zwischen 1982/83 und 1988 wie das Beispiel Mannesmann-Kienzle zeigt. Gekennzeichnet war diese Phase durch eine weitere Hinwendung zur Mikrotechnik, Mikroelektronik und Kunststoffverarbeitung. Die Monostrukturierung der Region schien beendet.<sup>65</sup>

Der Dienstleistungsbereich im Arbeitsamtsbezirk nahm durchweg zu.<sup>66</sup>

Durch die Firmenübernahmen bei Saba durch Thomson-Brandt und bei Kienzle Apparate durch Mannesmann kam es zu „Auslagerungen unternehmerischer Entscheidungszentren".<sup>67</sup> Dies bedeutete, dass die Bedürfnisse der Region bei den Unternehmensentscheidungen nicht mehr berücksichtigt wurden.<sup>68</sup> Was ein weiteres Risiko für den Erhalt von Arbeitsplätzen nach der Einschätzung des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel darstellte: „Die Weltfirmen reagieren sehr schnell auf Konjunkturschwankungen, bauen rigoros Arbeitsplätze ab und [zwar]... außerhalb der Zentrale in Bereichen, die sie irgendwo dazu gekauft haben.... Das war natürlich nicht gut, dass das ausländische große Firmen waren, die beim ersten Säuseln der Wirtschaftskrise die Filialen abgebaut und am Ende... mehr oder weniger geschlossen haben."<sup>69</sup>

Viele mittelständische Betriebe verzichteten vermehrt auf eine komplette eigene Herstellung ihrer Produkte. Vorprodukte und Teile wurden zugekauft. Dies führte zu dem, dass ganze Betriebsteile z. B. an ehemalige Mitarbeiter verkauft wurden und grundsätzlich keine Arbeitsplatzverluste bedeuten musste. Oft wurden die benötigten Teile aber aus anderen Regionen zugekauft, was Arbeitsplätze dann wieder reduzierte.<sup>70</sup>

Die Region wurde zur Region der Zulieferer für den Motoren- und Fahrzeugbau (ca. 75 Prozent),<sup>71</sup> einem Wirtschaftsbereich, der aufgrund des Kostendrucks durch die Automobilfirmen stark rationalisiert war, was weitere Arbeitsplätze gefährdete.<sup>72</sup>

Die Prognos AG Basel stellte 1990 kritisch fest, der Mittelstand orientiere sich nur kurzfristig, unterlasse Innovationen. Es fehle Verknüpfung von Produktentwicklung und Marketing.<sup>73</sup> Die Wirtschaftsstruktur in Villingen-Schwenningen war zwischen 1983 und 1992 heterogener geworden. Die Zahl der Arbeitsplätze hatte sich verringert, die Qualität der Arbeitsplätze sei aber besser geworden, der Fachkräftebedarf gestiegen. Die Nachfrage nach An- und Ungelernten nahm ab, dafür nahm die Beschäftigung von Angestellten und Ingenieuren zu. Es gab Facharbeitermangel, weil die heimischen Betriebe zu wenig ausbildeten.<sup>74</sup> Die Region hatte mit ca. 32 Prozent Facharbeiteranteil in der Metallindustrie die geringste Facharbeiterdichte in Baden-Württemberg, zum Vergleich: in Ulm betrug die Facharbeiterdichte 55 Prozent und in Friedrichshafen 56 Prozent.<sup>75</sup>

Zwischen 1986 und 1992 musste das Arbeitsamt sich mit einer deutlich zurückgehenden Ausbildungsneigung der Betriebe auseinandersetzen<sup>76</sup>, dafür machten jetzt mehr Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse. Waren es 1980 noch fast die Hälfte aller Schulabgänger, die einen Hauptschulabschluss hatten, so waren es 1992 noch 37,8 Prozent, fast 30 Prozent schlossen jeweils mit der Mittleren Reife bzw. dem Abitur ihre Schullaufbahn ab.<sup>77</sup> Immer mehr Jugendliche strebten höhere Bildungsabschlüsse an<sup>78</sup> und fielen damit dem Arbeitsmarkt für mehrere Jahre nicht mehr zur Last.<sup>79</sup> Der Rückgang der Schulabgänger durch

geburtenschwächere Jahrgänge ab 1985 entspannte die Lage auf dem Ausbildungsmarkt weiter.<sup>80</sup>



*Abb. 9: Ministerpräsident Erwin Teufel.  
(Stadtarchiv Villingen-Schwenningen).*

Viele Hoffnungen wurden 1988/89 in den Aufbau der Hochschul-Außenstelle Villingen-Schwenningen mit anfangs 35 Studenten gesetzt. Die angebotenen Studiengänge waren zukunftsweisend (Werkstoff- und Oberflächentechnik, Bioingenieurwesen, Maschinenbau/Automatisierungstechnik). Für den damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel stellte sich die Situation in diesen Jahren folgendermaßen dar: Das Land könne in die Wirtschaft nur über die Bildungspolitik eingreifen. In dieser Zeit seien viele berufliche Gymnasien eingerichtet und damit viele junge Menschen zu einer Hochschulreife gebracht worden. Weitere Maßnahmen waren bereits 1976 die Einrichtung einer Berufs-Akademie in Villingen-Schwenningen. Die Zeit der Hochschulgründungen war, als die Strukturkrise begann, leider vorbei, es gelang aber die Fachhochschule für die Polizei hierher zu bringen. Für Erwin Teufel war

es wichtig, dass anwendungsbezogene Forschung für die mittelständischen Betriebe in der Region zur Verfügung stand. „Dann haben wir dieses Forschungsinstitut gegründet... 50 Millionen sind in dieses Forschungsinstitut nach Villingen-Schwenningen geflossen. Ausschließlich mit der Zielsetzung... Forschung für den Mittelstand [zu betreiben]... Indirekt und langfristig führten diese Innovationen natürlich auch zu Arbeitsplätzen... Ich glaube, dass neben der Hauptaufgabe [der Bildung] die Ausbildung junger Leute... langfristig gesehen, über ein, zwei Generationen betrachtet, auch die Auswirkungen [dieser Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt] noch sehr viel deutlicher sichtbar“ werden.<sup>81</sup>

### **b. Weniger Arbeitslose durch Arbeitszeitverkürzung?**

1984 besserte sich die Lage der heimischen Industrie. Der Verlust der Arbeitsplätze veränderte die gewerkschaftlichen Ziele der IG Metall in der Region erheblich. Wichtiges Ziel wurde der Erhalt der Arbeitsplätze. Dies versuchte man durch die Reduzierung der Arbeitszeit zu erreichen. Im Frühjahr 1984 begann die IG Metall in der Region mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche. In Nordwürttemberg-Nordbaden und in Hessen wurde sieben Wochen lang gestreikt. 158 Kolleginnen und Kollegen der Region stellten sich als Streikposten vor der Fa. Behr in Mühlacker zur Verfügung.<sup>82</sup> Die Tarifverhandlungen zwischen der südbadischen Metallindustrie und den Gewerkschaften in Bad Dürkheim wurden begleitet von kurzen Arbeitsniederlegungen in den Villingen Metallbetrieben. 1.000 Gewerkschafter vor dem Haus des Gastes in Bad Dürkheim hatten Transparente mit folgenden Aufschriften dabei: „Die Sauerei ist riesengroß, drei Millionen arbeitslos“ oder „Lieber auf die Straße gehen, als bei Stingl Schlange stehen.“

Der Arbeitgebervertreter Eisele war überzeugt, die 35-Stunden-Woche bedeute für die Unternehmen durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 14,3 Prozent und 4,5 Prozent Steigerung der Fixkosten durch unausgelastete Maschinen. Deshalb würden keine Leute eingestellt werden, sondern nur wei-

tere entlassen.<sup>83</sup> Der ausgehandelte Kompromiss schließlich brachte ab dem 1. April eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden.

Erkauft wurde dieses Ergebnis durch flexible Regelungen, die es im Wesentlichen den einzelnen Betrieben überließen, wie sie die Kürzung der Wochenarbeitszeit umzusetzen gedachten.<sup>84</sup> Die IG Metall versprach sich von dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche die lang erhoffte Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.<sup>85</sup>

Durch die verschiedenen Entlassungswellen und Konkurse musste die IG Metall, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, eine Vielzahl unterschiedlichster betriebsspezifischer Lösungen entwickeln. Die Regelungskompetenzen der Tarifparteien wurden dadurch mehr und mehr dezentralisiert<sup>86</sup> und von den Geschäftsführern, Betriebsräten und örtlichen Gewerkschaftsfunktionären wahrgenommen.

Ab dem 26. April 1985 konnten Arbeitnehmer auf Grund des neuen Beschäftigungsförderungsgesetzes befristet eingestellt werden und Leiharbeit bis zu 6 Monaten ausgedehnt werden.<sup>87</sup>

## **5. Die Wirtschaftskrise der 90er Jahre**

### **a. Das Jahr 1994 – Das schlimmste Jahr seit 1945**

1992 kam es zu einem heftigen Beschäftigungseinbruch. Im Februar 1993 meldete das Arbeitsamt, Spitze sei Villingen-Schwenningen nur was die Zahl der Arbeitslosen angeht. Die Stadt hätte landesweit die höchste Zahl an Arbeitslosen. Oberbürgermeister Dr. Gebauer sprach in diesem Zusammenhang vom „*schwierigsten Zustand seit 1945.*“<sup>88</sup> Zum Jahreswechsel 1993/94 näherte sich die Arbeitslosenquote des Arbeitsamtsbezirks der 10-Prozent-Marke.<sup>89</sup> Die Arbeitslosigkeit im Oberzentrum lag mit 10,5 Prozent<sup>90</sup> weit über dem Durchschnitt in Baden-Württemberg. „Hier macht sich die Konzentration eines Großteils der Metall- und Elektroindustrie des Arbeitsamtsbezirks in der Stadt Villingen-Schwenningen deutlich bemerkbar.“ Gerade in diesen Branchen sei in den vergangenen 15 Monaten vielen Arbeitnehmern gekündigt worden oder sie seien mit Aufhebungsverträgen vorzeitig ausgeschieden.<sup>91</sup>

Man befinde sich in „einer Phase gigantischer Arbeitsplatzvernichtung“. „Im Schwarzwald-Baar-Kreis fallen die Arbeitsplätze wie die Blätter von den Bäumen“, so der Geschäftsbericht der IG Metall. Nirgendwo sonst in Baden-Württemberg sei die Entwicklung so drastisch. „Mannesmann-Kienzle sei noch vor zwei Jahren größter Arbeitgeber mit rund 4.000 regionalen Beschäftigten gewesen“. Mannesmann und Digital hätten nach der Aufteilung zusammen jetzt noch insgesamt 3.000 Mitarbeiter mit sinkender Tendenz. Die Fa. Binder hatte 1991 noch 1.300 Mitarbeiter, im kommenden Jahr würden es noch 850 sein. Bei der Aluminiumgießerei Villingen werde die Zahl der Beschäftigten von 1.000 auf 750 heruntergefahren. Die Dufa/Kienzle-Gruppe schrumpfe von 1.000 Mitarbeiter auf rund 500 im kommenden Jahr.<sup>92</sup> Im Dezember 1992 kam es zum Konkurs der Firma URGOS mit 92 Beschäftigte. 1993 stand die Alu-Gießerei kurz vor dem aus.<sup>93</sup> Um das Weiterbestehen des Unternehmens zu sichern, verzichteten die Beschäftigten auf einen Monatslohn, was den Konkurs aber nicht verhindern konnte.

Die Krise belastete die Region. Am 3. Dezember 1993 kam es zu einer großen Kundgebung auf dem Münsterplatz in Villingen, bei der neben den Betriebsräten betroffener Betriebe auch der Landrat Dr. Rainer Gutknecht und der IG Metall-Bezirksbevollmächtigte Günter Güner sprachen. Landrat Gutknecht stellte fest, die Auswirkungen der hohen Arbeitsplatzverluste würden nicht nur die Arbeitnehmer in den Betrieben betreffen. „Auch die öffentlichen Verwaltungen sind unmittelbar betroffen: Die Kosten für die Arbeitslosen und ihre Familien müssen zu einem großen Teil vom Landkreis und den Gemeinden aufgebracht werden. Die kommunalen Haushalte können diese Lasten aber schon jetzt kaum mehr tragen.“

### b. Die Ursachen der Krise

Nach der Einschätzung des ehemaligen Geschäftsführers von Binder/Kendron, Heinz Freitag, habe es Anfang der 90er Jahre drei grundsätzliche Probleme gegeben:<sup>94</sup>

1. Wenige Jahre vorher sei man noch überzeugt gewesen, die Riesencomputer seien die Zukunft

der EDV-Industrie. Der Personal Computer sei aber dann für alle ziemlich überraschend über Nacht gekommen. Dies habe dazu geführt, dass IBM seine Fertigung bei Binder kündigen musste.

2. Binder habe zu 70 bis 80 Prozent für den deutschen Maschinenbau gefertigt. Neue CNC-Steuerungen hätten damals die mechanischen Kurvensteuerungen der Werkzeugmaschinen abgelöst. Die deutsche Maschinenbauindustrie sei dann wegen der technologischen Überlegenheit der japanischen Maschinenbauer in die Krise geraten.
3. In vielen deutschen Unternehmen seien die Strukturen ineffizient gewesen.

Die beschriebenen Entwicklungen betrafen damals viele Unternehmen. Globalisierung, Technologiewandel, Elektronik führten in den 90er Jahren zu sprunghaften Veränderungen.<sup>95</sup> Besonders in den 90er Jahren versuchten deshalb viele heimischen Betriebe „überflüssigen Ballast“ abzuwerfen, was zu hohen Einbrüchen der Beschäftigtenzahlen führte.

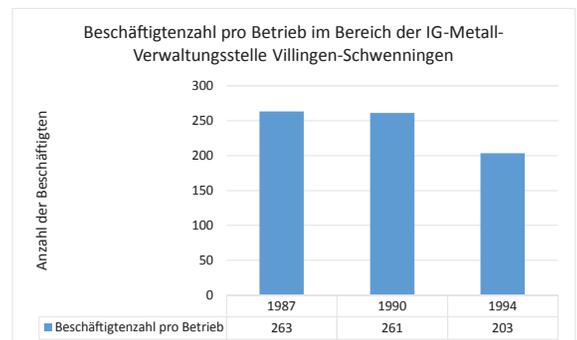


Abb. 10: Rückgang der Beschäftigten in den Betrieben.

Phasen von Veränderungen müssen immer auch durch Aus- und Weiterbildung begleitet werden. Es war die Zeit, in der die Maschinen auf CNC-Maschinen umgestellt wurden. Siegfried Reith erinnert sich: „Die Unternehmer waren der Meinung, wenn man das Programm kauft, dann funktioniert das von allein. Die haben die CNC-Maschinen gekauft, aber sie hatten keinen, der die bedienen konnte. Da haben wir dann am Abend CNC-Lehrgänge gemacht vom Montag- bis zum Freitagabend. Und am Samstagmorgen. Wir haben

sechs parallel laufende Lehrgänge gehabt,... Und das Arbeitsamt war bereit die Lösung zu finanzieren.<sup>96</sup>

### c. Veränderte Struktur der Arbeitslosigkeit

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 1993/94 wurden 40 Prozent weniger Auszubildende eingestellt, obwohl die Region einen viel zu niedrigen Facharbeiteranteil hatte gegenüber anderen baden-württembergischen Industrieregionen.<sup>97</sup>

Für manche dauerte die Arbeitslosigkeit immer länger. Im September 1994 waren 2.908 Personen bereits 12 Monate arbeitslos; 1.029 Personen hatten schon zwei Jahre Arbeitslosigkeit hinter sich, 261 Personen waren mehr als 4 Jahre arbeitslos. Ein hoher Anteil dieses Personenkreises war über 55 Jahre alt.<sup>98</sup>

Immer mehr Arbeitslose bekamen wegen der Dauer der Arbeitslosigkeit Arbeitslosenhilfe.<sup>99</sup> 1992/93 verdoppelte sich die Ausgaben für das Arbeitslosengeld, die Kosten für die Arbeitslosenhilfe stiegen um 85 %, das Kurzarbeitergeld verdreifachte sich in der gleichen Zeit. 1992 wur-

**EINE REGION IN NOT**

Vom **dramatischen Arbeitsplatzverlust** sind betroffen:

- Die Beschäftigten, die bereits Arbeitslosen und ihre Familien
- Handel, Gewerbe und Dienstleister
- Städte, Gemeinden, Landkreis und viele andere

Wir rufen **alle Betroffenen** auf, zu einer **Kundgebung** für eine wirksame Beschäftigungspolitik:

**Freitag, 3. Dezember 1993, 15 Uhr, VS-Villingen, Münsterplatz**  
 Rahmenprogramm mit Infoständen ab 14.00 Uhr

Es sprechen:

- Dr. Rainer Gurtknecht, Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises
- Günter Glüner, IG Metall VS
- Sonja Benz, Betriebsratsvorsitzende Tobias Bäuserle, St. Georgien
- Peter Ruff, Betriebsratsvorsitzender Digital Kienzle, VS-Villingen
- Norbert W. Tschässlen, Betriebsratsvorsitzender Mannesmann Kienzle, VS-Villingen

**Wir brauchen eine Zukunft!**

IG Metall DGB

Abb. 11: IGMetall, Flugblatt von 1993.

den vom Arbeitsamt Villingen-Schwenningen 200 Mill. DM an Arbeitslosenhilfe und Kindergeld ausbezahlt.<sup>100</sup>

Im Dezember 1992 hatte sich die Kurzarbeit innerhalb eines Jahres mehr als verdreifacht. Die Arbeitslosigkeit nahm im gleichen Zeitraum bei den Fertigungsberufen um 60 Prozent zu, bei Ingenieuren und Technikern stieg die Arbeitslosigkeit sogar um 95 Prozent.<sup>101</sup> Arbeitsplätze gab es nur noch im Hotel- und Gaststättenbereich.<sup>102</sup> Absolventen aus schulischen Ausbildungsgängen fanden keine Arbeit. Auszubildende wurden nicht mehr übernommen.<sup>103</sup>

Die Betriebe versuchten ihre älteren Mitarbeiter, die wegen ihrer langen Zeit der Betriebszugehörigkeit praktisch unkündbar waren, mit Abfindungssummen zu Aufhebungsverträgen zu überreden. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1993 waren zwischen 1/5 und 1/4 der Arbeitslosen über 55 Jahre alt.<sup>104</sup> Nach wie vor war der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit sehr hoch.<sup>105</sup>

In dieser Zeit kam es für die Gewerkschaften darauf an, betriebsbedingte Kündigungen möglichst zu vermeiden. Dies geschah unter anderem durch betriebliche Interessenausgleichsvereinbarungen, die Vorruhestandsregelungen, Gewährung von Erziehungsurlaub, Unterbrechung der Arbeit durch Weiterbildung, Kurzarbeit, Vermeidung von Mehrarbeit, Einstellungsstopps und Teilzeitarbeit nutzten.<sup>106</sup> 30 Interessenausgleiche und Sozialpläne wurden so in der einheimischen Metallindustrie ausgehandelt.<sup>107</sup>

Über Beschäftigungssicherungs-Tarifverträge versuchte die IG Metall durch abgesenkte Arbeitszeiten, die durch Strukturkurzarbeit, Abfindungen und Einkommenskürzungen finanziert wurden, weitere Entlassungen zu verhindern, so bei den Firmen Johann Jäckle, Forest, Winkler, Burger Spritzguss und Binder Magnete.<sup>108</sup>

Durch die vielen Entlassungen veränderte sich die Zusammensetzung der Metallarbeiterschaft. Zwischen 1980 und 1994 nahmen die männlichen Beschäftigten um 21 Prozent, die weiblichen um 34 Prozent, Ausländer um 43 Prozent, ungelernete Arbeiter um 31 Prozent, Facharbeiter um 13 Prozent und Auszubildende um 38 Prozent ab.<sup>109</sup>

Entwicklung der Beschäftigten im Bereich der IGM -Verwaltungsstelle Villingen -Schwenningen										
Jahr	1980	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	
Männer	25761	24780	24331	24670	25270	25576	24656	22137	20455	
Frauen	16345	13875	13533	13590	14131	14088	13465	11558	10842	
Deutsche	33016				33105	33346	32039	28099	26045	
Ausländer	9080	6349	6062	6120	6296	6318	6296	6296	5252	
Arbeiter	28969	25700	24836	25070	25896	25945	24612	21363	20023	
Facharbeiter	8182				8261	8120	7976	7192	7192	
Angestellte	11399	11045	11126	11440	11752	12015	11967	10989	10189	
Auszubildende	1738	1910	1902	1750	1753	1704	1542	1343	1085	
weibl. Auszub.	388				424	385	369	315	242	
Gesamt	42106	38655	37864	38260	39401	39664	39121	33695	31297	

Abb. 12: Entwicklung der Beschäftigten in der Metallindustrie.

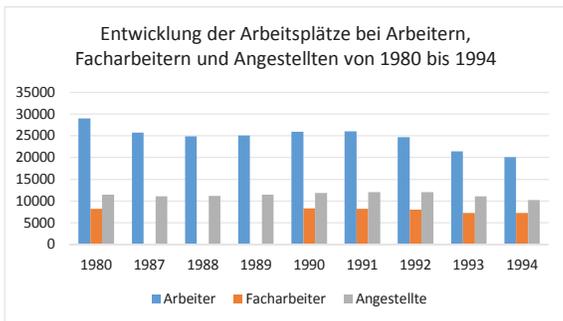


Abb. 13: Das Verhältnis von Arbeitern, Facharbeitern und Angestellten.

Es gab einen Trend weg vom Flächentarifvertrag hin zur Betriebsvereinbarung. Immer mehr Unternehmen traten aus dem Arbeitgeberverband aus. Im Bereich der IGM-Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen hatten fünf Prozent der Betriebe einen Anerkennungstarifvertrag, 38 Prozent hatten keinen Betriebsrat mehr, 16 Prozent der Betriebe hatten einen Betriebsrat, waren aber nicht mehr tarifgebunden. Nur noch 41 Prozent der Unternehmen gehörten dem Arbeitgeberverband Südwest Metall an.<sup>110</sup>

#### d. Qualifikationsaustausch in den Betrieben und Förderung von Existenzgründern

Die Anforderungen an die „neu Einstellenden“ wurden immer höher. Diese sollten sich bei den Arbeitszeiten flexibel zeigen und möglichst für weniger Geld arbeiten. Besonders galt dies bei gehobenen technischen und kaufmännischen Positionen.<sup>111</sup> Die Bewerber mussten ganz genau den Anforderungen der Unternehmen entsprechen. So wurden 1997 „bei Bürokräften neben aktuellen EDV-Erfahrungen zunehmend Kenntnisse in zwei Fremdsprachen verlangt. Bei Mitarbeitern für die Produktion [wurde] der Facharbeiterbrief verbunden mit zusätzlichen Kenntnissen... vor-

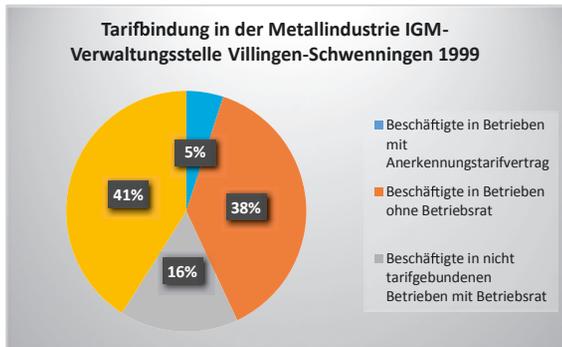


Abb. 14: Tarifbindung in der Metallindustrie.

ausgesetzt.“<sup>112</sup> Das Arbeitsamt stellte 1996 fest, die Betriebe nahmen einen „regelrechten Qualifikationsaustausch“ vor, indem sie „weniger qualifizierte Mitarbeiter durch besser ausgebildete Arbeitnehmer“ ersetzen.<sup>113</sup>

Ab Oktober 1995 wurden zunehmend anstelle von Vollzeitstätigkeiten „geringfügige Beschäftigungen auf der 580 Mark-Basis angeboten.“<sup>114</sup> Oft stellten sich die dem Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen auch als Tätigkeiten für Selbständige auf Provisionsbasis heraus.<sup>115</sup> Im Herbst 1996 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen wieder an. „Ihre spezifische Arbeitslosenquote erhöhte sich binnen Jahresfrist von 5,9 auf jetzt 8,5 Prozent.“<sup>116</sup> In einem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit wurden 1999 450 Jugendliche aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis qualifiziert, die anschließend eine Festanstellung bei einem Arbeitnehmer-Überlassungs-Unternehmen erhielten.<sup>117</sup>

Das Arbeitsamt versuchte erfolgreich über alle möglichen Förderprogramme durch finanzielle Anreize, Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen.<sup>118</sup> Generell galt, Zusatzqualifikationen verbesserten die Arbeitsmarktchancen. Dies wurde z.B. mit CAD-Kursen erfolgreich versucht.<sup>119</sup> Arbeitgeber konnten für sechs Monate Lohnkostenzuschüsse bekommen, wenn sie arbeitslose Jugendliche einstellten.<sup>120</sup> Ein „Einstellungszuschuss bei Neugründungen“ unterstützte Existenzgründer, die Arbeitslose in ihren neuen Betrieb einstellten. Keinerlei Resonanz fand dagegen der „Eingliederungsvertrag für Langzeitarbeitslose“.<sup>121</sup>

Die Entlassungen hatten Auswirkungen auf die

gesamte Wirtschaft der Region. Auch das Angebot der Südwestmesse wurde durch die Arbeitslosigkeit geprägt. Fünf Minister besuchten 1994 die Messe in der Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Der Mittelstand und junge Existenzgründer waren für den Staatsminister Erwin Vetter 1994 das Mittel, um von der hohen Sockelarbeitslosigkeit herunterzukommen. Finanzminister Mayer-Vorfelder wies auf die rund 850 Millionen DM des Landes hin, die in die Region in den letzten Jahren geflossen seien. Das Arbeitsamt warb auf der Messe um Ausbildungsplätze und führte Beratungsgespräche durch.<sup>122</sup> Ministerpräsident Erwin Teufel eröffnete die Südwestmesse mit der Aufforderung, angesichts der Arbeitsplatzverluste „müssen wir aufwachen, Eigeninitiative entwickeln, besser, schneller und ideenreicher als andere werden.“ „Wir brauchen junge Leute mit Mumm, die nicht von der 35-Stunden-Woche träumen.“<sup>123</sup>

Ende 1997 prognostizierte der Direktor des Arbeitsamts Horst Billing erstmals das „Ende der Talfahrt“.<sup>124</sup> Im September 1998 war mit 6,8 Prozent das beste Ergebnis auf dem heimischen Arbeitsmarkt seit 1992 erreicht.<sup>125</sup> Trotzdem ging der Umbau der regionalen Metallindustrie weiter.

Im Juli 1999 kam es zu Strukturkurzarbeit für 300 Beschäftigte, weil Betriebe umorganisierten und Teile ihrer Produktion aufgaben. Die Betroffenen wurden in Beschäftigungsgesellschaften qualifiziert, um sie für neue Arbeitsplätze bei anderen Arbeitgebern fit zu machen.<sup>126</sup> „Der Schwerpunkt der Struktur-Kurzarbeit lag im August [1999] – wie auch schon im Juli – im Maschinenbau.“<sup>127</sup>

Es gab wieder Facharbeitermangel in zahlreichen Branchen. Durch Weiterbildungsmaßnahmen des Arbeitsamts wurden viele zu Metallfacharbeitern umgeschult. Die Erfolgsquote anschließend wieder in Arbeit zu kommen lag jetzt bei 100 Prozent.<sup>128</sup> 1990 vor der Krise gab es im Schwarzwald-Baar-Kreis noch über 80.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, 10 Jahre später waren es rund 77.000, die Anzahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe sank von 1990 bis 2000 von rund 52.000 auf 38.000.

## 6. Fazit

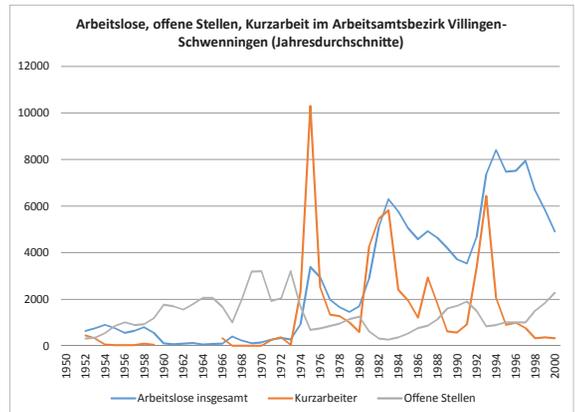


Abb. 15: Entwicklung des Arbeitsmarkts.

In den Wirtschaftskrisen 1975, 1983 und 1993 nahm die Arbeitslosigkeit stetig zu und ließ in den Erholungsphasen eine immer höhere Sockelarbeitslosigkeit zurück. Wir haben es gelernt, auch in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität mit Sockelarbeitslosigkeit zu leben. Rund drei Prozent Arbeitslosigkeit sehen wir heute nahezu als Vollbeschäftigung an.

Der Anteil der Metallindustrie an den Wirtschaftsbereichen nahm in Villingen-Schwenningen ab, der Dienstleistungsbereich nahm zu. Heute 2017 ist das Krankenhaus der größte Betrieb in Villingen-Schwenningen. 1970 gab es 45.036 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Villingen-Schwenningen bei einer Einwohnerzahl von rund 82.000, 29.073 (64 Prozent) Menschen waren im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. 2016 hatte Villingen-Schwenningen 84.372 Einwohner und 39.483 Beschäftigte, davon 13.475 (34 Prozent) im produzierenden Gewerbe.<sup>129</sup> Dafür hatten die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich stark zugenommen.

Die Arbeiterschaft hat abgenommen. Geändert hat sich die Zusammensetzung der Beschäftigten in der Metallindustrie, es gibt kaum noch angelegene Tätigkeiten. Facharbeiter, Techniker und Ingenieure sind heute in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigt.

Geändert hat sich die Schulbildung der Jugendlichen. 1983 machten noch 40 Prozent aller Schulabgänger im Schwarzwald-Baar-Kreis einen

Hauptschulabschluss, 31,4 Prozent einen mittleren Bildungsabschluss und 18 Prozent schlossen mit dem Abitur ihre Schullaufbahn ab. Im Jahr 2014 hatten 19 Prozent der Schulabgänger einen Hauptschulabschluss, 48 Prozent einen mittleren Abschluss und 26 Prozent die Hochschulreife.<sup>130</sup>

Längere Schulzeiten bedeuteten, dass weniger Menschen auf den Arbeitsmarkt drängten und dieser entlastet wurde.

Die ganz großen Betriebe sind verschwunden, dafür haben wir heute sehr innovative vernetzte mittelständische Betriebe mit effizienten und flexiblen Betriebsstrukturen.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Es gibt nur wenige Menschen, die bereit sind über Zeiten von Arbeitslosigkeit zu berichten, weshalb man sich diesem Phänomen nur durch Statistiken annähern kann, die leider nur marginal zu erkennen geben, welche Schicksale sich hinter ihnen verbergen.
- <sup>2</sup> Hamke, F.: Die Förderungsmaßnahmen des BMFT für die Uhrenindustrie. Ausgangslage, Förderungsmaßnahmen und Wirkungen. Untersuchung im Auftrage des VDI-Technologiezentrum, Berlin. Berlin 1982 (Masch.), S. 25.
- <sup>3</sup> SAVS 4.9-1168. Kurzbericht anlässlich der 1. Sitzung des Sonderausschusses des Landesarbeitsamts. (VDU-Bericht), S. 2. Ebd. S. 3
- <sup>5</sup> SAVS 4.9-1168, Kurzprotokoll der 1. Sitzung am 15. Dezember 1975 im Beethovenhaus. S. 3.
- <sup>6</sup> SAVS 4.9-1168 2. Sitzung des Arbeitskreises Uhrenindustrie v. 12.2.1976, Anlagen Sonderuntersuchung über die Arbeitslosigkeit in der Uhrenindustrie in den Arbeitsamtsbezirken Rottweil und Villingen-Schwenningen. Mitte Januar 1976.
- <sup>7</sup> Boelke, Willi A.: Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. Stuttgart 1987, S. 584. Aufgrund der Erdölkrise war es auch bei VW zu Umsatzeinbrüchen gekommen, denen man durch Massenentlassungen begegnen wollte. Die Bundesregierung stellte 200 Millionen für VW-Regionen zur Verfügung, das Land gab Zuschüsse in Höhe von 60 Millionen DM, darunter Rückkehrprämien für NSU-Gastarbeiter.
- <sup>8</sup> Schwarzwälder Bote v. 12.9.1975. IG Metall geht in die Offensive. Katalog fordert Hilfe von Bund, Land und den Uhrenunternehmern.
- <sup>9</sup> Frankfurter Rundschau v. 25.10.1975 In der Uhrenindustrie schlägt die Stunde der Entscheidung
- <sup>10</sup> Vorstand IGM (Hrsg.), Branchenkonferenz „Uhren“ der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. „Uhrenindustrie zwischen technischem Fortschritt und Wettbewerb“. 21. Oktober 1975 Sindelfingen. Frankfurt 1975, S. 99f. An dieser Konferenz nahmen auch mehrere Teilnehmer aus Villingen-Schwenningen teil: OB Gebauer, IGM-Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen Erich Mayer u.a.
- <sup>11</sup> Ebd. S. 59.

- <sup>12</sup> SAVS 4.9-679 Südwestfunk v. 25.10.1975 (Mitschrift) S. 4
- <sup>13</sup> SAVS 4.9-868 Argumentationspapier des VDU v. Oktober 1975.
- <sup>14</sup> Ebd.
- <sup>15</sup> SAVS 1.19.4 Nr. 7, Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg vom. 1. 9. 1977, Soziale Sicherheit an erster Stelle.
- <sup>16</sup> SAVS 4.9-1168, Arbeitslosigkeit 1977. Befragung des Landesarbeitsamts Ba Wü, Sommer 1976, S. 2.
- <sup>17</sup> Winkler-Ausbildungs GmbH, BZT (Hrsg.) Bildung-Zukunft-Technologie. Villingen-Schwenningen 2003, S. 2.
- <sup>18</sup> SAVS 1.16-11501, IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1978-79-80. S. 27.
- <sup>19</sup> SAVS 1.16 - 11501, Forschungsgruppe Jungarbeiter: Jungarbeiter im Schwarzwald-Baar-Kreis. Kurzfassung eines wissenschaftlichen Gutachtens, erstellt im Auftrag des Schwarzwald-Baar-Kreises, vorgelegt am 3. Juni 1980, S. 10.
- <sup>20</sup> Billing, Horst (Hrsg.): Strukturbericht 1993 Arbeitsamt Villingen-Schwenningen, S. 81.
- <sup>21</sup> Von 762 erfassten Jungarbeitern.
- <sup>22</sup> Ebd. S. 18.
- <sup>23</sup> Ebd. S. 25.
- <sup>24</sup> Ebd. S. 28.
- <sup>25</sup> SAVS 1.16 – 11501, Anhang zum Schreiben des Landrats vom 27.11.1980 an die Mitglieder und Gäste des Arbeitskreises für Wirtschaftsfragen. Betr. Untersuchung zur Situation der Jungarbeiter im Schwarzwald-Baar-Kreis.
- <sup>26</sup> Ebd.
- <sup>27</sup> Ebd. Pressemitteilung v. 1. September 1977.
- <sup>28</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1978-79-80. S. 11.
- <sup>29</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1975-76-77 S. 32.
- <sup>30</sup> Badische Zeitung v. 15.2.1978. Bei der ALU-Gießerei standen gestern Morgen die Räder still.
- <sup>31</sup> Badische Zeitung vom 11.3.1978, Warnstreiks in sieben Betrieben. Massiver Protest der Metaller.
- <sup>32</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen, Geschäftsbericht 1978-79-80. A.a.O. S. 33.
- <sup>33</sup> Südwestmesse. Villingen-Schwenningen 1950 bis 2008. Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk, Hauswirtschaft und Landwirtschaft. Baufachschau und HausBauPark. S. 70–99.
- <sup>34</sup> König, Wolfgang: Die siebziger Jahre als Konsumgeschichtliche Wende in der Bundesrepublik. In: Jarasch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 84-94, S. 92.
- <sup>35</sup> F. Hamke, Die Foerderungsmassnahmen des BMFT für die Uhrenindustrie. Ausgangslage, Foerderungsmassnahmen und Wirkungen. Untersuchung im Auftrage des VDI-Technologiezentrum, Berlin 1982, S. 60, Die Studien umfassten zusammen etwa 3.000 Seiten. Ebd. Hamke, S. 67.
- <sup>36</sup> SAVS 4.9-439 Mackintosh Consultants: Technologie- und Markttendenzen in der Uhrenindustrie, Teil A- Technologie und Produktion. Studie im Auftrag der Fraunhofergesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung. Durchgeführt im Rahmen der Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie – BMFT. November 1977, S. 431.
- <sup>37</sup> Ebd. Teil A, S. 411.
- <sup>38</sup> Ebd. Teil A. S. 504/505.
- <sup>39</sup> Ebd. Teil C, S.252–254.
- <sup>40</sup> Ebd.
- <sup>41</sup> Ebd. Teil C, S. 257.

- <sup>42</sup> Ebd. Teil C, S. 262.
- <sup>43</sup> Ebd. Teil C, S. 263.
- <sup>44</sup> Ebd. Teil C, S. 271.
- <sup>45</sup> Ebd. Teil C, S. 285.
- <sup>46</sup> SAVS 4.9-419, Diplom-Volkswirt Peter Töpfer Planung und Beratung, Auswirkungen der Technologie-Entwicklung auf Arbeitsplätze und Unternehmen in der deutschen Uhrenindustrie. Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse. Untersuchung, durchgeführt im Rahmen der Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie – Projekt NT 624 – Rodgau 3 1978. Die Töpferstudie ist ein dreibändiges umfassendes Werk. (Töpferstudie).
- <sup>47</sup> Ebd. S. 15.
- <sup>48</sup> Ebd. S. 14.
- <sup>49</sup> SAVS 4.9-419, Horst Hinz/IG Metall/Vorstand- Abt. Wirtschaft: Uhrenindustrie: Elektronik und Arbeitsplätze. Frankfurt/M. 26.9.1978, S. 5.
- <sup>50</sup> Töpferstudie S. 46, Horst Hinz/IG Metall/Vorstand-Abt. Wirtschaft: Uhrenindustrie: Elektronik und Arbeitsplätze. Frankfurt/M. 26.9.1978, S. 5.
- <sup>51</sup> Ebd. S. 20.
- <sup>52</sup> Ebd. S. 23.
- <sup>53</sup> Horst Hinz, Ebd. S. 9.
- <sup>54</sup> SAVS 4.9-419 Ergebnisprotokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Uhrenindustrie e. V. am 15.2. 1979, um 14.00 Uhr im Hotel Rappen Freudenstadt. S. 4.
- <sup>55</sup> SAVS 5.22 VS 791, Arbeitsamt Villingen-Schwenningen: Strukturbericht 1993. S. 71/72.
- <sup>56</sup> Ebd. S. 24 Bevölkerungsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis (Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen) und im Land Baden-Württemberg.
- <sup>57</sup> Ebd. S. 11.
- <sup>58</sup> Ebd. S. 35.
- <sup>59</sup> Ebd. S. 64.
- <sup>60</sup> Ebd. S. 10.
- <sup>61</sup> Prognos AG (Hrsg.) Untersuchung zur wirtschaftlichen und strukturellen Situation der Stadt Villingen-Schwenningen. Stärken/Schwächen-Analyse, Leitbild und Massnahmenprogramm, im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen. Basel Mai 1990, S. 16, Strukturbericht, S. 43.
- <sup>62</sup> Ebd. S. 16.
- <sup>63</sup> Strukturbericht 1993, S. 37.
- <sup>64</sup> Ebd. S. 40.
- <sup>65</sup> Prognos AG, S. 18.
- <sup>66</sup> Strukturbericht 1993, S. 43.
- <sup>67</sup> Prognos, S. 12.
- <sup>68</sup> Ebd. S. 20.
- <sup>69</sup> Interview mit Erwin Teufel v. 22.4.2014.
- <sup>70</sup> Prognos AG (Hrsg.) Untersuchung zur wirtschaftlichen und strukturellen Situation der Stadt Villingen-Schwenningen. Stärken/Schwächen-Analyse, Leitbild und Massnahmenprogramm, im Auftrag der Stadt Villingen-Schwenningen. Basel Mai 1990.
- <sup>71</sup> Ebd. S. 19.
- <sup>72</sup> Ebd. S. 37.
- <sup>73</sup> Ebd. S. 21.
- <sup>74</sup> Ebd. S. 22.
- <sup>75</sup> Ebd. S. 23.
- <sup>76</sup> Strukturbericht 1993, S. 47.
- <sup>77</sup> Ebd. S. 46.
- <sup>78</sup> Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2012, S. 56.
- <sup>79</sup> Strukturbericht 1993, S. 46.
- <sup>80</sup> Ebd. Tabelle Schulabgänger im Arbeitsamtsbezirk Villingen-Schwenningen, S. 46.
- <sup>81</sup> Interview mit Erwin Teufel v. 22.4.2014.
- <sup>82</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen: Geschäftsbericht 1984–1985–1986, S. 27.
- <sup>83</sup> Badische Zeitung, 17.3.1984, Arbeitnehmer unterstrichen Forderung nach 35-Stunden-Woche. Über 1000 gingen auf die Straße.
- <sup>84</sup> Südkurier v. 17.4.1985, Arbeitszeitverkürzung weitgehend durchgesetzt.
- <sup>85</sup> Südwest-Presse NQ v. 4.7.1985 „Neue Arbeitsplätze geschaffen.“ Badische Zeitung v. 5. Juli 1985. 38,5 – Stunden-Woche schuf Arbeitsplätze.
- <sup>86</sup> Schroeder, Wolfgang und Greef, Samuel: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen nach dem Boom. S. 245 -270. In: Doering-Manteuffel, Anselm/Lutz, Raphael/Schlemmer, Thomas (Hg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom. Göttingen 2016 .S. 261.
- <sup>87</sup> IG Metall Geschäftsbericht 84 – 86, Entschließung v. 10 Mai 1984.
- <sup>88</sup> Südwest Presse NQ v. 2.9.1993, Arbeitsamt legt ernüchternde Bilanz vor/„Spitze“ nur bei Arbeitslosen.
- <sup>89</sup> Strukturbericht 1993. S. 72.
- <sup>90</sup> Pressemitteilungen des Arbeitsamts Villingen-Schwenningen (PM AA) Nr. 61/93 v. 29.10.1993.
- <sup>91</sup> PM AA Nr. 61/93 v. 29.10.1993.
- <sup>92</sup> Südkurier v. 25.11.1992, 'Talsohle noch nicht erreicht'. IG Metall: 3.000 Arbeitsplätze fallen innerhalb weniger Monate in der Region weg.
- <sup>93</sup> Südkurier v. 15.9.1993, Rettung: Gelder fließen zur Alu-Gießerei.
- <sup>94</sup> Interview mit Heinz Freitag v. 17.2.2016.
- <sup>95</sup> Ebd.
- <sup>96</sup> Interview mit Siegfried Reith v. 17.8.2016.
- <sup>97</sup> Südwestpresse v. 18.9.1993 Sorge um Lehrstellen. IG Metall: Firmen produzieren Facharbeitermangel.
- <sup>98</sup> PMAA Nr. 62/94 August 94 v. 5.9.1994, S. 4 u. 5.
- <sup>99</sup> Strukturbericht 1993, S. 85.
- <sup>100</sup> Ebd.
- <sup>101</sup> PM AA Nr. 7/93 v. 4.2.1993, S. 2.
- <sup>102</sup> PM AA Nr. 30/93 v. 3.6.1993.
- <sup>103</sup> PM AA Nr. 36/93 v. 5.7.1993.
- <sup>104</sup> Strukturbericht 1993, S. 83.
- <sup>105</sup> Ebd. S. 79.
- <sup>106</sup> IG Metall Geschäftsbericht 1993-1995, S. 40.
- <sup>107</sup> Ebd.
- <sup>108</sup> Ebd. S. 7.
- <sup>109</sup> IGM Geschäftsbericht 1993-94-95. S. 6.
- <sup>110</sup> IG Metall Geschäftsbericht 1996-99. S. 35.
- <sup>111</sup> Ebd. S. 5/6.
- <sup>112</sup> PMAA, Nr. 56/97 September 1997 v. 6.10.97, S. 3.
- <sup>113</sup> PMAA, Nr. 24/96 März 1996 v. 9.4.1996, S. 4 u. 5.
- <sup>114</sup> PMAA, Nr. 67/95 Oktober 95 v. 6.11.1995, s. 4.
- <sup>115</sup> PMAA, Nr. 77/96 November 1996 v. 4.12.1996, s. 4 u. 5.
- <sup>116</sup> PMAA, Nr. 65/96 September 1996 v. 7.10.1996, S. 3.
- <sup>117</sup> PMAA, Nr. 23/99 März 1999 v. 7. April 1999, s. 4.
- <sup>118</sup> PMAA, Nr. 9/96 Januar 1996 v. 7.2.1996, S. 6.
- <sup>119</sup> PMAA, Nr. 24/96 März 1996 v. 9.4.1996, S. 4 u. 5.
- <sup>120</sup> PMAA, Nr. 59/99.

<sup>121</sup> PMAA, Nr. 39/97 Juni 1997 v. 7.7.1997, S. 3.

<sup>122</sup> Südwestmesse. Villingen-Schwenningen 1950 bis 2008. Ausstellung für Industrie, Handel, Handwerk, Hauswirtschaft und Landwirtschaft. Baufachschau und HausBauPark. Südwest-Messe S. 147 und S. 159.

<sup>123</sup> Ebd. S. 159.

<sup>124</sup> PMAA, Nr. 1/98 Dezember 1997 v. 8.1.1998, S. 4 u. 5.

<sup>125</sup> PMAA, Nr. 49/98 September 1998 v. 5.10.1998 und Nr. 57/98

Oktober 1998 v. 4.11.1998.

<sup>126</sup> PMAA, Nr. 54/99 Juli 1999 v. 4.8.1999, S. 2.

<sup>127</sup> PMAA, Nr. 60/99 August 99 v. 6.9.1999, S. 2.

<sup>128</sup> PMAA, Nr. 84/99 November 1999 v. 6.12.1999, S. 3.

<sup>129</sup> SAVS 1.16 (1996)- 8015/06 Unterlagen zum Prognos-Gutachten von 1990 und Regionaldatenbank des Stat. Landesamts Baden-Württemberg v. 20.4.2017.

<sup>130</sup> Stat. Landesamt 2014.

# Von Bruderschaften in Villingen: Das Antoniter-Huus in der Rietstraße

Wolfgang Bräun



Abb. 1: Alte Ansicht des „Antoniuskeller“ in der Rietstraße, als dieser auch noch als Café von Hermann Schäfer bewirtet wurde.

Villingen. „Mögen Sie Pommes und sind Sie älter als 45...?“ – Dann haben Sie als Villingener die späten 60er Jahre bis 1984 ganz sicher mal die längsten Pommes der Region gegessen...! Denn die gab es nur in der Rietstraße 24, wenn auch nicht aus Riesen-Kartoffeln, dann aber aus Kartoffelmehl, Milch und Wasser und eben aus der Pommes-Presse. Gewirtet wurde im „Antoniuskeller“ von 1912 bis 1984, im Volksmund „AK“ genannt, von Karl und Klaus Faller und zu Anfang mit einem Café und Wein-Restaurant von Hermann Schäfer.

Historisch geht der Name der Wirtschaft zurück auf die einstige Bruderschaft „St. Antoni Eremitae“, gegründet 1457, die von 1503 an bis 1785 nahe dem Franziskaner und dem Riettor hier auch ein Kapelle hatte.

Es war eine Männer-Bruderschaft, wie sie in Villingen gleich mehrfach auftraten und die in religiöser Überzeugung ihrer jeweiligen Gruppe im Franziskaner auch ihre Nebenaltäre pflegten: so die Schmiedeknechte, die Armbrustschützen, die Brüder des Hl. Sebastian und des Hl. Franziskus und die Mannsbilder vom „Leiden Christi“, die sich als Passionsbruderschaft sahen.

**Gefahren.** Im frühen bis späten Mittelalter eben auch eine St.-Antonius-Bruderschaft zu führen, ergab sich meist aus dem Bewusstsein alltäglicher Risiken bei schwerer und gefährlicher Arbeit im Wald, im Steinbruch oder durch Unfälle beim Kirchen- und Hausbau oder in der Landwirtschaft.

In diesem Sinne entstanden viele christliche Bruder- aber auch Schwesternschaften, in denen über Statuten die großen und populären Ordensgemeinschaften nachgeahmt wurden. Meist standen sie unter Aufsicht des lokalen Klerus, hielten Gottesdienste ab, erlegten sich Bußen auf und sorgten sich um Not leidende Brüder, Fremde, Reisende, Schutzlose oder Kranke.

**Sittliches Leben.** Zweck einer Bruderschaft war also, das religiös-sittliche Leben unter den Mitgliedern zu fördern und sich und andere vor geistigen und körperlichen Übeln durch den besonderen Schutz eines Heiligen zu bewahren. Dabei bedurfte es für eine Bruderschaft an allen Orten immer auch der Zustimmung durch die lokalen Kirchenführer. So stellte man sich in der Rietstraße im strengen Glauben unter den besonderen Schutz des Hl. Antonius.

**Schaffner.** Es sei der Bruder Anton Lyasside von Tornier gewesen, der um 1450/60 als Praeceptor und als sogenannter „Schaffner“ eines bereits bestehenden Antoniter-Hauses als Gründer der Villingener Bruderschaft gilt. Auf ihn gehe auch zurück, dass er „den Brüdern ex speciali privilegio“ erlaubte, das „Tau“ zu tragen, das griechische T – als ein Bruderschaft-Abzeichen mit silbernem Glöcklein. Grad so, wie zahlreiche Darstellungen den Hl. Antonius zeigen, dessen Wanderstab am oberen Ende zum „T“ geformt war und an dem ein Glöcklein hing.

**Antoniusfeuer.** Zwischen 1336 und 1360 wird erstmals „der herren hus von sant Antonien“ in Villingen erwähnt. Es diente als „Terminier-Haus“, von wo aus die Beauftragten des Ordens ihre Sammel- und Bettelreisen für ihren caritativen Dienst unternahm. Es ist wohl anzunehmen, dass in der Rietstraße lange Zeit auch Befallene des „Antonius-Feuers“\* gepflegt wurden, was als eine der Hauptaufgaben des Ordens galt.



Abb. 2: Frühe mittelalterliche Stadtansicht mit nummerierten Standorten wichtiger Gebäude: die No 9, das Antoniterhaus, gleich beim Riettor.

In Villingen starb der letzte Schaffner 1545, der als „Weltpriester“ die Kranken-Gottesdienste versehen und die Antonius-Bruderschaft betreut hatte. In der Folgezeit unterstand das Antoniter-Haus in Villingen als eine von „zwölf Balleien“ im Bistum Konstanz der General-Präzeptorei Freiburg.

**Kapelle.** Die Antonius-Kapelle mit den weiteren Gebäuden ging schließlich in Besitz und Eigentum

der Bruderschaft über und wurde von weltlichen Pflegern verwaltet.

Nach den Zerstörungen durch die Belagerung 1633 und auch 70 Jahre später, als 2.000 Kugeln aus Tallards Kanonen nicht nur das Franziskaner-Kloster trafen, sondern auch das Kloster „wahrlich zu einem Trümmerhaufen“ machten, setzte sich im Juli 1704 jedoch selbst Prinz Eugen vor Ort für einen Wiederaufbau ein.

Es war 1723 als man das Kirchlein „in Ehrenstand gebracht“, was auch der Initiative des Pfarr-Rektors Rieger und einem Cyprian Winterhalter zuzuschreiben war. Den Hochaltar schmückte damals das Standbild des St. Anton, eine Skulptur des Meisters Johann Anton Hops.

**Blick zum Tau.** Die Bruderschaft wurde jedoch schon 1785 aufgehoben und die Kapelle wurde profaniert. Seit dem Umbau des sog. Antoni-Hauses 1964 ist der ehemalige Scheitelstein des Torbogens

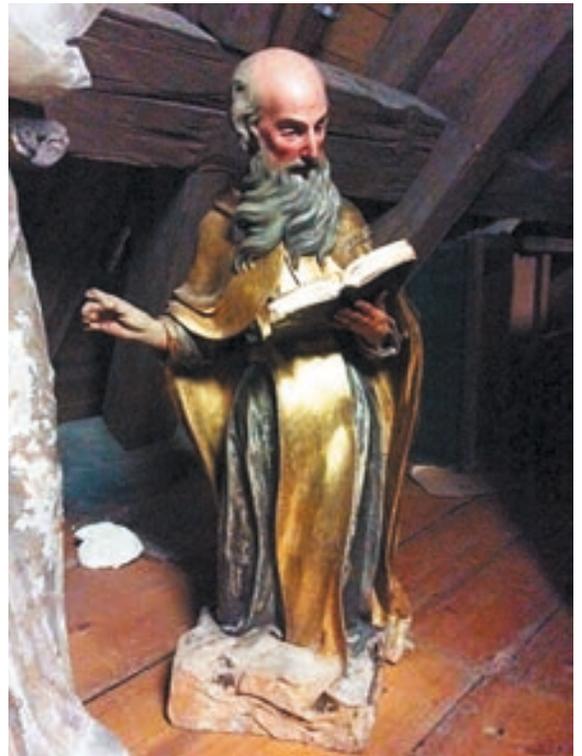


Abb. 3: Statue des Heiligen Antonius Eremita von Johann Anton Hops: Die Statue trug ursprünglich an seinem Stab in der Linken das Bruderschaftsabzeichen, des griechischen T mit zwei Glöcklein.



Abb. 4: Bruderschaftszeichen im Vorderhaus des früheren „AK“: das „Tau“ aus 1503.

mit der Jahreszahl „15-T-03“ offenkundig in den Treppenaufgang an der Rietstraße versetzt worden, und, wie bei Revellio 1964 nachzulesen, wurden

im Hinterhaus „auf einem Kämpfer ruhende Ansätze eines gotischen Kreuzgewölbes mit Schildbogen und Diagonal-Rippen festgestellt“.

Anmerkungen:

Bildunterschriften:

Abb. 1: Alte Ansicht des „Antoniuskeller“ in der Rietstraße, als dieser auch noch als Café von Hermann Schäfer bewirtet wurde.

Abb. 2: Frühe mittelalterliche Stadtansicht mit nummerierten Standorten wichtiger Gebäude: die No 9, das Antoniterhaus, gleich beim Riettor.

Abb. 3: Statue des Heiligen Antonius Eremita von Johann Anton Hops: Die Statue trug ursprünglich an seinem Stab in der Linken das Bruderschaftsabzeichen, des griechischen T mit zwei Glöcklein.

Abb. 4: Bruderschaftszeichen im Vorderhaus des früheren „AK“: das „Tau“ aus 1503.

Bilder/Repros: Bräun

### Das Antoniusfeuer,

auch Heiliges Feuer genannt, galt bis ins ins 17. Jahrhundert als ansteckende Krankheit. Erst danach erkannte man, dass es sich um die Folgen einer Pilz-Vergiftung handelte, ausgelöst durch einen später als „Mutterkorn“ benannten Pflanzenschädling. Ein Pilz nistete sich in den Roggenähren ein und war besonders kurz vor der Ernte äußerst giftig und bereits in kleine Mengen tödlich. Erst nach drei Monaten erheblicher Beschwerden hatt die hochgiftige Wirkung nachgelassen. Eine wahre Epidemie trat besonders nach Hungerperioden auf, wenn frisch geernteter Roggen sofort verzehrt wurde. Besondere Bedeutung erlangte der Heilige Antonius Eremita als „Heiler vom Heiligen Feuer“, der seiner Legende nach auch wegen dieser Krankheit konsultiert wurde. Nach ihm wurde die Krankheit bald Antoniusfeuer genannt.

# Das Antoniusfeuer.

## Die Geschichte einer vergessenen Krankheit

Hans Georg Enzenroß

Colmar, das unter den großen Kriegen der älteren und jüngeren Vergangenheit vergleichsweise wenig gelitten hat, ist Ziel vieler Besucher. Sie alle besichtigen die schöne Altstadt mit ihren Fachwerkbauten, das Gerberviertel und die Dominikanerkirche mit Martin Schongauers Madonna im Rosenhag. Die meisten aber kommen wegen des Isenheimer Altars, entstanden zwischen 1512 und 1516, jenem grandiosen Kunstwerk des 1528 in Halle verstorbenen Mainzer Hofmalers Mathis Neithart Gothart, den alle Welt unter dem Namen Matthias Grünewald kennt. So auch die Mitglieder des Villingener Geschichts- und Heimatvereins



Abb. 1: Matthias Grünewald, *Die Versuchung des Heiligen Antonius*, Bildausschnitt Isenheimer Altar (1512/1516), Colmar.

bei ihrem Tagesausflug zum Colmarer Unterlindenmuseum. Bei der Betrachtung des Altars wird ihnen nicht entgangen sein, dass auf der Tafel, die die Versuchungen des Heiligen Antonius zum Thema hat, in der linken unteren Ecke eine Figur vorkommt, die nicht so recht zu den übrigen, sehr lebhaften, surrealistischen Wesen zu passen scheint. Das Gesicht ist verfärbt und leidend, die Arme verdorrt und die Füße flossenartig verändert, der Leib ist aufgetrieben und von zahlreichen, mißfarbenen Abszessen bedeckt. (Abb. 1) Nach langen kunst- und medizinhistorischen Diskussionen ist man heute der Meinung, dass Grünewald hier eindrucksvoll die Symptome einer Krankheit dargestellt hat, die im Mittelalter epidemisch auftrat, zahllose Opfer forderte, und die wegen ihrer unerträglichen, brennenden Schmerzen als Antoniusfeuer bezeichnet wurde.<sup>1</sup> So führen uns die Gemälde des Altars nicht nur in die Welt des Glaubens, sondern auch in ein Kapitel der Medizingeschichte.

Der Altar ist ein Auftragswerk der Antoniter von Isenheim unter ihrem damaligen Präzeptor Guido Guersi, einem Italiener, für deren dortige Klosterkirche. Der sicher vereinbarte Vertrag oder etwaige Entwürfe des Malers sind leider nicht überliefert. Nur die Kirche St. Michael und das Präzeptorat erinnern heute noch in dem kleinen elsässischen Städtchen, 20 km südlich von Colmar, an das ehemals bedeutende Kloster der Antoniter. Der Antoniterorden war als Laienbruderschaft 1095 von einem französischen Adligen im heutigen Saint Antoine de L'Abbaye, nahe Grenoble, gegründet und bald vom Papst als geistlicher Orden anerkannt worden. Der Adlige hatte gelobt, sich mit seinem ganzen Vermögen der Pflege der vom höllischen Feuer Befallenen zu widmen, sollte sein erkrankter Sohn von dem Leiden geheilt werden. Die tatsächlich eintretende Heilung wurde der



Abb. 2: Francisco de Zurbarán (1598–1664) Der Heilige Antonius, Palazzo Pitti, Florenz.

Fürbitte des Heiligen Antonius zugeschrieben, den man zum Schutzheiligen der am Antoniusfeuer Erkrankten auserkoren hatte. (Abb. 2) Dessen Reliquien waren 1070 als Geschenk des byzantinischen Kaisers Romanus IV an einen Grafen der Dauphine für geleistete militärische Dienste nach Saint Antoine de L'Abbaye gekommen, wo sie nach einer Odyssee von Ägypten über Byzanz eine neue Ruhestätte fanden. Bald strömten ganze Pilgerzüge in den kleinen Ort in der Dauphiné. Es entstand am Wallfahrtsort neben dem Kloster ein Spital, um die zahlreichen Kranken zu versorgen. Der Heilige Antonius, der Schutzpatron des Ordens, stammt aus dem ägyptischen Dorf Qeman und ist zwischen 250 und 260 n. Chr. geboren.<sup>2</sup> Nach dem Tod seiner Eltern verschenkte er sein gesamtes Erbe an die Armen und zog sich in die Einsamkeit der Wüste zurück. Sein Leben als Eremit in der Thebaischen Wüste und sein Kampf gegen Dämonen, die ihn in vielfacher Gestalt bedrängten, ist uns von Athanasius, Erzbischof von Alexandria

und ein Zeitgenosse des Heiligen, überliefert. Nach einem langen Leben starb er im Jahre 356 n. Chr. Sein Ruhm als Wundertäter überstrahlte bald den aller anderen Heiligen, er wurde überall verehrt, und es entstanden zahlreiche Niederlassungen des Ordens, vor allem in Frankreich, viele mit einem angegliederten Spital. Da sich diese Spitäler ausschließlich der Behandlung des Antoniusfeuers widmeten, darf man sie als die ersten Spezialkrankenhäuser der Medizingeschichte betrachten. Dieses erstaunlich modern anmutende Konzept hatte zur Folge, dass sich die Klostermediziner große Erfahrung mit dieser Erkrankung erwarben und sie beachtliche Erfolge bei ihrer Behandlung erzielten. Das Ansehen und auch das Vermögen des Antoniterordens wuchs, und zu Ende des Mittelalters gab es in Westeuropa, vor allem in Frankreich, etwa 300 Niederlassungen des Ordens. Viele dieser Niederlassungen, wahrscheinlich auch die in der Villinger Rietstrasse, dienten als Stützpunkte, von denen aus der Orden seine zuweilen aggressive Almosengeschäftigkeit betrieb. So waren sie nicht überall beliebt, die nahende Reformation verstärkte die zunehmende Abneigung gegenüber dem Orden. In einem Spottgedicht aus dieser Zeit, das zwar nicht von Martin Luther stammt, aber in einem seiner Bücher überliefert wurde, heißt es unter anderem über die Antoniter: „*Anthoni herrn man dise nennt / in alle landt man si wol kennt / das macht ihr stets terminiren / das arm volck sie schentlich verführen / mit trauung sanct Anthoni Peyn / Bettlen ser, auch lerns ire schwein / Schwartz, darauf blaw creutz, ist ir kleyd / Sind alle Buben, schwer ich ein eyd.*“<sup>3</sup> Heute gibt es die Antoniter nicht mehr. Mit der Entdeckung der Ursache des Antoniusfeuers im 17. Jahrhundert und entsprechenden Massnahmen ging die Häufigkeit der Erkrankung merklich zurück, und der Orden verlor an Bedeutung. Durch päpstliches Dekret wurden die letzten 33 in Deutschland verbliebenen Häuser 1777 in den Malteserorden überführt, die Klöster Köln und Höchst, die sich als einzige in Deutschland dem Dekret widersetzt hatten, wurden 1803 säkularisiert.

Neben der elenden Gestalt auf dem erwähnten Tafelbild des Isenheimer Altars begegnen uns die



Abb. 3: Hieronymus Bosch, Ausschnitt aus *Das Jüngste Gericht* (um 1500), Wien.

Opfer des Antoniusfeuers auf vielen Bildern und Holzschnitten des Mittelalters, am häufigsten und eindringlichsten auf denen des Hieronymus Bosch (um 1450–1516), der wie kaum ein Maler die Jenseitsphantasien seiner Zeit sichtbar gemacht hat. In seinen Höllenvisionen des „Jüngsten Gerichts“ (Wien), entstanden um 1500, sehen wir eine Gestalt vor einem Feuer sitzen, die einen Menschen am Röstspieß dreht und mit einer Schöpfkelle begießt. (Abb. 3) Auch in ihrer Bekleidung mit einem schwarzen Umhang in der Art einer Gugel<sup>4</sup> erinnert uns die Gestalt an die von Grünewald auf seinem Isenheimer Altar: schwarz verfärbte Unterschenkel und Füße, ebensolche Arme und Hände, Verkümmern der Muskulatur an den oberen und unteren Extremitäten, aufgetriebener Leib und eitrigte Hautblasen. Die Übereinstimmung mit dem Grünewaldschen Dämon ist evident. Bosch hat hier nicht nur die sichtbaren Veränderungen der Mutterkornvergiftung dargestellt, sondern mit dem Menschen am Grillspieß auch die Höllenqualen, die diese Krankheit bereitet. In seinem Bild „Die Versuchung des Heiligen



Abb. 4: Hieronymus Bosch, Ausschnitt aus *Die Versuchung des Heiligen Antonius* (zw. 1495 und 1515), Lissabon.

Antonius „(1505/1510, Lissabon) fällt uns ein Mann mit rotem Rock und hohem, schwarzen Hut auf, der einen abgetrennten Unterschenkel auf einem weißen Tuch vor sich liegen hat, daneben, fast in Bildmitte, ein offenbar blinder Mann, umhängend eine Drehleier, der auf einer hölzernen Gehhilfe dem Heiligen zustrebt. Der fehlende Unterschenkel weist ihn als ein Opfer des Antoniusfeuers aus, der immerhin die Krankheit überlebt hat. (Abb. 4) Auch bei Pieter Brueghel d.Ä. (um 1525–1569)



Abb. 5: Pieter Brueghel d.Ä. *Die Krüppel* (1568), Paris.

finden wir Verkrüppelte, so in seinen Bildern „Die Krüppel“ (Abb. 5) und „Kampf zwischen Karneval und Fastenzeit“, wo wir neben zahlreichen Menschen mit fehlenden Extremitäten eine Bettlerin mit ihrem Sohn erkennen, der beide Unterschenkel verloren hat. (Abb. 6) Zahlreiche Gemälde, Holzschnitte und Zeichnungen könnten die wenigen Beispiele ergänzen.

Bei der medizinischen Literatur dieser Zeit steht man vor der Schwierigkeit, dass die Erkrankung mit zahllosen anderen Namen bezeichnet wird, neben Antoniusfeuer finden wir Namen wie ignis sacer, ignis gehennae, ignis invisibilis, ignis persicus, heisser Brand, esthiomenus, pruna, mal des ardents, um nur die gebräuchlichsten zu nennen. Immerhin weisen die meisten auf das Feuer hin, das als Synonym für die unerträglichen Schmerzen und die Höllenqualen steht. In dieser Vielzahl von Begriffen drückt sich aus, dass der Arzt jener Zeit ein Beobachter und Beschreiber einzelner Symptome war, sein Ziel war damals noch nicht die Erforschung ätiologischer Zusammenhänge. Aus den zahlreichen Berichten über abgelaufene Epidemien, hauptsächlich aus Frankreich, können wir uns ein Bild von der Krankheit und dem Leiden der Betroffenen machen. Die Beschwerden betrafen vor allem die Arme und Beine, die zunächst kraftlos wurden und die,

vor allem bei Belastung, stark schmerzten. Die Muskulatur wurde schwächig, verschwand langsam, die Haut wurde blass, später schwarz und pergamentartig als Zeichen des Gewebsunterganges. Diese Veränderungen betrafen vor allem die peripheren Gebiete, Zehen und Finger, aber auch Hände, Füße, Unterschenkel und Unterarme. Wenn sich das absterbende Gewebe nicht infizierte, also von

Bakterien befallen wurde, mumifizierte es und fiel entweder von selbst ab oder wurde von Wundärzten amputiert, was wegen der ebenfalls abgestorbenen Schmerzrezeptoren und Nervenbahnen relativ schmerzarm geschehen konnte. Wie dies vor sich ging, erfahren wir aus dem „Feldtbuch der wundtartzney“ des Hans von Gersdorff, das 1517 in deutscher Sprache in Straßburg erschienen ist.<sup>5</sup> In dem Kapitel „Von der Abschneydung“ lesen wir, dass der Patient vor dem Eingriff gebeichtet und das Sakrament empfangen haben sollte, der Chirurg zumindest die Messe gehört haben, „so gibt jm got glück zu seiner würkung“. Die Einzelheiten des chirurgischen Vorgehens sollen hier übergangen werden. Sehr viel häufiger wird es jedoch zu einer Infektion des abgestorbenen Gewebes gekommen sein mit darauffolgender Sepsis und zur damaligen Zeit dem sicheren Tod des Patienten. Auch die inneren Organe, hier vor allem der Darm, konnten befallen sein. Die Kranken hatten den Eindruck, dass „...ein inneres Feuer ihre Eingeweide verzehre.“ Eine der Folgen war dabei die Entwicklung einer Bauchwassersucht mit aufgetriebenem Leib. Neben dieser Form des Antoniusfeuers kennen wir noch eine solche, bei der das Zentralnervensystem befallen wird. Die Patienten klagten am häufigsten über Mißempfindungen an Armen und Beinen. Sie



Abb. 6: Pieter Brueghel d. Ä. Bildausschnitt aus „Kampf zwischen Karneval und Fastenzeit“ (1568), Wien. Auf der rechten unteren Bildseite ist eine Bettlerin mit ihrem Sohn zu sehen, der beide Unterschenkel verloren hat. Links oben findet man mehrere Menschen mit fehlenden Extremitäten.



Abb. 7: Sklerotien (Mutterkorn) in Roggengetreide.

werden als Ameisenlaufen oder Kriebeln beschrieben, daher auch die Bezeichnung Kriebelkrankheit. Die auffallendste Störung ist ein Krampfanfall, der oft von einer Epilepsie nicht zu unterscheiden ist. Hauptsächlich die Beugemuskulatur ist betroffen, die Muskeln sind bretthart gespannt, der Anfall ist mit stärksten Schmerzen verbunden.

Erstmals im 17. Jahrhundert wurde eine in der Sologne, einem sumpfigen Gebiet südlich von Orleans, auftretende Antoniusfeuerepidemie mit durch Mutterkorn verunreinigtem Getreide in Verbindung gebracht.<sup>6</sup> Das Getreide bestand zu einem erheblichen Teil aus Mutterkorn, das wegen seiner dunklen Färbung gut erkennbar war. Vor allem Roggen war befallen, (Abb. 7) und da Roggen das Getreide der Armen und Ärmsten war, waren diese am meisten betroffen. Die damals gemachten Beobachtungen hatten zur Folge, dass man sich bemühte, durch verbesserte Reinigung das Mutterkorn aus dem Getreide zu entfernen. Auch die Agrartechniken wurden verbessert, etwa durch bessere Drainage der Felder. Trotz allem kam es im 18. Jahrhundert, vor allem in Frankreich, zu mehreren Epidemien. Auch in Deutschland traten Krankheitsfälle auf, hier seltsamerweise fast nur solche mit Befall des Zentralnervensystems. Die letzte große Epidemie des Ergotismus convulsivus in Deutschland ereignete sich 1879 in Hessen in der Gegend von Frankenberg, charakteristischerweise wie alle Ergotismus-Epidemien im Herbst, wenn das neue Korn vermahlen und

verbacken wird.<sup>7</sup> Selbst im 20. Jahrhundert traten noch vereinzelt Epidemien auf. Immer wieder sollen solche in Rußland vorgekommen sein, eine größere 1927 in der Gegend von Kasan, einer Stadt an der Wolga. Ob es sich 1951 bei den rätselhaften Krankheitsfällen in Pont-Saint-Espirit (Provence) um eine Ergotismus-convulsivus-Epidemie durch vergiftetes Brot gehandelt hat, ist bis heute nicht zweifelsfrei geklärt.

Das Mutterkorn des Roggens ist das Dauerstadium des Schlauchpilzes *Claviceps purpurea*, der auch auf anderen Süßgräsern wächst, es stellt die Überwinterungsform des Pilzes dar. Das als Sklerotium bezeichnete Mutterkorn wirkt als übergroßes Getreidekorn, das sich aus den Spelzen der Ähre hervordrängt. Gefärbt ist es hell- bis violettbraun (Abb. 8) Wird der Roggen reif, fallen die Sklerotien zu Boden und bleiben über Winter dort liegen. Im Frühjahr, wenn die Witterung warm und feucht ist, beginnen sie zu keimen. Zur Keimung ist eine vorübergehende kalte Periode erforderlich. Die keimenden Sklerotien bilden Sporen, die bei warmer und feuchter Witterung als feine Wolke in die Luft geschleudert werden und durch den Wind, aber auch durch Insekten, auf die



Abb. 8: Sklerotium (Mutterkorn) des *claviceps purpurea* in einer Roggenähre.

Narben der Roggenblüten getragen werden. Die Sporen bilden auf den feuchten Blütennarben ein Pilzgeflecht aus, aus dem sich die bereits beschriebenen Sklerotien entwickeln. Dies ist in groben Zügen der Entwicklungszyklus des Pilzes.

Die Sklerotien enthalten eine Vielzahl an Substanzen, für unsere Geschichte ist von Bedeutung ihr Gehalt an sogenannten Alkaloiden, Abkömmlingen der Lysergsäure und allesamt eng miteinander verwandt. Etwa 80 verschiedene Alkaloide sind im Mutterkorn enthalten. Am bekanntesten sind Ergotamin, Ergometrin und Ergotoxin. In richtiger Dosierung werden diese Alkaloide auch als Medikamente verwendet, so vor allen Dingen in der Geburtshilfe zur Wehenauslösung und zur Blutstillung bei nach der Geburt auftretenden Gebärmutterblutungen. Auch in der Migränebehandlung werden sie eingesetzt. Die Substanzen wirken auf die sogenannte glatte Muskulatur, die auch in den Gefässwänden vorhanden ist und hier die Weite der Gefäße reguliert. Die Alkaloide verengen die Gefäße und vermindern so die Durchblutung des Gewebes. Wirkt die Substanz lange genug ein, stirbt das Gewebe auf Grund des chronischen Sauerstoffmangels ab und es kommt zu den oben geschilderten Erscheinungen. Schwieriger wird die Erklärung der Wirkung auf das Zentralnervensystem. Vielleicht hilft hier das Wissen weiter, dass einer der Abkömmlinge der Lysergsäure, das Halluzinogen LSD (Lysergsäurediäthylamid) bis auf eine Seitenkette die gleiche Strukturformel hat wie Ergotamin und Ergometrin. Das Vorkommen psychotischer Symptome wird zumindest verständlicher.

Ergotamin wurde als erstes reines Mutterkornalkaloid 1918 von dem bei der Firma Sandoz arbeitenden Schweizer Biochemiker Arthur Stoll (1887–1971) isoliert. Die Synthese von Lysergsäurediäthylamid (LSD) gelang dem Schweizer Chemiker Albert Hofmann (1906–2008), ebenfalls bei Sandoz, im Jahre 1943 bei seinen Forschungsarbeiten über die Secale – Alkaloide, deren natürliche Substanzen er als Ausgangsmaterial und Vorlage für die synthetische Herstellung von neuen Arzneimitteln benutzte. In einem Selbstversuch nahm er am 19. April 1943 in seinem Labor in

Basel eine, wie sich später herausstellte, sehr hohe Dosis von LSD ein. Unter schwersten Halluzinationen erreichte er mit Mühe auf seinem Fahrrad sein Zuhause, wo ihm, neben anderen Erscheinungen, seine Nachbarin als „...böartige, heimtückische Hexe...“ erschien.<sup>8</sup> Von den Anhängern des LSD wurde später der 19. April als „Bicycle day“ gefeiert. 1949 wurde LSD erstmals als Medikament von der Firma Sandoz in den Handel gebracht. Als sog. Psychotomimetikum diente es auch Psychiatern dazu, sich im Selbstversuch in die vermeintliche Welt ihrer psychotischen Patienten zu versetzen, insbesondere beim Krankheitsbild der Schizophrenie. Umstritten ist der Einsatz von LSD als Medikament in der Psychiatrie bis heute, gänzlich abzulehnen sind Überlegungen, LSD als chemische Waffe bei Geheimdienstaktionen zur Bewußtseinsveränderung der handelnden Personen einzusetzen. Anfang der 1950er Jahre, zu Beginn des Kalten Krieges, sollen hierzu in den USA Versuche an Freiwilligen, aber auch an Menschen, die nicht gefragt wurden, durchgeführt worden sein.<sup>9</sup>

Vor Alkaloiden im Brotgetreide brauchen wir uns heute nicht mehr zu fürchten. Die moderne Landwirtschaft verwendet Getreidesaatgut, das reichlich Pollen ausbildet, die zur Zeit der Blüte die Fruchtkörper besetzen und den Sporen des Schlauchpilzes keinen Platz lassen. Außerdem hat man pilzresistente Getreidesorten entwickelt. Die Feldränder werden vor der Getreideblüte vorsorglich gemäht, um dort pilzbefallene Gräser zu entfernen und einen Befall von hier aus zu verhindern. Auch die Oberflächenbearbeitung der Äcker, wie zum Beispiel das Unterpflügen der abgefallenen Sklerotien in grössere Tiefe dient der Vorsorge. In den Mühlen schließlich wird das Getreide von Sklerotien und anderen Fremdkörpern gereinigt. In den modernen, computergesteuerten Großmühlen ist der Sicherheitsstandard hoch. Das Getreide läuft über verschieden weite Siebe, um abschliessend einen Farbscanner zu passieren, wo das noch im Getreidestrom verbliebene, dunkel gefärbte Mutterkorn erkannt und wenig später durch einen Luftstoß, zusammen mit einem geringen Anteil normaler Getreidekörner, eliminiert wird. Als

Letztes erfolgt eine chemische Untersuchung des Mehls, ob die festgelegten Grenzwerte für Mutterkornalkaloide eingehalten wurden.

In älteren populären medizinischen Darstellungen des Mittelalters wird gern auf die großen gesundheitlichen Probleme der mittelalterlichen Gesellschaft hingewiesen: mangelnde Hygiene vor allem in den Städten, die Vernachlässigung des Körpers, die großen Seuchen und Hungersnöte oder die theoretische und praktische Unzulänglichkeit der mittelalterlichen Medizin. Inzwischen hat sich die Medizingeschichtsschreibung von Vorurteilen dieser Art gelöst und begonnen, auch das Mittelalter sachlicher zu schildern. Gesundheit war, trotz aller Jenseitsbezogenheit, auch für den mittelalterlichen Menschen ein gottgeschenktes Gut von hohem diesseitigen Wert. Sie galt ihm, nach Glaube und Hoffnung auf ein seliges Leben nach dem Tode, sicher ebensoviel wie Familie, städtische oder ländliche Gemeinschaft, Essen und Trinken, Kleidung und Arbeit.<sup>10</sup> Und so sehen wir, ausgehend vom Isenheimer Altar, vor dem zahllose Pilger und Kranke Gesundheit erlebten, beim Gang durch die Geschichte des Antoniusfeuers, wie genaue Beobachtung und logische Schlußfolgerungen zur Aufdeckung der Ursache dieser Erkrankung, zu Vorsorge, Behandlung und endlich deren Verschwinden führte. Schließlich fanden die Alkaloide des Mutterkorns sogar noch Eingang in die Schulmedizin. Die Verursacher des Antoniusfeuers erwiesen sich bei richtiger Dosierung auch als Träger von therapeutisch wertvollen pharmakologischen Eigenschaften, ein Giftprodukt hat sich in eine reiche Fundgrube von Heilmitteln gewandelt, sicher ganz im Sinn und Geist des gütigen Helfers der Mutterkorn-Opfer, des Heiligen Antonius.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Beim Antoniusfeuer handelt es sich um eine Vergiftung durch Mutterkornalkaloide, die zu Durchblutungsstörungen vor allem der Extremitäten führt. Sichtbar wird diese an der Vermächtigung der Muskulatur, pergamentartiger Veränderung der Haut und dem Absterben von Gewebe. Die Einwirkung auf die inneren Organe hat eine Bauchwassersucht zur Folge, erkennbar am aufgetriebenen Leib. Abszesse sind Zeichen einer Sepsis. Alle diese Symptome sind auf dem Gemälde zu sehen. Die psychotischen Symptome sind vielleicht am Gesichtsausdruck ablesbar.

<sup>2</sup> Der Schutzpatron der Antoniter, der Heilige Antonius (der Große), ist nicht zu verwechseln mit dem Heiligen Antonius von Padua, der um 1190 in Lissabon geboren wurde. Wilhelm Busch hat es in seiner Bildergeschichte „Der Heilige Antonius von Padua“ mit der Unterscheidung nicht so genau genommen, ob aus Unwissenheit oder künstlerischer Freiheit, weiß man nicht. Motive der Bildergeschichte scheinen eher dem Leben von Antonius dem Großen entnommen, auch das im letzten Kapitel erscheinende Schwein, das stets mit den Antonitern in Verbindung gebracht wird, verweist auf den in Ägypten geborenen Heiligen. In den letzten Versen bitten Heiliger und Schwein um Einlass in den Himmel, der ihnen auch gewährt wird. „Willkommen! Gehet ein in Frieden. Hier wird kein Freund vom Freund geschieden. Es kommt so manches Schaf hinein, Warum nicht auch ein braves Schwein.“ Der Verleger der Bildergeschichte, Moritz Schauenburg, wurde 1870/71 in Offenburg wegen „Herabwürdigung der Religion und Erregung öffentlichen Ärgernisses durch unzüchtige Schriften“ angeklagt, aber freigesprochen. Wilhelm Busch soll diese Wertung seines Gedichtes persönlich sehr getroffen haben.

<sup>3</sup> Die Erwähnung der Schweine beruht darauf, dass es den Antonitern als einzigem Orden erlaubt war, Schweinezucht zu betreiben (Antoniussschweine), die frei in den Städten herumliefen und deren Ernährung der öffentlichen Mildtätigkeit anheim gestellt blieb, bevor sie im Herbst wieder eingefangen wurden. In der Kunst wird der Hl. Antonius daher fast immer mit einem Schwein dargestellt.

<sup>4</sup> Gugel, mittelalterliche Kopfbedeckung, die auch die Schultern bedeckte.

<sup>5</sup> Hans von Gersdorff, Feldtbuch der wundtartzney, Nachdruck der Erstausgabe, Straßburg 1517. Darmstadt 1967.

<sup>6</sup> Dodart, Lettre de M. Dodart, de l'Academie Royale des Sciences, a l'Auteur du Journal, contenant des choses remarquables, touchant quelques grains. Journal des Scavans de l'An 1676. Amsterdam 1766, 79–85.

<sup>7</sup> Siemens, Fritz, Psychosen beim Ergotismus. Arch.f.Psychiat.u. Nervenkrankh. 11 (1881) 108–116, 367–390

<sup>8</sup> Zitiert aus Wolfgang Schmidbauer, Jürgen vom Scheidt, Handbuch der Rauschdrogen, Fischer, Frankfurt a.Main, 2004

<sup>9</sup> Marlon Kuzmick, in Peter Knight Hrsg. Conspiracy Theories in American History. An Encyclopedia. Bd 2. ABC Clio, Santa Barbara/ Denver/ London 2003, S. 447).

<sup>10</sup> Wolfgang U. Eckart, Geschichte der Medizin, Springer Verlag Berlin, Heidelberg, New York. 4. Aufl., 2000.

weitere verwendete Literatur:

Veit Harald Bauer, Das Antonius-Feuer in Kunst und Medizin, Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH, 1973.

Heinrich Schipperges, Die Kranken im Mittelalter, Lizenzausgabe der C.H.Beck schen Verlagsbuchhandlung, München für die Historische Buchgemeinschaft Reinhard Mohn GmbH, Gütersloh, 1990.

#### Bildnachweise:

Bilder 1–6 stammen aus <https://commons.wikimedia.org>. Sie sind gemeinfrei.

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roggen mit Mutterkorn.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roggen_mit_Mutterkorn.jpg). Autor Burgkirsch at german wikipedia.

Bilder 7 und 8 stammen aus [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mutterkorn 090719.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mutterkorn_090719.jpg). Autor R. Alten-kamp, Berlin.

Als im Villinger Westen noch gefischt wurde:

## Vom Damm und dem Neuen Weiher am Sachsenwäldle

Ober-Forstdirektor Rodenwaldt dachte 1976 noch an Wasser-Erholung am Stadtrand

Wolfgang Bräun

Bei Berufen in der Vergangenheit kann man an vieles denken, an Stadt- und Tor-Knechte, an Zapfenwirte und Wein-Kontrolleure, an Ziegelherren oder auch an Schwarz-(Brot)-Bäcker. Dass es in Villingen jedoch mal Berufsfischer gab, wie den Mathias Riegger, das hätte selbst der gebürtige Villinger mit Historien-Ambitionen nicht gedacht.

Fischer Riegger kam nun aber nicht seiner aufrichtigen berufsständischen Haltung wegen in die Annalen, vielmehr wurde er 1683 „eingetümt“ und wenige Tage später noch mit einer sehr hohen Geldstrafe von 50 Gulden belegt.

Denn seine Straftat hatte mit dem Neuen Weiher ganz im Westen der Stadt zu tun. Dort, wo der Warenbach noch heute fließt und dieser einst mit einem vier Meter hohen Damm zu einem „Weiher mit ziemlich großer Ausdehnung“ aufgestaut wurde.

**Säge-Kanal.** Das muss zwei, drei Jahrzehnte vor 1630 gewesen sein, als die Chronik der Ratsprotokolle erstmals als Ortsangabe „bey dem neuen weyer“ nennt. Weil sich das Warenbachtal etwa auf Höhe der einstigen Burg Runstal stark verengt, sollte der Damm das Wasser auch über einen Kanal mit leichtem Gefälle auf die linke Talseite führen, wo eine kleinere Sägerei auf die Wasserkraft wartete; dort, wo heute die Schleife-Kapelle gleich beim Sachsenwäldle steht.

**Neuer Weiher.** In Ratsprotokollen jener Zeit wird der Neue Weiher als „gezogen“ erwähnt, in dem dann auch gefischt werden durfte (1610). Und so lieferten die Fischer des 17. Jahrhunderts ihre Fänge wohl am liebsten bei ihren Stammkunden ab, weil sie dort zum jeweils aktuellen Tagespreis wohl auch noch ein Trinkgeld erhielten.

Die Fische, so sie denn im Neuen Weiher gefangen wurden, sollten jedoch eher auf dem Markt angeboten werden: „Karpfen das Pfund für sechs Kreuzer, die anderen nach Gestalt der Sache“.

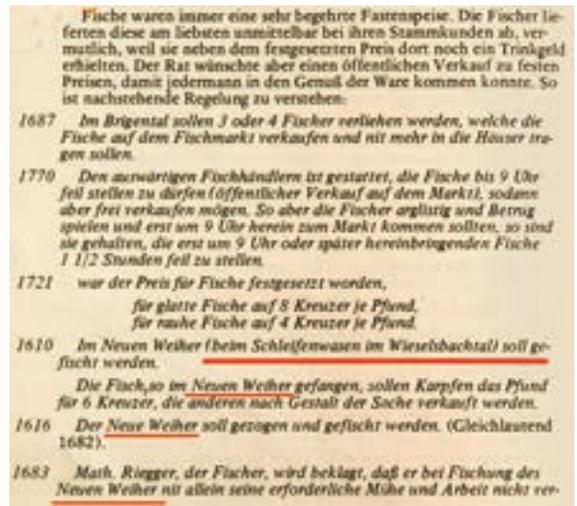


Abb. 1: lfd. Jahresdaten aus: Rodenwaldt, Ulrich; Das Leben im alten Villingen.

Daran nun hatte sich dieser Mathias Riegger, wenn auch deutlich später nach 1610 nicht halten wollen.

So wurde er „beklagt, dass er bei Fischung nicht all seine erforderliche Mühe und Arbeit verrichtete, sondern ganz untreu sich gezeigt habe, indem er eine große Anzahl Fische für sich und seinen eigenen Weiher behalten habe...“.

Und dies obwohl der Weiher im Eigentum der Stadt stand.

**Glatte Fische.** Zu den damals üblichen Preisen für den Wochenmarkt, die der Rat bestimmte, wird Jahre für 1721 vermerkt: „... der Preis für Fische gilt für glatte Fische auf 8 Kreuzer je Pfund, für rauhe Fische auf 4 Kreuzer je Pfund“.

So wünschte der Rat der Stadt einen öffentlichen Verkauf zu festen Preisen, damit jedermann in den Genuss der Ware kommen konnte. Nicht nur zur Fastenzeit.

Nachdem der benannte Damm 1740 durchstochen wurde, brach man auch die Säge im Jahre 1879 ab und verlegte sie vor das Riettor bei der

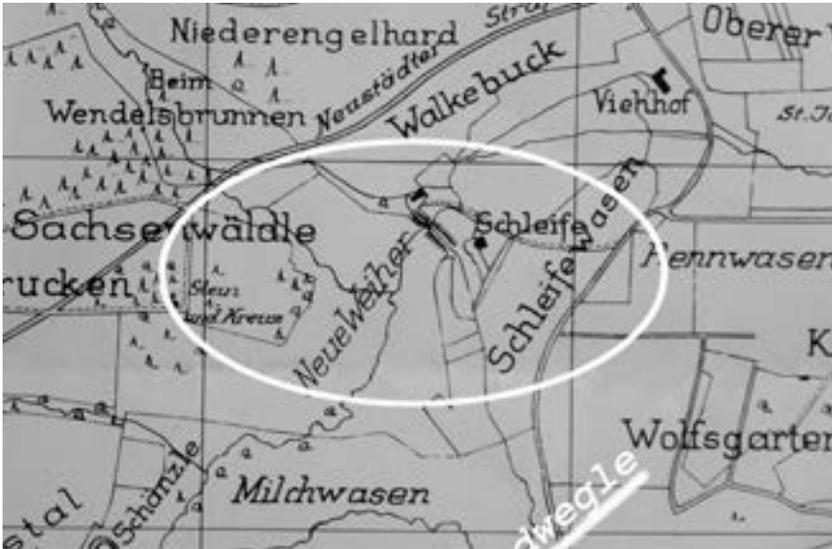


Abb. 2: Stadt und Feldmark Villingen um 1800.

ehemaligen Spitalmühle (später Sägewerk Storz). Was blieb, sind die Wiesen, die bis heute noch den Namen „Weiherwiesen“ oder auch „Schleifenwiesen“ tragen. Gleich dort, wo das inzwischen stark verlotterte Sandwegle in Richtung Pfaffenweiler beginnt.

**Wassererholung.** Nach Ulrich Rodenwaldt (1907–1992), dem ehemaligen Oberforstdirektor der Stadt, und seinem Werk, „Das Leben im alten Villingen“, habe man sowohl 1765 wie auch 1766 erwogen, den Damm wieder aufzufüllen.

Rodenwaldt selbst stellte 1976 noch fest, dass man „ohne großen Aufwand“ eine Wasser-Erholung hätte schaffen können.

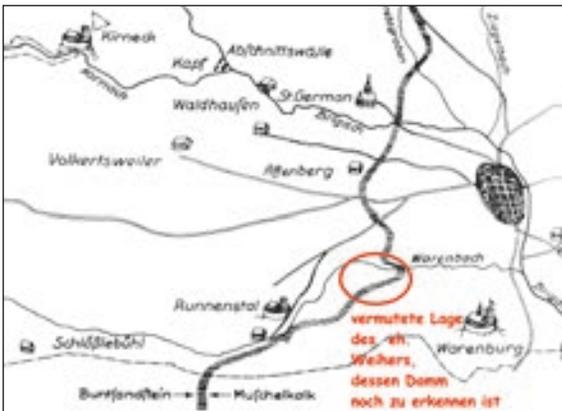


Abb. 3: Die Gemarkung im Mittelalter mit Burg Kirneck, Runstal und Warenburg und den damaligen Kapellen.

Das war lang nach der Zeit, als ganz fortschrittliche Bürger die Idee hatten, man könne das angrenzende Tannhörnle zum Golfplatz gestalten, man jedoch den hintere Warenberg, auch das vordere Laible genannt, nicht weiter bebauen solle, da man hier einen zweiten Friedhof gestalten könne.

Nun darf man sich in der Bürgerschaft wenigstens daran erfreuen, dass im vergangenen September 2017 die Sanierung des maroden Sandwegles begonnen wurde.



Abb. 4: Blick zum einstigen Weierdamm über den Wieselsbach.

**Bildunterschriften:**

- Abb. 1: lfd. Jahresdaten aus: Rodenwaldt, Ulrich; Das Leben im alten Villingen.
- Abb. 2: Stadt und Feldmark Villingen um 1800: so skizzierte 1964 Hans Maier, der frühere Obervermessungsrat, die Flur im Westen...
- Abb. 3: ... und die Besiedelung der Gemarkung im Mittelalter mit Burg Kirneck, Runstal und Warenburg und den damaligen Kapellen.
- Abb. 4: Blick zum einstigen Weierdamm über den Wieselsbach, der den Warenbach speist. Die Dammhöhe dürfte wohl bei acht bis zehn Metern liegen. Im Hintergrund ist das Dach des „Schleife-Hofes“ zu erkennen. Der Standort ist über den Walkebuck und den Waldkindergarten in Richtung Ruine Runstal als herrlicher Kurz-Wanderweg zu erreichen.

Bild: Bräun / Karten als Repros: Archiv wob.

„Die Neustädter Straß’ ”:

## Wo einst die Fuhrleute nach Freiburg zogen

Ein letzter Grenzstein vor dem Sachsenwäldle

Wolfgang Bräun

Längst ist es für viele Pkw-Fahrer kein Schleichweg mehr, wenn es darum geht, beruflich, studentisch oder als Einkaufsbummler auf kürzestem Weg nach Freiburg zu gelangen: Tannheim, rechts weg in Richtung Zindelstein, an der Breg entlang nach Hammereisenbach und dann über Urach, St. Märgen und St. Peter; macht 66 Kilometer bis Ebnet.

Auch mit dem Rad wäre so was in einem Tag zu schaffen, doch nicht auch um das Jahr 1783, als die „geschworenen Geometer Broz & Vozeler“ erstmals eine „Neustädter Straß“ in ihrem Plan über die „K.K. Vorderöst. Stadt Villingen samt Unterkirnach“ benannten.

Ihre Beschreibung begann in der Roten Gasse, dem Beginn „Neustädter Straß“, die deshalb so heißt, weil an ihr roter Sandstein gebrochen wurde, obwohl in der ganzen Umgebung die Oberfläche

aus Muschelkalk besteht. Weil aber der gesamte Weg „mit Steinen aus dem Bruch eingeworfen wurde“, so Hans Maier 1964 in seinen „Flurnamen“, ist die Rote Gasse schließlich zu einer Ortsstraße geworden.

Im Westen der Stadt mit dem Walkebuck und dem Sachsenwäldle, vorbei an der Ruine Runstal zum Glaser-Brückle und weiter nach Herzogenweiler und Hammereisenbach verlief die einstige Handelsstraße Villingen – Freiburg, die jedoch zu Beginn des 17. Jahrhunderts nur noch bis Neustadt dem Reise- und Waren-Verkehr der Fuhrleute diente.

Erbaut wurde die Straße in Richtung Freiburg im 14. Jahrhundert, weil man das Bündnis zwischen Freiburg, Villingen und Rottweil aus 1340 zu „gegenseitigem Schutz und Trutz“ bekräftigen und stützen wollte. Gegen den Bau anderer Ver-

bindungsstraßen zwischen Breisgau und Schwaben schützten sich die Städte Freiburg und Villingen durch „erkaufte Privilegien“, wobei man in der Folge „eifersüchtig darüber wachte, dass ihrer Straße von keiner Seite Abtrag getan wurde“.

Doch war selbst durch Prozesse und Beschwerden nicht zu verhindern, dass die Wege durchs Höllental und das Simonswäldertal ausgebaut wurden und die „Neustädter Straß“



Abb. 1: Die handkolorierte Karte aus den 60ern zeigt den westlichen Teil der Stadt.



Abb. 2: ein Grenzstein an der ehemaligen „Neustädter Straß“.  
 an Bedeutung verlor. Waren es doch ab und an auch katastrophale Unwetterereignisse, die dazu führten, dass die Straße stark beschädigt wurde und man sich darüber stritt, wer den Unterhalt zu leisten hatte, weshalb dies meist nur in dürftigem Zustand geschah.

So wurde sie nach und nach unbefahrbar und im 30-jährigen Krieg lauerte auch noch die räuberische Gefahr überall.

Doch darf man sich von alten Straßen keine allzu großen Vorstellungen machen, schreibt der ehemalige städtische Obervermessungsrat Maier, glichen diese doch eher heutigen Feldwegen, wie die 1.000 Meter vom Walkebuck zur Runstal-Ruine (*ein toller Spaziergang, weiter bis zum Glaserbrücke und zurück übers Sandwegle*) und mit Steigungen, die einst mit Karren und Zugtieren nur mit Mühe zu nehmen waren...

**Bildunterschriften:**

- Abb. 1 Durch die Rote Gasse führte einst der Weg nach Herzogenweiler und weiter nach Freiburg und von dort hierher. Die handkolorierte Karte aus den 60ern zeigt den westlichen Teil der Stadt.
- Abb. 2 Versteckt, vergessen und doch markant: ein Grenzstein an der ehemaligen „Neustädter Straß“ der alten Stadt Villingen aus vergangener Zeit, gleich neben dem Turm der St. Konradskirche am Walkebuck.

Bild/Repro: wob.

# St. Ursula in Villingen: Die Vergangenheit des Klosters und die Zukunft der Schule

Johannes Kaiser



Abb. 1: Innenhof von St. Ursula.

Am 15. Juli 2015 beging St. Ursula einen denkwürdigen Tag. Nach fast 800 Jahren Klostergeschichte am Bickentor fand eine feierliche Verabschiedung der letzten Ursulinenschwestern statt. Die letzte Superiorin, die damals 80-jährige Sr. M. Roswitha Wecker, begab sich mit dem letzten Klostergeistlichen, ihrem Cousin und Redemptoristenpater Hermann Fuchs, in eine Wohngemeinschaft im Seniorenheim St. Lioba. Kirchenrechtlich wurde sie zusammen mit Sr. M. Siegrun Schachtner vom Ursulinenkonvent Brig im Schweizer Wallis aufgenommen, der mit dem Villingener Ursulinenkloster in der Föderation der Ursulinen nach der Regel von Anne de Xaintonge verbunden war. Sr. Siegrun verlegte auch ihren Lebensmittelpunkt nach Brig, obwohl sie in Villingen aufgewachsen war und noch enge verwandtschaftliche Bindungen hierher hat.

## Würdigung der Klostergeschichte

Bei einem feierlichen Gottesdienst im Münster Unserer Lieben Frau erinnerte der Bischofsvikar für das Ordenswesen in der Erzdiözese Freiburg, Weihbischof Dr. Michael Gerber, an das reiche klösterliche Leben, das mit dem letzten aktiven Villingener Kloster zu Ende ging. Er



Abb. 2: Sr. M. Siegrun Schachtner, Frau Superiorin Sr. M. Roswitha Wecker und Pater Hermann Fuchs CSsR.

würdigte die pädagogische Arbeit der Ursulinen als Schonraum, in dem Kinder und Jugendliche heranwachsen konnten, und gleichzeitig ihre Bildungsarbeit als „Tor zur Welt“. Mit ihrer Gemeinschaft hätten die Schwestern in die Biographien unzähliger junger Menschen investiert.

Beim anschließenden Festakt in der Aula der Schule betonte der Direktor der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg, Dietfried Scherer, dass die Übertragung der Schule vom Kloster an die Stiftung bereits im Jahr 1990 erfolgt war. Damit war St. Ursula Villingen eine der ersten Schulen in der seither erfolgreichen Schulstiftung. Der Übergang sei in weiser Voraussicht zu einem Zeitpunkt erfolgt, als das Kloster noch aktiv handelnd die Entwicklung gestalten konnte. Der ehemalige Dekan und Münsterpfarrer, Ehrendomherr und Geistlicher Rat Kurt Müller, blätterte in seinem Grußwort gleichsam in einem „geistigen Album“ persönlicher Verbindungen zum Kloster. Er erinnerte an das Gelübde der Schwestern im Bickenkloster, das Psalmgebet um den Frieden und die Bewahrung von Sicherheit und Freiheit der Stadt zu pflegen. Auch bat er darum, die Klosterkirche mit dem Grab der Seligen Ursula Haider als „spirituellen Stützpunkt“ der Stadt zu erhalten. Ober-



*Abb. 3: Schülerinnen und Schüler bereiten Sr. M. Siegrun einen ermunternden Abschied.*

bürgermeister Dr. Rupert Kubon zeigte sich in seinem Grußwort davon überzeugt, dass die neuen Bewohner der Klosträume vielleicht weniger still, aber nicht weniger intensiv dabei sein würden, im Sinne des II. Vatikanischen Konzils aus der Berufung aller Christen die Aufgabe der Ordensschwestern zu ihrer eigenen zu machen.

Mit der Schließung des Klosters kam nicht nur der Villinger Ursulinenkonvent zu seinem Ende. Seit Ende des 18. Jahrhunderts hatte am Bickentor das Lehrinstitut für Mädchen bestanden. Zuvor hatte an dieser Stelle rund 300 Jahre eine klösterliche Gemeinschaft nach der Regel der Klarissen gelebt. In unmittelbarer Nachbarschaft, an der Stelle der heutigen Klostringschule, hatten die Dominikanerinnen ihre Kirche und ihren Konvent. Beide Gemeinschaften wurzelten auf Beginnensammlungen, deren Ursprünge etwa 800 Jahre zurückverfolgt werden können. Mit der Josephinischen Reform im Jahr 1782 mussten Klarissen und Dominikanerinnen ihre Klöster aufgeben; die Umwandlung von St. Klara zu St. Ursula – mit

Starthilfe der Ursulinen aus Freiburg i. Br. – war die Chance, das klösterliche Leben am Bickentor fortzusetzen. St. Ursula war seither ein autonomes Kloster, das keiner übergeordneten Direktion unterworfen war. Mit seiner Schließung im Jahr 2015 erlosch daher tatsächlich eine eigene Ordensgemeinschaft.

### **Amtliche Auflösung des Klosters**

Superiorin Sr. M. Roswitha hatte die Auflösung des Klosters zum 1. August 2015 als einer Ordensgemeinschaft bischöflichen Rechts frühzeitig beim Erzbischof von Freiburg angezeigt. Das Ordinariat wollte sich den Vorgang allerdings von der römischen Kurie bestätigen lassen. Das Dekret der „Päpstlichen Kongregation für die Institute des geweihten Lebens und die Gesellschaften des apostolischen Lebens“ ließ jedoch bis zum 22. Januar 2016 auf sich warten. Danach wurde die Klostersaufhebung am 1. März 2016 im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg bekannt gegeben. Die Auflösung der Körperschaft im staatsrechtlichen Sinn wurde mit Bekanntgabe des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg vom 15. März 2016 vollzogen.<sup>1</sup>

Die Schwestern und Pater Fuchs hatten jedoch schon pünktlich zum 1. August 2015 ihre Wohnungen verlassen. Sr. M. Roswitha hatte danach noch so manche Gänge zu erledigen, so dass sie in den folgenden Monaten ihre Abstecher von St. Lioba in die Stadt immer wieder mit Besuchen im Kloster und in der Schule verband. Sr. M. Siegrun vollzog bereits am 20. Juli mit einem kleinen Transporter ihre Auswanderung in die Schweiz, wobei ihr die Schulgemeinschaft in der Bickenstraße zum Auszug zuwinkte.

### **St. Ursula-Schulen in der Schulstiftung der Erzdiözese**

Mitte der 1980er-Jahre stand es nicht gut um die St. Ursula-Schulen. Seit Jahrzehnten war keine Frau mehr in das Kloster eingetreten, so dass die institutionelle und ökonomische Basis zum Betrieb des Progymnasiums nicht auf Dauer gesichert schien; an einen Ausbau zum Gymnasium mit Oberstufe war nicht zu denken. Zwar hatte



Abb. 4: Segnung der neuen Schulräume.

sich die Entscheidung, die Wirtschaftsschule zugunsten eines Realschulzweigs aufzugeben, als richtig erwiesen. Doch konnte das kostenintensive Internat nicht gehalten werden. Die damalige langjährige Superiorin Sr. Eva-Maria Lapp wandte sich daher an das Ordinariat, wo soeben der damalige Referent für den Religionsunterricht und die kirchlichen Schulen, Dr. Adolf Weisbrod, die Idee einer Schulstiftung entwickelt hatte.

Mit Gründung der Schulstiftung im Dezember 1988 war klar, dass St. Ursula Villingen als eine der ersten Schulen in Ordensträgerschaft zu dieser Stiftung wechseln würde. Mit Wirkung vom 1. Januar 1990 wurde der Trägerwechsel vollzogen. Das war für die Schule die entscheidende Perspektive, in eine erfolgreiche Zukunft geführt werden zu können. Gleichzeitig war jedoch allen bewusst, dass damit ein Umbruchprozess begann, an dessen Ende die Schließung des Klosters stehen würde.

### Umbruchsituation bereits vor 30 Jahren

Zur Sicherung der Schule waren schon 1986



Abb. 5: Neuer großer Unterrichtsraum.



Abb. 6: Blick in die neue Mensa.

wichtige Weichen gestellt worden: Das Internat wurde geschlossen und dafür eine Tagesschule, der heutige Hort an der Schule, eingerichtet. Nach fast genau 200 Jahren, in denen St. Ursula sich um die Bildung und Erziehung ausschließlich von Mädchen gekümmert hatte, wurde die Koedukation eingeführt. Die letzte Ursulinenschwester in der Leitung, Studiendirektorin Sr. M. Gisela Sattler, übergab das Zepter an einen Laien, Realschulrektor Herbert Kuon. Im Sommer 1990 übernahm Oberstudiendirektor Dr. Josef Oswald für 16 Jahre das Zepter. In seine Ära fallen die grundlegende Sanierung des gesamten Schulgebäudes mit dem Neubau der Aula, der Beschluss zum Ausbau des Progymnasiums zu einem vollwertigen allgemeinbildenden Gymnasium mit musikalischem Profil und der Aufbau der gymnasialen Oberstufe bei gleichzeitiger Rückführung der Realschule auf einen einzügigen Zweig.

Die Investitionen der Schulstiftung zeigten bald Wirkung: Schon in den 1990er-Jahren genossen Progymnasium und Realschule einen zunehmend guten Ruf. Mit dem ersten Abitur 2006 und in den Jahren danach reihte sich auch das Gymnasium als gleichberechtigter Partner in die Gruppe der höheren Schulen im Regierungsbezirk Freiburg ein. Das hohe Niveau der Abschlussprüfungen in Realschule und Gymnasium ist seit Jahren anerkannt.

Mit großer Dankbarkeit durfte indessen die Schulgemeinschaft das große Wohlwollen des Konvents gegenüber der Schule weiterhin erleben. Angefangen von der Teilnahme der Schwestern an Höhepunkten des Schullebens über die gleichbleibende Begleitung und Mitgestaltung der Schul-



Abb. 7: Das neue Treppenhaus auf der Nordseite.

seelsorge bis hin zu den Feiertagsgeschenken für die Lehrerinnen und Lehrer – allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft war täglich bewusst, dass sie nach wie vor eine „Klosterschule“ waren. Da der Konvent immer noch Eigentümer des gesamten Gebäudeensembles von Kloster und Schule war, mussten sämtliche Baumaßnahmen mit dem Kloster abgestimmt werden – bis hin zur Neugestaltung des Innenhofs im Jahr 2008. Das Kloster gab hierzu erhebliche finanzielle Mittel frei.

### Die Veränderung des Klostergebäudes

Nach Auflösung des Klosters ging das gesamte Gebäude in die Obhut des Erzbischöflichen Ordinariats über. Die Erzdiözese hatte zugesichert, den Willen der Schwestern zu erfüllen und den größten Teil des Ensembles den St. Ursula-Schulen zur Nutzung zu überlassen. In diesem Sinn wird St. Ursula jetzt fast vollständig von der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg betreut.

Der mittlere Stock des Ostflügels mit den auf-

wändiger ausgestatteten Räumen, wie dem Amtszimmer der Superiorin, soll weitgehend in seinem historischen Zustand belassen bleiben. Die Schule kann diesen Bereich nicht für Unterrichtszwecke nutzen, allenfalls zur Anschauung für die Schülerinnen und Schüler, wie das Kloster einmal ausgesehen und gewirkt hat. Diese Regelung wurde noch zu Lebzeiten der früheren Superiorin Sr. Eva-Maria zwischen Kloster, Schulstiftung und Schule sowie dem Ordinariat und dem Landesdenkmalamt vereinbart. Für die Klosterkirche wurde durch Vermittlung von Weihbischof Dr. Michael Gerber die Verabredung getroffen, dass sie von der Seelsorgeeinheit Villingen betreut wird.

Angestoßen durch neue Brandschutzvorschriften, haben die Schwestern schon seit 2009 eine grundsätzliche Sanierungs- und Umbauplanung akzeptiert. Die Planung wurde der Freien Architektin Martina Münster aus Mönchweiler anvertraut, die auf der Basis zahlreicher Gespräche mit Schule und Schulstiftung den aktuellen Gesamtplan erarbeitet hat. Auch die Behörden, wie das Baurechtsamt oder die Denkmalämter verschiedener Ebenen, sowie die Feuerwehr waren von Anfang an einbezogen, so dass schon gleich nach Auflösung des Klosters in den Sommerferien 2015 mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden konnte.

### Die räumlichen Pläne der Schule

Der Umbau erfolgt in drei Bauabschnitten zu je zwei Jahren. Er betrifft nur zu einem kleineren Teil den bisherigen Bereich der Schule. Der erste Bauabschnitt ist bereits abgeschlossen. Er hat den Nordflügel, das bisherige Wirtschaftsgebäude, umgestaltet. Im Erdgeschoss entstand eine zweite Passage vom Innenhof in den hinteren Hof – eine Forderung der Feuerwehr, wodurch gleichzeitig der hintere Schuleingang verbessert wurde. Die bisherige Klosterküche nebenan wurde von Grund auf saniert und bedient seit Herbst 2016 eine sehr erfolgreiche Mensa, die der ganzen Schulgemeinschaft zur Verfügung steht. Sie wurde im Erdgeschoss des Ostflügels in den Räumen des bisherigen Refektoriums und des „Fernsehzimmers“ der Schwestern angelegt. Aus den Räumen in den beiden Obergeschossen des Wirtschaftsgebäu-



Abb. 8: Neue Gedenktafel zur Klostergeschichte.

des, wo zuvor die Klosterbibliothek, Wasch- und Bügelzimmer untergebracht waren, entstanden zwei große Klassenzimmer und ein Lernatelier. An der rückwärtigen Seite hat zudem ein neues Treppenhaus dem hinteren Eingang der Schule ein neues Gesicht verliehen.

Der Abschluss dieses ersten Bauabschnittes wurde am 6. Oktober 2016 in einer kleinen Andacht der Schulgemeinschaft mit Weihbischof Dr. Michael Gerber auf dem Schulhof gefeiert. In Anwesenheit der letzten Klosterbewohner gratulierte Stiftungsdirektor Dietfried Scherer zum gelungenen Umbau mit den Worten: „Mit den neuen Räumen ist St. Ursula Villingen ein Premium-Standort der Schulstiftung!“

Im zweiten Bauabschnitt, der im Juli 2017 begonnen hat, wird der Westflügel über der Sporthalle



Abb. 9: Hier entsteht eine Galerie auf der Nordseite.

umgestaltet. Wo sich früher die neueren Klosterzellen sowie einige Gasträume befanden, sollen im unteren Bereich weitere zwei Klassenzimmer und ein Naturwissenschaftsraum, im oberen Stockwerk unter dem Dach Lehrerarbeits- und -besprechungsräume eingerichtet werden. Einigermaßen auffällig wird die außenliegende Galerie sein, durch die künftig der Bärenbau mit dem Nordflügel verbunden wird. Der Innenhof des Bärenbaus muss eine Fluchttreppe erhalten. Für den anschließenden Fluchtweg ist neben der Bärenbautreppe ein Durchbruch vorgesehen.

Der letzte Bauabschnitt gilt dem Ostflügel, wo im oberen Geschoss der Ganztagbereich für die Schule entsteht. Zwei große Räume werden den Hort beherbergen. Mehrere kleinere Räume nebenan stehen dann den Schülerinnen und Schülern für verschiedene Zwecke zur Verfügung. Auf dem Flur können zudem Lerninseln für Arbeitsgruppen und Einzelstudium genutzt werden. Solange dieser Bauabschnitt nicht beendet ist, muss der Ostflügel gesichert und „stillgelegt“ bleiben.

**Die Zukunft der klösterlichen Tradition**

Diese Pläne – so rücksichtsvoll und kompromissbereit sie sind – zeigen doch mit einer gewissen Härte, dass mit der Auflösung des Konvents auch das Kloster nicht mehr existiert. Das Schulleben danach aus einem klösterlichen Geist heraus zu gestalten, ist wohl schon allein deshalb nicht möglich, da die Spiritualität christlicher Laien – so intensiv sie auch sein mag – stets eine andere ist als die einer Ursulinenschwester.

Dennoch sind einige Traditionen in St. Ursula weiterhin lebendig: Die Religionslehrerinnen und -lehrer beider Konfessionen haben sich darauf verständigt, in den Schülergottesdiensten, wo immer es passt, ein Psalmgebet einzuplanen. Damit soll an die Jahrhunderte alte Fürbitte erinnert werden, die seit der Seligen Ursula Haider von den Klarissen und den Ursulinen gepflegt wurde. Auch haben die Religionslehrerinnen und -lehrer beschlossen, die Verantwortung für die wöchentlichen Gottesdienste zu übernehmen, seitdem kein Priester mehr zur Verfügung steht, so dass jede Woche ein Klassengottesdienst stattfinden kann. Bei der Schülerneuaufnahme kommt stets ein Kriterium zum Tragen, das für die St. Ursula-Schulen bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts wichtig und keineswegs allgemein üblich war: Evangelische Schülerinnen, später auch nichtchristliche, z. B. jüdische Mädchen, haben ganz selbstverständlich Aufnahme in Schule und Internat gefunden. Dieser ökumenische Geist soll weiter gelten und die Tür für nichtchristliche Schülerinnen und Schüler offen bleiben. – Und bestimmt wird sich auch jemand finden, der zu besonderen Gelegenheiten die „Klostergüetli“ backen kann.

Spricht man in der Stadt mit älteren Villingerinnen, die durch die Schule von St. Ursula gegangen sind, dann fällt immer wieder auf, wie sehr sich die Schwestern um ihre Schülerinnen gekümmert haben. Dieses „Kümmern“ um die Schülerinnen und Schüler, auch und gerade in ihrem „Kummer“, ist – das darf man selbstbewusst sagen – nach wie vor ein Kennzeichen der St. Ursula-Schulen geblieben und sollte auch in Zukunft das Herzstück der schulischen Arbeit sein.

### Eine neue Identität in der Schulstiftung

Zwar haben die St. Ursula-Schulen ihre ursulinische „Patina“<sup>2</sup> bewahrt und werden sie weiter pflegen. Doch seitdem sie der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg angehören, wurden die Strukturen in den Gremien, in den Arbeitsverhältnissen, in der Schulausstattung, in der Schulorganisation und in vielen anderen Bereichen mit den anderen Stiftungsschulen harmonisiert, oft sogar angeglichen. Manches, was die Villinger „Patina“ aus-

macht, passt allerdings sehr gut zum Anspruch der Schulstiftung und hat den anderen Stiftungsschulen Impulse gegeben, z. B. im Hinblick auf schulische Projekte zur Nachhaltigkeit, für die der 30jährige Weltladen von St. Ursula zum Vorbild geworden ist. Seit November 2015 ist St. Ursula eine „Fairtradeschool“, und seit April 2015 verbindet die Schule eine Bildungspartnerschaft mit dem kirchlichen Hilfswerk MISEREOR.

Eine grundsätzliche Idee der Ordensgründerin Anne de Xainctonge kann ein täglicher Ansporn in der schulischen Arbeit sein. Sie sah bei der Gründung ihres Schulordens das Vorbild der Jesuiten in der Nachbarschaft ihres Elternhauses, die für die Erziehung der Jungen nicht nur eine theologisch reflektierte Weitergabe des christlichen Glaubens anstrebten, sondern auch das Wissen auf höchstem wissenschaftlichen Niveau unterrichten wollten. Was die Jesuiten für die Jungen taten, wollte Anne für die Mädchen erreichen. Der koedukativen Ursulinenschule von heute sind beide Ziele ständig vor Augen, und sie passen nahtlos in die Ziele der Schulstiftung, ein hervorragendes Bildungsangebot für junge Menschen mit christlicher Fundierung zu sein.

Ein Meilenstein in der wirtschaftlichen Sicherung der Schule gelang der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen in Baden-Württemberg im Frühjahr 2017. Das Schulgesetz wird künftig festschreiben, dass das Land Baden-Württemberg den freien Schulträgern 80 Prozent der Kosten,



Abb. 10: Von links: Monsignore Pirmin Spiegel (Hauptgeschäftsführer von MISEREOR), Luisa Hebsacker, Ulrike Wahr, Anna Trilken (Weltladenteam), Johannes Kaiser (Schulleiter).

die für einen Schüler an einer öffentlichen Schule aufgebracht werden müssen, als Zuschuss zur Verfügung stellt. Damit ist eine Jahrzehnte lange Unsicherheit über die verfügbaren Mittel in eine zuverlässige Perspektive verwandelt.

In diesen Monaten streben die St. Ursula-Schulen als Bindeglied zwischen Realschule und Gymnasium die Einrichtung eines dreijährigen Aufbaugymnasiums als „Aufsetzer“ auf die Realschule an. Dieser Schulzweig soll leistungsstarken Realschülerinnen und -schülern den Übergang in die Kursstufe des allgemeinbildenden Gymnasiums eröffnen, mit allen Möglichkeiten der Kurswahl in den musischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Damit soll auch dem Wunsch zahlreicher Realschülerinnen und Realschüler nachgekommen werden, bis zum Abitur in der Schulgemeinschaft von St. Ursula verbleiben zu können.

### „Gemeinsam LEBEN lernen“

Was den Erziehungsauftrag der Stiftungsschulen betrifft, gelten verstärkt und unmittelbar die „Qualitätskriterien für Katholische Schulen“, wie sie die deutschen Bischöfe 2009 formuliert haben.<sup>3</sup> Der frühere Erzbischof Dr. Robert Zollitsch hat sie auf der Basis der Erklärung „Gravissimum educationis“ des II. Vatikanischen Konzils<sup>4</sup> folgendermaßen zusammengefasst: Eine Katholische Schule muss ein Hort der Freiheit, eine gute Gemeinschaft und ein Ort der Gottesbegegnung sein.<sup>5</sup> Diese Ziele finden sich wieder im Leitbild der St. Ursula-Schulen, wo es heißt: „Als Geschöpfe Gottes sind wir Menschen frei, unser Leben und die Welt zu gestalten. [...] Wir respektieren und fördern die Ganzheitlichkeit aller Menschen in ihrer jeweiligen Individualität, ihrer geschichtlichen Herkunft und ihrem gemeinschaftlichen Zusammenleben in Gesellschaft, Staat und Kirche. [...] Dies erfordert [...] die Offenheit für Transzendenz.“<sup>6</sup>

Nach der Grundordnung der Schulstiftung gilt für alles schulische Wirken diese Ausrichtung am biblisch-christlichen Menschenbild. Sie bewährt sich in der täglichen Begegnung, im täglichen „Kümmern“ ebenso wie in der Bildungs- und Erziehungsarbeit nach den jeweiligen Gesetzen und Bildungsplänen des Landes. Bei allen Verän-

derungen der Bildungslandschaft und der Gesellschaft, die in das Wirken der St. Ursula-Schulen Villingen hineinreichen, wird die Schulgemeinschaft gelassen bleiben und sich stets von der Frage leiten lassen, was den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den Lehrerinnen und Lehrern anvertraut sind, letztlich zu einem guten Leben im Geist Jesu verhilft. In diesem Sinne wollen die St. Ursula-Schulen ihrem Slogan gerecht werden, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer hier „gemeinsam LEBEN lernen“.

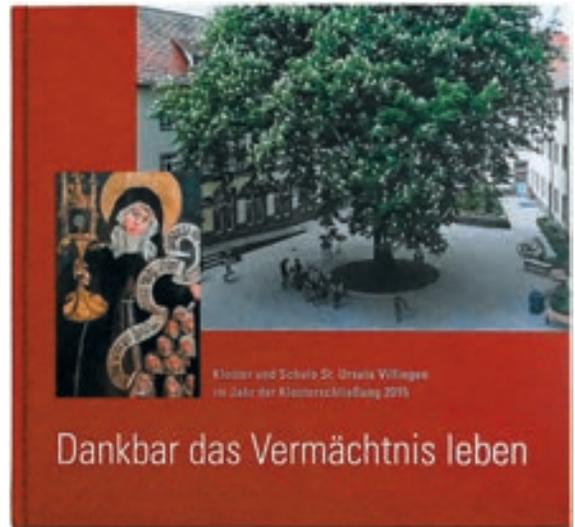


Abb. 11: „Dankschrift“ aus dem Jahr der Klosterschließung 2015

### Dokumentation des Umbruchs durch „Dankschrift“ und Schulhomepage

Die St. Ursula-Schulen haben mit der Veröffentlichung „Dankbar das Vermächtnis leben – Kloster und Schule St. Ursula Villingen im Jahr der Klosterschließung 2015“ eine umfangreiche Würdigung der Kloster- und Schulgeschichte vorgelegt. Mit zahlreichen, zuvor teilweise unveröffentlichten Bildern ist das Buch eine bunte und zugleich wissenschaftlich fundierte Darstellung des Bickenklosters. Auf vielen Spezialseiten werden einzelne Persönlichkeiten und weitere Besonderheiten des Klosters vorgestellt. Im zweiten Teil präsentiert sich die aktuelle Schule mit ihrem Profil. Auch wird darin ein ausführlicher Ausblick auf die Zukunft der Schule gegeben. Eine Auflistung



Abb. 12: Lebendiger Schulhof.

aller Schulabgänger von 1990 bis 2014 sowie eine vollständige Bibliografie der Veröffentlichungen über das Kloster komplettieren den Band. Er ist für 19,- € im Sekretariat der St. Ursula-Schulen erhältlich.

Auch die Schulhomepage [www.st-ursula-schulen-villingen.de](http://www.st-ursula-schulen-villingen.de) berichtet fortlaufend über die einschneidenden Ereignisse der Schulentwicklung. Auf drei Webseiten sei hier besonders hingewiesen:

<http://www.st-ursula-schulen-villingen.de/aktuelles/aktuelles-details/article/abschied-vom-kloster-nach-fast-800-jahren/>;

<http://www.st-ursula-schulen-villingen.de/aktuelles/aktuelles-details/article/einweihung-der-neuen-mensa/>;

<http://www.st-ursula-schulen-villingen.de/kloster-st-ursula/>.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> veröffentlicht in „Kultus und Unterricht“, Amtsblatt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Ausgabe A, Nr. 9 vom 2. Mai 2016, S. 151.
- <sup>2</sup> Der Ausdruck stammt in diesem Zusammenhang von Dr. Adolf Weisbrod, dem „Erfinder“ und ersten Direktor der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg.
- <sup>3</sup> Die deutschen Bischöfe, Qualitätskriterien für Katholische

Schulen. Ein Orientierungsrahmen, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Die deutschen Bischöfe, 90). Bonn 2009. PDF-Download unter <http://www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Die-deutschen-Bischoefe/Hirtenschreiben-und-Erklarungen/Qualitaetskriterien-fuer-Katholische-Schulen.html>, abgerufen am 12.08.2017.

<sup>4</sup> Erklärung „Gravissimum educationis“ des II. Vatikanischen Konzils über die christliche Erziehung vom 28. Oktober 1965, [http://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decl\\_19651028\\_gravissimum-educationis\\_ge.html](http://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_gravissimum-educationis_ge.html), abgerufen am 12.08.2017.

<sup>5</sup> vgl. Erzbischof Robert Zollitsch, Kirchliche Perspektive: Zum Erziehungsauftrag Katholischer Schulen, in: engagement. Heft 3/2011, S. 146-150 (hier: S. 149).

<sup>6</sup> <http://www.st-ursula-schulen-villingen.de/schulprofil/leitbild/>, abgerufen am 12.08.2017.

#### Abbildungen:

- Abb. 1: Blick durch das Klosterportal in den Innenhof von St. Ursula.
- Abb. 2: Vor dem Gottesdienst zur Auflösung des Klosters im Villingener Münster (von links): Sr. M. Siegrun Schachtner, Frau Superiorin Sr. M. Roswitha Wecker und Pater Hermann Fuchs CSsR.
- Abb. 3: Beim Auszug von Sr. M. Siegrun, die in das St. Ursula-Kloster in Brig/Schweizer Wallis übersiedelte, bereiteten ihr die Schülerinnen und Schüler von den Schulfenstern in der Bickenstraße aus einen ermunternden Abschied.
- Abb. 4: Bei der Segnung der neuen Schulräume nach dem ersten Bauabschnitt: Weihbischof Dr. Michael Gerber mit (von links) Stiftungsdirektor Dietfried Scherer, Sr. M. Siegrun, Sr. M. Roswitha.
- Abb. 5: Neuer großer Unterrichtsraum.
- Abb. 6: Blick in die neue Mensa.
- Abb. 7: Das neue Treppenhaus auf der Nordseite hat ein zweites Schulportal geschaffen.
- Abb. 8: Neue Gedenktafel zur Klostergeschichte im Nordportal.
- Abb. 9: Auf der Nordseite wird nach dem zweiten Bauabschnitt eine Galerie die Gebäudeteile verbinden.
- Abb. 10: Besiegelung der Bildungspartnerschaft mit MISEREOR in der Aula von St. Ursula (von links): Monsignore Pirmin Spiegel (Hauptgeschäftsführer von MISEREOR), Luisa Hebsacker, Ulrike Wahr, Anna Trilken (Weltladenteam), Johannes Kaiser (Schulleiter).
- Abb. 11: Mit einer „Dankschrift“ dokumentierten die St. Ursula-Schulen die Kloster- und Schulgeschichte im Jahr der Klosterschließung 2015.
- Abb. 12: Lebendiger Schulhof.

Villingen um 1900. Das einstige Ratzennest hat sich zu einem Gewerbestandort mit Ausstrahlung in den süddeutschen Raum entwickelt. Einheimische Firmengründungen wie Zuzüge aus anderen Regionen haben sich etabliert. Die Stadt zeigt auch ihre Prosperität: neben der räumlichen Ausdehnung entstanden an vielen Stellen stilvolle Gebäude, z.B. im Bahnhofsviertel.

Aus Mauchen bei Stühlingen zog in jungen Jahren Adolf Preiser, geb. 1877, nach Villingen, um ab 1906 im Haus der früheren Gießerei Grüninger, Kronengasse 7, heute Feuerwehr Villingen, seine Geschäftsidee zu verwirklichen: die Herstellung von Limonadengrundstoffen und Mostextrakten zur Bereitung von Hausgetränken für die Bevölkerung. Die Stadt bot ihm eine geeignete Infra-



Abb. 1: Briefkopf der Fa. Preiser.

struktur, insbesondere bessere Verkehrsverbindungen in den süddeutschen Raum hinein. Bereits 1912 konnte Adolf Preiser nach aussichtsreichem Anfangserfolg ein für die Zukunft geeignetes Anwesen erwerben, das erst 1900 erbaute Wohnhaus mit dahinter liegenden Betriebsräumlichkeiten der ehemaligen Zigarrenfabrik Kaiser in der Bahnhofstraße 8. Das Haus im Gründerzeit-Stil mit seinem stiltypischen Vorgarten war bald darauf Heimat für eine Familie mit drei Söhnen und einer Tochter. Im Erdgeschoss gab es genügend Geschäftsräume für das aufstrebende Unternehmen. Mit dem Tod des Firmengründers an Kriegsfolgen nach der Heimkehr aus dem



Abb. 2: „Villa Preiser“ vor der Sanierung, Abbildung ca. um das Jahr 2000.

Ersten Weltkrieg führte die Ehefrau, Josefine Preiser, geb. 1876, die Geschäfte weiter. Der älteste Sohn, Hermann Preiser, geb. 1908, trat 1926 in die Firma ein.

(Hermann Preiser war in späteren Jahren als Heimatforscher, Zweiter Vorstand des Geschichts- und Heimatvereins und in verschiedenen Vereinen als engagiertes Mitglied und Förderer bekannt geworden).

Das Haus Bahnhofstraße 8 erlebte dann nach ruhigeren und zunehmend besseren Jahren seine schlimmste Zeit. Im Zweiten Weltkrieg war Mangelwirtschaft die Regel. Reparaturen mussten improvisiert erfolgen. Fachleute und Handwerker waren wie Hermann Preiser zur Wehrmacht eingezogen worden. Der Betrieb überlebte durch Zwangsaufträge zur Lebensmittelversorgung, Spirituosenherstellung für Soldaten, Parfüm für Rotkreuzschwestern (letztere Produkte waren durch die spezielle Ausrüstung des Betriebes –

wenn weniger Fliegerangriffe erwartet wurden, tätig und von daher bei der Bombardierung in sicherer Entfernung zum Bahnhofsviertel.

(Die Vorgänge um die Bombardierung wurden ausführlich von Werner Huger im Jahresheft XIX, 1994/95 dargestellt).

Nach dem Kriegsende konnte die Brennerei notdürftig in der Hans-Kraut-Gasse eingerichtet werden, während alle Kräfte dem Wiederaufbau des Hauses im ursprünglichen Baustil gewidmet waren. Dieser Kraftakt dauerte über 2 Jahre, da Baumaterial in ganz Deutschland knapp war. So musste z.B. das Dach teilweise mit Holzschindeln aus der Ortenau provisorisch abgedichtet werden, da Schieferplatten und Tonziegel zuerst gar nicht erhältlich waren. Auf Grund solcher Notlage weist die Gebäudefront zum heutigen Postgebäude hin eine andere Struktur auf als das übrige Gebäude. Der wunderschöne historische Treppenaufgang, in massiver Eiche gefertigt und mit Schnitzarbei-



Abb. 9: Brennblase im Produktionsgebäude.



Abb. 3 bis 8: Haus Bahnhofstraße 8 und Umgebung mit Kriegstreffern.

Destillation und Mazeration – möglich). Kurz vor Kriegsende nahmen die Fliegerangriffe an Häufigkeit und Intensität zu, bis dann der Bombenhagel am 22.02.1945, welcher das Bahnhofsviertel mit den herrlichen Bauten weitgehend zerstörte, so auch das Haus Preiser. Im Gebäude hielt sich als „Stallwache“ nur der langjährige, sehr engagierte und zuverlässige Mitgeschäftsführer, Otto Zimmermann, auf. Er überlebte unverletzt in den massiven Kellerräumen. (In den Nachbargebäuden dagegen gab es mehrere Opfer zu beklagen). Die zuletzt wenigen Beschäftigten der Firma Preiser waren nur noch sporadisch und am späten Abend,

ten verziert, hat glücklicherweise im Schutt der Gebäudeschäden überlebt, genauso wie ursprüngliche Dekor-Fliesenböden. Dank eines Vorrats an Spirituosen als Tauschmittel, dank des hart erkämpften Geschäftserfolges in der Nachkriegszeit und dank eiserner Sparsamkeit, konnten die Belastungen nach und nach abgetragen werden.

Nachdem schon in den 50er Jahren die Produktionsflächen zu beengt waren, erfolgten Aufstockung und Anbau des Betriebsgebäudes sowie die Erweiterung durch ein zusätzliches Anwesen in der Marbacher Straße (Saftpresserei, Brennerei und Küferei).

Hermann Preiser war inzwischen mit Vera, geb. Braun, verheiratet; der Ehe entsprangen drei Söhne (Werner, Lothar, Siegfried) und zwei Töchter (Roswitha und Ulrike).

Das Büro- und Wohnhaus blieb für Familie und Beschäftigte eine sehr beliebte, angenehme Unterkunft und wurde bei Besuchen stets bewundert. Allerdings musste man in späteren Jahrzehnten wegen Nachwirkungen der Kriegsschäden zunehmend mit Kompromissen leben. Eine der neueren Zeit entsprechende Modernisierung wurde bewusst eingeschränkt, um die historische Substanz des Hauses im Hinblick auf eine stillbewussteste Sanierung zu erhalten. Dies war möglich, als

Werner Preiser, der älteste Sohn Hermann Preisers und geschäftlicher Nachfolger, ein neues Firmengebäude bezogen hatte. (Hermann Preiser war Ende 2001 nach einem sorgenvollen, dann aber erfüllten Leben verstorben). Die Familienmitglieder waren sich stets einig – und es war auch der ausdrückliche Wunsch Hermann Preisers gewesen – dass das Gründerzeit-Haus unbedingt erhalten werden sollte. 2013 nun entschieden sich Werner und Ulrike Preiser, das Anwesen mit dem historischen Haus an den Architekten und Sanierungsfachmann Andreas Flöß, Villingen, abzugeben.

#### **Bildunterschriften:**

- Abb. 1 Briefkopf der Fa. Preiser mit Abbildung des Gebäudes (Foto: Archiv Preiser).
- Abb. 2 „Villa Preiserç“ vor der Sanierung, Abbildung ca. um das Jahr 2000 (Foto: Archiv Preiser).
- von links oben nach rechts unten
- Abb. 3 Haus Bahnhofstraße 8 und Umgebung mit Kriegstreffern.
- Abb. 4 Blick vom Haus Bahnhofstraße 8 mit Kriegstreffern Richtung Bahnhof.
- Abb. 5 Haustüre Bahnhofstraße 8 mit beschädigter Treppenanlage.
- Abb. 6 Haus Bahnhofstraße 8 mit westlich angeschlossenen Fabrikgebäude.
- Abb. 7 Haus Luisenstraße 4 mit Beschädigung durch Kriegstreffer
- Abb. 8 Haus Bahnhofstraße 8 mit Zugangssituation (Fotos: Archiv Preiser).
- Abb. 9 Brennblase im Produktionsgebäude (Foto: Archiv Preiser).

## Historie und Städtebau

In der Blütezeit des deutschen Kaiserreichs (1871–1918) entstanden zahlreiche Villen und Häuser im sogenannten historistischen Stil mit dem bewussten Rückgriff auf Schmuckelemente der deutschen Vergangenheit. Diese Formensprache verflocht sich dann mit dem floralen Jugendstil und brachte besonders filigrane und großzügige Bauten hervor. In Villingen entstanden so neue Quartiere außerhalb der Stadtmauer wie das Romäus-Gymnasium und das Villingener Krankenhaus in der Herdstraße, (Friedrichkrankenhaus). Weitere bedeutende Stadterweiterungen in dieser Zeit fanden auch in der Mönchweiler Straße, Vöhrenbacher Straße, Schillerstraße, Benediktinerring, Luisenstraße und, direkt angrenzend, in der Bahnhofstraße statt.

## Das Haus Bahnhofstraße 8

Auch die Bahnhofstraße, an der Brigach gelegen und in nächster Nähe zum Bahnhof, ist trotz einiger kriegsbedingter Verluste noch immer vom Stil dieser Zeit geprägt. Das Haus in der Bahnhofstraße 8 wurde in der Hochzeit des Villingener Jugendstils, im Jahr 1900 errichtet.

Für die sich um die Jahrhundertwende merklich erweiternde Stadt, war diese Lage eine bevorzugte Wohngegend geworden, nahe beim Bahnhof und vor den Toren der mittelalterlichen Umfassungsmauern. Der Formenschatz des ausgehenden Historismus wie auch Stilelemente aus dem Jugendstil werden am Gebäude augenfällig, wenngleich in spürbarer Zurückhaltung. Das Haus ist ein anschauliches Belegstück für die baugeschichtliche Entwicklung der Stadt und ihrer Erweiterung, sowie für die architektonische Formensprache dieser Zeit.

Im Jahre 2012 hat Andreas Flöß das Gebäude von der Familie Preiser erworben und ein Aufnahme-

verfahren in die Liste der Kulturgüter angestrebt. Das Landesdenkmalamt hat diesem Wunsch entsprochen und, mit Datum vom 01.10.2013, nachfolgende Denkmaleigenschaft festgestellt:

*„Fabrikantenvilla. Historistischer traufständiger Klinkerbau, zweigeschossig mit Gliederungen in Werkstein und Schmuckdetails in Fachwerk. Nach Plänen des Villingener Architekten Naegele für den Fabrikanten C. Kaiser errichtet. Am Erker der Straßenfront bez. 1900. Hofseitig originaler verglaster Wintergartenvorbau.“ (Dr. F. Cremer LDA RP FR)*

Im Innern des Hauses ist, vom Erdgeschoss bis ins Dachgeschoss, weitgehend die historische Raumaufteilung mit großen Teilen der bauzeitlichen ortsfesten Ausstattung erhalten. So zum Beispiel das Treppenhaus mit einer eichenen Holztreppe und gedrechseltem Geländer, sowie die Zwischenwände mit Oberlichtern und Türen, die Terrazzo- und Holzfußböden bzw. Bodenfliesen in Flur- und Küche.

Die originalen Haus- und Zimmertüren mit originalen Türklinken, runden ein stimmiges Bild von einem nahezu „unverbauten“ Gebäude ab.

Von der Einfriedung aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist der eiserne Zaun mit Eingangspforte zum Gehsteig noch erhalten.



Abb. 1: Bahnhofstraße 8 mit rückwärtig angebautem Fabrikationsgebäude und aufgemaltem Firmenlogo. „Archiv Preiser“.

Das rückwärtig angeschlossene Fabrikationsgebäude stammt vermutlich aus den 1920er Jahren. Es wurde später sowohl nach Süden als auch nach Norden bis nahe an die Grundstücksgrenzen erweitert. Anschaulich wird dies im Innern an der Nordseite der ursprünglichen Außenwand, wo sich noch die Werbeinschrift der Spirituosen und Aromen Herstellerfirma Preiser KG, die ab 1906 das Anwesen übernommen hat, befindet.

Nach mehreren Jahren Suche, für eine geeignete Nutzung, wurde ab dem Jahr 2016 eine aufwendige Sanierung für beide Gebäude angestoßen. Während im rückwärtigen Fabrikationsgebäude große Loftwohnungen entstanden, war für die nun denkmalgeschützte Villa die weitere Bestimmung, ein Hotel zu werden.



Abb. 2: Bahnhofstraße 8 mit Info Stele Hotel Villa8.

Möglich wurde dies durch Brigitte Hiermaier, welche das Gebäude erwarb und seit April 2017 dort ein kleines Hotel mit Frühstück betreibt.

Unter großem Einsatz aller beteiligten Handwerksfirmen der Region, wurde Stück für Stück der ursprüngliche Charakter des Gebäudes wieder herausgeschält. Hierbei galt es, die bestehenden historischen Bauteile zu reparieren und zu ergänzen, gleichzeitig aber auch mit den neuen und baurechtlich nötigen Bestimmungen in Einklang zu bringen.



Abb. 3: Architekt Andreas Flöß und Hotelbetreiberin Brigitte Hiermaier.

Die schmucklosen und neuzeitlichen Fenster, wurden komplett durch fein ausprofilerte Rahmen und Flügel ersetzt. Die vorhandenen Bodenbeläge wurden entfernt und die bestehenden Dieleböden entsprechend repariert, geschliffen und geölt. Ebenso wurden die bestehenden Holztüren mit Überblattungen und Holzfüllungen erhalten und für eine Hotelnutzung überarbeitet und aufgerüstet.



Abb. 4: Bahnhofstraße 8, Gesamtansicht von der Bahnhofstraße aus gesehen.

In Küche und Diele wurden die historischen Fliesen ergänzt und, wo es nötig war, repariert. Aus dem Muster der Fliesen hat sich das Hotel Villa8 auch sein Logo abgeleitet, um auch formal einen optimalen Bezug zum Gebäude herzustellen.

Die bestehenden Wände und Decken wurden nach Abnahme der Tapeten, entsprechend gespachtelt und mit glattem Putz sowie Anstrich



Abb. 5: Ursprüngliche glasierte Fliesenkeramik im Eingangsbereich und stilgebend für das neue Hotel Logo.



Abb. 7: Hotelzimmer im Obergeschoss mit vorgelagertem und erhöhtem Flur.

versehen. Lamperien wurden, wo es notwendig war, ersetzt.

Die haustechnischen Anlagen wie Elektro, Heizung und Sanitär, wurden durch behutsamen Eingriff in die bestehende Bausubstanz, eingebaut.

Die Raumstrukturen wurden übernommen, um die ursprüngliche Ablesbarkeit der Wohnungen, zu erhalten.



Abb. 6: Bahnhofstraße 8, mit neuem Hotel Logo und Hausnummer in der Eingangspforte.

Außergewöhnlich für ein Hotel sind die Holzdielenböden und die natürliche Belichtung in den Bädern.

Im Außenbereich wurde die Fassade überarbeitet und die Dachhaut mit ihren Gaupen und Wiederkehr komplett erneuert.

Der Außenbereich wurde mit dem dahinterliegenden Fabrikgebäude gemeinsam gestaltet und

bildet fortan ein schönes vis à vis zum Villinger Bahnhof. Städtebaulich wertet die Sanierung den Bereich um die Bahnhofsgegend insgesamt auf, welche in den vergangenen Jahren selbst schon einige Veränderungen erfahren hat.

#### Anmerkungen:

#### Bildunterschriften:

- Abb. 1 Bahnhofstraße 8 mit rückwärtig angebautem Fabrikationsgebäude und aufgemaltem Firmenlogo. Das Bild wurde von Norden aufgenommen, auf dem jetzigen Standort des Postgebäudes. Aus dem „Archiv Preiser“.
- Abb. 2 Bahnhofstraße 8 mit Info Stele Hotel Villa8.
- Abb. 3 Architekt Andreas Flöß und Hotelbetreiberin Brigitte Hiermaier.
- Abb. 4 Bahnhofstraße 8, Gesamtansicht von der Bahnhofstraße aus gesehen.
- Abb. 5 Ursprüngliche glasierte Fliesenkeramik im Eingangsbereich und Stilgebend für das neue Hotel Logo.
- Abb. 6 Bahnhofstraße 8, mit neuem Hotel Logo und Hausnummer in der Eingangspforte.
- Abb. 7 Hotelzimmer im Obergeschoss mit vorgelagertem und erhöhtem Flur.

# Geschichte der nephrologischen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Olaf Hergesell

Die Nephrologie, die sich mit der Diagnostik, Therapie und Prävention von Nieren- und Hochdruckkrankheiten befasst, ist eine relativ junge Disziplin innerhalb der Inneren Medizin. Zu den Aufgaben der Nephrologie gehört insbesondere die Durchführung extrakorporaler Blutreinigungsverfahren (Dialyse), um den Verlust der Organfunktion bei chronischem und akutem Nierenversagen ersetzen zu können. Der erste Dialyseversuch am Menschen wurde bereits 1924 von Georg Haas in Gießen durchgeführt. Allerdings war die Behandlungsdauer nur sehr kurz und der Patient überlebte nicht lange. Es dauerte viele weitere Jahre bis sich durch technische Weiterentwicklungen der künstlichen Niere (Dialysemembran), Etablierung von OP-Techniken für Gefäßzugänge („Shunt“) und Optimierung der Dialysemaschinenteknik die Hämodialyse als etabliertes, routinemäßiges Verfahren in der Therapie von Patienten mit Nierenversagen durchsetzen konnte. Eine weitere Verbreitung fand die Dialysetherapie in Deutschland erst Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts. Vorher war die Behandlung von Dialysepatienten nur in ganz wenigen universitären Zentren in Einzelfällen möglich. 1969 wurde die Hämodialyse erstmals von den Krankenkassen als Kassenleistung anerkannt. Die Patienten mussten zu diesem Zeitpunkt teilweise sehr weite und zeitintensive Anfahrten zur Dialyse in Kauf nehmen. Die Sterblichkeit an Dialyse und die Komplikationen des Verfahrens waren auch zu diesem Zeitpunkt noch sehr hoch.

1970 gründete Dr. med. Karl-Heinrich Schmidt in Bad Dürkheim eine der ersten privaten Dialyseeinrichtungen in Deutschland und legte somit den Grundstein der Dialyseversorgung im Raum Schwarzwald-Baar. Dies war sozusagen die Geburtsstunde des Nephrologischen Zentrums Villingen-Schwenningen. Da zu diesem Zeitpunkt

eine flächendeckende Versorgung mit Dialysepraxen in Baden-Württemberg noch lange nicht gegeben war, kamen die Patienten auch aus weiter entfernten Bereichen der Region, um in Bad Dürkheim dialysiert werden zu können. Rasch wurde eine Erweiterung des Dialyseangebotes nötig, da die Zahl der Dialysepatienten kontinuierlich anstieg.



Abb. 1: Bild der ersten Dialyseeinrichtung im Schwarzwald-Baar Kreis, Bad Dürkheim 1970.

Um ein höheres Platzangebot und eine engmaschigere Verzahnung mit dem Klinikum garantieren zu können, wurde das Dialyseeinstitut in der Schramberger Straße in Schwenningen gebaut und am 15.4.1974 bezogen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 3 Nierenspezialisten in der Praxis tätig. Die enge räumliche Nähe zum Krankenhaus in Schwenningen, war ein wichtiger Schritt zur engen Kooperation mit den Krankenhäusern der neu geschaffenen Doppelstadt Villingen-Schwenningen.

Die konsiliarische Mitbetreuung und Mitbehandlung von Klinikpatienten mit Nierenversagen gehörte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zu einer wesentlichen Aufgabe des nephrologischen Zentrums und sicherte die nephrologische Versorgung der Patienten im Schwarzwald-Baar-Kreis.



*Abb. 2: Ursprüngliches Dialyseinstitut in der Schramberger Straße in Schweningen, Eröffnung April 1974.*

Im Laufe der Jahre wurde der Standort in der Schramberger Straße ausgebaut und bei wachsenden Patientenzahlen auch eine Erweiterung der Mitarbeiterzahl notwendig. Eine weitere qualitative Verbesserung der Patientenversorgung wurde mit der Ansiedelung kooperierender Facharztpraxen anderer Fachdisziplinen erreicht, die im räumlich angegliederten Ärztehaus ihre Praxen unter einem gemeinsamen Dach betrieben. Insbesondere die häufig gleichzeitig an verschiedenen Krankheiten leidenden Dialysepatienten benötigen eine interdisziplinäre Versorgung durch verschiedenen Fachgebiete der Medizin, um eine gute und umfangreiche Behandlung gewährleisten zu können. Auch die Anwesenheit einer Apotheke und eines Bistros verbesserte das Serviceangebot für die Patienten wesentlich und wurde von den Patienten häufig in Anspruch genommen. Im Zuge der Verbesserung der wohnortnahen Versorgung von Dialysepatienten und Patienten mit anderen nephrologischen Krankheitsbildern wurden im Laufe der letzten 4 Jahrzehnte neben dem Standort Villingen-Schwenningen weitere nephrologische Praxen bzw. Dialyseeinrichtungen in den umliegenden Kreisen (Rottweil, Tuttlingen, Donaueschingen, Freudenstadt, Wolfach, Sulz, Hechingen, Rottenburg, Albstadt und Titisee-Neustadt) gegründet, die alle der überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaft Nephrologisches Zentrum Villingen-Schwenningen angehören. Die Tätigkeitsfelder der nephrologischen Versorgung

aller Patienten dieses Einzugsbereiches liegen nicht nur in der Durchführung der chronischen Hämodialyse, sondern sind im Laufe der Jahre immer umfangreicher geworden. Zum Beispiel stellt die konsiliarische Betreuung und Durchführung von Akutdialysen bei Patienten aller kooperierenden Kliniken einen wichtigen Teil unserer Arbeit dar. Desweiteren werden andere extrakorporale Therapieverfahren wie Plasmapherese, Lipidapherese und Immunadsorption angeboten. Die Betreuung und Nachsorge nierentransplantierter Patienten und von Patienten, die eine Bauchfelldialyse durchführen, stellt einen weiteren wichtigen Teil der Tätigkeit im Nephrologischen Zentrum dar. Die ambulante Versorgung von Patienten mit Nieren- und Bluthochdruckerkrankungen, ist ein zusätzlicher wesentlicher Teil unserer Arbeit in den verschiedenen Praxen, in denen eine Nierensprechstunde angeboten wird. Die Prävention des Fortschreitens einer Nierenerkrankung bis zur Dialysepflichtigkeit ist hierbei eine zentrale Aufgabe unserer Versorgung. Im Jahre 2005 wurde mit der Eröffnung einer diabetologischen Praxis innerhalb des Nephrologischen Zentrums ein weiterer, wichtiger Aspekt der Patientenversorgung etabliert.



*Abb. 3: Nephrologisches Zentrum Villingen-Schwenningen mit Ärztehaus am alten Standort Schramberger Straße, Schweningen.*

Nachdem im Jahre 2004 der Gemeinderat der Stadt Villingen-Schwenningen und der Kreistag den Beschluss einer künftigen Zusammenlegung der beiden Krankenhausstandorte Villingen und Schweningen und damit den Bau eines Zentral-

klinikums beschlossen hatten, wurde auch für das Nephrologische Zentrum Villingen-Schwenningen eine langfristig tragfähige Standortentscheidung notwendig. Die Gesellschafter entschlossen sich schließlich, einen Neubau des Nephrologischen Zentrums in unmittelbarer Nähe des neuen Zentralklinikums zu planen. Der Neubau, der durch den Architekten Herrn Herbert Pleithner entworfen wurde, konnte innerhalb eines Bauzeitraumes von ca. 20 Monaten verwirklicht werden und der Umzug in die neuen Räume erfolgte zum 15.4.2013, noch 3 Monate vor Eröffnung des Zentralklinikums. Durch den Neubau direkt neben dem Klinikum mit direkter Verbindung über einen eigens errichteten Gang zwischen den Häusern, ist eine noch bessere und patientenfreundlichere Versorgung der Dialysepatienten möglich geworden. Die enge Kooperation zwischen Klinikum und Nephrologischem Zentrum stellt gleichzeitig eine direkte, zeitnahe und kompetente Versorgung unserer gemeinsamen Patienten sicher. Die Zusammenarbeit mit dem Zentralklinikum sichert eine enge Verzahnung und Kontinuität zwischen ambulanter und stationärer Behandlung und stellt einen wesentlichen Baustein der Versorgung der häufig schwerkranken Dialysepatienten dar.

Das „neue“ Nephrologische Zentrum bietet auf einer Fläche von etwa 5.500 Quadratmetern Platz für 2 Dialysestationen (insgesamt 68 Plätze), eine Bauchfelldialyseabteilung (CAPD) und mehrere Sprech- und Behandlungszimmer für die Therapie von Nieren-, Bluthochdruck- und Diabeteserkrankungen. Zusätzlich sind noch 2 weitere Facharztpraxen (Urologie und Schmerztherapie), eine podologische Praxis, ein Sanitätshaus, der betriebsmedizinische Dienst des Schwarzwald Baar-Klinikums und eine Mammographie-Screening-Einheit im Gebäude beheimatet.

Der Umzug in das neue Gebäude mit Klinikumsanbindung ist aus unserer Sicht ein wichtiger



*Abb. 4: Blick auf das Nephrologische Zentrum Villingen-Schwenningen in der Albert-Schweitzer-Straße in unmittelbarer Nähe zum Zentralklinikum SBK.*

Schritt für die Sicherstellung einer langfristigen, modernen, patientenorientierten und qualitativ hochwertigen nephrologischen Versorgung der Patienten der Region gewesen. Wahrscheinlich hatte der Neubau des Nephrologischen Zentrums auch eine gewisse Schrittmacher- und Katalysatorfunktion für andere Bauprojekte in diesem Areal. Durch die weitere Ansiedlung von Ärzthäusern, Apotheken und Facharztpraxen am Standort in unmittelbarer Nähe, ist ein zentraler Medizinstandort der Stadt entstanden, der eine interdisziplinäre Versorgung der nierenerkrankten Patienten deutlich erleichtert. Die Zahl der betreuenden Nephrologinnen und Nephrologen in der Berufsausübungsgemeinschaft Nephrologisches Zentrum ist mittlerweile auf 16 angewachsen. Die Zahl der Mitarbeiter in Pflege, Dialysetechnik, Verwaltung und Betriebsorganisation ist ebenfalls kontinuierlich gestiegen und dokumentiert den Bedarf an nephrologischen Versorgungsstrukturen.

Wir glauben, dass der Standort Villingen-Schwenningen und die enge und kooperative Einbindung in die medizinische Infrastruktur der Region auch langfristig Garant für eine erfolgreiche und patientenorientierte Zukunft der nephrologischen Versorgung ist.

# Das Rechtswesen in Villingen-Schwenningen im Licht einiger Reformen

Hans-Joachim Schleusener

Villingen-Schwenningen beherbergt eine Vielzahl juristischer Einrichtungen:

1. das Amtsgericht Villingen-Schwenningen.
2. das Arbeitsgericht Freiburg mit den Kammern Villingen-Schwenningen, wobei drei Kammern für den Schwarzwald-Baar-Kreis zuständig sind.
3. die 9. Kammer für Handelssachen des Landgerichts Konstanz.
4. die Außenstelle Villingen-Schwenningen der Staatsanwaltschaft Konstanz.
5. die Justizvollzugsanstalt Rottweil -Außenstelle Villingen-Schwenningen

Für das Arbeitsgericht Villingen-Schwenningen ist für das Jahr 2018 eine Neuordnung vorgesehen. Es soll ein selbständiger Gerichtsbezirk mit Kammern in Villingen-Schwenningen und einer Außenstelle in Radolfzell geschaffen werden.

Im Zuge der Städtefusion am 01.01.1972 wurden die Außenstelle Villingen-Schwenningen der Staatsanwaltschaft Konstanz und die 9. (damals 3.) Kammer für Handelssachen des Landgerichts Konstanz in Villingen-Schwenningen eingerichtet, um so den im Stadtbezirk Schwenningen niedergelassenen Anwälten, die bisher ausschließlich beim Landgericht Rottweil zugelassen waren, die weite Fahrt zu den Gerichtsterminen nach Konstanz zu ersparen. Gleichzeitig erhielten sie auch die Zulassung beim Landgericht Konstanz. Das missfiel den im Stadtbezirk Villingen niedergelassenen Anwälten, die bisher nur beim Landgericht Konstanz zugelassen waren. Sie erstritten sich daraufhin auch die Zulassung beim Landgericht Rottweil und es herrschte wieder Gleichberechtigung.

Die herausragendste juristische Einrichtung in Villingen-Schwenningen ist das Amtsgericht Villingen-Schwenningen mit heute insgesamt 146 Bediensteten (11 Richter, 44 Rechtspfleger, 21

Beamte im mittleren Dienst, 9 Gerichtsvollzieher, 3 Wachtmeister, 2 Justizaushelfer, 43 Justizangestellte, 5 Putzfrauen, 6 Rechtspflegeranwärter und 2 Rechtsreferendare).

Das architektonisch beeindruckende Hauptgebäude in der Niederen Straße 94 wurde in den Jahren 1847 bis 1864 errichtet und als Kreisgericht am 01.10.1864 eröffnet. Heute ist es das größte Amtsgericht im Landgerichtsbezirk Konstanz. Das Nebengebäude mit den Zivil- und Familienabteilungen befindet sich im ehemaligen Gebäude der IHK in der Kronengasse 14.

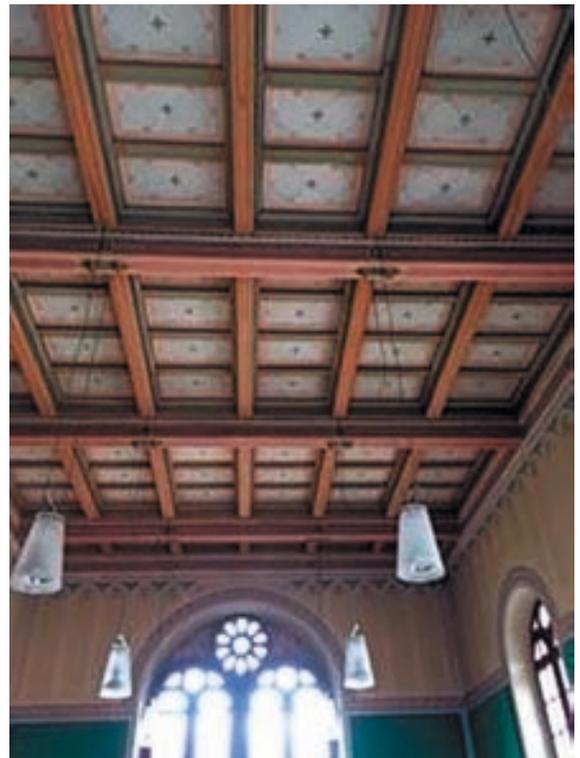


Abb. 1: Holzkassetendecke.

In den Jahren 1986 bis 1989 erfolgte eine umfassende Sanierung des Hauptgebäudes, so wurde der Gerichtssaal im alten Gesicht wieder hergestellt.



Abb. 2: Holzkassettendecke.

Die abgehängte Decke und die Trennwand zu dem kleineren Saal wurden entfernt. Endlich war die beeindruckende, fast im Originalzustand erhaltene Holzkassettendecke (Abb. 1 und 2) wieder für jedermann sichtbar. Weiterhin wurden die wenigen, noch erhaltenen Wandmalereien restauriert, so insbesondere diejenige oberhalb der Türe zum Beratungszimmer. Die weiteren Wandmalereien wurden dem Original nachempfunden (Abb. 3 und 4).



Abb. 3: Wandmalereien.

Der Einbau eines neuen Parkettbodens führte jedoch trotz Einbaus einer Sprechanlage zu erheblichen akustischen Problemen. So kam es wegen der Brechung der Schallwellen an der Decke und am Boden zu unerwünschten Halleffekten, weshalb die Seitenwände in der Folgezeit aufgedoppelt wurden.



Abb. 4: Wandmalereien.

Ich selbst (der Verfasser) war im noch nicht renovierten Gerichtssaal zu unterschiedlichen Zeiten zuerst als Verteidiger, später als Vertreter der Staatsanwaltschaft und als Richter tätig, was so sicherlich einmalig ist.

Die einschneidendste Reform brachte die am 21.07.2008 beschlossene Neuordnung des Grundbuchwesens in Baden-Württemberg. Die Kernstücke der Reform waren die Einführung des digitalen Grundbuches, die Auflösung der 665 staatlichen bzw. kommunalen Grundbuchämter und die Zentralisierung auf die Grundbuchabteilungen von landesweit 13 Amtsgerichten. Mit Hochdruck wurde die Digitalisierung der Grundakten vorangetrieben. Bereits im Januar 2009 wurde das erste Erfassungszentrum beim Amtsgericht Stutt-

gart eingerichtet. Am 01.07.2010 wurden zwei weitere Erfassungszentren bei den Amtsgerichten Heilbronn und Villingen-Schwenningen mit jeweils 33 Bediensteten eröffnet. Das Erfassungszentrum Villingen-Schwenningen beendete Ende 2016 seine Tätigkeit. Seit dem 01.07.2012 ist das Amtsgericht-Grundbuchamt Villingen-Schwenningen für die Landgerichtsbezirke Konstanz und Waldshut zuständig. Es werden ausschließlich digitale Grundbücher bearbeitet. Noch vorhandene Grundakten in Papierform werden in Kornwestheim digitalisiert und archiviert. Mit Stand vom 26.05.2017 haben 78 kommunale bzw. staatliche Grundbuchämter ihre Grundbuchgeschäfte an das Amtsgericht Villingen-Schwenningen abgegeben.

Das Grundbuchamt mit insgesamt 59 Bediensteten, davon 29 Rechtspfleger, befindet sich im Gebäude Carlo-Schmid-Straße 7/9.

Im Zuge der Reform des Grundbuchwesens wird das Notariatswesen neu gestaltet. In Baden werden am 01.01.2018 die staatlichen Notariate und in Württemberg die Bezirksnotariate abgeschafft. Trotz der Städtefusion am 01.01.1972 galt im Stadtbezirk Schwenningen mit seinen Stadtteilen die württembergische Ausprägung des Notariatswesens. Da die badischen Notare Volljuristen sind, waren sie auch für die Nachlassgerichte zuständig. Dies war den württembergischen Bezirksnotaren mit ihrer spezifischen Ausbildung verwehrt. Zukünftig sollen die Bezirksnotare als Grundbuchrechtspfleger eingesetzt werden.

Die Beschränkung der Zuständigkeit des Notariatswesens auf ausschließlich staatliche Einrichtungen widerspricht dem Gleichheits- und Freizügigkeitsprinzip in der Europäischen Union. Deshalb war die Reform überfällig.

Das Amtsgericht Villingen-Schwenningen ist den Konzentrationsverordnungen folgend in einigen Bereichen auch für das Amtsgericht Donaueschingen zuständig (so z. B. als Haft-, Schöffengericht und Insolvenzgericht). Die Bedeutung des Amtsgerichts Villingen-Schwenningen ist insbesondere deshalb augenfällig, weil es neben einem Schöffengericht auch ein Jugendschöffengericht hat. Die Schöffengerichte bzw. Jugendschöffengerichte sind mit einem Berufsrichter als Vorsitzenden und zwei

ehrenamtlichen Richtern (Schöffen) besetzt, wobei die Jugendschöffengerichte jeweils mit einem weiblichen und einem männlichen Schöffen besetzt sind. Die Schöffen werden für die Dauer von jetzt 5 (früher 4) Geschäftsjahren gewählt.

Im Erlass des Justizministeriums Baden-Württemberg vom 14.12.2007 wird die Anzahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die jeweiligen Spruchkörper bestimmt. So sind für das Schöffengericht Villingen-Schwenningen 14 Haupt- und 14 Hilfsschöffen und für das Jugendschöffengericht 12 Haupt- und 10 Hilfsschöffen zu wählen. Davon entfallen auf den Amtsgerichtsbezirk Donaueschingen für beide Schöffengerichte jeweils 4 Hauptschöffen.

Die Zahl der Hauptschöffen ist so bemessen, dass jeder Hauptschöffe voraussichtlich nicht zu mehr als zwölf ordentlichen Sitzungstagen im Geschäftsjahr herangezogen wird.

In Anlehnung an die erhobenen Einwohnerzahlen wird die Zahl der von den einzelnen Gemeinden vorzuschlagenden Personen (auch für die Strafkammern des Landgerichts Konstanz) bestimmt (so z. B. für Bad Dürkheim 7 und für Villingen-Schwenningen 46 vorzuschlagende Personen). In die Vorschlagsliste ist die doppelte Anzahl der zu wählenden Haupt- und Hilfsschöffen aufzunehmen.

Für die Hauptschöffen des Jugendschöffengerichts sind die Vorschlagslisten vom städtischen Jugendhilfeausschuss und vom Jugendhilfeausschuss des Landkreises vorzulegen.

Aus den Vorschlagslisten, die die doppelte Anzahl der zu wählenden Schöffen enthalten soll, sind jeweils 4 (2 männliche und 2 weibliche) Hauptschöffen zu wählen. Die Hilfsschöffen, 10 Personen (5 männliche und 5 weibliche) sind ausschließlich aus der Vorschlagsliste des städtischen Jugendhilfeausschusses zu wählen, was in der Sitzung des Schöffenwahlausschusses am 08.10.2008 für die Geschäftsjahre 2009 bis 2013 von einzelnen Mitgliedern bemängelt wurde.

Die Schöffen werden vom Jugendwohlfahrtsausschuss aus den Vorschlagslisten, die eine Woche öffentlich auszulegen sind, mit einer Mehrheit von mindestens 2/3 gewählt. In der Praxis war

die Wahl unter meinem Vorsitz immer einstimmig. Der Schöffenwahlausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des jeweiligen Spruchkörpers, dem Landrat und 7 Vertrauenspersonen, die vom Kreistag gewählt werden.

Für das Schöffenamt interessierte Personen können sich bei den Wohnsitzgemeinden bzw. den zuständigen Jugendämtern bewerben.

Zum Amt eines Schöffen sind nach § 32 GVG unfähig:

- Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt sind.
- Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen einer Tat schwebt, die den Verlust zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

Zum Amt eines Schöffen sollen nach §§ 33 und 34 GVG unter anderem nicht berufen werden:

- Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden.
- Personen, die das 70. Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden.
- Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste noch nicht ein Jahr in der Gemeinde wohnen.
- Personen, die aus gesundheitlichen Gründen zu dem Amt nicht geeignet sind.
- Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.
- Personen, die 8 Jahre lang als ehrenamtliche Richter in der Strafrechtspflege tätig gewesen sind und deren letzte Dienstleistung zu Beginn der Amtsperiode weniger als 8 Jahre zurück liegt.

Der Schöffe ist unabhängig und übt sein Richteramt in vollem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie der Berufsrichter aus, so dass es durchaus möglich ist, dass der Berufsrichter in der Beratung von den beiden Schöffen überstimmt wird. Allerdings kommt dies in der Praxis äußerst selten vor. Vor Beginn eines Geschäftsjahres legt der Vor-

sitzende die Verhandlungstermine fest und die Schöffen werden für die einzelnen Sitzungstage in öffentlicher Sitzung ausgelost.

Die Reihenfolge der Hilfsschöffen wird vor Beginn der Geschäftsjahre ausgelost. In dieser Reihenfolge werden die Hilfsschöffen herangezogen, wenn ein Hauptschöffe ausfällt.

Die Jugendschöffen sollen erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein (§ 35 JGG).

Ein besonderes Kapitel ist die Justizvollzugsanstalt Rottweil-Außenstelle Villingen-Schwenningen. Seit Jahren ist die Rede davon, das die Justizvollzugsanstalt Rottweil mit sämtlichen Außenstellen geschlossen und ein neues Großgefängnis errichtet werden soll. Allein die Standortfrage entwickelte sich zu einem makaberen Gezänk. Nun soll das Großgefängnis im Gewann Esch in Rottweil gebaut werden. Das Land Baden-Württemberg hat den Planungswettbewerb ausgeschrieben. Der Wettbewerb findet in zwei Phasen statt. Endgültig soll im Juni 2018 entschieden werden. Die Errichtung des Bauwerks ist mit einem Kostenaufwand von 118 Millionen € im Zeitraum von Sommer 2021 bis Sommer 2025 geplant.

Der bauliche Zustand der alten Justizvollzugsanstalt ist desolat. Eine ernsthafte Diskussion darüber, ob die bauliche Situation nach heutigen Maßstäben menschenwürdig ist, ist durchaus angebracht.

Zum Schluss noch eine Anekdote aus meiner Schulzeit im Gymnasium am Romäusring: Wenn unser Physiklehrer Aberle mit unseren Leistungen unzufrieden war, zeigte er zum Fenster des Physiksaals in Richtung der Justizvollzugsanstalt und dozierte: „Die da drüben wissen, warum sie sitzen – ihr nicht!“

In der Tat, den Untersuchungshäftlingen wird bei Eröffnung des Haftbefehls ausführlich mündlich und schriftlich erläutert, weshalb sie in Untersuchungshaft genommen werden. In der Justizvollzugsanstalt sitzen fast ausschließlich Untersuchungshäftlinge ein.

Diese Ausführungen mögen einen Einblick in das Rechtswesen in Villingen-Schwenningen verschafft haben.

# Der Villingener Werkhof

Edgar H. Tritschler

## Eine traditionsreiche handwerklich-technische Serviceeinrichtung der Stadt

In anderen Städten heißen sie „Bauhof“ und haben sich – dem Anwachsen von Aufgaben und Zuständigkeiten entsprechend – von kommunalen Versorgungseinrichtungen zu „Stadtwerken“ oder „Technische Dienste“ weiter entwickelt. Die Organigramme von Städten zeigen heute vielfältige Organisationsmodelle, seien es Abteilungen der Stadtverwaltung, kommunale Regiebetriebe, rechtlich selbstständige Spezialunternehmen oder eine Kombination verschiedener Modelle. Allen gemein ist eine höchst lebensnahe Aufgabenstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge, ohne die ein menschliches Zusammenleben in Städten und Gemeinden nicht vorstellbar wäre. Die Bedeutung der erbrachten Leistungen wird oft erst deutlich, wenn von meist störungsfrei erbrachten Leistungen einmal etwas „nicht rund läuft“. Angesichts der Komplexität von Aufgabenstellungen und der dafür geschaffenen technisch-organisatorischen Systeme wäre das Beklagen einer temporären Störung ein „Jammern auf hohem Niveau.“ Ein Blick auf das Versorgungssystem anderer (auch europäischer) Städte gibt bei gutwilligem Betrachten ein Gefühl dankbarer Zufriedenheit.

Das Erbringen von handwerklichen Dienstleistungen für städtische Gebäude, Einrichtungen und Anlagen war auch die hauptsächliche Aufgabe des Werkhofs, der in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts außerhalb der Stadtmauern, dennoch nahe genug an den Wirkungsorten, vor dem Riettor eingerichtet worden ist. Ein Foto aus dieser Zeit zeigt den noch unbebauten Platz im Eckbereich von Romäusring und Vöhrenbacher Straße:

Das spätere Werkhofgelände: Rechts: Landwirtschaftsschule und -amt am Romäusring, davor ein landwirtschaftlich genutzter Schuppen. Bildmitte: später für das „Theater am Ring“ abgerisse-

nes Wohnhaus („Bantlin'sches Anwesen“). Links davon das Eckhaus Romäusring/Vöhrenbacher Straße, später Haus Villing. Im Hintergrund v.r. Franziskanerkloster, Spital, Riettor und Benediktinerkirche [Quelle: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, SAVS 1.42.91 Nr. 326].



Abb. 1: Das spätere Werkhofgelände.

Die Anfänge des Werkhofs, der an diesem Platz seinen Standort bis in das Jahr 1970 behalten sollte, ist in einem Aktenstück von 1926/1928 dokumentiert. Unter der Signatur 1.16 Nr. 3839 ist im Stadtarchiv der Verwaltungsvorgang über den „Ankauf des Lagerschuppens des Bantlin'schen Anwesens“ und das „Aufstellen desselben auf dem Werkhof für Ausbau als Autoschuppen“ dokumentiert.

Dieses Bantlin'sche Anwesen musste im Jahr 1938 dem Bau des „Theater am Ring“ weichen, das als „Badisches Theater“ entstanden ist, „ein Haus, das erst bei Kriegsbeginn zu Ende gebaut wurde, unversehrt davongekommen ist und 950 Sitzplätze hat“.<sup>1</sup> In diesen Vorkriegsjahren zwischen 1926 und 1939 wurde der Werkhof weiter ausgebaut, sodass der Nachkriegsstatus ausweislich eines Bauplans vom November 1946 zur „Erstellung eines (weiteren) Wagenschuppens“ schon ein beträchtliches Areal aufwies:



Abb. 2: Bauplan vom November 1946.

Diesem Plan sind einige interessante Details zu entnehmen: In der Bildmitte oben links ist unter der Flurstück-Nr. 1690 b das Wohn- und Geschäftshaus von Schneidermeister Burgbacher zu sehen. Rechts neben der Zufahrt unter den Nr. 1671 f erscheint das Anwesen von Zimmermeister Flöß. Das rechts daneben liegende Grundstück 1671 d gehörte (vorne) der Stadt und (dahinter) der Fa. Hornuss & Forster, Druckerei und Stempelfabrik. Das Eckgrundstück 1671 a ist das Anwesen des Fahrradhändlers Villing. Daran anschließend ist unter der Nr. 1671/2 das Theater am Ring eingezeichnet und darunter (auf dem späteren Erweiterungsgelände des Theaters) das Grundstück der Firma Meyer & Söhne, Riegel (Riegeler Brauerei) mit der dortigen Niederlassung, deren Gebäude später von der Spedition Emons genutzt wurden.

Mit dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit wuchsen auch die Aufgaben des Werkhofes, der entsprechend den neuen Zuständigkeiten auch baulich zu erweitern war: Die anstehenden

Maurer- und Betonarbeiten im Städt. Werkhof wurden gemäß dem Vertrag vom Dezember 1951 (Abb. 3) dem Baugeschäft Rudolf Seemann übertragen, das die Arbeiten bis Ende März 1952 auszuführen hatte.

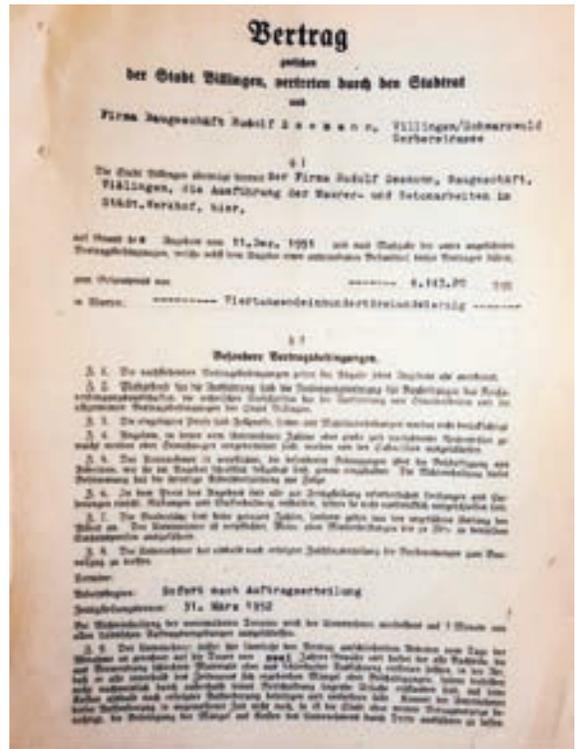


Abb. 3: Vertrag vom Dezember 1951.

Der Betrieb des Werkhofes war in den 50er und 60er Jahren im Wesentlichen in die Abteilungen - Hochbau, - Tiefbau (mit Stadtreinigung) - Wasserwerk und - Fuhrpark (mit Müllentsorgung, Schneeräumung) gegliedert. Die Stadtgärtnerei war dem städtischen Bauamt zugeordnet, ebenso das Hallenbad und die beiden Freibäder. Das Elektrizitätswerk und das Gaswerk waren städtische Regiebetriebe. Der Betrieb im Werkhof war in den 25 Jahren seines Bestehens in der Nachkriegszeit geprägt von den alltäglichen Begebenheiten einer Stadt, deren rasches Wachstum im Zuge der Industrialisierung vielfältige zusätzliche Anforderungen mit sich brachte. Villingen zählte zur Zeit der Gründung des Werkhofes 13.982 Einwohner, 1946 waren es

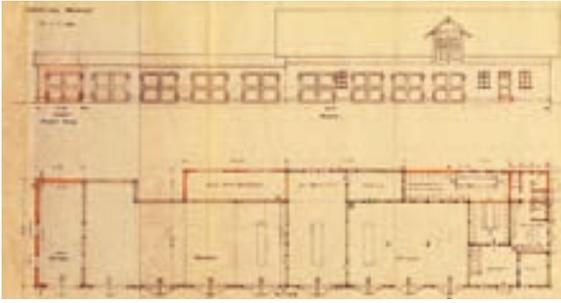


Abb. 4: Dienstgebäude für den Fuhrpark.  
Planzeichnung vom 13.11.1951.

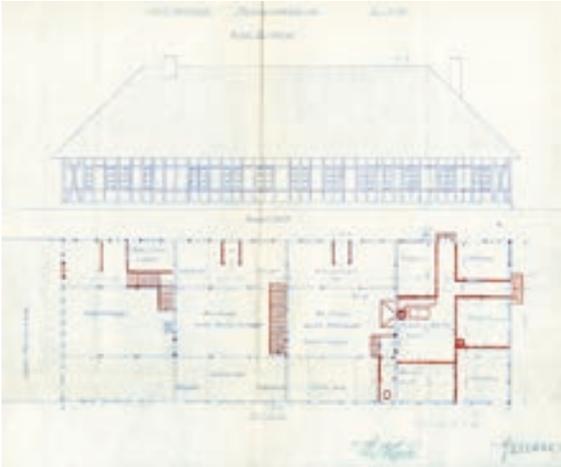


Abb. 5: Dienstgebäude für Hochbau, Tiefbau und Wasserwerk. Planzeichnung vom 12.12.1947.

17.458 und 1970 bei seiner Schließung 37.906 Einwohner.<sup>2</sup> Damit hat sich in 25 Jahren die Einwohnerzahl Villingens mehr als verdoppelt, während die bauliche und personelle Ausstattung des Werkhofs nicht adäquat mitgewachsen ist.

### Personen des Werkhofs

Mit der Geschichte des Werkhofs untrennbar verbunden war der 1982 verstorbene Franz Kornwachs. Er war städtischer Oberwerkmeister des Werkhofs und zuständig für den Bereich Hochbau. In dieser Stellung war er stets stark gefordert, aber nicht annähernd so bekannt wie in seinen Vereinsfunktionen: Von 1949 bis 1972 war er 1. Zunftmeister der Villingener Narrozunft, von 1951 bis 1971 Kommandant der Historischen Bürgerwehr und 1. Vorsitzender der Historischen Trachtengruppe. In den Umzügen während der Fasnet verkörperte er hoch zu Roß für fast ein Vierteljahr-



Abb. 6: Franz Kornwachs (1904 – 1982).

hundert die lange Tradition der 1584 gegründeten Zunft. Viele weitere Ehrenämter wären aufzuführen. Auf diese „Personalunion“ wird im weiteren Text des Beitrages noch einzugehen sein. Für seine zahlreichen Verdienste erhielt er 1969 das „Goldene Stadtsiegel der Stadt Villingen“ und 1972 die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland.

Ebenfalls in den 50er und 60er Jahren war Werkmeister Hans Frech für den Bereich Tiefbau und Garagenmeister Alfons Eichkorn für den Fuhrpark zuständig, dem in dieser Funktion auch der Einsatz und die Organisation der Müllentsorgung und der Stadtreinigung oblag. Der gelernte Bankkaufmann Erich Stetter war für die Verwaltungsangelegenheiten und die kaufmännische Abrechnung der Werkhof-Leistungen zuständig.

Die (ausschließlich männliche) Belegschaft des Werkhofs ist verschiedenen Archivalien im Stadtarchiv zu entnehmen, eine vollzählige Nennung und zeitliche Einordnung ist nicht möglich. Eine Zuordnung der Beschäftigten zu einem bestimmten Bereich wäre für einzelne Personen möglich, soll aber hier zugunsten einer alphabetischen Nennung unterbleiben, zumal etliche von ihnen als „Multifunktionier“ im Einsatz waren und zeitweise sowohl in einem wie in einem anderen Bereich tätig waren. Der Betrieb des Werkhofs war noch überschaubar und zwischen den vorgenannten Werkmeistern bestand Einigkeit darin, sich mit Personalgestellung dort zu helfen, wo gerade „Not



Abb. 7: Betriebsgelände des städt. Werkhofs.

am Mann” war. Der Verwaltungsmann Stetter hatte sicher noch keine Kostenstellenrechnung zu betreiben. Als Mitarbeiter waren u.a. tätig<sup>3</sup>: Ade, Richard; Alleben; Bösing; Dinser, Oskar; Fal-ler, Erwin; Fehrenbach, Hermann; Felber, Emil; Flaig, Otto; Mezger; Müller, Willi; Riegger, Karl; Schaumann; Schneider, Eugen; Tritschler, Erwin; Weisser, Oskar; Weber; Wiehl, Ignaz.

Da der Werkhof den gestellten Anforderungen räumlich nicht mehr gewachsen war, stellte die Stadtverwaltung bereits im Jahr 1962 Überlegungen an, mit einem angepassten Raumprogramm ihn an einen anderen Standort zu verlegen. Diese Planungen wurden von mehreren flankierenden Entwicklungen vorangetrieben:

- die Werkhof-Flächen waren (besonders hinsichtlich der Fahrzeughallen) nicht mehr ausreichend und konnten an diesem Standort nicht ausgeweitet werden;
- der stark angestiegene Verkehrsfrequenz der städtischen Fahrzeuge (z.B. Müllfahrzeuge, Schneeräumgerät) wurde als zunehmend störend empfunden;
- das Theater am Ring plante einen Um- und Ergänzungsbau mit Auswirkungen auf den

angrenzenden Werkhof;  
 - die Stadt benötigte für den ruhenden Verkehr ausreichend Parkfläche in Innenstadt-Nähe;  
 Diese – nicht abschließend aufgeführten – Problemlagen sind der obigen Photographie deutlich zu entnehmen.

Dem damaligen Leiter des Bauamts, Dipl.-Ing. Wolff, waren vermutlich die politischen Planungen in Richtung Gebietsreform bzw. Städtefusion Villingen – Schwenningen bereits bekannt, denn er verfasste seinen Vermerk vom 26. November 1962 mit einer nachstehend zitierten Textziffer „C. Erweiterung”. Mit dem Vermerk

**„Raumvorschläge für NEUEN WERKHOF – Standpunkt November 1962”**

formulierte er die Raumanforderungen für einen

Tz.	Nr.	Raumprogramm	benötigte qm
A		Ableitung Tiefbau – Fuhrpark	
	1	Garagen...	490
	2	Werkstätten...	175
	3	Wagenhallen...	210
	4	Geschlossene Räume für Vorräte und Lager	280
	5	Kellerräume	385
	6	Obergeschossräume (Sozialräume)	390
	7	Lager...	360
	8	Lagerplatz für Kanal u. Straßenbaustoffe einschl. Wege und Tankstelle	15.000
B		Ableitung Hochbau	
	1	Werkstätten	350
	2	Büros	32
	3	Läger, u.a. für Schulmöbel	330
	4	Holzlager	360
		Gesamt (ohne Tz. A 8)	3.362

Neubau:

Dieser Übersicht fügte er vorsorglich eine Textziffer C mit folgendem Wortlaut an:

C Erweiterung

„Es ist anzunehmen, dass die Stadt im Jahr 1972 rund 45.000 Einwohner zählt. Der Platzbedarf dürfte deshalb wie folgt vorzusehen sein

- a) Garagen... 180 qm
- b) Offene Hallen... 180 qm
- c) Garagen, evtl. für Übernahme des Stadtverkehrs... 280 qm

Der Vermerk schließt mit dem Zusatz: „Für das Wasserwerk sind keine Flächen mehr vorgesehen.“

Bei einem Bevölkerungsstand von ca. 32.000 Einwohner zum Zeitpunkt seines Vermerks war die Prognose von Oberbaurat Wolff zur Einwohnerentwicklung recht optimistisch; vielleicht sollte die großzügig angesetzte Zahl auch nur die Dringlichkeit des Platzbedarfs unterstreichen.

1970 waren die Tage des alten Werkhofs dann gezählt: Der „Südkurier“ brachte in seiner Ausgabe



Abb. 8: Bildbericht vom 28. Juni 1970.

Nr. 144 vom 28. Juni 1970 folgenden Bildbericht:

Die aufgestellten Zeit- und Verfahrenspläne sind eingehalten worden. Nach dem Abbruch der Werkhof-Anlage und dem inzwischen erfolgten Um- und Erweiterungsbau des Theaters am Ring zeigte sich folgendes Bild:

An das am linken Bildrand erkennbare Haus, das den Abbruch der Werkhof-Anlage zunächst überdauert hat, erinnern sich wahrscheinlich viele ehemalige Schulkinder, die an diesem Haus vorbei



Abb. 9: Ehemaliges Werkhof-Areal mit Anrainern.

über das Hubenloch ihren Schulweg nahmen. Es beherbergte die „Eichamt-Nebenstelle“ des Eichamts Donaueschingen, dessen Betriebsgebäude auf dem Werkhof-Areal erst später umgesiedelt wurde. Das Behördenschild am Gebäude des Villingener Eichamts musste immer wieder von einem von Lausbubenhand zusätzlich aufgemalten „S“ befreit werden, das so oft entfernt wie wieder aufgemalt worden war.

Der neue Standort des Villingener Werkhofs war ab 1970 mit zunächst gleichen Funktionen in neuen Räumen in der Pforzheimer Straße angesiedelt worden. Dies änderte sich ab 1972, als die fusionierten Städte Villingen und Schwenningen über jeweils gleichartige Versorgungseinrichtungen verfügten und gewillt waren, möglichst zügig die angestrebten Synergieeffekte aus der Fusion zu realisieren. Es war kein einfaches Unterfangen und die Praxis der folgenden Jahre zeigte noch lange Zeit und in vielen Zusammenhänge eine Zweigleisigkeit. Nachdem beide Städte in vielen kleinen Schritten auf eine „Konzeption aus einem Guss“ hingearbeitet hatten, war erst mit der zum 1. Januar 2001 vollzogenen Gründung des städtischen Eigenbetriebs „Technische Dienste Villingen-Schwenningen“ der rechtliche und organisatorische Rahmen für die angestrebte Zukunftslösung geschaffen worden. Deren Ansiedlung „Auf der Steig“ ist ein sichtbares Zeichen für die gemeinsame Stadt und könnte als Vorbild für immer noch vorhandene Beispiele an Dezentralität und Zwillingbetrieb dienen. Nun noch einmal kurz zurück zum alten Villingener Werkhof:

## Der Werkhof und die Villingen Fasnet

Wie oben zu Franz Kornwachs bereits angedeutet, waren er und etliche seiner Kollegen und Mitarbeiter im Villingen Vereinsleben stark engagiert; so trafen sich z.B. etliche aktive Mitglieder des „Sängerkreis“ auch tagsüber am Arbeitsplatz. In „Personalunion“ waren aber vor allem nicht nur Werk- und Zunftmeister Kornwachs und andere Werkhöfler eng mit der Villingen Fasnet verbunden. So wurde es – von allen Beteiligten – als bloße Selbstverständlichkeit angesehen, dass die Fasnetwägen im Villingen Werkhof gebaut wurden. Dies freilich unter Beteiligung von handwerklich begabten Mitgliedern der Zünfte, die irgendwo außerhalb des Werkhofs ihren beruflichen Aufgaben nachgingen. Es war aber klar, wo die „Baustelle“ der oft über mehrere Wochen entstandenen fahrbaren Kunstwerke war; man traf sich an Abenden und Wochenenden in einer Halle des Werkhofs, wo fleißige Hände an dem Gemeinschaftswerk mitwirkten, das dann an der Fasnet zur Freude der Menschen durch die Villingen Straßen gezogen werden sollte. Wo – spitzfindig betrachtet – mehr Manpower herkam, von den Werkhöflern oder von den Vereinsmitgliedern, hat niemand gekümmert und niemand hinterfragt.

Dass dennoch alles nach Recht und Ordnung geschah und niemand seine dienstlichen Befugnisse überschritten hatte, wurde dem Autor von sach- und ortskundiger Seite bestätigt. Diese städtischen Leistungen wurden nämlich als alljährlicher Zuschuss der Stadt zu einem Fixpunkt des Villingen Kulturbetriebs angesehen, dessen genaue Höhe freilich nicht in Sach- und Personalkosten aufgeteilt zu beziffern war. Hätte Werk- und Zunftmeister Kornwachs noch einen Buchhalter mit Detailaufschriften in den Wagenhallen beauftragen sollen? Alles war gut, Hauptsache war, dass alles rechtzeitig fertig wird. Dass auch außerhalb der hohen Tage die Fasnetwägen in Wagenremisen des Werkhofs untergebracht waren, unterlag der gleichen Beurteilung wie deren Herstellung. Wo – wenn nicht im Werkhof – hätten die Wägen denn das Jahr über stehen sollen?

Auf die Möglichkeit, dass dieser unkomplizierte Brauch ein abruptes Ende finden könnte, war

man in Villingen nicht vorbereitet. Als im Jahr 1970 der Umzug vom alten Werkhof in das neue Betriebsgelände an der Pforzheimer Straße in die Feinplanung kam, erhob der neu in Villingen tätige Technische Bürgermeister sein Veto: Weder Bau noch Einlagerung der Wägen sollte künftig im neuen Villingen Werkhof stattfinden dürfen. Ob er diese Entscheidung aus grundsätzlichen Erwägungen, im Interesse der Gleichbehandlung aller Vereine oder aus Platzgründen getroffen hat, sei dahingestellt. Jedenfalls standen die Vereine mit dieser Entscheidung vor einem Problem, das dank der unbürokratischen Unterstützung durch die Stadt rasch gelöst werden konnte. Jetzt geschieht das Ganze in städtischen Hallen außerhalb des Werkhofs, wobei die kalkulatorische Miete den Vereinen erlassen und unverändert als Zuschuss für einen Fixpunkt des Villingen Kulturbetriebs verbucht wird.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> „Der Spiegel“ Nr. 3/1948 vom 17.01.1948 [Quelle: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44415247.html>, eingesehen am 18.05.2017]

<sup>2</sup> Quelle: Volkszählungsergebnisse [Wikipedia].

<sup>3</sup> Eine durchgängige Nennung der Vornamen war nicht möglich.

### Abbildungen:

Abb. 1: [Quelle: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, SAVS 1.42.91 Nr. 326]

Abb. 2: Quelle: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen 1.13 Nr. 1375.

Abb. 3: Vertrag vom Dezember 1951. [Quelle: SAVS 1.42.91 Nr. 326].

Abb. 4: Dienstgebäude für den Fuhrpark an der Seite zum Hubenloch hin Planzeichnung vom 13.11.1951 [Stadtarchiv VS 1.13 Nr. 1328].

Abb. 5: Dienstgebäude für Hochbau, Tiefbau und Wasserwerk an der Seite zur Stadt hin Planzeichnung vom 12.12.1947 [Stadtarchiv VS 1.13 Nr. 1375].

Abb. 6: Franz Kornwachs (1904 – 1982). Bild zur Verfügung gestellt von Hansjörg Fehrenbach.

Abb. 7: Linke Bildhälfte: Betriebsgelände des städt. Werkhofs mit dem auf der Anhöhe liegenden Hotel Diegner; rechts unten: Landwirtschaftsamt und –schule, rechts anschließend die Spedition Emons und das Theater am Ring vor dem Ausbau. Rechts oben: Das ehemalige Dienstgebäude der Landeszentralbank und das „Hollerith“-Gebäude [Quelle: SAVS 522 VS 63, Rosemarie von Strombeck, Aufnahme vom 19.07.1968].

Abb. 8: Quelle: Stadtarchiv VS 1.13 Nr. 526.

Abb. 9: Ehemaliges Werkhof-Areal mit Anrainern [Quelle: SAVS 5.22 VS 63, Rosemarie von Strombeck, Aufnahme vom 17.06.1972].

# Von der Lohntüte zum Online-Banking

Edgar H. Tritschler

## Über die Einführung der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung in Villingen

Es wäre uns heute kaum mehr vorstellbar, das tägliche Leben ohne die Leistungen des modernen Zahlungsverkehrs zu bewältigen. Deren technisch-organisatorische bzw. rechtliche Basis ist das eigene Girokonto bei einer Bank oder Sparkasse, auf das in traditioneller Weise oder online jederzeit zugegriffen werden kann.

Diese für den größten Teil der Bevölkerung selbstverständliche Einrichtung war einigen Bevölkerungsgruppen nicht zugänglich, was zu der Forderung von Politikern und Sozialverbänden geführt hat, auch diesen Menschen, die „gesellschaftliche Teilhabe“ (Caritas) zu ermöglichen. Denn die Leistung von periodischen Zahlungen (z.B. Miete, Strom, das Beziehen von Lohn oder Transferleistungen) ist heute nicht mehr möglich, da der diesbezügliche Barverkehr (z.B. von Gemeindekassen) eingestellt ist. Als erster Lösungsansatz wurde im Jahr 1995 vom „Zentralen Kreditausschuss“ das „Girokonto für jedermann“ als freiwillige Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft empfohlen, was sich so aber nicht durchsetzen ließ. Daraufhin hatte das Europäische Parlament im Jahr 2015 einen gesetzlichen Anspruch (Kontrahierungszwang) auf ein „Basis-Girokonto“ beschlossen, damit allen Bürgern die vollständige Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben möglich ist. Diese „Zahlungskonten-Richtlinie“ war bis 2016 in nationales Recht umzusetzen, was mit der Verabschiedung des deutschen „Zahlungskontengesetz“ (ZKG) im Juni 2016 erfolgte. Die von den Banken erhobenen Gebühren für die Führung dieser Konten sind weiterhin in der kritischen Diskussion.

Nun hat also der Gesetzgeber den Besitz eines Bankkontos nahezu auf die Ebene eines Menschenrechts angehoben, was noch vor wenigen Jahrzehnten die Menschen kaum berührt hat. Mit den eingetretenen umwälzenden technologischen

Änderungen betrachten wir eine Zeitspanne der Weiterentwicklung des modernen Zahlungsverkehrs, die bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückreicht. Erinnern wir uns:

### Lohntüte als Standard

Lohn für *Monat März* 1965  
Gehalt für *H. Wagner* Nr. \_\_\_\_\_

	DM	Pf.
Monats-Gehalt — Doppelwoche — Woche	510,-	-
Stunden zu <i>28</i> Essensgeld	18,-	70
Stunden Abkond. Jahrgeld	21,-	-
Ueberstnd.-Zuschl. zu <i>28</i>		
Zuschuß zum Krankengeld		
Abzüge zu . . . . . <i>28</i>	510,-	
Lohnsteuer . . . . .	42,70	
Kirchensteuer . . . . .	4,27	
Sozialversicherungs-Betrag	56,85	
Arbeitnehmeranteil		
Vorschuß . . . . .		
		103,82
Ausbez. Betrag:	445,88	

*Anrechnung und Inhalt nicht nachprüfen!  
Berechnungen nur unter Vorliegen der Lohntüte!*

Abb. 1: Lohntüte.

Fester Bestandteil des Ablaufs einer Arbeitswoche war der Gang zum Lohnbüro des Arbeitgebers, um den Wochenlohn in Empfang zu nehmen. Zumeist am Freitagnachmittag kamen die Beschäftigten ins Lohnbüro, wo drei „Löhnungen“ als gerundete Abschlagszahlung (in Papiergeld) und am Monatsende die genau berechneten restlichen Nettolöhne



Abb. 2: Zahltag im Lohnbüro.

(„mit Mark und Pfenning“) ausgehändigt wurden. Die Versorgung der Unternehmen durch die Hausbanken mit den erforderlichen Barmitteln war – auf Bank- und Unternehmensseite – mit erheblichem Organisationsaufwand verbunden. Die Geldtransporte, die meist an Donnerstagen, zu unterschiedlichen Zeiten und auf verschiedenen Fahrtrouten zu den Kundenunternehmen durchge-



Abb. 3: „Kienzle-Blätter“, Ausgabe 4/1969 Seite 8.



Abb. 4: „Kienzle-Blätter“, Ausgabe 4/1969 Seite 9.

führt wurden, waren für die Banken mit Kosten- und Sicherheitsfragen verbunden; die versorgten Firmen betrachteten diese Leistung als selbstverständlichen, kostenlosen Service einer Hausbank. Die Kassenhaltung bei den Unternehmen ging mit den Lohngeldern weit über die heute üblichen Beträge einer „Portokasse“ hinaus und enthielt verschiedene Risiken.

### Mitarbeiter-Information

Zur Vorbereitung der unternehmensinternen Umstellungsarbeiten und in Erfüllung arbeitsrechtlicher Betriebsvereinbarungen wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die bevorstehende umwälzende Neuerung eingestimmt. Die Villinger Kienzle Apparate GmbH berichtete in ihren „Kienzle-Blättern“ über den Sachverhalt und gab neben einige Informationen über die neue Form der Geldwirtschaft auch Empfehlungen für deren Gebrauch (siehe Abb. 3 und 4).

## Frauen am Fabriktor

Die wöchentliche Lohnzahlung löste Verhaltensnormen aus, die über die gesamte Nachkriegszeit den Rhythmus von Einkauf, (barer) Mietzahlung und weiterer Formen des Konsums bestimmte. Für viele (meist männliche) Arbeitnehmer gehörte der Besuch der „Stammkneipe“ zum festen Ritual des Freitagabends. Mit gefüllter Lohntüte traf man sich, um Erlebnisse einer oft (auch körperlich) harten Arbeitswoche auszutauschen, die für viele und noch bis nach 1970 an diesem Abend noch nicht zu Ende war. Denn im Zuge der gewerkschaftlichen Errungenschaften (40-Stunden-Woche) wurde die 5-Tage-Woche auch in Villingen erst in den späten 60er Jahren oder danach eingeführt (Metallindustrie und Holzverarbeitung: 1967, Bauindustrie: 1969, Einzelhandel: 1971, Versicherungen, Banken, öffentlicher Dienst: 1974), so dass der Samstag, dann der Samstagvormittag gewöhnliche Arbeitszeit für die Arbeitnehmer(innen) war. Samstag war aber auch der hauptsächliche Einkaufstag, für den die Hausfrauen und Mütter auf den Inhalt der Freitags-Lohntüte angewiesen waren. Es war vielleicht kein allgemeines, aber in Bankkreisen und Lohnbuchhaltungen durchaus bekanntes Problem, dass der Zwischenhalt von „Stammtischbrüdern“ auf dem freitäglichen Heimweg zeitlich und finanziell ausufernde und für den Wocheneinkauf nicht mehr genügend übrig war. So entstand das Bild der „Frauen am Fabriktor“, die dort ihren Männern die Lohntüte abnahmen und sie lediglich mit einem Taschengeld in ihre Kneipe ziehen ließen.

## Girokonto für jedermann

Ein Girokonto zu besitzen, war bis Ende der 60er Jahre eine Angelegenheit von Geschäftsleuten und Unternehmen. Nur sie nutzten den Bankenapparat für ihren Überweisungs-, Scheck- und Wechselverkehr sowie für größere Bargeldbewegungen. Der typische Arbeitnehmer besaß ein Sparbuch, auf das er meist kleinere Haushaltsreserven für geplante Anschaffungen oder größere Ausgaben ansammelte. Ein Sparbuch besaß schon deswegen jeder, weil die Sparkassen und Banken das „Schulsparen“ erfanden, für das am „Weltspartag“ in den Schulen



Abb. 5: Villingen Volksbank, ca. 1970.

Taschengeld in „Sparmarken“ verwandelt, dafür Malstifte und Bleistiftspitzer als „Spargeschenke“ verteilt und so das Sparen schon den Schulkindern „versüßt“ wurde. Anlässlich Kommunion, Konfirmation und bei Geburt eines Kindes versandten die Geldinstitute Spargeschenk-Gutscheine im Wert von 5 DM, die auf ein Sparbuch gutgeschrieben werden konnten. Mit der Nutzung des Sparbuchs endete aber meist der Bankverkehr des „kleinen Mannes“. Auch die Inanspruchnahme eines Diskokredits oder Anschaffungsdarlehens etwa für Einrichtungsgegenstände oder Haushaltstechnik war noch weitgehend fremd; die hypothekarisch



Abb. 6: Bezirkssparkasse Villingen, 1975.

abgesicherte Hausfinanzierung war für wenige ein einmaliger Vorgang, aus dem Zins- und Tilgungsraten entstanden, die in bar geleistet wurden.

### Zahllose „Tante-Emma-Läden“ wurden zu Bankzweigstellen

Das änderte sich spontan, als Wirtschaft und Banken sich darauf einigten, die bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung einzuführen. Dabei war von den Geschäftsleitungen, von Gewerkschaften und von Kreditinstituten teils erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Gegen das Festhalten am Althergebrachten und an der Überzeugung, „nur Bares ist Wahres“ konnten sachliche Argumente nur allmählich Platz greifen. Nach entsprechenden Informationsveranstaltungen in den Firmen waren die Banken am Zug: Für sie wurden – meist in Werkskantinen – Termine eingerichtet, an denen die Beschäftigten ein Konto eröffnen konnten. Die „Kienzle-Blätter“ berichteten über einen solchen Tag, an dem die Vertreter der Villingener Volksbank die Beratung und Kontoeröffnung anboten:



Abb. 7: „Kienzle-Blätter 1/1970“, S. 24.

## Künftig Lohn und Gehalt bargeldlos

Der moderne Betrieb bedarf einer ständig fortschreitenden Rationalisierung aller Verwaltungsvorgänge und damit auch des Lohn- und Gehaltszahlungsmittels. Dabei sollen bezüglich der Zahlungsmittel die Lohnempfänger weitgehend den Gehaltsempfänger gleichgestellt werden. Geschäftsführung und Betriebsrat haben daher folgendes einverstanden:

1. Ab Beginn des neuen Geschäftsjahres, d. h. am 1. April für den Monat April 1970, erfolgt die Lohn- und Gehaltszahlung an alle Betriebsangehörigen bargeldlos. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß jeder – sofern noch nicht geschehen – ein Konto bei einem Geldinstitut eröffnet und der Lohn- bzw. Gehaltsauszahlung dieser Mitteilung nachtrifft.
2. Die bisherigen wöchentlichen Lohnabrechnungslagen werden ab 1. 4. 1970 zugunsten einer einmaligen Lohnzahlung zum Ende des Kalendermonats. Diese Zahlung stellt sich wie folgt zusammen:
 

A) Aus dem in der Zeit vom 1. bis 15. des Monats tatsächlich verdienenen Lohn wird der vornehmlichste Bruttoverdienst (unter Berücksichtigung bereits bekannter Mindestverdienste in der 2. Monatshälfte) für den vollen Kalendermonat einbezogen, abzüglich aller auf diesen Betrag entfallender der Steuerklasse des Verdienenden entfallenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie eines Überzahlungsfaktors von 5% von diesem Nettobetrag.
---

### Lohnabrechnungsbetrag

Nehmen wir folgendes als Beispiel:

Die Stammpolize für die Zeit vom 1. bis 15. des Monats waren 80 Normal- und 8 Oberstunden aus, in diesem Zeitraum lagen 11 Anfahrtszüge (Lohn- und Fahrertage).

Die 2. Monatshälfte hat 12 und der gesamte Monat denn 23 Anfahrtszüge (jeweils Uhrlohn- und Fahrertage).

In der 2. Monatshälfte sind ebenfalls 8 Oberstunden zu erweisen.

Der Durchschnittsverdienst des Mitarbeiters beträgt DM 4,00 und seine Steuerklasse ist IV/3.

Die Lohnabrechnung umfasst demnach den zum Monatsende zu überweisenden Monatsbetrag wie folgt:

Abb. 8: „Kienzle-Blätter 1/1970“ Seite 24.

### Kontoeröffnung in der Werkkantine

Zu dem auf diese Weise erreichten Monatsbruttoverdienst kommt hinzu:

- 1) der Rest aus der genauen Abrechnung des Vormonats.
2. Soweit findet am 15. 4. 1970 mit der Restabrechnung für den Monat März 1970 die letzte normale Barabrechnung statt. Zum Ende April 1970 erfolgt die erste bargeldlose Lohnabrechnung, die in diesem Monat nur aus dem vorgenannten Teil A) besteht und ab Mai 1970 aus den Teilen A) und B). Der Netto-Abrechnungsbetrag über den vollen Monat, der auch den noch ausstehenden Restbetrag umfasst, wird dem Lohnempfänger jeweils am 8. Anfahrtszug des folgenden Monats zugewandt.
3. In Anerkennung ihrer Betriebschaft, sich auf die geänderte Lohnzahlungsmittel umzustellen, erhält die Firma allen Lohnempfängern bis zum 15. 4. 1970 einen einmaligen Betrag von DM 40,-- netto, der über hinaus kann zur Überdeckung der sonst ausfallenden Wochenabzüge ein Lohnzuschuß bis zu DM 200,-- beitragsfrei werden, der zusammen mit dem vorgenannten Betrag ausgezahlt und in gleichen Monatsraten, beginnend mit der Lohnüberweisung zum Ende Mai 1970, wieder einbehalten wird.
4. Als Übertragungen werden im nachfolgenden vorgenommen, falls der Betrag der monatlichen Lohn- und Gehaltszahlung jeden Betriebsangehörigen spätestens am letzten Arbeitstag des Monats auf seinem Konto zur Verfügung steht.

Villingen/Oberndorf, den 25. 1. / 3. 2. 1970

Für den Betriebsrat Villingen: F. Schmidt  
Für den Betriebsrat Oberndorf: Freud

Geschäftsführung: I. Kienzle  
Rechtsreferent: B. Baum

Abb. 9: „Kienzle-Blätter 1/1970“ Seite 25.

Alle anderen größeren Industrieunternehmen nutzten – wie das obige Kienzle-Beispiel – den Service der Sparkasse und Volksbank in Villingen; die Spar- und Kreditbank und die damals in Villingen ansässigen Großbanken (Deutsche, Dresdner und Commerzbank) folgten etwas später. Der Prozess der Abschaffung der Lohnbüros in den Firmen war

etwa 1972 abgeschlossen; mittelständische Unternehmen und das Handwerk folgten nach. Die am häufigsten gestellten Fragen der Beschäftigten waren,

- ob die Lohnzahlung bei der Bank oder Sparkasse genauso pünktlich wie zuvor beim Lohnbüro verfügbar ist,
- was die Führung eines Lohn- und Gehaltskontos die Arbeitnehmer(innen) kosten wird und
- wo die nächst gelegene Zweigstelle des Geldinstituts zu finden ist.

Die erste Frage war mit dem Hinweis auf eine Sammelüberweisung des Unternehmens an die Arbeitnehmer eigentlich schnell beantwortet, wenngleich die Frage eines Mitarbeiters, ob die Firma denn nun Bargeld zur Bank hinfahren müsse, zeigt, wie wenig geläufig banktechnische Standardvorgänge noch waren. Die zweite Frage war noch leichter zu beantworten, denn es bestand zwischen allen Bankengruppen, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften Konsens darin, dass diese von vielen als revolutionär empfundene Neuerung für die Arbeitnehmer kostenfrei erfolgen sollte. Diese Bedingung war auch viele Jahre einzuhalten, wenngleich die aktuelle Diskussion – nicht nur mit Blick auf das „Jedermann“ – bzw. „Basis-Konto“ – die Schwierigkeiten aufzeigt, dieses Versprechen dauerhaft zu garantieren.

Auf die letztgenannte Frage nach der nächstgelegenen Zweigstelle waren die Institute vorbereitet: Volksbank und Sparkasse in Villingen hatten innerhalb weniger Jahre die Zahl der Bankstellen ihres Zweigstellennetzes vervielfacht: In den Teilorten der Stadt (die teils durch die Gebietsreform in Baden-Württemberg und die zum 1. Januar 1972 erfolgte Städtefusion entstanden sind), in etlichen Nachbarorten und in praktisch allen Stadtteilen der Geschäftsgebiete von Sparkasse und Volksbank wurden Filialen, Zweigstellen, Zahlstellen eingerichtet. In zahllosen ehemaligen „Tante-Emma-Läden“ entstanden Zweigstellen mit oft nur 1 – 2 Personen an Bankpersonal, die einen Großteil des Arbeitstages mit Ein- und Auszahlungen und der Entgegennahme von Zahlungsverkehrsbelegen beschäftigt waren. Für weitergehende Beratung folgte der Hinweis

auf die Hauptgeschäfte in der Rietstraße und der Paradiesgasse. Die Geschäftsphilosophie der „Bank um die Ecke“ war realisiert; erst später und besonders im Zuge der zunehmenden EDV- bzw. IT-Unterstützung aller Bankstellen wurde klar, dass die damit einhergehende Kostenbelastung für die Banken und Sparkassen auf Dauer nicht mehr ohne adäquate Gebühren aufrecht erhalten werden konnte.

Für beide Seiten (Banken/Sparkassen einerseits und Bankkunden andererseits) wurde das Konto für jedermann zum Erfolgsmodell. Denn schon sehr bald erkannten die Geldinstitute die Möglichkeit bzw. den Bedarf, mit Kleinkrediten private Konsum- oder Investitionswünsche zu erfüllen, woraus in Zeiten wachsender Einkommen und Wohnansprüche dann auch die Inanspruchnahme von Hypothekendarlehen resultierte. Aus dem einstigen Lohn- und Gehaltskonto war ein Girokonto mit umfassender Nutzung von Kredit-, Einlagen- und Dienstleistungsgeschäften geworden.

Die meisten Zweigstellen wurden in den letzten Jahren zu „Automaten-Banken“: Wo einst ein richtiger Mensch „hinter dem Bankschalter“ für Bedienung und Beratung zur Verfügung stand, steht heute der Geldautomat (GAA, Bankomat) mit verschiedenen technischen Möglichkeiten. Für die über den Barverkehr hinausgehende Beratung ist der Besuch der „Zentrale“ – wie einst im Verhältnis von der „Einmann-Zweigstelle“ zur Hauptstelle – unverzichtbar. Dennoch hat dieses technisch-organisatorisch anmutende Thema der Bankenpräsenz im Geschäftsgebiet eine weiter reichende Dimension der Stadt- und Regionalentwicklung. Denn über viele Jahre sind Städte wie Villingen über ihre Grenzen hinaus in den Stadtteilen und Nachbargemeinden gewachsen, wohin die Familien im Vertrauen darauf hingezogen sind, dass neben Ärzten und Apotheken auch Post und Banken dort Präsenz zeigen. Die Kritik an der Versorgungsdichte in den peripheren Wohnquartieren mag bei den Banken mit dem Hinweis auf den wachsenden Anteil der Kunden, die Online-Banking betreiben, allmählich gegenstandslos werden.

## Abschaffung des Bargeldes

Wenn aber aus Kostengründen Automaten-Zweigstellen geschlossen werden, wird ein Wohnsitz ohne Bargeldautomat in der Nähe z.B. für den immer größer werdenden Anteil älterer Menschen zum Problem. Die (wenn auch „nur noch“ technische) Bankpräsenz ist zum Standortfaktor mit Auswirkungen auf Lebensqualität und Wohnsitzattraktivität geworden. Mit der Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), die Ausgabe von 500-Euro-Scheinen Ende 2018 zu beenden, greift sie in die Flexibilität des Bezahlers mit Bargeld ein. Unabhängig von der dafür herangezogenen Begründung ist eine breite Diskussion über den gesamten Bargeldverkehr und den alternativen Techniken der unbaren Bezahlung entstanden. Im Gespräch (EU-Kommission) ist eine Bargeldobergrenze von 5.000 Euro, sodass Geschäfte mit einer höheren Summe zwingend z. B. durch Überweisungen aus dem Bestand eines Girokontos zu erfolgen hätten oder gar eine Meldepflicht für höhere Bankgeschäfte. Auch hier argumentiert die EU-Kommission, es gehe darum, Kriminalität („Geldwäsche“) zu bekämpfen. Kritikern erscheint dies als vorgeschobene Argumentation, sie meinen vielmehr, dass in Zeiten fehlender Investitionen vom Bankenapparat versucht werden könnte, durch Negativzinsen auf Kontoguthaben entsprechende Anreize zu setzen; der Bargeldstrom würde sich dieser Lenkungswirkung entziehen („Geld unterm Kopfkissen“).

Fazit: Auch wenn sich heute nur noch wenige an die Einführung der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung vor bald 50 Jahren erinnern: Sie war für Geldinstitute und ihre Kunden ein epochaler Schritt der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Den einstigen Beschäftigten von Villingen Industrieunternehmen als Neukunden von Banken und Sparkassen war nichts anderes zugesichert als ein Konto mit jederzeitiger Verfügungsmöglichkeit – unbar und bar. Diese Zusicherung sollte Bestand haben, wenngleich zwei von drei der oben genannten Bedingungen für die einstige Akzeptanz von Lohn- und Gehaltskonten tatsächlich Geschichte sind: Gebührenfreiheit und „Bank um die Ecke“.

### Abbildungen:

- Abb. 1: Lohntüte. Quelle: Technoseum Mannheim, Archiv.
- Abb. 2: Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin (<http://www.dhm.de/archiv/W.Luther>)
- Abb. 3: „Kienzle-Blätter“, Ausgabe 4/1969. Quelle: Bildarchiv des Autors.
- Abb. 4: „Kienzle-Blätter“, Ausgabe 4/1969. Quelle: Bildarchiv des Autors.
- Abb. 5: Villingen Volksbank, ca. 1970. Quelle: Volksbank Schwarzwald-Baar-Hegau, Archiv.
- Abb. 6: Bezirkssparkasse Villingen, 1975. 4 Quelle: Sparkasse Schwarzwald-Baar, Archiv.
- Abb. 7: „Kienzle-Blätter 1/1970“. Quelle: Bildarchiv des Autors.
- Abb. 8: „Kienzle-Blätter 1/1970“. Quelle: Bildarchiv des Autors.
- Abb. 9: „Kienzle-Blätter 1/1970“. Quelle: Bildarchiv des Autors.

# Jörg Iwer – Ein Musiker mit vielen Facetten verabschiedet sich

Claudia Hoffmann / Christina Nack †

*Der Beitrag basiert auf einem Text, den die verstorbene Journalistin Christina Nack anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Orchesters 2013 geschrieben hat. Er wurde von Claudia Hoffmann überarbeitet und aktualisiert.*



*Abb. 1: Jörg Iwer nimmt den Applaus des Publikums entgegen: Er hat in 20 Jahren das Sinfonieorchester maßgeblich geformt und geprägt.*

Das Sinfonieorchester Villingen-Schwenningen hat längst seinen Platz als hochklassiges, bodenständiges Orchester gefunden, das aus musizierbegeisterten Menschen besteht, die aus der Region stammen, für die Region spielen und sich ihre Offenheit für immer neue Impulse und gemeinsame Projekte mit kreativen Kräften vor der eigenen Haustür bewahrt haben. Dies ist vor allem einem Mann zu verdanken: Jörg Iwer, der Musikalische Leiter des Orchesters, der den Klangkörper in knapp 20 Jahren zu dem geformt hat, was er heute ist. Jetzt legt er den Taktstock nieder, die Wege des Orchesters und seines langjährigen Dirigenten trennen sich Ende 2017. Die Tätigkeit von Jörg Iwer in der Doppelstadt war von einer langen Pause unterbrochen: Er war als Musikalischer Leiter von 1991 bis 2001 tätig, dann stellte er andere Tätigkeiten in den Fokus, kehrte aber 2009 wieder zurück.

Der Künstler Jörg Iwer hat viele Facetten: Er ist ein begeisterter Trompeter, in seinem Heimatort in der Nähe von Wittenberg spielt er in der Blaskapelle Boßdorf mit. Als Dirigent hat er das unglaubliche Gehör, jede noch so feine Nuance eines Werkes zu hören und eine analytische Gabe. Sein Anliegen ist es, die Komposition transparent und dadurch für den Zuhörer nachvollziehbar zu machen. Dafür ist er in vielen Konzerten von seinem Publikum gefeiert worden. Der Komponist Jörg Iwer hat den Musikfreunden in der Region viele außergewöhnliche Hörerlebnisse beschert: So hat er für Professor Koyama von der Musikhochschule Trossingen und seine Tochter Rie ein Konzert für zwei Fagotte komponiert: So etwas gibt es nicht in der Musikliteratur. Auch Michael Hampel und sein Sohn Phileas sind in den Genuss einer maßgeschneiderten Komposition für zwei Gitarren gekommen. Der junge VS-Schlagzeuger Daniel



*Abb. 2: Stark erkältet dirigiert Jörg Iwer das Eröffnungskonzert zur Landesgartenschau 2010 – dafür hat er eigens eine Hymne komponiert, Natura Aglutinata.*

Higler brillierte mit dem Iwer-Stück „Pierre Gris“ auf einer Konzertreise nach Pontarlier anlässlich des 50-jährigen Jubiläums mit der Partnerstadt.

Die Freude am gemeinsamen Musizieren war es, von der sich Jörg Iwer bei seinem Antrittsbesuch 1990 angezogen fühlte und die das Orchester bis heute zusammen hält. Damals war es auf der Suche nach einem Nachfolger für Claus Oberle. Mit Jörg Iwer hatten sich zwei weitere Dirigenten um das Amt beworben, das vom Orchester nach Probe-dirigaten besetzt wurde. Die Wahl fiel auf den 1. Kapellmeister des Trierer Stadttheaters – und zwar gegen den Willen des damaligen Vorsitzenden. Das war der verstorbene Bürgermeister Theo Kühn, der einen Mitbewerber favorisiert hatte, doch die Entscheidung der Musizierenden selbst verständlich respektierte. *„Er war absolut loyal“*, erinnert sich Jörg Iwer, *„wir trafen uns in unserer Begeisterung für zeitgenössische Musik.“* Die war bis dahin ein Tabu gewesen; das Orchester hatte sich ausschließlich auf sinfonische Werke aus Klassik und Romantik konzentriert, das 19. Jahrhundert war die programmatische Schallmauer. Bereits bei seinem ersten Probedirigat forderte Iwer auch Neugier, Risikobereitschaft und Belastbarkeit des Ensembles heraus, das er mit einem kurzen Stück aus eigener Feder konfrontierte.

Hauptwerke seines dirigentischen Debüts waren Beethovens fünftes Klavierkonzert und die Dvorák Sinfonie „Aus der neuen Welt“. Das Konzert im Franziskaner war ein triumphaler Erfolg. So fasziniert Jörg Iwer vom künstlerischen Potenzial des Klangkörpers war, so hingerissen war er von Atmosphäre und Akustik des Konzertsaals und von der Euphorie, mit der das Publikum „sein“ Orchester feierte und bis heute begleitet.



Abb. 3: Gerne lässt sich das Publikum beim Radetzky-Marsch von Jörg Iwer dirigieren, das Stück ist immer Höhepunkt und krönender Abschluss der Neujahrskonzerte.

Die Wahl Iwers im Sommer 1990 markiert eine Zäsur in seiner Entwicklung. Die Stadt hatte den Zuschuss fast verdoppelt, ebenso die Anzahl der erwarteten Eigenproduktionen und damit auch den Druck auf das Orchester enorm erhöht. Es wurde eine eigene Reihe mit jährlich sechs Konzerten eingeführt, das stets ausverkaufte Neujahrskonzert wurde einmal wiederholt – der Versuch, es auch im Schwenninger Beethovenhaus zu etablieren, scheiterte. Während der ersten Jahre konzentrierte sich Jörg Iwer auf sinfonische Basisarbeit. Systematisch ackerte sich das Orchester unter seiner Regie durch die gesamte Literatur aus Klassik und Romantik, spielte sämtliche Sinfonien von Beethoven, Brahms und Bruckner ein, Meilenstein für sich war die sukzessive Eroberung der Sinfonien von Gustav Mahler, bis auf die 2. und die 8. Sinfonie hat er mit dem Orchester alle gespielt. Auf den Sprung ins 20. und 21. Jahrhundert bereitete Jörg Iwer das Orchester und ebenso das Publikum mit ausgeklügelten programmatischen Konzepten vor. Jeder Zyklus folgt einem Leitgedanken, jedes Konzert konfrontiert Akteure und Auditorium mit Konzertliteratur abseits konventioneller Hörgewohnheiten und spürt musikalisch den aktuellen Zeitgeist auf. Der klingt in den Vereinigten Staaten anders als in Russland: Mit jährlichen Länderschwerpunkten erkundete das Orchester auch die kompositorischen Welten europäischer Nachbarstaaten. Das Publikum lernte die großen Werke von Bartok, Strawinsky, Debussy kennen, folgte dem Ensemble auch zu Entdeckungsreisen in die neue Welt, feierte die West-Side-Story von Leonard Bernstein und Gershwins American in Paris, freundete sich willig auch mit Zwölftonmusik und anarchisch anmutenden Tongemälden an, wie sie von Tondichtern unserer Zeit erfunden werden. Die haben bekanntlich in den Donaueschinger Musiktagen ihr zentrales Forum, von dem sich Iwer gern inspirieren lässt. *„Wir müssen diese Impulse aufnehmen und weiter tragen“*, ist seine Überzeugung. Das funktioniert freilich nur nach dem Motto „learning by doing“. *„Mit der Auseinandersetzung beginnt der Genuss“*, beschreibt der Dirigent sein pädagogisches Konzept, das nicht nur dem Publikum den Mut zu Sprüngen ins kalte

Wasser abverlangt. Auch das Orchester tat sich anfangs schwer mit abstrakten Klanggemälden und ungewohnten Notierungen. Voraussetzung für kollektive Pionierarbeit sind stets individueller Übefleiß, Disziplin und intensive gemeinsame Probenphasen. Dabei erweisen sich der innere Zusammenhalt und die besondere Zusammensetzung des Orchesters als seine tragenden Säulen. Die Resonanz auf die Konzerte im Franziskaner wurde in den Anfangsjahren zusehends besser. Auch die speziellen Jugendkonzerte, die zusammen mit dem langjährigen Kulturamtsleiter Walter Eichner als Geschäftsführer eingeführt wurden, erfreuten sich wachsender Beliebtheit. Sie standen stets unter jugendgerechter Thematik, befassten sich etwa mit „Maschinenmusik“ und ließen Honneggers Dampflok durch den Konzertsaal tuckern, erzählten Janosch-Märchen oder ließen die Moldau rauschen, als Beispiel für musikalische Natur-Verklärung.

Doch der Aufwärtstrend blieb nicht konstant; das Orchester sah sich mit Stagnation der Besucherzahlen und schließlich mit Rückgang konfrontiert. *„Im Vergleich zu Technik und Sprachen hat eine künstlerische Allgemeinbildung einen geringeren Stellenwert als früher“*, hat Jörg Iwer beobachtet. Das Denken vieler Menschen sei von der Frage nach unmittelbarer Nützlichkeit geprägt. *„Die Beschäftigung mit klassischer Musik erscheint ihnen überflüssig und zu anstrengend.“*

Mit den Besuchern schwanden auch die Einnahmen, das wachsende Defizit alarmierte den Vorstand, fieberhaft wurde nach neuen Strategien gesucht. Die Konzerte wurden auf jährlich fünf reduziert, Jörg Iwer musste sich den Vorwurf gefallen lassen, zu viel Wert auf zeitgenössische Schwerpunkte gelegt zu haben, die das Publikum möglicherweise abgeschreckt haben könnten. Unter dem Diktat der Wirtschaftlichkeit sollten sich die Programme wieder enger an einem vermeintlich mehrheitsfähigen Geschmack orientieren. Der ursprüngliche Ansatz, eine Schule des Hörens zu bieten und auch ungewohnte musikalische Kost zu servieren, war nur noch wenig vorhanden. *„Für mich waren keine weiteren Aufgaben in der Region in Sicht“*, fasst der Dirigent seine damalige

Befindlichkeit zusammen. Am Tag der Einheit 2001 leitete er sein Abschiedskonzert und krönte die Mahler-Reihe mit der Neunten Sinfonie, für die sich das Publikum im ausverkauften Haus mit stehendem Beifall bedankte.

Jörg Iwer konzentrierte sich auf eigene Ziele. 2002 nahm er einen Lehrauftrag an der Hanns Eisler Musikhochschule in Berlin an und entschloss sich zum Verzicht auf eine feste Anstellung und ist seither freiberuflicher Künstler. Mit unterschiedlichen Orchestern war er viel im Ausland unterwegs, tourte durch Europa und war immer wieder in Asien gefragt, wo westliche Musiktraditionen allererst entdeckt und frenetisch gefeiert wurden. Neuer Schwerpunkt sollte das Komponieren von Filmmusik werden; Iwer pendelte meist zwischen dem Studio Babelsberg in Berlin und Frankfurt an der Oder hin und her, um Einspielungen mit dem brandenburgischen Staatsorchester zu erarbeiten. Das Sinfonieorchester Villingen-Schwenningen verlor er gleichwohl nie aus den Augen. Dieses hatte sich inzwischen nach einer Phase mit Gastdirigenten für Massimiliano Matesic als neuen künstlerischen Leiter entschieden. Unter seinem Taktstock spielte Iwer beim Neujahrskonzert 2003 Trompete und sprang im selben Jahr am Tag der Einheit für den kurzfristig verhinderten Kollegen ein. Es war eine chaotische Nacht- und Nebelaktion, die gleichwohl glückte – Orchester und Publikum waren selig über das Wiedersehen und -hören. Matesic blieb dem Orchester bis zum Jahr 2006 treu, danach begann eine zweijährige Phase der Gastdirigate. Der ständige Wechsel am Dirigentenpult war unbefriedigend und das Orchester sehnte sich nach vertrauter Leitung. Jörg Iwer verspürte Heimweh zu seiner Schwarzwälder Truppe, die sich politisch und programmatisch wieder in ruhigerem Fahrwasser bewegte und weniger als zuvor unter öffentlichem Druck stand.

Jörg Iwer wurde ein zweites Mal als künstlerischer Leiter des musikalischen Aushängeschildes von Stadt, Landkreis und Region von den aktiven Musikern gewählt. Das Neujahrskonzert 2009 wurde das erste musikalische Projekt der zweiten Phase Iwer. Nach zwei Jahren mit Gastdirigenten sei das Orchester etwas *„verlottert“* gewesen. Jörg

Iwer hat sich aber mit unbekümmertem Enthusiasmus in die Arbeit gestürzt und wieder jenes Feuer entwickelt, für das es von seinen Fans geliebt wird. In der städtischen und regionalen Kulturlandschaft ist das Sinfonieorchester längst eine unverzichtbare Säule geworden. Die zweite Amtszeit war geprägt von vielen Eigenkompositionen, die vom Publikum deutlich besser goutiert worden sind, als in früheren Jahren. Für die in seiner Abwesenheit eingeführten Open-Air-Konzerte im Spitalgarten, die bei den Besuchern hervorragend ankamen, dem Orchester aber zu große finanzielle und logistische Probleme bereiteten, fand er mit den Wandelkonzerten einen adäquaten Ersatz. Der große Vorteil: Dadurch, dass nur kleine Ensembles vor dem Hauptkonzert im Freien spielen, spielt das Wetter keine so große Rolle mehr: Die Musiker können schnell ins Innere des Franziskaners wechseln.



Abb. 4: Jörg Iwer in seinen Anfangsjahren als Musikalischer Leiter des Sinfonieorchesters

In der Gründung der Jugendorchesterakademie gemeinsam mit der Musikakademie gGmbH zeigt sich der Fokus, den Jörg Iwer auf die Nachwuchsarbeit richtet. Ihm geht es darum, jungen Musikern die Chance zu geben, den Orchesterbetrieb kennenzulernen. Ein weiteres Anliegen ist es, junge Menschen in die Konzertsäle zu locken, klassische Konzerte so präsentieren, dass sie überraschende Impulse bieten. Ein riesiger Erfolg war beispielsweise das von ihm vertonte Kinderbuch „Der Tag, an dem Louis gefressen wurde“. Insgesamt dreimal wurde es in Villingen-Schwenningen aufgeführt, hunderte von Kindern waren fasziniert von den Abenteuern von Louis und seiner Schwester Sarah. Dass Autor John Fardell zu jeder Aufführung aus Schottland anreiste, unterstreicht die hohe Qualität und die Originalität der Iwer-Komposition. Auch die Berliner Philharmoniker sind auf seine Kompositionen im Jugendbereich aufmerksam geworden und so hat er beispielsweise das Märchen von der Steinsuppe im Rahmen der Familienkonzerte der Philharmoniker vertont.

In seinem Abschiedsjahr hat Jörg Iwer einige außergewöhnliche Werke komponiert: Das Stadtjubiläum „Aufbruch – Wege in die Zukunft“ 1200 Jahre urkundliche Ersterwähnung von Schwenningen, Tannheim und Villingen hat er mit einer Festfanfare und einer Festouvertüre musikalisch verewigt. Schon zur Landesgartenschau 2010 hat er die Hymne Natura Aglutinata komponiert – das Sinfonieorchester hat zur feierlichen Eröffnung der Schau gespielt. Was bleibt sind die Erinnerungen an viele herausragende Konzerte und die Gewissheit, dass Jörg Iwer einen Klangkörper geformt hat, der weit über die Stadtgrenzen hinaus Anerkennung gefunden hat. Jörg Iwer möchte sich zukünftig mehr Zeit nehmen für seine Hobbys: Wandern, segeln und paddeln. Auch war sein 60. Geburtstag im August 2017 eine Art Zäsur, von einem großen Bauernhaus bei Wittenberg hat er sich getrennt, er möchte Ballast abwerfen, sich von Besitz trennen und künftig freier und unbeschwerter leben. Es sei ihm von Herzen gegönnt.

Anmerkungen:

Alle Bildquellen: Sinfonieorchester VS

Im Herbst 2016 hatte Werner Echle und Andreas Flöß die Idee ins Spiel gebracht, das fehlende Niedere Tor wieder zu rekonstruieren.

Um den Gedanken eines solchen Vorhabens sinnvoll und nachvollziehbar zu verstehen, ist zunächst ein Blick auf den baugeschichtlichen Abriss der Stadt Villingen wichtig.

1119 gründeten die Zähringer Villingen. Dabei entstand das für Zähringerstädte typische Straßenkreuz und ab den Jahren um 1200 war der Baubeginn der inneren Stadtmauer und Stadttore, sowie Vortore und Gräben.

## Das Zähringer Straßenkreuz

Als Zähringer-Straßenkreuz bezeichnet man ein besonderes Merkmal von Zähringerstädten, die fast alle einen typischen Stadtgrundriss aufweisen. Zwei Straßenzüge, die sich annähernd rechtwinklig kreuzen, teilen das Stadtgebiet in vier Quartiere. Oft ist dabei eine Achse als Marktgasse breiter ausgebildet, wie z.B. heute noch in Freiburg im Breisgau deutlich zu sehen. Die Kaiser-Joseph-Straße, offensichtlich einst als Marktgasse geplant, diente viele Jahrhunderte als Markt- und Handelsplatz. Währenddessen aber in zahlreichen Zährin-



Abb. 1: Luftbild der Innenstadt von Villingen mit Zähringer Straßenkreuz.

gerstädten der typische Stadtgrundriss bzw. dessen Gedanken nicht mehr erkennbar ist, verfügt der Grundriss in Villingen noch über eine optimale Ablesbarkeit.

## Geschichte vom „Niederen Tor“

Das Niedere Tor mit den zugehörigen Anlagen bildete den südlichen Zu- bzw. Ausgang der Stadt. Von hier aus war die Straße durch das Brigachtal nach Hüfingen, Bräunlingen und als Fernziel Konstanz und Schaffhausen zu erreichen. Der Bau der vier Stadttore lässt sich aufgrund bauhistorischer Datierungen auf Anfang bis Mitte des 13. Jh. eingrenzen. Die erste schriftliche Erwähnung eines Tores erfolgte in einer Urkunde aus dem Jahre 1290. Leider hatte das Niedere Tor nur bis Mitte des 19. Jahrhunderts Bestand, 1847 erfolgte der Abriss. Der Grund hierfür war in der maroden Bausubstanz und den daraus resultierenden Reparatur- und Unterhaltungskosten zu suchen. Außerdem war das Gelände südlich des Tores von der damaligen Kreisbauinspektion für



Abb. 2: Ausschnitt aus der Planskizze „Bezirksstrafgerichtsgebäude mit Gefangenenhof und Amtsgärten“ aus 1847. Die Lage der Torstandorte ist in roter Farbe eingezeichnet. Im unteren Bildteil das Vortor und im oberen Bildteil das Haupttor.

eine verbesserte und erweiterte Anbindung der Niederen Straße nach Donaueschingen vorgesehen. In dieser Planung dürfte der Abbruch des Turmes und die Auffüllung der beiden Stadtgräben vor dem Tor schon vorgesehen gewesen sein. Obendrein waren die Befestigungsanlagen durch die neue Waffentechnik hoffnungslos veraltet. Der einengende Mauergürtel behinderte die Entwicklung in der vorwärtstrebenden Stadt.



Abb. 3: „Niederer Tor“ mit angrenzender Bebauung, Ölbild von Paul Bär.

Das Aussehen und die Abmessung des Niederen Tores sind weitgehend unbekannt. Die drei anderen noch erhaltenen Tortürme (Riet-, Oberes- und Bickentor) haben jedoch alle einen Grundriss von ca. 11 m Tiefe und 8,5 m Breite. In einer Planskizze zum Neubau des „Bezirksstrafgerichtsgebäudes mit Gefangenenhof und Amtsgärten“ des Großherzoglichen Justizministeriums vom 20. Febr. 1874 ist das Niedere Tor mit einer Grundfläche von 9 m x 9 m eingezeichnet.



Abb. 4: Südansicht vom Niederen Tor, vorgelagert die Straßen nach Bräunlingen, gezeichnet von Johann Baptist Gumpff 1692.



Abb. 5: Ölgemälde als Postkarte von 1846 vom Niederen Tor, rechts mit Kapuzinerkloster.

Die Höhe der noch bestehenden Tore variiert und beläuft sich bis zur Traufe auf ca. 19 m bis ca. 23 m.

Die äußere Erscheinung ist bei allen Türmen annähernd gleich, so dass davon ausgegangen werden kann, dass auch das Niedere Tor in diesen Rahmen passte. Verschiedene erhaltene Postkarten und Zeichnungen deuten dies ebenfalls an.

Der Standort des Niederen Tores ist übrigens bei Kanalisationsarbeiten 1988 am Südennde der Niederen Straße gefunden und eingemessen worden.

## Die Idee

Der Aufbau der Toranlage „Niederer Tor“ in seiner ursprünglichen Dimension, hinsichtlich Kubatur und Höhe, war als reine Stahlkonstruktion geplant. Der Wiederaufbau, sollte am ursprüngli-



Abb. 6: Wechsel in der Belagsfläche am ursprünglichen Standort.

chen Standort erfolgen. In diesem Bereich, neben dem Amtsgericht, hebt sich die Belagspflasterung, bereits optisch von der umgebenden Pflasterung ab.

Der Turm würde mit den noch drei erhaltenen Toren und einer nahezu intakten inneren Verteidigungsmauer symbolisch den Abschluss der Niederen Straße bilden, analog zu den drei weiteren Hauptstraßen des Zähringer Straßenkreuzes. Die Unvollständigkeit der Stadtmauer ist zweifelsohne deutlich erkennbar für jeden, der sich auch nur oberflächlich mit der historischen Stadt auseinandersetzt. Den fehlenden Baustein in der ansonsten gut erhaltenen Stadtmauer wieder zu errichten, zeigt den Wunsch nach Einigung und Geschlossenheit, wie es in früheren Epochen eine absolute Notwendigkeit gewesen wäre und nicht zur Diskussion gestanden hätte.

### **Der Entwurf**

Der Entwurf zeigt einen behutsamen Umgang mit dem Stadtgefüge. Die umliegenden Bauten wären weder in Nutzung, noch in Erscheinung, verändert worden. Das Ziel war lediglich eine Ergänzung auf eine sehr filigrane Art und Weise. So hätte sich die Skulptur eingefügt und ein positives Spannungsfeld zwischen der historischen Bebauung und dem offenen Stahlskelett erzeugt.

Sie wäre ein Symbol gewesen, das zwischen den Zeiten vermittelt, die Gegenwart verkörpert, in die Zukunft blickt und vor allem auch die Geschichte nicht vergessen lässt, auf dem starken Fundament und den exakten Abmessungen der Vergangenheit.

### **Die Ausführung**

Aufgrund dieser Tatsache erschien ein Nachbau sinnvoll, um das komplette städtebauliche Gebäude - Ensemble und die Idee des einmaligen Stadtgrundrisses zu ergänzen.

Das neu zu schaffende Tor befand sich im öffentlichen Straßenraum und wäre bewusst sehr filigran und maximal transparent gehalten worden. Wir wollten kein historisierendes, gemauertes Bauwerk nachbauen, sondern nur einen Aspekt des städtebaulichen Charakters aufgreifen und wiederbeleben. Aus diesem Grund kann der Nachbau

nur symbolisch und mit zeitgemäßen Materialien erfolgen.

Ebenfalls aus dem Gedanken der Transparenz heraus sollte auf eine Aussichtsplattform, verzichtet werden. Der Turm besitzt keine Uhr, da die Niedere Straße mit der Uhr am Henybogen, bereits eine Zeitanzeige hat und hier keine Konkurrenzsituation geschaffen werden sollte. Abends könnte die Struktur in den Stadtfarben illuminiert werden.

Die Gründe für eine Konstruktion aus Stahl, wurden aus folgenden Überlegungen heraus, gewählt:

In Stahl sind sehr schlanke Profile und Bauausführungen möglich. Das Gebäude sollte eine große Leichtigkeit ausstrahlen und dennoch die Umrisse der alten Toranlage abbilden.

Alle anderen Materialien außer Stahl, wie etwa Holz, Beton oder Backsteine, würden höhere Baukosten, Unterhaltungskosten und deutlich mächtigere Gebäude - Dimensionen hervorrufen. Das Material Stahl ist zudem äußerst wartungsfrei. Da nach erfolgtem Aufbau das Bauwerk an die Stadt übertragen werden sollte, war das Thema Folgekosten ein wichtiger Aspekt.

Das Tor wäre unter der Federführung des Geschichts- und Heimatvereins Villingen von einem Förderverein, welcher Spendengelder einammelt, finanziert und gebaut worden. Der Baustart wäre erst erfolgt, wenn auch alle erforderlichen Spendengelder, eingesammelt gewesen wären. Der GHV Villingen hätte zu keinem Zeitpunkt der Maßnahme ein finanzielles Risiko getragen.

Bei einer internen Abstimmung unter den Mitgliedern des Vereines konnte jedoch keine ausreichend große Mehrheit für das Projekt begeistert werden. Wir haben dies bedauert und den Sachverhalt deshalb zum Anlass genommen, uns von der Rekonstruktion des Niederen Tores zu verabschieden.

Es ist ein Privileg unserer Zeit über solch baulichen Maßnahmen zu entscheiden. Ein Privileg mit großer Verantwortung. Leider hat es sich gezeigt, dass wir nicht in der Lage sind, ohne eine kommerzielle Zielsetzung einen Beschluss über ein Bauwerk zu fassen sowie eine kontroverse Ausei-

nersetzung der geschichtlichen Substanz und dem hier und jetzt einzugehen. Einen Dialog zu führen, den dieser Turm leisten kann. Ein Dialog, der längst überfällig war und nicht darauf warten darf, dass wieder ein Investor scheinheilig seine Interessen hinter einer Fassade versteckt. Einen Meilenstein zu legen, der ohne Funktion auskommt und einen unreflektierten Nachbau historischer Kulissen ad absurdum führt.



*Abb. 7: Beleuchtete Animation in blau, von der Niederen Straße aufgenommen.*

Bedanken möchte ich mich für die vielen positiven und konstruktiven Gedanken und Gespräche, sowie die Bereitschaft von Vorstand und Beirat des Geschichts- und Heimatvereins Villingen, für deren ideelle Unterstützung. Insbesondere gilt mein Dank Werner Echle, welcher mit mir das Projekt realisiert hätte.



*Abb. 8: Beleuchtete Animation in weiß, von der Bertholdstraße aufgenommen.*

Das vergangene Vereinsjahr bescherte unseren Mitgliedern wieder viele interessante Veranstaltungen.

Den Auftakt bildete eine außerordentlich gut besuchte Führung durch die **Kunstaustellung aus der Sammlung Heinzmann** mit Bildern von Paul Hirt und Richard Ackermann. Im Alten Rathaus gab es wegen der hohen Teilnehmerzahl 4 Führungen, die exzellent durch Herrn Dr. Hütt geleitet wurden.



Abb. 1: Dr. Hütt erläutert die Bilder.

Im Februar 2017 erwartete die Freunde der Villingener Fasnet ein ganz besonderer Leckerbissen, welcher noch mehr Appetit auf die Hohen Tage machen sollte: Ein humorvoller, zweistündiger Spaziergang zu einigen Punkten der historischen Villingener Fasnet.

Mit Startpunkt am Narrobrunnen führten Gunther Schwarz und sein Ensemble die leicht kostümierten Teilnehmer durch einige Orte der Geschichte der Fasnet. Sie erlebten auf dieser Runde den Narrovater, dem dabei schier der Gaul durchging, einen Armleuchter, der versucht Licht ins Dunkel zu bringen und den Stadtbüttel, der

für Sicherheit und Ordnung sorgte sowie Johannes Pauli, einen Franziskanerprediger, den barocken Eitlen und eine Altjungfer, die leicht durch den Wind war.

---

Der Besuch bei der **Firma Kendrion Villingen** (ehemals Binder Magnete) war von Beiratsmitglied Karl-Heinz Weisser sehr gut vorbereitet. Sowohl die Vorstellung des Unternehmens sowie die Führung durch die Produktion waren gut organisiert und sehr informativ.

---

Herr Michael Buhlmann, den Mitgliedern bereits durch einige Vorträge bekannt, referierte über „**Villingen im Reichssteuerverzeichnis von 1241. Königtum und Reichsgut im frühen und hohen Mittelalter**“.

Nach dem Tod Herzog Bertholds V. von Zähringen kam am 18. Februar 1218 der deutsche König Friedrich II. in den Besitz Villingens. Aus der Zähringerstadt wurde eine staufische Königsstadt.

Das Reichssteuerverzeichnis von 1241 ist eines der wenigen mittelalterlichen Dokumente, die Auskunft geben über die Organisation von Königsterritorium und Reichsgut in spätstauferischer Zeit. Dazu gehörte auch Villingen.

---

In der **Jahreshauptversammlung** hatte sich Werner Echle bereit erklärt, entgegen seines ursprünglichen Plans, noch einmal zwei Jahre die Verantwortung an der Spitze des Geschichts- und Heimatvereins Villingen zu tragen, denn ein Nachfolger ist derzeit nicht in Sicht. Sowohl das Vorstandsteam als auch die Mitglieder zeigten sich bei der Hauptversammlung im Hotel Dieg-

ner darüber erfreut. Dies sei aber definitiv seine letzte Amtszeit, also gelte es, bis in zwei Jahren nach einer neuen Führungskraft zu suchen. Herr Andreas Flöß wurde für ein Jahr als 2. Vorsitzender gewählt. Die Änderung der Amtszeit wurde vorgenommen, um wieder zur Systematik der Vereinssatzung zurückzukehren, damit künftig der erste und zweite Vorsitzende wieder abwechselnd jeweils für 2 Jahre gewählt werden können. Der Schatzmeister, Herr Hasko Froese berichtete über die Mitgliederentwicklung des Vereins, die besonderen Projekte, die laufenden Einnahmen und Ausgaben und das Gesamtergebnis. Er wurde ebenfalls auf 2 Jahre in seinem Amt bestätigt. Der GHV konnte auf ein erfolgreiches Vereinsjahr 2016 zurückblicken und eine positive Bilanz vorlegen.



Abb. 2: Der Vorstand mit den neuen Beiratsmitgliedern Clemens Joos und Edgar Tritschler.

Ostern als das höchste Fest in der christlichen Religion hat zahlreiche Kunstwerke hervorgebracht, die sich auf die Passion, das Leiden Christi, und die Auferstehung beziehen. In 2 Führungen im Franziskanermuseum mit dem Titel: „Ostern im Spiegel der Kunst“ wurden von Frau Dr. Anita Auer österliche Schätze, die in der Dauerausstellung präsentiert werden, detailliert erläutert. Andere österliche Schätze, denen man oft begegnet, aber nicht genügend Aufmerksamkeit widmet, wurden durch die Interpretationen von Frau Dr. Auer „sichtbar“ gemacht.



Abb. 3: Bei der Führung mit Frau Dr. Auer im Franziskaner.

### Der „Alte Friedhof in Freiburg“ eine besondere Kostbarkeit der Stadt

Davon konnten sich die zahlreichen Besucher des Bilder-Vortrags unseres Vereinsmitglieds Dr. Gerhard Krieger überzeugen.

Er erzählte mit beeindruckenden Fotos und passender Hintergrundmusik über dieses Natur- und Kulturdenkmal mit überregionaler kulturhistorischer Bedeutung. Es war ein virtueller Gang durch ein Dokument für Kunst, Geschichte, Geisteshaltung und Glaubenseinstellung der Menschen in der damaligen Zeit. Die Fotos aus den vier Jahreszeiten mit sehr unterschiedlichen, beeindruckenden Ansichten von Natur in Verbindung mit Grabdenkmälern haben die Teilnehmer bewegt.

Die erste Tagesexkursion in diesem Jahr führte den GHV unter Leitung von Werner Echle in die geschichtsträchtige **Stadt Staufen und nach Munzingen**.

Bei der Stadtführung in Staufen erkannte man immer wieder Ähnlichkeiten mit Villingen. Die Stadt wurde im Jahr 770 n. Chr. erstmals urkundlich erwähnt. Die Stadternennung durch die Staufer, die wohl durch Förderung der Zähringer nach Staufen kamen, erfolgte im 14. Jh. Staufen wurde 1602 österreichisch und ging 1806 an das Großherzogtum Baden. Haupteinnahmequelle war der Silberbergbau.



Abb. 4: Ein Teil der Gruppe vor dem Rathaus in Staufen.

Der zweite Teil der Exkursion galt dem Weinbau. Durch Vermittlung und Leitung von Uwe Lauinger besuchte man das Weingut Clemens Lang in Munningen. Herr Lang führte die Gruppe durch seine Anlagen am Tuniberg, erklärte die alternativen Möglichkeiten mit hohem Wert auf ein gesundes Gleichgewicht an Ökologie und Ökonomie. In der schönen Ambiente im Weinkeller unter dem Rathaus genoss man die abschließende Weinverkostung.



Abb. 5: Erklärungen im Weingut Lang.

Im April fand eine weitere Führung im Alten Rathaus, ebenfalls unter der kundigen Leitung von Herrn Dr. Michael Hütt, statt. Dieses Mal wurden in der **Kunstaussstellung aus der Sammlung Heinzmann** Bilder von Waldemar Fleig und Ludwig Engler gezeigt.

„Berlin ist eine Reise wert“ hieß es im Mai mit einer Exkursion in die Bundeshauptstadt. Die Teilnehmer des Geschichts- und Heimatvereins waren begeistert vom vielseitigen Programm der sechstägigen Exkursion nach Berlin, die der Vorsitzende Werner Echle geplant und vorbereitet hatte.

Neben dem Besuch im Deutschen Bundestag und einem Gespräch mit dem Wahlkreisabgeordneten Thorsten Frei, standen die Geschichte Berlins, Preußens und Deutschlands, sowie die Kultur im Mittelpunkt.

Bei den Stadtrundfahrten in Berlin und nach Potsdam zeigte der Reiseführer nicht nur die Sehenswürdigkeiten, sondern wusste viel zu erzählen über die Geschichte Berlins als Handelsstadt, als kurfürstliche Residenzstadt mit den Hohenzollern, als königliche Hauptstadt, als kaiserliche Hauptstadt, als Weltstadt der Weimarer Republik bis zur Nachkriegsgeschichte mit Nationalsozialismus, Besetzung, Spaltung, Mauerbau, Kalter Krieg, Fall der Mauer bis in die heutige Zeit. Außerdem erfuhren die Teilnehmer vieles über die Menschen in Berlin, über die vielen unterschiedlichen Stadtteile und deren Bewohner. Eine Führung auf dem Prenzlauer Berg und der Besuch in den Hackeschen Höfen verdeutlichte die Vielseitigkeit Berlins. Eine Schifffahrt auf der Spree sowie Besuche in den Museen der Museumsinsel rundete diesen Teil des Programms ab.



Abb. 6: Die Reisegruppe mit dem Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei in der Kuppel des Deutschen Bundestages.

Zur **Fußwallfahrt auf den Dreifaltigkeitsberg** mit Konrad Flöß trafen sich 28 Fußwallfahrer, die um 1:30 Uhr am Bickenkreuz in Villingen starteten und nach 8½ Stunden und einer Wegstrecke von 34 km müde auf dem Dreifaltigkeitsberg ankamen. Dort feierte man mit weiteren Pilgern das Wallfahrtsamt. Das einst von den Villingern gestiftete Votivbild war im Altarraum aufgestellt und wurde von vielen bestaunt.

---

Im Juni leitete Vorstandsmitglied Hasko Froese eine **Tagesexkursion nach Esslingen und zum Mercedes-Benz-Museum in Stuttgart**. Bei einer Führung durch die alte Reichsstadt Esslingen erfuhren die Teilnehmer, dass Esslingen bereits im Jahre 777 urkundlich erwähnt wurde, also 40 Jahre vor Villingen. Die Stadt gehörte im Mittelalter zu den „reichsten Städten“ in Deutschland und war dem Kaiser bzw. König direkt unterstellt. Den Reichtum verdankte die Stadt dem Wein und dem Neckar. Die Stadt wurde im zweiten Weltkrieg nicht zerstört und hat somit noch heute ein sehr gut erhaltenes mittelalterliches Stadtbild.



Abb. 7: Altes Rathaus in Esslingen.

Bei der Führung durch das **Mercedes-Benz Museum** am Nachmittag erfuhren die Besucher, dass dies das einzige Museum der Welt ist, das die Autogesichte vom ersten Tag seit 1886 bis heute lückenlos darstellen kann.

Die 160 Fahrzeuge und 1.500 Exponate, die in einer beeindruckenden Präsentation dargestellt werden, haben jeden der Reisetilnehmer begeistert. Besonders eindrucksvoll war die dargestellte Verbindung von der fortschreitenden Technik mit der geschichtlichen Entwicklung der letzten 100 Jahre.

---

Zusätzlich ins Programm 2017 aufgenommen wurde eine Veranstaltung „**Idee und Leben in Schlaraffia**“.

In der „Zähringer Burg am Kaiserturm“ Gerberstraße 27, (Stiftskeller) besuchten die Mitglieder das Schlaraffenest „Ad Villingam“. Dort lernten sie in unterhaltsamer Weise die Aufgaben, Ziele und die weltweite Verbindung dieser Vereinigung kennen, deren Leitspruch heißt: „In arte voluptas“ in der Kunst liegt das Vergnügen.

---

Bei der von Karl-Heinz Weißer geplanten und geleiteten Tagesexkursion nach **Colmar** besuchten die Mitglieder des GHV zunächst das renovierte Musée Unterlinden und dort vor allem den Isenheimer Altar.

Der Isenheimer Altar wurde vom Antoniter-Orden, einem Bettelorden, von Isenheim 1512 in Auftrag gegeben. Die Antoniter pflegten die Kranken und häuften im Laufe der Jahre einen beträchtlichen Reichtum an, so dass sie zahlreiche Kunstwerke in Auftrag geben und finanzieren konnten.

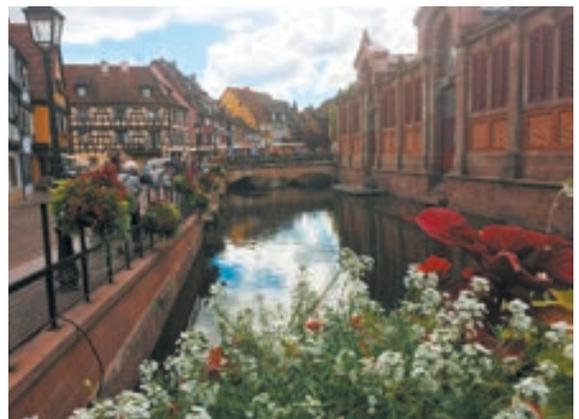


Abb. 8: „Klein Venedig“ in Colmar.

Der Bildschnitzer Niklaus von Hagenau und der Maler Matthias Grünewald schufen zwischen 1512 und 1516 den berühmten Altar. Die Teilnehmer erhielten eine kompetente Führung mit aufschlussreichen Erläuterungen der Altarbilder.

Am Nachmittag nahmen sie an einer Führung durch die Altstadt von Colmar und durch Klein-Venedig teil.

---

Der GHV besuchte vom 06.07 bis 09.07.2017 den **Odenwald und die Bergstraße**. Helga Echle führte die Mitglieder bei dieser Exkursion in den hessischen, bayrischen und badischen Odenwald. Die Teilnehmer waren begeistert von dieser vielfältigen Landschaft, die den meisten bisher unbekannt war. Bei ausgezeichneten Stadtführungen lernte man die Geschichte der alten Fachwerkstädte Heppenheim, Michelstadt und Miltenberg kennen. Weiter auf dem Programm stand ein Besuch beim Deutschen Elfenbeinmuseum in Erbach, das nach seinem Selbstverständnis das einzige Spezialmuseum für Elfenbein weltweit ist. Hier wurden filigrane Elfenbeinfiguren bestaunt, die von der vielfältigen Odenwälder Schnitzkunst zeugen. Von einer Führung durch die ehemalige Benediktinerabtei Amorbach mit der reich ausgestatteten Bibliothek und dem frühklassizistischen Festsaal zeigten sich die Besucher beeindruckt. Vor allem begeisterte die kürzlich restaurierte fürstliche Abteikirche, der in der europäischen Kunstgeschichte eine überragende Stellung zukommt, mit der berühmten Stumm-Orgel von 1782. Zum Abschluss der Exkursion gab es eine Führung



Abb. 9: Die Besuchergruppe vor dem Schloss in Erbach.

durch das UNESCO-Welterbe Kloster Lorsch. Das Kloster Lorsch war eine Benediktinerabtei in Lorsch im südhessischen Kreis Bergstraße. Es wurde 764 gegründet und war bis zum hohen Mittelalter ein Macht-, Geistes- und Kulturzentrum.

---

Eine Führung mit Frau Christiane Lehmann zur **Geschichte und zu Grabmalen bedeutender Villingener Bürger auf den Villingener Friedhof** musste wegen der hohen Teilnehmerzahl wiederholt werden. Frau Lehmann verstand es ausgezeichnet und spannend Geschichte und Geschichten der Grabmäler von Villingener Bürgerfamilien zu deuten.

---

„**Wie tickt Villingen-Schwenningen**“ war der Titel der Sonderausstellung des Franziskanermuseums zum Jubiläumsjahr. Frau Dr. Anita Auer führte wie immer kurzweilig und gut informierend die beiden Gruppen durch die Ausstellung.

---

**Schottland** war das Ziel der großen Jahresexkursion unter der bewährten Leitung von Klaus Weiss. Schon auf der Hinfahrt zur Fähre verkürzte er die lange Busreise unterhaltsam mit Wissenswertem über die wechselvolle Geschichte Schottlands. In Nordengland wurde zunächst Englands mächtigste katholische Kathedrale in York besichtigt und anschließend ging es ein Stück entlang des Hadrianswalls, dem spektakulärsten Vermächtnis der Römer in Britannien. In Schottlands Hauptstadt Edinburgh, die Stadt der Königin Maria Stuart und des Reformers John Knox, beeindruckten das mächtige Castle, sowie die Prachtstraße „Royal Mile“, vorbei an dem Café, in dem Joanne K. Rowling ihren ersten Band von Harry Potter schrieb. Einigen Teilnehmern war es sogar vergönnt, einen Blick auf Prinz Charles zu werfen, der Edinburgh einen Besuch abstattete. Nach Besuchen in St. Andrews, Lochleven Castle und Glamis Castle ging es in die Highlands. Hier beschäftigte die Teilnehmer besonders das Schicksal aufständischer Clans gegen England. Vorbei an Loch Ness erreichte die Gruppe Glasgow. Eine kul-

turell lebenswerte Stadt mit moderner Architektur und liebevoll restaurierter Bausubstanz. Zum Abschluss beeindruckte die Besucher Englands größte und bedeutendste Klosterruine, Fountains Abbey. Ein kleines Whisky-Seminar sowie typische schottische Speisen durften selbstverständlich auch nicht fehlen.



Abb. 10: Die Reisegruppe vor der „Kelvingrove Art Gallery and Museum“ in Glasgow.

Eine interessierte Zuhörerschaft folgte dem Vortrag von Professor Dr. Thomas Schnabel, der sich dem Thema „**Eugen Bolz – ein vergessenes Vorbild**“ angenommen hatte. Schnabel berichtete über den gläubigen Katholiken, württembergischen Ministerpräsidenten und Zentrumspolitiker, der sich dem politisch-militärischen Widerstand gegen Hitler angeschlossen hatte. Er wurde am 23. Januar 1945 von den Nazis durch das Fallbeil ermordet, ebenso wie Ewald Huth, nach einem abgelehnten Gnadengesuch. Manche Themen der Weimarer Epoche, die vom Vortragenden aufgezeigt wurden, kamen den Zuhörern sehr aktuell vor.

Ende September wanderten 40 Teilnehmer unter der fachlichen Leitung von Roland Brauner und Eberhard Härle auf dem Premiumwanderweg. Nach dem Start im Germanswald führte die Route über den Uhustein zum Gasthaus Forelle und auf der gegenüberliegenden Talseite zum Waldgasthaus Breitbrunnen im Langmoos. Unterwegs wurde das umfangreiche Arbeitsumfeld des Forstamtes vorgestellt, z.B. Anpflanzungen, auch von Laubgehöl-

zen, Erklärungen der „Rückegassen“ und die leider zunehmende Waldverschmutzung. Das Betriebsergebnis konnte dank größerer Holzvorräte wesentlich verbessert werden. Die Walderholung spielt in stadtnahen Wäldern eine große Rolle. So wurden die von Oberförster Ganter angelegten Wanderwege renoviert. Bei einer Stärkung im Breitbrunnen, nach der die Gruppe zur Tannenhöhe zurück wanderte, waren sich alle Teilnehmer einig: Die Villinger lieben ihren Wald.



Abb. 11: Roland Brauner und Eberhard Härle erklären die Arbeit des Forstamtes.

Die letzte Exkursion im Jahr 2017, unter dem Titel **Oberschwäbischer Barock**, wurde vom Beiratsmitglied Eberhard Härle organisiert und geleitet. In der Kirche St. Magnus des ehemaligen Prämonstratenserklosters in Schussenried wurde das reichlich ausgestattete Chorgestühl bewundert. Unter sachkundiger Führung lernten die Teilnehmer anschließend einen der wohl schönsten barocken Bibliothekssäle Süddeutschlands, den 1754 – 61 von Dominikus Zimmermann entworfenen Bibliothekssaal des Klosters kennen. In der als „schönste Dorfkirche der Welt“ geltende Wallfahrtskirche „Unserer Lieben Frau“ in Steinhausen begeisterten die Stuckaturen und Stuckkompositionen mit Musikanten, Engeln, Tieren und Blumen auf Gesimsband und Fensterumrahmungen dieses Barockkleinods. Der anschließende Besuch der Kirche St. Oswald in Otterswang, beeindruckte besonders durch den Erntedankteppich, den „Tepich-Frauen“ nur mit Körnern und Samen, umrahmt von Früchten und Eiern, hergestellt hatten. Im Burg-



*Abb. 12: Die zum Erntedank geschmückte Kirche St. Oswald in Otterswang.*

Café, etwas oberhalb von Otterswang, erklärte der ehemalige Ortsvorsteher die Landschaft und sprach über die Probleme der Landwirtschaft in diesem Raum.

---

Nach Redaktionsschluss hatten ca. 100 Mitglieder die Möglichkeit, von Herrn Pfarrer Kurt Müller viel Wissenswertes über Schätze und Geheimnisse in der **Benediktinerkirche** zu erfahren.

---

Mit dem stimmungsvollen **Besinnlichen Abend** im Hotel Diegner endete ein ereignisreiches Vereinsjahr 2017.

# Vorgesehenes Jahresprogramm 2018

Änderungen vorbehalten – Bitte beachten Sie die Ankündigungen in der Tagespresse

## JANUAR

**13. Januar, 15:00 Uhr, Altes Rathaus**

*Dr. Michael Hütt*

Führung durch 3. Kunstaussstellung aus der Sammlung Heinzmann mit Bildern Villinger Maler, Thema: „Der Schatten des Krieges“

**25. Januar, 21:45 Uhr**

*Andreas Flöß*

Führung im Druckzentrum Südwest GmbH, Auf Herdenen 4  
Mit Druck des „Schwarzwälder Bote“

## FEBRUAR

**28. Februar, 19:30 Uhr, Münsterzentrum**

*Michael Buhlmann*

Vortrag: „Zähringer, Staufer und der obere Neckarraum im hohen Mittelalter“  
Gäste willkommen, Eintritt frei

## MÄRZ

**07. März, 19:30 Uhr, Hotel Diegner**

Jahreshauptversammlung

**21. März, 17:00 Uhr, Städt. Galerie,**

**Friedrich-Ebert-Str. 35**

*Wendelin Renn*

Führung durch die Ausstellung „Geschenkt – Genommen“ mit Werken aus dem städt. Kunstbesitz von Horst Antes, HAP Grieshaber, Friedemann Hahn, Emil Kiess, Gerold Miller, Werner Nöfer, Felix Schlenker u.a.

## APRIL

**11. April, 19:30 Uhr, Münsterzentrum**

*Prof. Edgar H. Tritschler*

Vortrag: „Die Schwarzwälder Handelsgesellschaften – Glas- und Uhrenträger auf

dem Handel in fünf Regionen“

Gäste willkommen, Eintritt frei

**16. April**

*Andreas Flöß*

Tagesexkursion nach Stuttgart

Führung auf der Baustelle Stuttgart 21  
Talüberquerung und Besuch im Landtag von Baden-Württemberg mit Führung

**19. April, 17:00 Uhr**

*Peter Graßmann*

Führung im Franziskanermuseum Sonderausstellung: „Kelten, Kalats, Tiguriner“

## MAI

**05. Mai, 15:00 Uhr, Altes Rathaus**

*Dr. Michael Hütt*

Führung durch 4. Kunstaussstellung aus der Sammlung Heinzmann mit Bildern Villinger Maler, Thema: „Villinger Ansichten“

**17.–19. Mai Auf den Spuren der Zähringer**

*Roland Brauner*

Exkursion nach Murten, Fribourg und Bern

**28. Mai, 01:30 Uhr, Bickensteg/Schneckenbrücke**

*Konrad Flöß*

Fußwallfahrt auf den Dreifaltigkeitsberg

## JUNI

**13. Juni, 15:00 Uhr, Treffpunkt Franziskaner**

*Ortrud Jörg-Fuchs*

Führung in Villingen:

„Villingen und seine 'Royals““

Auf den Spuren der Habsburger

## 30. Juni

*Gunther Schwarz*

Tagesexkursion nach Baden-Baden mit Führung beim SWR

## JULI

### 04. Juli, 18:00 Uhr, Treffpunkt: Bertholddenkmal

*Franz Kleinböling*

Führung:

„Graf Berthold führt durch seine Stadt“,  
Zeitreise von 817 bis heute durch Villingen

### 15.- 21. Juli

*Andreas Flöß*

Exkursion Niederlande (Holland)

Amsterdam, Rotterdam, Delft, Alkmaar

## SEPTEMBER

### 05. – 09. September

*Hasko Froese*

Exkursion an Rhein und Mosel, Welterbe „Oberes Mittelrheintal“, Bingen mit Hildegard, Koblenz, Andernach mit Geysir, Kloster Maria Laach, Cochem, Zell, Traben-Trarbach, Disibodenberg mit Hildegard-Klosterruine u.a.

### 10. September, 19:30 Uhr, Franziskanermuseum

*Dr. Niklas Konzen*

Vortrag: „Berühmt, berüchtigt und in Villingen begraben? Der Raubritter Hans von Rechberg zu Schramberg (1410–1464)“  
Gemeinsame Veranstaltung mit Kreisarchiv und Freundeskreis Städtische Museen Villingen-Schwenningen e. V.,  
Eintritt frei

### 28. September, Die Schwarzwaldtour

*Claudia Wildi/Roland Brauner*

Tagesexkursion: Im Sägewerk Echtele in Nordrach erfahren Sie, was die Schwarzwaldtanne aus VS mit Japan zu tun hat und der Schwarzwaldbauer Eckard Schmieder vom Prinzbachhof in Fischerbach zeigt auf einer Schwarzwaldtour die Kultur, Landschaft und Tradition unserer Heimat.

## OKTOBER

### 10. Oktober, 17:30 Uhr

*Claudia Wildi*

Besichtigung mit Führung im Deutschen Harmonikamuseum Trossingen

### 24. Oktober, 19:30 Uhr, Münsterzentrum

*Dr. Annika Stello*

Vortrag: Von Mönchen und Büchern  
„Die Bibliothek der Benediktinerabtei St. Georgen“, Gäste willkommen,  
Eintritt frei

## NOVEMBER

### 06. November

*Dekan Josef Fischer*

Gedenkgottesdienst für die verstorbenen Mitglieder im Münster

### 09. November, 17:30 Uhr

*Michael Kopp / Claudia Wildi*

Führung auf dem Alten Schwenninger Friedhof mit Blick zurück auf die Industrie- und Stadtgeschichte. Anschließend  
Abendessen: „Knöpfe i de Brüh“

### 21. November, 19:30 Uhr, Münsterzentrum

*Dr. Sven von Ungern-Sternberg*

Vortrag: „Einhundert Jahre danach – Kriegsoffer und -folgen des Ersten Weltkriegs in Villingen“  
Gäste willkommen, Eintritt frei

### 25. November

Evangelische Kirchen, Totensonntag:  
Gedenkgottesdienst für die verstorbenen Mitglieder

## DEZEMBER

### 07. Dezember, 18:00 Uhr

Besinnlicher Abend im Hotel Diegner

## Stammtisch

### Jeden 1. Freitag im Monat

um 19:00 Uhr in der Zehntscheuer

Evtl. Änderungen entnehmen Sie bitte aus den Hinweisen in der Tagespresse, den aktuellen Rundschreiben oder dem Internet unter: [www.ghv-villingen.de](http://www.ghv-villingen.de)

# Die Autoren

**Dr. Anita Auer M.A.**, geboren 1961 in Säckingen, studierte Kunstgeschichte und Germanistik in Heidelberg und Stuttgart. Magisterarbeit über klassizistische Damenmode in Baden und Württemberg. Dissertation über einen Modeschöpfer des 20. Jahrhunderts. Verschiedene Werkverträge am Württembergischen Landesmuseum Stuttgart und am Ulmer Museum. Seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeit am Franziskanermuseum Villingen-Schwenningen. Seit 2000 Museumsleitung gemeinsam mit Dr. Michael Hütt.

**Dr. Edith Boewe-Koob**, geboren in Frankfurt/Main, in Villingen aufgewachsen, studierte nach zwei Staatsexamen in Klavier und Gesang an der Universität Freiburg Musikwissenschaft, Lateinische Philologie des Mittelalters und Geschichte. Sie promovierte über eine liturgische Handschrift des frühen 10. Jahrhunderts. Im Stadtarchiv Villingen-Schwenningen untersucht sie bisher unbeachtet gebliebene Fragmente. Sie ist Mitglied im GHV.

**Karl Dietrich Bracher**, Prof. Dr. (1922–2016). Deutscher Politikwissenschaftler und Historiker. Lehrte an der Freien Universität Berlin sowie an der Universität Bonn. Wissenschaftlich beschäftigte er sich hauptsächlich mit dem Totalitarismus sowie dem Demokratiesystem. Er war Träger zahlreicher nationaler wie internationaler Auszeichnungen.

**Wolfgang Bräun**, gebürtiger VLer, Jahrgang 1948/49; Diplom-Volkswirt (Uni FR 1973), OstR a. D. seit 2013, 40 Jahre Fachlehrer für BWL, VWL und ReWe an den Kaufm. Schulen I in der Südstadt; Lektor & Korrektor; freier MA der Lokalpresse, Hobby-Historiker mit zahlreichen Veröff. zur populären Stadtgeschichte, Küchen-

Lyriker ([www.gereimtheiten.de](http://www.gereimtheiten.de)) eigener Lyrikband in 2014 „Gereimt & Verdichtet“ (Engelsdorfer Verlag), Blogger ([iposs.de](http://iposs.de) und [trupoli.com](http://trupoli.com)).

**Michael Buhlmann**, Jahrgang 1957, Diplom-Mathematiker. Studium Mathematik, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Erziehungswissenschaften mit den Abschlüssen Diplom und Lehramt. Von 1989 bis 1997 Dozent für mittelalterliche Geschichte an der Universität Essen. Zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte. Im Januar 2004 referierte Buhlmann beim GHV zum Thema „Der Tennenbacher Güterstreit“.

**Dr. Annemarie Conradt-Mach**, 1947 in Stuttgart geboren, 1966–1972 Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Germanistik in Erlangen-Nürnberg und Freiburg, 1972–2003 Lehrerin an beruflichen Schulen. 1999 Promotion zum Dr. phil. in Freiburg, 2002–2013 Schulleiterin der Staatlichen Feintechnikerschule in Villingen-Schwenningen. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen der lokalen Industrie- und Sozialgeschichte.

**Helga Echle**, geboren 1944, geprüfte Sekretärin BDS, von 1974 bis 2004 Mitarbeiterin im Evang. Dekanat Villingen, seit 2010 Schriftführerin im GHV.

**Werner Echle**, geboren 1944 in Villingen, Verwaltungswirt FH, 48 Jahre bei der Stadt Villingen-Schwenningen beschäftigt, zuletzt Stadtkämmerer und Leiter des Amtes für Haupt- und Finanzverwaltung. Im Ruhestand seit 2008. Beiratsmitglied im GHV, Geschäftsführer des Spitalfonds Villingen und der Bürgerstiftung Villingen-Schwenningen.

**Dr. Hans-Georg Enzenroß**, geboren 1942 in Konstanz, Schule und Abitur in Villingen, Medizinstudium in Freiburg. Langjähriger Leitender Oberarzt der Chirurgischen Klinik am hiesigen Klinikum. Beiratsmitglied im GHV.

**Andreas Flöß**, Jahrgang 1975, Abitur am Wirtschaftsgymnasium in Villingen. Ausbildung zum Zimmermann, Architekturstudium in Biberach an der Riß. Stipendium 2001. Mitglied der Studienstiftung des Dt. Volkes in Bonn. Freier Architekt seit 2005. Mitglied im Gemeinderat und 2. Vorsitzender des Geschichts- und Heimatvereins Villingen.

**Peter Graßmann**, geb. 02.07.1987 in Heilbronn, studierte nach dem Abitur Europäische und Ostasiatische Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg und arbeitet seit 2013 für die Städtischen Museen Villingen-Schwenningen, für die er seit 2014 als Museumspädagoge tätig ist.

**Dr. Olaf Hergesell**, Abitur 1985 in Darmstadt, 1987 – 1993 Studium der Humanmedizin in Heidelberg, Facharzt Ausbildung 1993 – 1999 Innere Medizin und Nephrologie, 1999 Promotion, Leiter der Nierentransplantationsambulanz und Dialyse der Sektion Nierentransplantation der Abteilung Urologie der Universität Heidelberg, seit 2004 Nephrologisches Zentrum Villingen-Schwenningen.

**Claudia Hoffmann** wurde am 8.6.1966 in Villingen geboren. Nach einer Ausbildung als Verlagskauffrau arbeitete sie drei Jahre in der Marketingabteilung eines Verlages. Anschließend volontierte sie beim Südkurier Medienhaus. Claudia Hoffmann arbeitet seit 1995 in der Lokalredaktion Villingen. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.

**Dr. Michael Hütt**, geboren 1959 in Wuppertal, Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Philosophie in Marburg und Berlin. Seit 1992 am Franziskanermuseum Villingen-Schwenningen, seit 2000 Museumsleitung gemeinsam mit Dr. Anita Auer, seit 2004 Abteilungsleiter der Städtischen Museen Villingen-Schwenningen.

**Kaiser Johannes**, geb. 1958 in Lörrach, Studium der Germanistik und der Kath. Theologie, seit 1986 Lehrer in den St. Ursula-Schulen, von 1986–2004 Teilabordnung zu den Zinzendorfsschulen Königfeld, seit 2006 Schulleiter der St. Ursula-Schulen, Paula-Rombach-Literaturpreis 2010 der Universität Freiburg, Mitglied der Coverband „Stormy Friday“, Mitglied im Geschichts- und Heimatverein.

**Dr. Rupert Kubon**, (Jahrgang 1957) arbeitete nach seinem Studium der Germanistik und Geschichtsstudium als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten und als Abteilungsleiter Kultur der Stadt Dessau. Er ist seit 1. Januar 2003 Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen und wurde im Oktober 2010 in seinem Amt bestätigt.

**Kurt Müller**, geboren 1937 in Kehl, Schulzeit und Jugendjahre in Villingen. Nach dem Studium der Theologie 1963–1980 als Vikar und Pfarrer in verschiedenen Pfarreien der Erzdiözese Freiburg tätig. Seit 1981 Münsterpfarrer in Villingen, Dekan des Dekanats Villingen. Mitglied des GHV und seit 1987 im Vorstand.

**Werner Preiser**, Dipl.-Kfm., geboren 1948 in Villingen, Studium der Betriebswirtschaft an der Uni Mannheim, Destillateurausbildung am Institut für Gärungsgewerbe und Biotechnologie in Berlin, seit 1976 im elterlichen Betrieb, Adolf Preiser KG, tätig, ab 1985 eigene Betriebe im Allgäu und in Vorarlberg, sukzessiver Eintritt in die Geschäftsleitung der Adolf Preiser KG ab 1990, nach dem Tod des Vaters Hermann Preiser, 2001, alleinige Geschäftsführung bis zur Betriebsschließung 2013. Unterstützung bei der Aufarbeitung historischer Themen von Hermann Preiser.

**Wolfgang Rüter-Ebel**, evangelischer Pfarrer, seit 2010 Dekan des Evangelischen Kirchenbezirks Villingen und Pfarrer der Johannesgemeinde, geboren 1959, aufgewachsen in Niedersachsen, Studium der Mathematik, Germanistik, Theologie, lange Jahre Gemeindepfarrer in Denzlingen, verheiratet, zwei erwachsene Kinder.

**Volker G. Scheer**, geb. 1940 in Kandern, Abitur in Freiburg und Studium zum Betriebswirt. Langjähriger Stadtrat in Kandern und Vorstand des dortigen Schwarzwaldvereins. Autor und Herausgeber zahlreicher Schriften und Zeitungsartikel hauptsächlich zur Heimatgeschichte Kanderns und des Markgräflerlandes. Lebt im Ruhestand in Todtnauberg und Freiburg und ist Kandern noch immer eng verbunden.

**Hans-Joachim Schleusener**, geb. 1946 in Villingen, 1966 Abitur am Romäusgymnasium in Villingen, Lehre als Bankkaufmann, anschließend Jurastudium in Freiburg, Rechtsanwalt in Villingen, Ass. jur. beim Amtsgericht Überlingen, der Staatsanwaltschaft Konstanz und beim Landgericht Konstanz, ab 1981 Richter am Amtsgericht beim Amtsgericht Villingen-Schwenningen (als Strafrichter, Jugendrichter und Vorsitzender des Jugendschöffengerichts), seit 2011 im Ruhestand.

**Dr. Thomas Schnabel**, Jahrgang 1952, leitet seit 1989 das Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart; studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften, wurde zum Thema „Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 – 1945/46“ promoviert; Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg.

**Ute Schulze M.A.**, geboren 1963 in Dortmund, nach dem Studium der Mittleren und Neueren Geschichte sowie Politikwissenschaft Ausbildung zur Diplomarchivarin (FH). Seit 1992 im Stadtarchiv Villingen-Schwenningen. Mitglied im GHV.

**Erwin Teufel**, geboren 1939 in Rottweil, 1964 Bürgermeister von Spaichingen, 1972 Staatssekretär, 1978 Vorsitzender der CDU Landtagsfraktion, 1991 – 2005 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und seit 1995 Mitglied im Geschichts- und Heimatverein Villingen.

**Michael Tocha**, bis 2012 Lehrer am Gymnasium am Hoptbühl Villingen und Fachberater des Regierungspräsidiums Freiburg für Geschichte. Beirat im Geschichts- und Heimatverein.

**Edgar Hermann Tritschler**, 1946 in Villingen geboren, Bankkaufmann, Studium Wirtschaftswissenschaft, Geschichte und Politik. Autor von finanzwirtschaftlichen, wirtschaftshistorischen, genealogischen und regional-historischen Veröffentlichungen. Hochschulprofessor in Stuttgart und Karlsruhe. Mitglied des GHV-Beirats.



# Werden Sie Mitglied im Geschichts- und Heimatverein Villingen e.V.



Sie unterstützen damit unsere Arbeit, die Geschichte und Traditionen unserer Stadt zu bewahren und immer wieder neu zu beleben.

Unsere Mitglieder erhalten das Jahressheft „Villingen im Wandel der Zeit“ als Treueprämie gratis ins Haus gebracht.

Auskunft und Anmeldung in der Geschäftsstelle, Kanzleigasse 30 in 78050 Villingen (Telefon 077 21 / 40 70 999, Telefax 077 21 / 40 70 998, info@ghv-villingen.de) oder bei einem der Vorstands- oder Beiratsmitglieder (siehe Impressum Seite 3).

Homepage: [www.ghv-villingen.de](http://www.ghv-villingen.de)

## Bestandsliste der noch erhältlichen Jahresshifte

Die Hefte können zum Preis von 2 € käuflich erworben werden in der Geschäftsstelle in der Kanzleigasse 30 samstags von 10.30 Uhr bis 12.00 Uhr.

### Jahressheft

1977	1978/79	2002	2004
1986/87	1987/88	2005	2006
1988/89	1990/91	2007	2008
1991/92	1992/93	2009	2011
1993/94	1995/96	2012	2014
1996/97	1997/98	2015	2016
1999/2000	2001	2017	

Bei dem Jahressheft 1990/91 handelt es sich um das Buch „Das Leben im alten Villingen. Alte Ratsprotokolle erzählen, 1830 – 1930“ bearbeitet von Dr. Ulrich Rodenwaldt. 370 Seiten. Stückpreis 8 €. Außerdem ist das aktuelle Jahressheft

2018 zum Preis von 15 € sowie das Buch „Große und kleine Gotteshäuser“ von Altdekan Kurt Müller zum Preis von 10 € und der Wanderführer zum Geschichts- und Naturlehrpfad zum Preis von 4 € in der Geschäftsstelle erhältlich.

Schwarzwälder Genusswerkstatt GmbH  
Bärenplatz 12 | 78112 St. Georgen

Schwarzwälder  
GENUSS  
WERK  
STATT  
St. Georgen

☎ 0 77 24 / 91 88 81

[www.schwarzwaelder-genusswerkstatt.com](http://www.schwarzwaelder-genusswerkstatt.com)



Auch 2018  
unterstützen wir den  
Geschichts- und  
Heimatverein



# Genießen Sie Ihren Garten — wir kümmern uns um den Rest.



In seinen besten Jahren hat man sich Entspannung verdient. Ein Traum, der im eigenen Grün Wirklichkeit wird. Der Garten ist ein Jungbrunnen, ein Ort, an dem man mehr Ruhe und Glück findet als auf den meisten exotischen Reisen. Ein pflegeleichter Garten schafft ganzheitliches Wohlbefinden und innere Balance. Wir Landschaftsgärtner liefern Ihnen Ideen für Gärten mit hohem Komfort. Wir übernehmen die Ausführung und Pflege zu einem exzellenten Preis-Leistungs-Verhältnis. Achten Sie auf unser Zeichen.



Ihr Experte für Garten und Landschaft



Bertholdshöfe 3 | 78052 Villingen-Schwenningen  
Fon 0 77 21-2 54 76 | Fax 0 77 21-36 13  
info@wildergarten.de | www.wildergarten.de

*Gerne unterbreiten wir Ihnen kostenlos und unverbindlich Ihr persönliches Angebot!*

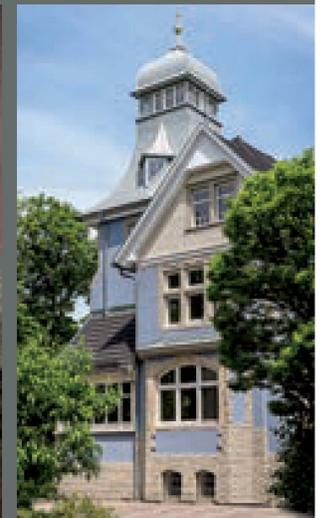


**LUSCHIN**  
REISEN

Luschin Reisen GmbH  
Huberstr. 32  
78073 Bad Dürrenheim  
Tel: 0 77 26 / 92 25 0  
Fax: 0 77 26 / 92 25 25  
info@luschin.de

**Ihr Partner für:**

**Mehrtagesfahrten  
Tagesfahrten  
Halbtagesfahrten  
Klassenfahrten  
Betriebsausflüge  
Jahrgangsausflüge  
Vereinsausflüge**



architekten  
flöß

ENTWURF | PLANUNG | BAULEITUNG | ALTBAUSANIERUNG | WERTGUTACHTEN  
flöß architekten | Rathausgasse 2 | 78050 VS-Villingen | Tel. 07721.99 84 994 | [www.floessarchitekten.de](http://www.floessarchitekten.de)

# Das Buch für alle!

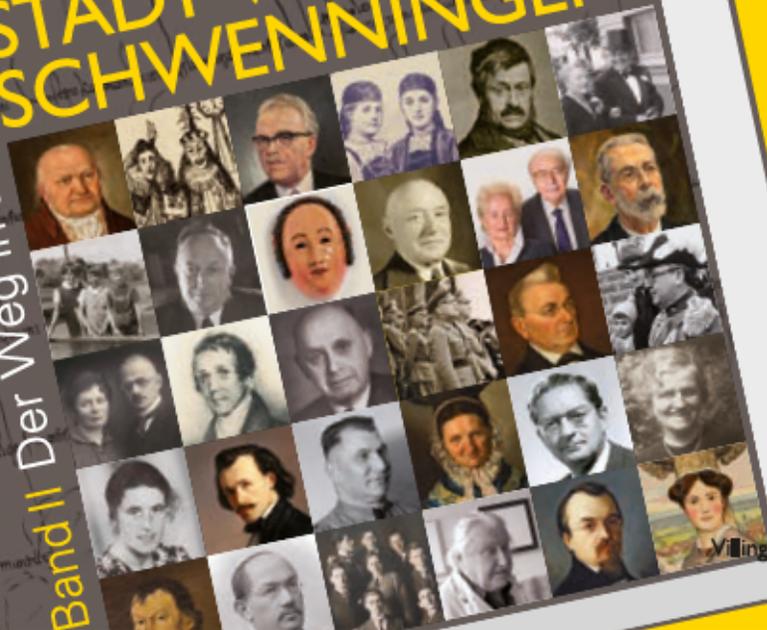
736 Seiten –  
660 Abbildungen

erhältlich bei den  
Bürgerservice-  
zentren und  
im Buchhandel

**34,50 Euro**

Band II Der Weg in die Moderne

## GESCHICHTE DER STADT VILLINGEN- SCHWENNINGEN



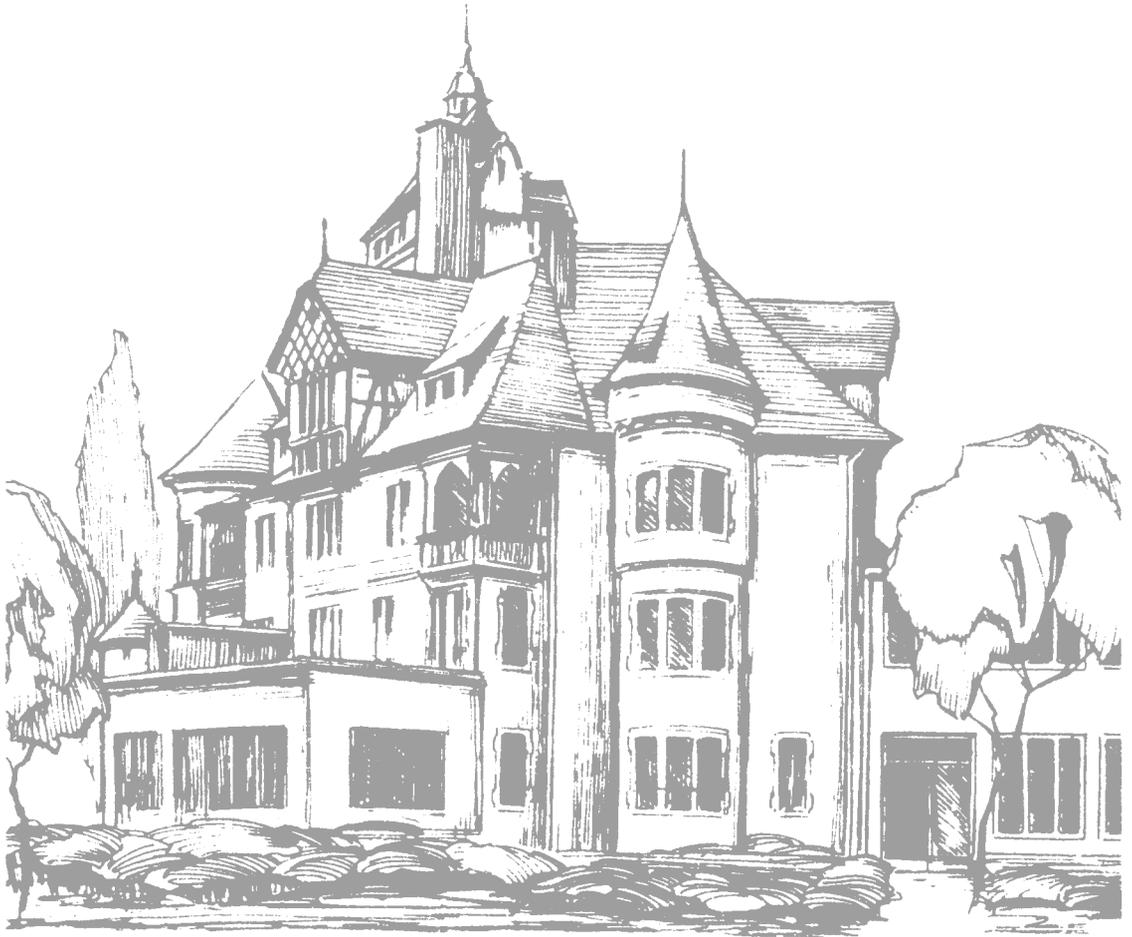
Villingen-Schwenningen

STADTARCHIV





*Seit 60 Jahren*



**IHR  
PARTNER  
FÜR  
GUTEN  
DRUCK**



LEUTE. **IHR** DRUCKPARTNER

DRUCKEREI LEUTE GMBH  
WEHRSTRASSE 3

78050 VS-VILLINGEN

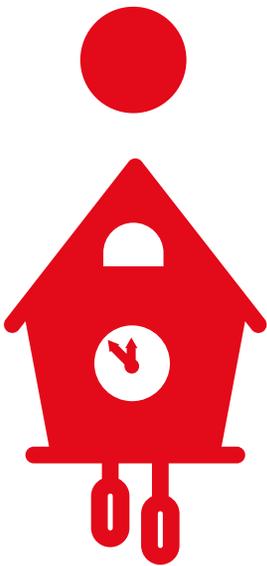
TEL. 0 77 21/ 84 56 - 0

FAX 0 77 21/ 5 68 60

INFO@DRUCKEREI-LEUTE.DE



# Hier daheim.



[spk-swb.de](http://spk-swb.de)

**Wir fördern Kunst und  
Kultur mit zahlreichen  
Projekten in unserer  
Region.**

Wenn's um Geld geht

 **Sparkasse  
Schwarzwald-Baar**